

## Impressum

### Liebe Leserinnen und Leser,

aus Anlass des 50jährigen Bestehens des GESW haben wir uns dafür entschieden, ein Jubiläumsheft herauszugeben. Zur Mitarbeit wurden Vorstandsmitglieder, ehemalige Mitarbeitende sowie aktive Mitglieder und freie Mitarbeitende eingeladen. So ist eine recht bunte Mischung entstanden, die sich in vier übergeordnete Abschnitte gliedern lässt.

Im ersten Teil beschäftigen sich Zbigniew Wilkiewicz, Birgit Ackermeier, Gerhard Schüsselbauer, Michael Walter und Gustav Thurm mit aktuellen Fragestellungen, die von der Profilierung unserer Einrichtung über Fragen des Gender Mainstreaming bis hin zur Darlegung konkreter pädagogischer Ansätze und Seminarabläufe im Rahmen der internationalen Bildungsarbeit reichen.

Im zweiten Abschnitt rekonstruieren die drei Vorstandsmitglieder Walter Hildebrandt, Theo Mechtenberg und Helmut Skowronek einzelne Fragmente aus der bewegten Geschichte unseres Instituts. Dabei wird deutlich, wie stark die Nachkriegssituation, die Teilung Deutschlands und Europas sowie der Kalte Krieg die Arbeit des GESW in den ersten drei Jahrzehnten seiner Existenz prägten. Insofern erfolgt hier eine punktuelle historische Vertiefung, die einen wissenschaftlichen Zuschnitt aufweist und viel über die damals herrschenden Entwicklungslinien und Rahmenbedingungen politischer Bildung aussagt.

Im dritten Teil haben wir es dann mit Erinnerungen an das GESW zu tun, die von Personen stammen, die dem Institut seit Jahrzehnten verbunden sind. Heide Blunk erinnert in ihrem Beitrag an unseren Kollegen Harry Blunk, der neben seiner pädagogischen Arbeit über lange Jahre als Institutsratsleiter des GESW tätig war. Piotr Pysz und Tine Erhard schildern ihre mit dem Institut verbundenen persönlichen und beruflichen Erfahrungen. Frau Ursula Hasse-Dresing erinnert in einem kurzen Portrait an unser verdientes Vorstandsmitglied Hans Beske und Frau Bärbel Heising schreibt über ihre Begegnungen im GESW.

Im vierten Abschnitt stellen wir schließlich eine Reihe von Büchern vor, die sich in erster Linie mit den historischen, politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen unserer östlichen Nachbarländer beschäftigen.

Wir hoffen, dass auch diese Sondernummer unserer Zeitschrift auf ihr Interesse stößt und wünschen Ihnen bei der Lektüre viel Spaß.

Zbigniew Wilkiewicz

.....  
Jahresabonnement „aktuelle ostinformationen“: € 8,00 (inkl. Porto) Einzelheft: € 4,00 (inkl. Porto)  
Wir bitten Sie, den Abonnementsbetrag für die „aktuellen ostinformationen“ auf folgendes Konto zu überweisen: Postbank NL Hannover (BLZ 25010030), Konto-Nr. 177400305.  
Diese Publikation wird aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend bezuschusst.  
.....

## Inhalt

### Aktuelles

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Ziele, Profil und Arbeitsweise des GESW .....	1
<i>Birgit Ackermeier</i> Gender-Mainstreaming im AdB .....	5
<i>Gerhard Schüsselbauer/Michael Walter</i> Jugend für Gesamteuropa - Politische Jugendbildung in und für Europa .....	10
<i>Gustav Thurm</i> Die Zusammenarbeit der Landesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht in Nordrhein-Westfalen (LAG) mit dem Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho (GESW) .....	17

### Historisches

<i>Walter Hildebrandt</i> Meine ersten 25 Jahre im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. ....	21
<i>Theo Mechtenberg</i> Das Gesamteuropäische Studienwerk im Visier der Staatssicherheit .....	36
<i>Helmut Skowronek</i> Der „Fall Dolezalek“ .....	49

### Persönliches

<i>Ursula Hasse-Dresing</i> In memoriam Hans Beske .....	67
<i>Heide Blunk</i> In memoriam Harry Blunk .....	70
<i>Piotr Pysz</i> Vierzehn Jahre im Gesamteuropäischen Studienwerk .....	78
<i>Christine Erhardt</i> 25 Jahre Heimleiterin und Lehrgangsassistentin im GESW .....	90
<i>Bärbel Heising</i> Begegnungen im Gesamteuropäischen Studienwerk e. V. in Vlotho .....	95

### Rezensiertes

Alix Landgrebe: „Wenn es Polen nicht gäbe, dann müßte es erfunden werden“ .....	99
Annegret Haase: Südostpolen zwischen Umbruch und Neuorientierung .....	101
Matthias Kneip, Manfred Mack (Hg.): Polnische Literatur und deutsch-polnische Literaturbeziehungen .....	103
Zbigniew Mazur (Hg.): Das deutsche Kulturerbe in den polnischen West- und Nordgebieten ....	104
Heidemarie Petersen: Judengemeinde und Stadtgemeinde in Polen. Lemberg 1356-1581 .....	106
Christian Pletzing: Vom Völkerfrühling zum nationalen Konflikt .....	108
Tatjana Tönsmeier: Das Dritte Reich und die Slowakei 1939-1945 .....	111
Hans Mommsen, Dušan Kováč, Jiri Malír, Michaela Marek (Hg.): Der Erste Weltkrieg und die Beziehungen zwischen Tschechen, Slowaken und Deutschen .....	114
Jáchym Topol: Nachtarbeit .....	116
Joachim Baumann, Uwe Moosburger: Odessa. Facetten einer Stadt im Wandel .....	117
Jurij Murašov, Georg Witte (Hg.): Die Musen der Macht .....	118
Bryan Mark Rigg: Hitlers jüdische Soldaten .....	121
Willy Peter Reese: Mir selber seltsam fremd .....	123



## Aktuelles

*Zbigniew Wilkiewicz*

### Ziele, Profil und Arbeitsweise des GESW

#### 1. Ziele und Schwerpunkte

Das GESW führt sowohl mit deutschen als auch mit ausländischen Jugendlichen aus West- und Ostmitteleuropa vorwiegend Seminare durch, die gemäß unserem Konzept „Jugend für Gesamteuropa“ von dem Ziel bestimmt werden, über den Sinn, die Inhalte und Formen sowie die Chancen und Risiken des europäischen Einigungsprozesses zu informieren und den Jugendlichen zumindest in Ansätzen (gesamt)europäisches Wissen und interkulturelles Denken zu vermitteln.

Deshalb legen wir auch auf die landeskundlichen, europaweiten Kenntnisse und Kompetenzen unserer wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeiter großen Wert.

Darüber hinaus spielen interkulturelle Fähigkeiten und Fertigkeiten besonders bei unseren internationalen Jugendbegegnungsseminaren eine große Rolle. Durch partnerschaftlichen Umgang und durch gleichberechtigte Partizipation versuchen wir angesichts deutlicher ökonomischer Asymmetrien zwischen den EU-Ländern und den ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Beitrittsländern die Definitionsmacht des Westens zu relativieren. Das geeinte Europa wird hierbei nicht nur als politische und wirtschaftliche Interessen-, sondern auch als Wertegemeinschaft vermittelt, das den Grundsätzen der Subsidiarität und der Solidarität verbunden bleiben muss.

#### 2. Aktivitäten (Umsetzung)

Da wir im GESW mit sehr unterschiedlichen Zielgruppen arbeiten, von Teilnehmenden aus Sonderschulen und Gymnasien bis hin zu Studierenden und erwachsenen Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, spielt die Entwicklung teilnehmerorientierter Konzepte und die Passung der Angebote an den jeweiligen Kreis der Teilnehmenden eine herausragende Rolle.

Eine wichtige Voraussetzung für die erfolgreiche Durchführung unserer Maßnahmen bildet dabei der Umstand, dass die Seminare grundsätzlich vom gesamten Team und interdisziplinär angeboten werden. Auf diese Weise behandeln wir die Europäische Union, deren Erweiterung sowie weitere aktuelle Themen aus unterschiedlichen Optiken und mit Hilfe verschiedener methodischer Zugänge. Damit realisieren wir unseren Anspruch, zentrale Bereiche wie Zeitgeschichte, Politik, Wirtschaft und Kultur gebührend zu berücksichtigen.

Im Jahre 2003 führten wir insgesamt 49 Seminare durch, die nach dem Kinder- und Jugendplan (KJP) gefördert wurden. In der Regel handelte es sich hierbei um Mehrtages- und Wochenseminare mit einer Verweildauer von drei bis sechs Tagen, an denen 1563



Jugendliche und junge Erwachsene aus den alten und neuen Bundesländern sowie aus dem europäischen Ausland teilnahmen. Insgesamt waren es 883 weibliche und 680



männliche Teilnehmende. Hiervon waren 8,8 Prozent Studierende, 52,2 Prozent Gymnasiastinnen und Gymnasiasten und 10,1 Prozent Berufstätige. 12,8 Prozent der Teilnehmenden waren Gesamtschülerinnen und Gesamtschüler, während 9,7 Prozent aus Haupt- und Realschulen kamen. Die verbliebenen 6,4 Prozent gehörten sonstigen außerschulischen Jugendinitiativen an.

Hauptsächlich handelte es sich hierbei um internationale Seminare, also um binationale Begegnungen junger Menschen aus Deutschland mit Jugendlichen aus Polen, der Slowakei, Ungarn oder Norwegen, aber auch um Seminare, die der Auslandvorbereitung junger Menschen im Rahmen der Zusammenarbeit mit dem American Field Service (AFS) dienten. Hervorzuheben ist in diesem Kontext das Begegnungsseminar mit jungen Behinderten aus Polen und Deutschland. So wie in den vergangenen Jahren auch führten

wir im Rahmen der Seminare „Europa vor Ort“ Studienreisen mit jungen Teilnehmenden zu den Institutionen der EU in Brüssel und Straßburg durch.

Neben den durch den KJP geförderten Seminaren gab es im Jahre 2003 auch etliche Veranstaltungen, die von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) gefördert wurden. In der Regel handelte es sich hierbei um Kooperationen mit Hochschulen und Fachhochschulen, also um Veranstaltungen mit Studierenden. Darüber hinaus fanden zwei Multiplikatorenseminare mit Erwachsenen zum Thema der europäischen Integration und der Osterweiterung um das Baltikum und Polen statt. Sowohl mit Förderung des Pädagogischen Austauschdienstes (PAD) als auch mit Unterstützung der Ludwig Erhard Stiftung konnten ein- und zweiwöchige Seminare mit Deutschlehrerinnen aus den GUS-Staaten, mit polnischen Hochschulangehörigen sowie mit bulgarischen und rumänischen Studierenden realisiert werden.

### 3. Erfahrungen und Ergebnisse

Die politische Jugendbildung folgt der Prämisse, die Teilnehmenden durch altersadäquate Motivation und Lernmethoden anzusprechen und zum aktiven Mitdenken zu animieren. Nach dem notwendigen Input seitens der Seminarleitung wird deshalb in der Regel in Arbeitsgruppen oder Workshops gearbeitet. Neben Rollen- und Planspielen sowie produktorientierter Projektarbeit (Produktion von Zeitungen, Videos, PowerPoint-Präsentationen sowie Homepages) erweisen sich spielerische Formen des Lernens, wie der Lernzirkel Europa (ein Europa-Quiz mit mehreren Stationen), als gute Motivationsansätze.

Im Zusammenhang damit sind wir bemüht, die von der Seminarleitung vermittelten Inputs so mit den Outputs aus den Workshops zu verbinden, dass die Motivation und Partizipation der Teilnehmenden möglichst lange erhalten bleibt. Wie aus unseren regelmäßig durchgeführten Seminarbewertungen hervorgeht, bewerten die Teilneh-

menden unsere pädagogische Arbeit und die Dienstleistungen unserer Einrichtung durchweg positiv. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt dabei auch der verstärkte Einsatz neuer Medien, wobei wir weiterhin um die Entwicklung und Verbesserung einer entsprechenden Internet-Didaktik im Hinblick auf eine effektive Recherche und die sinnvolle Selektion und Strukturierung von Inhalten bemüht sind.

Auch im Jahre 2003 haben wir einige unserer Modellseminare in den „aktuellen ostinformationen“, auf der Homepage des GESW sowie in Veröffentlichungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB) dokumentiert.

#### 4. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Der Einigungs- und Erweiterungsprozess Europas stellt trotz aller politischen und wirtschaftlichen Verflechtungen keine selbstverständliche Entwicklung dar. Er muss der jüngeren Generation gerade deshalb möglichst nachhaltig näher gebracht und vermittelt werden. Die außerschulische politische Bildung hat daher auch in Zukunft wichtige gesellschaftspolitische Aufgaben wahrzunehmen. Dabei kann sie unübersehbaren Renationalisierungstendenzen entgegenwirken, aber auch, ganz pragmatisch betrachtet, dazu beitragen, beachtliche Wissenslücken zu schließen.

In einer Periode permanent auftretender wirtschaftlicher, sozialer und sicherheitspolitischer Krisenszenarien, die sich aus den nur schwer zu prognostizierenden Konsequenzen eines weltweit operierenden Terrorismus sowie kaum überschaubarer Globalisierungsprozesse ergeben, rückt für viele junge Menschen im In- und Ausland die Frage nach einem den Frieden sichernden, sozialen und solidarischen Europa immer stärker in den Vordergrund. Deshalb haben wir auch im Jahre 2003 in unseren Seminaren verstärkt solche Themen wie „Europa und die globale Welt“, „Zukunft der Arbeit“, „Migration“ und „Innere und äußere Sicherheit in der EU“ behandelt, in denen gemeinsam mit den Teilnehmenden nach den Chancen und Risiken jedes Einzelnen in einer sich rasant verändernden Welt gefragt wurde.

Der Konflikt um den Krieg im Irak, der die EU quasi gespalten hat, sowie die Differenzen zwischen den USA und dem „neuen“ auf der einen sowie dem „alten“ Europa auf der anderen Seite verdeutlichen, dass sich die EU in Zukunft noch viel stärker politisch definieren müssen. Man wird nicht davon ausgehen dürfen, dass sich die neuen Beitrittsländer automatisch dem Mainstream der EU-15 oder ihrer Kernländer (Deutschland und Frankreich) anschließen. Deshalb wird erneut und immer wieder nicht nur nach Prozeduren und Gewichtigungen, sondern auch nach den Inhalten und dem Sinn der europäischen Einigung gefragt werden müssen.

Das heißt auch, dass einer rein ökonomisch motivierten und akzentuierten Einigungslogik eine Abfuhr erteilt werden muss. Dies bedeutet nicht, dass man ihre immense Bedeutung für die Einigung sowie für den Interessenausgleich und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der EU nicht entsprechend würdigt. Es heißt aber, dass man rechtspopulistische, neorassistische und den jeweiligen Standort-Nationalismus propagierende Ideologien, die in der Regel wirtschaftliche Argumente bemühen (Ausverkauf nationaler Interessen, Export von Arbeitsplätzen, Furcht vor Arbeitsmigration) ernsthaft hinterfragt und sich kritisch mit ihnen auseinandersetzt.

In diesem Kontext wird auch immer wieder nach der Finalität Europas, nach der Zukunft der Nationalstaaten und der Festigung eines wie auch immer definierten europäischen Bewusstseins gefragt werden müssen. Es ist auch Aufgabe der politischen Bildung, trotz aller Widersprüchlichkeiten und Paradoxien, auf diese Fragen plausible Antworten geben zu können, wobei ein gesamteuropäisches Kosten-Nutzen-Kalkül entwickelt werden muss, das die Mehrheiten in den Gesellschaften Europas überzeugen kann.

*Birgit Ackermeier*

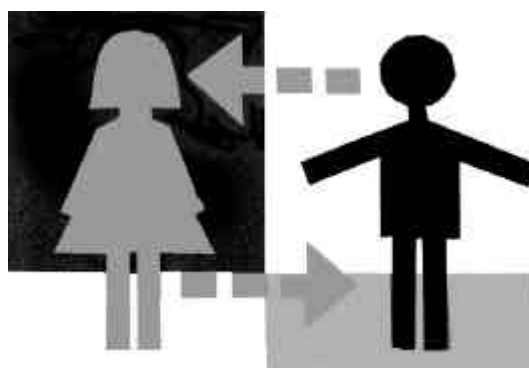
## **Gender-Mainstreaming im AdB**

Bericht über erste Schritte zur Einführung von Gender-Mainstreaming im GESW

### **1. Zum Begriff**

Das Wort **Gender** stammt aus dem Englischen und bezeichnet die gesellschaftlich, sozial und kulturell geprägten Geschlechterrollen von Frauen und Männern. Diese sind – anders als das biologische Geschlecht – erlernt und damit auch veränderbar.

**Mainstreaming** kommt ebenfalls aus dem Englischen und steht für 'Hauptstrom'. Mainstreaming bedeutet somit, dass eine bestimmte inhaltliche Vorgabe, die bisher nicht das Handeln bestimmt hat, nun zum zentralen Bestandteil bei allen Entscheidungen und Prozessen gemacht wird.



Im Jahr 1995 verabschiedete die 4. Weltfrauenkonferenz in Peking Gender-Mainstreaming als neue politische Strategie, mit der die Sichtweise und die Situation von Frauen in alle Politikbereiche Eingang finden soll. Der Amsterdamer Vertrag von 1996 verpflichtet alle EU-Mitgliedsstaaten zur Anwendung von Gender-Mainstreaming in ihrer Politik. Beschäftigungspolitische Leitlinien der EU aus dem Jahr 1999 verankern Gender-Mainstreaming als Querschnittsaufgabe neben der 4. Leitsäule 'Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt'. Mit dem Programm der Bundesregierung 'Moderner Staat – Moderne Verwaltung' (2000) wird Gender-Mainstreaming schließlich in die Geschäftsordnung aller Bundesministerien aufgenommen.

Damit ist Gender-Mainstreaming auch für den Bereich der Kinder- und Jugendhilfe verbindlich und umzusetzen als Auftrag

- an die Leitungsgremien einer Organisation und
- an alle Beschäftigten, die unterschiedlichen Interessen und Lebenssituationen von Frauen und Männern, bzw. Mädchen und Jungen
- in der Struktur,
- in der Gestaltung von Prozessen und Arbeitsabläufen,
- in der Gestaltung von Bildungsangeboten,
- in den Ergebnissen und Produkten,
- in der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit,
- in der Steuerung

von vornherein und kontinuierlich zu berücksichtigen, um das Ziel der Gleichstellung von Frauen und Männern sowie Mädchen und Jungen (also Geschlechtergerechtigkeit) effektiv verwirklichen zu können.

### **2. Ziele und Schwerpunkte**

Ausgehend von dem übergeordneten Ziel, existierende geschlechtsabhängige Ungleichbehandlungen aufzudecken und im nächsten Schritt abzubauen um so zu mehr Ge-



schlechtergerechtigkeit beizutragen, soll das Handlungsprinzip 'Gender Mainstreaming' in allen Bereichen des GESW implementiert werden.

Dazu haben wir einen Fragenkatalog entwickelt, anhand dessen wir folgende Bereiche überprüfen wollen:

- a) *Überlegungen zur Einrichtung (Unterkunft, Verpflegung, Freizeitmöglichkeiten, etc.)*
- Welche Rückzugsmöglichkeiten bietet die Einrichtung (für Gruppenarbeiten, informelle Gespräche)? Welche TN wünschen sich welche Rückzugsmöglichkeiten?
  - Welche Wege müssen die TN zwischen Bettentrakt und Seminartrakt zurücklegen?
  - Inwieweit stellt sich der Servicebereich flexibel auf die Wünsche der unterschiedlichen TN ein (Essen, Ausstattung)?
  - Können ggf. getrennte Bereiche für Mädchen und Jungen eingerichtet werden?
  - Welche Möglichkeiten der Freizeitgestaltung bietet die Einrichtung? Welche diesbezüglichen Angebote sprechen Jungen und Mädchen bzw. Männer und Frauen an?
  - Wie ist die Atmosphäre in der Einrichtung – wen spricht sie vermutlich an? Wie kann dafür gesorgt werden, dass sich die TN wohl fühlen?
- b) *Überlegungen zur Geschlechtergerechtigkeit in der Programmgestaltung und Werbung*
- Sind Programmtext und Überschriften geschlechtergerecht formuliert?
  - Sprechen Layout und Illustration Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männer in ihren unterschiedlichen Lebenssituationen an?
  - Wie sieht der Verteiler zur Werbung für das Programm aus? (Wie erreicht das Programm unterschiedliche Mädchen/Frauen bzw. Jungen/Männer in ihren Lebenswelten? Können z.B. Frauen- und/oder Männernetzwerke berücksichtigt werden?)
  - In welchen Medien wird für die Veranstaltung geworben? (Gleicher Zugang für Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männer?)
  - Können Kooperationspartner die Werbung unterstützen?
- c) *Fragen zur Personalentwicklung*
- Wie setzt sich das Leitungsteam zusammen?
  - Welche Kooperationsmöglichkeiten gibt es? (Welche Personen können zur Mitarbeit gewonnen werden?)
  - Ist bei gemischter TeilnehmerInnenstruktur auch das Mitarbeiterteam gemischt zusammengesetzt?
  - Welche Erfahrungen haben die Mitwirkenden in geschlechterbewusster Arbeit, über welche Gender-Kompetenzen verfügen sie?
  - Wie ist die Aufgabenverteilung im Team? (Vorbildfunktion für die Aufhebung traditioneller geschlechterbezogener Muster und Hierarchien?)
  - Gendersensibilisierung in den jeweiligen Arbeitsgebieten

d) *Überlegungen zu Didaktik und Methodik*

- Welche geschlechterbezogenen Aspekte beinhalten die Lehreinheiten? (Reflexion über Geschlechterverhältnisse)
- Wie können die Methoden die Vielfalt der TN berücksichtigen? (Wen sprechen welche Methoden an?)
- Inwieweit spiegeln Arbeitsmaterialien unterschiedliche Lebenslagen der TN wider? (Repräsentieren Filme, Bilder, Texte die breite Palette von Geschlechterbildern, Ethnien, Lebensformen, kulturellen und sozialen Milieus?)
- Welche Möglichkeiten haben Mädchen und Jungen bzw. Frauen und Männer, sich bei der Gestaltung zu beteiligen und sich in die Arbeitsphasen einzubringen?
- Ist es sinnvoll, geschlechtshomogene Arbeitsgruppen zu bilden?

e) *Überlegungen zu Themen und Inhalten des Programms*

- Was könnte welche Mädchen/Jungen bzw. Frauen/Männer an dem Thema interessieren? Welche Bedeutung hat der Inhalt für sie?
- Wie können geschlechterbezogene Aspekte im Thema und in den Programmen aufgenommen werden?
- Welche geschlechterbezogenen Aspekte sind im Thema enthalten?
- Was kann die Bearbeitung des Themas zum Ziel der Geschlechtergerechtigkeit beitragen?
- Wie spricht der gewählte Titel der Veranstaltung Mädchen/Frauen bzw. Jungen/Männer an?
- Wie können Anliegen/Erfahrungen von weiblichen und männlichen Teilnehmenden (TN) in die Bearbeitung des Themas einfließen?

f) *Evaluation des Vorhabens / der Veranstaltungen*

- Bei welchen Seminaren überwiegen weibliche bzw. männliche TN?
- Ließ sich bei bestimmten Programmteilen ein besonderes Interesse von weiblichen bzw. männlichen TN feststellen?
- Gab es unterschiedliche Rückmeldungen von weiblichen bzw. männlichen TN? (Worin bestanden die Unterschiede?)
- An welchen Punkten wurden geschlechterbezogene Bewertungen zum Seminarthema angesprochen?
- Wie konnten weibliche und männliche TN ihre Interessen und Erwartungen in die Planung einbringen?
- Wie haben weibliche und männliche TN am Verlauf der Tagung partizipiert?
- Welche Gedanken zur weiteren Beschäftigung mit dem Seminarthema äußerten weibliche und männliche TN?
- Welche Konsequenzen können für mehr Geschlechtergerechtigkeit gezogen werden?
- Wie können diese Konsequenzen an andere Institutionen (z.B. politischer Bereich) weitergegeben werden?

### 3. Aktivitäten (Umsetzung)

Mit einer im November 2003 verabschiedeten Satzungsänderung, mit der sich das GESW dem Prinzip des GM verpflichtet, haben wir einen entscheidenden Schritt getan, um eine entsprechende Ausrichtung der Arbeit und Handlungsweise in unserer Einrichtung zu verankern.

Um der weiteren Implementierung von GM eine möglichst breite Basis zu bieten, wurde vereinbart, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aller Betriebsbereiche an den weiteren Trainingseinheiten teilnehmen.

Nach einem ersten gemeinsamen Training für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verschiedener Vlothoer Bildungseinrichtungen, bei dem es hauptsächlich um Begriffs- und Zieldefinitionen, geschichtliche und sozialwissenschaftliche Hintergründe ging, erkannten wir im MitarbeiterInnen-Team übereinstimmend die Notwendigkeit, zunächst unsere Genderkompetenzen im Institut zu erweitern.

Die erste Trainingseinheit für MitarbeiterInnen im GESW diente also insbesondere der Schärfung unserer geschlechtersensiblen Wahrnehmung von Personen, Strukturen, Situationen und Interaktionen in Gruppen und am Arbeitsplatz.

In einem nächsten Schritt haben wir zunächst die Personalstruktur im GESW anhand der 3-R-Methode eingehend analysiert, um Aussagen zur Repräsentanz von Frauen und Männern sowie zur Verteilung von Ressourcen in den verschiedenen Bereichen treffen zu können. Die Ergebnisse wurden dann anhand konkreter Fragestellungen zu Ursachen und Entwicklungen sowie nach Ansatzpunkten für eine gerechtere Geschlechterverteilung hinterfragt.

Da wir schon seit längerer Zeit regelmäßig in einem geschlechtsheterogen zusammengesetzten Team Rundgänge durch die Einrichtung durchführen, um Schwachstellen aufzudecken, haben wir nun auch noch einen anonymisierten Fragenkatalog zur Einrichtung entwickelt, anhand dessen wir von unseren Teilnehmenden eine geschlechterdifferenzierte Bewertung unserer Seminar- und Freizeiträume sowie der Gästezimmer abfragen. Darüber hinaus ist mit der Evaluation eine Bewertung des Seminar- und Themenangebotes unter geschlechterspezifischen Gesichtspunkten verbunden.

### 4. Erfahrungen und Ergebnisse

Die Erfahrung mit abteilungsübergreifenden, gemeinsamen Gender-Trainings für MitarbeiterInnen im GESW wurden von allen Teilnehmenden übereinstimmend sehr positiv bewertet.

Obwohl allen MitarbeiterInnen die Dissonanz hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen und Männern in den verschiedenen Bereichen des GESW sowie der Verteilung der Ressourcen weitgehend bekannt war, bewirkte die differenzierte Darstellung der Strukturen eine veränderte Wahrnehmung.

Die personelle Situation im GESW zeigt ein nahezu exaktes Spiegelbild der traditionellen Rollen- und Ressourcenverteilung in unserer Gesellschaft. Eine Reflexion zu Ursachen für diese aktuell vorhandenen Strukturen löste einen Rückblick auf die Geschichte der Einrichtung aus. Auch wenn sich keine deutlichen Strukturveränderungen abzeichnen, so wird von allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der vor einigen Jahren entwickelte Institutsrat sehr geschätzt, weil dieser allen Mitarbeitenden eine deutlich bessere

Einsicht in die Abläufe und Probleme der verschiedenen Bereiche sowie einen gerechteren Zugang zu Informationen ermöglicht. Sowohl die Kommunikation als auch das gegenseitige Verständnis wird - trotz unter Gender-Aspekten bestehender Ungerechtigkeiten - überwiegend positiv eingeschätzt. Aufgrund flacher Hierarchien, der weitgehenden Durchsetzung des Subsidiaritätsprinzips, das bei allen Mitarbeitenden eine hohe Eigenverantwortlichkeit voraussetzt, kann bei der Belegschaft eine relativ hohe Identifikation mit dem GESW festgestellt werden.

Die ungleiche Ressourcenverteilung lässt sich teilweise auch auf tarifvertragliche und zurechtensrechtliche Regelungen zurückzuführen, die pädagogische Tätigkeiten höher bewertet als Verwaltungsarbeiten und diese wiederum höher als hauswirtschaftliche. Zahlreiche Bemühungen in den früheren Jahren, auch die Hauswirtschaftskräfte in den Stellenplan einzubeziehen, scheiterten, so dass es hier bei einer Schlechterstellung blieb. Hingegen ist positiv herauszustellen, dass wir für MitarbeiterInnen, die Kinder im Kindergarten- und Schulalter zu betreuen haben, die Arbeitsbedingungen so gestalten, dass sie ihren familiären Verpflichtungen gerecht werden können.

## 5. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Obwohl die Abläufe und Kommunikationsstrukturen positiv einzuschätzen sind, so muss doch festgehalten werden, dass es unter Gender-Gesichtspunkten erhebliche Schwachstellen gibt.

Möglicherweise haben Befürchtungen, eine Fehlbesetzung könnte bei relativ wenigen Beschäftigten, von denen ein hohes Maß an Eigenverantwortung erwartet wird, die Einrichtung in Schwierigkeiten bringen, dazu beigetragen, dass Stellen in traditioneller Weise wieder besetzt wurden.

Derzeit sehen wir hinsichtlich der personellen Struktur keine Veränderungsmöglichkeiten; bei der nächsten Neubesetzung einer Stelle im pädagogischen Team soll die Ausschreibung allerdings gezielt auf weibliche Personen ausgerichtet werden.

Zwischenzeitlich werden wir uns durch Einsatz von Teamerinnen und Referentinnen um eine geschlechtergerechtere Zusammensetzung des Seminarleitungsteams bemühen.

Für den Bereich der Küche und Raumpflege gab es noch keine männlichen Bewerber; vermutlich würde sich lediglich für die Leiterstelle in der Hauswirtschaft ein männlicher Interessent finden. Da auf diese Weise aber wieder die traditionelle Rollenverteilung und -hierarchie gepflegt würde, vertreten wir die Auffassung, dass dieser Bereich besser ausschließlich mit Frauen besetzt sein sollte.

Aufgrund unserer eigenen Wahrnehmung und Beurteilung hinsichtlich der Nutzung der Räumlichkeiten und des Freizeitangebotes durch unsere Teilnehmenden können wir davon ausgehen, dass wir mit unseren bisherigen Bemühungen in Bezug auf GM in diesem Bereich auf dem richtigen Weg sind. Die Auswertung der Teilnehmerinnen- und Teilnehmerbefragung wird uns in den nächsten Monaten zeigen, ob und in welcher Weise hier noch Handlungsbedarf besteht.

Durch die Seminaerauswertungen sollen Indikatoren entwickelt werden, mit denen sich Erfolg und Resultate von GM hinsichtlich unseres Seminarangebots darstellen und bewerten lassen. Darüber hinaus soll in den regelmäßig stattfindenden Sitzungen des Institutsrates, in dem MitarbeiterInnen aus allen Bereichen des Instituts zusammenarbeiten, eine Verstärkung der Diskussion über GM-Schwerpunkte und deren Umsetzung im Institut erreicht werden.

Gerhard Schüsselbauer/Michael Walter

## Jugend für Gesamteuropa - Politische Jugendbildung in und für Europa

„Die Fähigkeit, seine Freizeit klug auszufüllen, ist die höchste Stufe menschlicher Kultur.“ (Bertrand Russell)

„Ich sehe einfach nicht ein, etwas zu lernen, was mir keine Freude bereitet.“ (Albert Einstein)

### 1. Konzeptionelle Überlegungen



Politische Jugendbildung ist eine umfassende gesamteuropäische Aufgabe. Das neue Jahrhundert erfordert einerseits eine Auseinandersetzung mit den vielschichtigen Themen der Globalisierung und Internationalisierung, andererseits wird eine stärkere und konsequentere Europäisierung der politischen Jugendarbeit notwendig. Nicht nur der in Sonntagsreden viel beschworene „Aufbruch zum geeinten Europa“, sondern auch die weltpolitischen Herausforderungen fordern die Arbeit in der Jugendbildung heraus. Dabei müssen die Aktivitäten den wechselnden welt-, europa- und deutschlandpolitischen Gegebenheiten Rechnung tragen, ohne jedoch überhastet vordergründigen Trends zu folgen. Politische Jugendbildung darf nicht mit fertigen, statischen Rezepten arbeiten, sondern muss sich permanent an dynamisch ändernde Realitäten anpassen können. Sonst droht sowohl eine verfehlte Auswahl der Themenschwerpunkte, als auch die Umsetzung eines Ansatzes, der die „Nachfrageseite“ der Arbeit in der politischen Bildung gänzlich außer acht lässt.

Spätestens seit dem Ende des Ost-West-Gegensatzes sieht sich die europäische Bildungspolitik der gewaltigen Aufgabe einer gesamteuropäischen Integration gegenüber. Darüber hinaus dominieren die Diskussionen um die enormen Schwierigkeiten unserer faktisch existierenden multikulturellen Gesellschaften in Europa sowie extremistische und fremdenfeindliche Tendenzen in vielen europäischen Ländern von Großbritannien bis Polen und Russland, von Schweden über Deutschland bis Italien, die Agenda der politischen Bildung. Die Aussage, die Schaffung eines geeinten Europa stelle gerade für jüngere Generationen eine Herausforderung dar, ist eine Binsenweisheit. Es erfordert jedoch weitreichendere Maßnahmen, als bisher unternommen, um den wirtschaftlichen und politisch-föderativen Einigungsprozess voranzubringen. Gerade der EU-Verfassung, die die zukünftige Struktur der Europäischen Union richtungsweisend mitgestalten soll, fällt hierbei eine maßgebliche Rolle zu. Für die Überwindung des Denkens in nationalen Grenzen ist ein grundsätzlicher proeuropäischer Ansatz, ein offener Dialog und partnerchaftlicher Austausch der jungen Generationen im ehemaligen „Ost“ und „West“ eine wichtige Voraussetzung. Dazu gehört, dass sich West- und Mitteleuropäer über die Bedeutung einer über den gegenwärtigen Erweiterungsprozess der Union hinausgehende Architektur eines „geeinten Europa“ klar werden.

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung der europäischen Dimension in der Jugendbildung wurde im Jahr 1993 die bundesweite Maßnahme „Jugend für Gesamteuropa – ein Bildungs- und Begegnungsprogramm“ auf den Weg gebracht. Die Zusammenarbeit der daran beteiligten Bildungsträger der Arbeitsgemeinschaft der „Ost-West-Institute“<sup>1</sup> mit dem BMFSFJ und anderen Bildungsträgern hat seit nunmehr mehr als zehn Jahren die bundesweite und internationale Realisierung dieses Programms nachhaltig unterstützt. Bisher konnten im Rahmen des Projektes „Jugend für Gesamteuropa“ jährlich ca. 200 Einzelmaßnahmen (Seminare, Begegnungen, etc.) durchgeführt werden.

Politische Jugendbildung in und für (Gesamt)Europa muss eine Reihe von bedeutenden Fragen und Aspekten aufgreifen:

- Welche konkreten Ziele sollen mit einer „gesamteuropäischen“ Jugendbildung verfolgt werden, wenn die einzelnen Bildungsangebote immer noch in den nationalen Kinderschuhen stecken?
- Wie werden europäische Themen, Probleme und Tendenzen didaktisch aufbereitet, behandelt und vermittelt, z.B. Jugendkulturen, Suchtprobleme, Links- bzw. Rechts-extremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus?
- Wie werden die Kernthemen Jugendarbeitslosigkeit und Berufsperspektiven in einer dynamischen Arbeitswelt sowie die Thematik des „lebenslangen Lernens“ inhaltlich ausgestaltet?
- Ist „interkulturelles Lernen“ nur ein weiterer, inhaltsleerer Catch-all-Begriff, oder kann er als „methodischer Alltag“ in der gesamteuropäischen Jugendbildung bei internationalen Jugendbegegnungsseminaren nachhaltig verstetigt werden?
- Welche Forderungen haben „Praktiker der europäischen Jugendbildung“ an europapolitische Institutionen im Hinblick auf die Ausgestaltung einer jugendgerechten Bildungspolitik?
- Wie kann eine stärkere Vernetzung der europäischen Bildungsarbeit erreicht werden, ohne sich in institutionellen Fallstricken gut intendierter, aber bewegungsunfähiger (Dach)Organisationen zu verstricken?
- Worin besteht die Qualität der gesamteuropäischen Bildungsaktivitäten, wie kann sie evaluiert und wie kann sie verbessert werden? Wie wird dabei die „europäische Dimension“ im Denken und Handeln von Jugendlichen gefördert?

## 2. „Europäisierung“ der politischen Jugendbildung

Als ein wesentlicher Bestandteil umfasst die Konzeption „Jugend für Gesamteuropa“ die Partizipation und Interessenvertretung junger Europäerinnen und Europäer. Dies umfasst die Berücksichtigung und Thematisierung der politischen, ökonomischen und sozialen Situation Jugendlicher in den jeweiligen europäischen Ländern. Dabei dürfen Politik, Wirtschaft, Soziales und Kultur nicht isoliert betrachtet und behandelt werden.

<sup>1</sup> Vgl. dazu ausführlich die Veröffentlichung der Arbeitsgemeinschaft der Ost-West-Institute (Hg.): „Europa gemeinsam gestalten – Bildung für Gesamteuropa“, Celle 2000.

Es sind eher die Wechselwirkungen, die als Ganzes erst Europa in seiner heterogenen Vielfalt ausmachen. Europa charakterisiert sich nicht sosehr durch Einheit *trotz* oder *durch* Vielfalt, sondern vielmehr durch Einheit *der* Vielfalt. Dies führt unweigerlich zu einer themenintegrierenden und länderübergreifenden Didaktisierung der politischen Jugendbildung.

„Europäisierung“ bedeutet, bezogen auf die Welt Jugendlicher und die konkrete Arbeit mit ihnen, dass:

- „Europäisches Lernen“ und „Lernen und Wissen über Europa“ eine immer größere Bedeutung erhalten
- die Betonung der interkulturellen Aspekte der Bildungsaktivitäten stark zunehmen wird
- die „europäische Dimension“ und komplexe Inhalte wahrgenommen werden (müssen)
- Schule, Ausbildung, Berufsleben und Freizeit aufgrund der Freizügigkeiten in einem wachsenden Binnenmarkt eine immer stärkere europäische Ausrichtung erfahren (z.B. Sprachen, Mobilität)
- Lebensstile, Trends und (Jugend)Kulturen sich zwar nivellieren, aber regionale und lokale Identitäten eine zusehends bedeutsamere Rolle spielen.

Vor allem die Frage nach der Identität in einem geeinten Europa rückt dabei verstärkt in den Mittelpunkt. Für Jugendliche stellt es oftmals keinen Widerspruch dar, eine lokale/regionale Identität mit einer nationalen sowie darüber hinaus mit einer europäischen Identität zu verknüpfen. Darüber hinaus rückt für Jugendliche zusehends die Realisierung eigener Handlungsmöglichkeiten in einer sich permanent ändernden Arbeits- und Berufswelt in den Mittelpunkt. Ergebnisse der Shell-Jugendstudie 2002<sup>2</sup> zeigen unmissverständlich, dass Leistungs- und Berufsorientierung für Jugendliche eine dominante Rolle spielen. Im europäischen Kontext erwarten sie daher von der Bildungsarbeit Antworten und Lösungen drängender Fragen und Probleme.

Im Gegensatz zur klassischen schulischen Bildung, die tendenziell stärker national oder regional geprägt ist, kann die „Europäisierung“ der außerschulischen politischen Jugendbildung eine Vorreiterrolle dahingehend übernehmen, dass bereits bei internationalen Seminaren im Ansatz konsequent ein auf partnerschaftlicher Gleichberechtigung basierender Ansatz umgesetzt wird. Insbesondere bi- und multinationale Begegnungsseminare eröffnen die Möglichkeit, einen interkulturellen und internationalen Lernprozess anzustoßen. Gerade wegen der deutlichen Motivationsdefizite und der oft mangelnden Bereitschaft Jugendlicher, sich für (europa)politische Themen zu interessieren, muss sich die politische Jugendbildungsarbeit das breite Spektrum unterschiedlicher pädagogischer Methoden zunutze machen, um diesen Defiziten entgegenwirken zu können.

---

<sup>2</sup> Vgl. im Detail 14. Shell-Jugendstudie, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 2002.

### 3. Beispielhafte Projektseminare

#### 3.1 Polen und Deutschland – aus der Vergangenheit lernen, die Zukunft gestalten

*Projektorientiertes deutsch-polnisches Begegnungsseminar für Schülerinnen und Schüler*

Die folgende kurze Projektbeschreibung soll exemplarisch den Aufbau eines einwöchigen binationalen Seminars mit Jugendlichen oder jungen Erwachsenen aus Polen und Deutschland aufzeigen. Eine solche Veranstaltung kann modifiziert ebenso als deutsch-slowakisches, deutsch-tschechisches, deutsch-ungarisches, etc. Jugendprojekt konzipiert sein. Im Mittelpunkt steht die Verbindung aus Inputs durch die Dozenten mit Outputs der gemischten binationalen Workshops. Wissenstransfer, Projekt- und Produktorientierung gehen dabei vor zeitlichem Leerlauf oder „touristischer Vielfalt“. Jugendliche und junge Erwachsene sind sehr leicht für projektbezogene Arbeit zu gewinnen, wenn Spaß mit Zielorientierung in der Gruppenarbeit in Einklang gebracht wird. Entscheidend ist nicht nur das konkrete „Endprodukt“, sondern die Möglichkeit für jeden, seine Stärken in die Workshoparbeit einzubringen. Sehr wünschenswert wäre darüber hinaus eine Vorbereitung insbesondere der deutschen Seite auf Polen im Unterricht (Geschichte, Politik, Gesellschaft, Sprache – „Schnupperkurs Polnisch“).



Das Programm setzt sich im Einzelnen aus folgenden Teilen zusammen:

*Inputleistungen (Vorträge und Diskussionen)*

- Deutschland und Polen in Geschichte und Gegenwart
- Polen und Deutschland – eine Interessengemeinschaft in der EU
- Rechtsextremistische Tendenzen in D, PL und Europa
- Interaktive Schülerumfrage zu Politik, Wirtschaft und sozialen Aspekten (D & PL)
- EUROPA-QUIZ in acht Etappen „Lerne Europa kennen“

*Bildung von binationalen Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themen*

- PL / D und Landeskunde
- Rechtsextremismus in D und PL – Täter und Opfer
- Mehr als 10 Jahre Transformation in PL
- Kreativ-Gruppe „Comic“, Polen und Deutsche – Leben an der Grenze
- Jugend & Werte – Arbeit mit Gedichten
- Gestaltung einer Umfrage „Leben in Europa in 20 Jahren“
- Dokumentationsgruppe (Homepage, PowerPoint)

*Extraaktivitäten*

- Exkursion ins NS-Straflager im Steinbruch in Steinbergen
- Ausflug in die Rattenfängerstadt Hameln
- Filmangebote (z. B. Kieslowskis „Kurzer Film über die Liebe“ oder M. Piowskis „Die Entführung der Agatha“)
- D-PL-Sportolympiade



### **3.2 Quo vadis, Europa? Zukunftschancen der jungen Generation im vereinten Europa** *Internationales Medienseminar für Jugendliche und junge Erwachsene aus west- und mitteleuropäischen Ländern*

#### **Beschreibung und Zielsetzung des Projektes**

Verschiedene Umfragen der letzten Jahre belegen, dass das Interesse Jugendlicher am Thema "Europa" zwar zunimmt, die Kenntnisse über entsprechende Themenbereiche jedoch gering sind und die Entwicklung und Konsequenzen der Europäischen Einigung von einem Großteil auch der jungen Bevölkerung negativ beurteilt werden. Die Einführung des Euro, die EU-Erweiterung sowie die aktuelle sicherheitspolitische Debatte wecken Ängste, die umso größer sind, je geringer der Informationsstand ist. "Brüssel" wird zum Synonym für einen realitätsfernen Bürokratismus, während die Relevanz der europäischen Integration für das persönliche Leben in der Regel verkannt wird. Ziel diese Seminartyps im GESW e.V. Vlotho ist es daher, den Teilnehmenden Möglichkeiten zu bieten,

- im direkten Austausch mit Teilnehmenden aus anderen europäischen Ländern Europa zu erleben,
- sich umfassend über die Herausforderungen, Aufgaben und Funktionsweisen der Europäischen Union zu informieren und
- die Ergebnisse anhand jugendgerechter, "spannender" Methoden in eigene "Produkte" umzusetzen.

Die Teilnehmenden sollen dabei auch die Bedeutung der europapolitischen Entwicklungen für sich selbst, ihr Leben und ihre Ausbildungszusammenhänge reflektieren.

#### **Schwerpunkte**

Im thematischen Mittelpunkt der Veranstaltung stehen:

- Geschichte und Funktionsweise der Europäischen Union einschließlich der institutionellen Reform
- Chancen und Risiken des Binnenmarktes und der Währungsunion
- EU-Erweiterung
- Zukunft der Arbeit – Arbeit der Zukunft
- Migration in Europa
- Neue sicherheitspolitische Herausforderungen im Rahmen der GASP der EU
- Bedeutung der europäischen Einigung für die Stadt Vlotho (als Beispiel für die These "Europa beginnt vor der Haustür").

Nach einem kursorischen Überblick über Versuche, den Europa-Begriff geographisch, kulturgeschichtlich und politisch zu definieren, folgt mit einer Darstellung der Geschichte der Europäischen Einigung vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute eine erste thematische Schwerpunktsetzung. Anschließend beschäftigen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer in verschiedenen, nach Interessenschwerpunkten ausgewählten Arbeitsgruppen unter Anleitung von Fachleuten intensiver mit den o.g. Themen.

### **Beschreibung der eingesetzten pädagogischen Mittel und Methoden**

Die Veranstaltung findet in Form eines internationalen Medienseminars statt. Anhand von Referaten, Umfragen, Gesprächsrunden, Lernzirkeln, Expertengesprächen und der Arbeit mit Materialien des GESW informieren sich die Teilnehmenden über die Europäische Integration sowie ihre aktuellen Herausforderungen. In methodischer Hinsicht verzichten wir auf Vorträge, lange Videos und Podiumsdiskussionen, sondern bereiten Angebote mit geringer Partizipationsschwelle und „Event“-Charakter bei Beibehaltung des Ziels politischer Bildung vor. Die gewonnenen Erkenntnisse werden im Rahmen von vier Medienprojekten verarbeitet und umgesetzt. Das Seminar mündet somit in der Realisierung von vier konkreten Produkten: In international besetzten Projektgruppen entstehen unter fachmännischer Anleitung ein Videofilm, eine Schülerzeitung, ein öffentlich gesendeter Radiobeitrag und eine Internet-Seite (siehe z. B. [www.gesw.de/europaseminar2002](http://www.gesw.de/europaseminar2002)).

### **Öffentliche Präsentation**

Mit einer abschließenden öffentlichen Veranstaltung soll den Teilnehmerinnen und Teilnehmern Gelegenheit gegeben werden, die Seminarergebnisse einer breiteren Öffentlichkeit einschließlich der lokalen Presse vorzustellen.

### **Auswertung des Seminars durch die Teilnehmenden**

Insgesamt wird der Seminartyp - ohne erkennbare Unterschiede hinsichtlich der Herkunftsländer - sehr positiv bewertet. Die Auswertung des Seminars erfolgt schriftlich strukturiert nach der Methode "stummer Schreibtisch": Alle Teilnehmenden vervollständigen mehrere Satzanfänge ("Ich habe gelernt...", "Ich habe einen Vorschlag für das nächste Seminar...", "Das Beste war...", "Ich möchte Ihnen noch sagen..."). Gewürdigt werden - ohne dass die Teilnehmenden dies wissen - insbesondere die drei wichtigsten Seminarziele: der Austausch mit Menschen anderer Nationalität, das Erlernen neuer Arbeitstechniken und Methoden sowie die Erkenntnis, dass über Strukturen und Funktionen hinaus "ich ein Teil Europas bin". Aus der Erfahrung letzter Seminare zeigt sich, dass sich vereinzelt Kritik vor allem auf zu wenig Freizeit bezieht. Auch der nicht finanzierbare Wunsch nach einem zweiwöchigen Seminar wurde in vergangenen Seminaren geäußert.

### **Beurteilung des Seminars durch die Seminarleitung**

Das methodische Konzept, das politische Bildung mit Spaß verbinden möchte, spricht die teilnehmenden Jugendlichen offensichtlich an. In technischer Hinsicht müssen stets aus finanziellen Gründen Kompromisse eingegangen werden (Verzicht auf die Anmietung professioneller Videoschneideplätze, Abstriche bei der Computerausstattung, finanziell günstigeres, aber schlechteres Tonstudio), was mitunter das Arbeiten erschwert und den Ergebnissen schaden kann. Von den Jugendlichen wird dieses Manko indes kaum wahrgenommen oder zumindest nicht explizit formuliert. Über die Gestaltung einer Internet-Site gelingt es, die "neuen" und für junge Erwachsene besonders attraktiven Medien sinnvoll in die politische Bildungsarbeit einzubeziehen. Unter fachkundiger Anleitung arbeiten sich die Teilnehmenden rasch in grundsätzlich unbekannte Techniken

und Hilfsmittel ein. Über die Medienarbeit erfolgt eine Beschäftigung mit verschiedenen europapolitischen Themen und schließlich die Produktion von Ergebnissen im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten. Positiv zu werten ist die gute Zusammenarbeit der Teilnehmenden über die Arbeitsgruppen und Nationalitäten hinweg.

#### **4. Fazit**

Die vorgestellten Seminartypen sind grundsätzlich hervorragend geeignet, die aktuellen Anforderungen an die politische Bildung umzusetzen. Nach Auffassung aller Seminarbeteiligten – Jugendliche, Teamer und Veranstalter – waren die Seminare äußerst erfolgreich. Junge Menschen aus verschiedenen Nationen, die zunächst keineswegs die Aussicht auf eine Woche "politischer Bildung" lockt, sondern vielmehr die Möglichkeit zum Kennenlernen anderer junger Menschen und das gemeinsame Arbeiten mit attraktiven Medien, beginnen, sich für aktuelle politische Fragen zu interessieren und arbeiten freiwillig in den jeweiligen Arbeitsgruppen bis weit in die Nacht hinein. Die konsequente Orientierung am Methodenwechsel sowie an thematischer Arbeit in Kombination mit selbstständiger Workshoparbeit ermöglicht es, politische Themen „jugendgerecht“ zu vermitteln, ohne dass das inhaltliche Ziel des Wissenstransfers zu kurz kommt.

*Gustav Thurm*

## **Die Zusammenarbeit der Landesarbeitsgemeinschaft für deutsche Ostkunde im Unterricht in Nordrhein- Westfalen (LAG) mit dem Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho (GESW)**

In der Satzung der LAG werden die kulturellen, geschichtlichen und politischen Wechselbeziehungen zu den osteuropäischen und südosteuropäischen Nachbarvölkern als Zielsetzung der Arbeitsaufgaben definiert. Diese Ziele sollen u.a. durch Tagungen für Lehrkräfte aller Schulformen, Begegnungen und gemeinsame Seminare für Schülerinnen und Schüler aus Deutschland und den ostmittel- und südosteuropäischen Nachbarländern erreicht werden. Ab 1970 organisierte die LAG Schülerseminare im Sauerland, die sich mit Themen wie CSSR, Volkspolen, UdSSR oder DDR beschäftigten. Mir wurde als nebenamtliche Lehrkraft der Unterricht über die DDR übertragen, und ab 1985 übernahm ich die Gesamtorganisation, die nach der Wiedervereinigung 1990 die neue Konstellation „je eine Klasse aus den neuen und alten Bundesländern“ ergab. Die Begegnungen wurden im Gut Holmecke, nahe Hemer, absolviert, die Förderung erfolgte nach dem Innerdeutschen Ministerium durch die Bundeszentrale für politische Bildung in Bonn. Im Zuge verschiedener ministerieller Maßnahmen entfiel die Förderung durch die Bundeszentrale; aber auf der Suche nach neuen Finanzierungsquellen wurde die Robert Bosch Stiftung in Stuttgart ausgemacht. Die Notwendigkeit ergab sich aus politischen Gründen; denn nach dem Auslaufen der gesamtdeutschen Schülerseminare im Jahre 1993 stellte sich die LAG der neuen europäischen Forderung nach Schaffung einer größeren europäischen Union, die eine Vereinigung mit den Ländern Ost- und Südosteuropas zum Ziel hat.

### **Schülerbegegnungen durch Kontakte der LAG mit dem GESW**

In den 70er und 80er- Jahren fanden in Vlotho Seminare für Lehrkräfte statt, die osteuropäische Themen behandelten und von Mitgliedern der LAG wahrgenommen wurden. Die Herren Dr. Mechtenberg und Dr. Pysz leiteten die Veranstaltungen und ermöglichten eine noch engere Verbindung zwischen den beiden Vereinen im Sinne der neuen Herausforderung EUROPA. Aus den sich vertiefenden Kontakten entstand 1993 die Idee, eine Schülerveranstaltung aus drei Bereichen zu organisieren, so dass eine Begegnung mit einem polnischen Gymnasium aus Nowy Sacz und je einem Gymnasium der Lutherstadt Wittenberg und Schwerte/ Ruhr im Gut Holmecke bei Hemer zustande kam. Die Auswertung der Veranstaltung zeitigte kein gutes Ergebnis, offensichtlich bedurfte die willkürliche Zusammensetzung der Schulen einer besseren Vorbereitung. Wir kamen überein, künftig zweigleisig zu fahren, d.h. die Verbindung zwischen einer deutschen Schule mit einer Schule aus dem Osten Europas vorzubereiten und dann in einem Seminar zusammenzuführen. Daraus entwickelte sich eine neue Konzeption, die aus drei Ablaufstufen bestand:

1. Vorbereitung in den Heimatschulen, ggf. Kenntnisse der fremden Sprache vermitteln. Brief- oder E-mail-Kontakte mit den Schülern der Partnerschule.
2. Durchführung der Begegnung in Vlotho, Kennenlernen und Austauschen.
3. Gegenbesuche in beiden Schulen.



### **Der Auf- und Ausbau der Schülerbegegnungen in Vlotho als Ergebnis des Zusammenwirkens von LAG und GESW**

Mit einer Vielzahl von ehemaligen Lehrkräften gelang es mir, Schulen aus beiden Teilen Deutschlands für die Partnerschaft mit unseren potentiellen neuen Beitrittsländern zu gewinnen und die Zustimmung für Schülerbegegnungen zu erhalten. Tatkräftige Unterstützung für die Partnerschaftsbestrebungen erfuhren diese Aktionen in erster Linie durch die Hilfestellung der maßgeblichen Dozenten und Führungskräfte des GESW, Dr. Zbigniew Wilkiewicz, Dr. Gerhard Schüsselbauer, Dr. Michael Walter und später Jörg Stemmer, die zusammen mit der Übersetzerin Aneta Gansler eine exzellente Mannschaft in der Vorbereitung und Durchführung der Seminare bildeten. Die oftmalige Abkehr von älteren Unterrichtsmethoden, z.B. dem Frontalunterricht, die Projekt- und Gruppenarbeit mit konsequenter binationaler Zusammensetzung, die verbindliche doppelssprachige Unterrichtsführung, die Kenntnis und Praxis der modernen Computertechnik, der Sport in der attraktiven neuen großen Sporthalle des benachbarten Wesergymnasiums, der Wechsel von Pausen, Freizeit und Anspannung sowie die frei verfügbare Zeit für weiteren Sport, bei Musik, Spiel und Tanz in der Behelfsdisko und nicht zuletzt eine Exkursion, meist in die weltbekannte Rattenfängerstadt Hameln, all diese Maßnahmen und Handlungsabläufe sorgten für einen gelungenen Auftakt zur Einleitung eines Schüleraustausches im Sinne des neuen Europa. Einer besonderen Erwähnung bedürfen die Unterbringung der Schüler/innen in drei Häusern des GESW, die vorzügliche Versorgung durch das Küchenpersonal, wobei vier Mahlzeiten am Tage eine nicht unwichtige Rolle spielen, und die jederzeit freundliche und umsichtige Betreuung und Hilfestellung durch die Hausangestellten.

### **Die Auswahl für das Schüleraustauschprojekt, die Initiative und der Einsatz der Projektleitungskräfte, die entscheidende Rolle der Lehrkräfte**

Bei der politischen und wirtschaftlichen Situation Deutschlands und Polens lag es für uns nahe, die Republik Polen als Partner zu wählen. Hinzu kam die vortreffliche und vorbildliche Sprachenkenntnis der Referenten und Dozenten des GESW, besonders bezogen auf die polnische Sprache. Wenn drei „Funktionäre“ über ausgezeichnete Kenntnisse der polnischen Sprache verfügen, dürfte dem Anspruch auf Zweisprachigkeit bei der Unterrichtsführung volle Gerechtigkeit widerfahren.

So haben wir in den ersten Jahren ausschließlich den Kontakt mit polnischen Schulen hergestellt, und zwar mit verschiedenen Schulformen aus CHOJNA, WROCLAW, BIELSKO- BIALA, MIESZKOWICE, STESZEW, NOWY SACZ und TORUN. Auf der deutschen Seite nahmen LUTHERSTADT WITTENBERG, SCHWEDT, ZAHNA, WAREN, GÜSTROW, ESSEN, HOHNDORF, HAGEN, GRÄFENHAINICHEN, SCHWERTE und SCHWERIN teil.

Hinlänglich dürften Komplikationen bekannt sein, die sich zuweilen aus Überbelastung und mangelhafter Einsicht ergaben, wobei der Hinweis auf Verbindungen mit westlichen Staaten besonders in den alten Ländern zu vernehmen war. Die entscheidende und maßgebliche Rolle spielen bei allen zustande gekommenen Verbindungen die Lehrkräfte. Gelegentlich eines LAG- Mitgliederseminars in der Kolping-Bildungsstätte Soest referierte der Generalkonsul der Slowakischen Botschaft über die Politik und Wirtschaft seines Landes. In der sich anschließenden Diskussion ergab

sich die Forderung nach einem realen, greifbaren Ergebnis der Bildungsveranstaltung. Wir vereinbarten die Organisation einer deutsch-slowakischen Schülerbegegnung im GESW mit dem Versuch, eine Schulpartnerschaft zu installieren.

Nach einem Jahr wurde der Beschluss umgesetzt, indem je eine Klasse aus Bratislava und Zahna das erste Seminar besuchten. Dr. Horský besuchte die Schüler/innen in Vlotho und setzte sich für die Ausweitung der binationalen Kontakte ein. Mit Hilfe des Philipp-Melanchthon-Gymnasiums der Lutherstadt Wittenberg gelang eine Verbindung mit dem ev. Gymnasium in Prešov/Ostslowakei, eine „Fusion“, die inzwischen für je drei Jahrgangsklassen relevant wurde. Neben dem vorbildlichen Einsatz der begleitenden Lehrkräfte ist die beispielgebende Arbeit der beiden Projektleiterinnen Zuzana Karabinošová, Prešov, und Martina Vogel, Lutherstadt Wittenberg, hervorzuheben. Eine besondere Würdigung muss ebenfalls einem Ereignis zuteil werden, das die lobenswerte Solidarität der Wittenberger Schüler/innen beweist. Ein Schüler aus Prešov war während des Aufenthaltes in Vlotho durch besonders fleißige und intelligente Mitarbeit aufgefallen; jedoch litt er unter einer sehr starken Sehbehinderung. Einem ausführlichen Artikel in einer Wittenberger Tageszeitung ist zu entnehmen, dass sich eine Solidargemeinschaft der Wittenberger Gymnasiasten gebildet hat mit der Zielsetzung, dem Schüler durch die Finanzierung einer weiteren Operation zu helfen. Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang die Feststellung, dass mehrere Eltern von der Flutkatastrophe der Elbe im Sommer 2002 betroffen sind.

Vielleicht ermöglicht uns die Kenntnis eines kürzlich eingetroffenen Briefes der Kwinta und Sexta des evangelischen Kollegialgymnasiums Prešov, einen Einblick in das Empfinden der Schüler/innen, in dem folgender Text zu lesen ist:

„Die Woche vom 13.- 20.09.03 war für die meisten von uns **die wunderbarste Woche ihres Lebens**. Wir haben in Vlotho viel Neues gelernt, unser Deutsch verbessert, und wir haben dort neue Freunde fürs Leben gewonnen.“

### **Perspektiven für den Schüleraustausch in den kommenden Jahren**

Durch die Aufnahme neuer Mitgliedstaaten in die EU wird sich die Notwendigkeit weiterer Maßnahmen zur Integration der neuen Bewerber verstärken. Auch wenn unser Beitrag nur eine minimale Größe im europäischen Gesamtrahmen darstellt, sehen wir die Fortführung des eingeschlagenen Weges in Fragen der Schulpartnerschaft als unerlässlich an. Neben dem Hauptpartnerland Polen beabsichtigen wir auch die neuen und die später folgenden Staaten zu berücksichtigen. Für das Jahr 2004 sind nachstehend genannte Verbindungen geknüpft:

Erstmalig erwarten wir eine Sekundarschule aus dem masurischen Gebiet; sie wird sich mit einer Hauptschule aus Witten treffen. Eine Sonderschule, nahe Wroclaw, kommt zu den Sonderschülern aus Kalletal. Aus Prešov reist die bereits erwähnte dritte gymnasiale Klasse für die Wittenberger Schüler/innen an. Erstmalig ist ein Brückenschlag nach Litauen gelungen, und zwar stellt sich ein Gymnasium aus Jurbarkas vor, um mit dem Gymnasium Haltern am See das Seminar zu besuchen. Hierfür ergibt sich eine politisch interessante Finanzierungsmöglichkeit. Ehemaligen DDR-Bürgern werden die Pflichtbeiträge für die Gesellschaft für die deutsch-sowjetische Freundschaft noch in guter Erinne-

rung sein. Die zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung akkumulierten Mittel wurden in D-Mark umgewandelt und stehen zur Förderung von Jugendaustauschmaßnahmen mit den GUS- Staaten und in zweiter Linie mit den ehemaligen UdSSR-Staaten, z.B. Litauen, zur Verfügung. Ist das nicht eine sinnvolle Verwendung derartiger Mittel?

Als weitere Bemühung für das Zustandekommen einer Partnerschaft möchte ich die Verbindung eines deutschsprachigen Gymnasiums aus Siebenbürgen, Hermannstadt oder Kronstadt, erwähnen, weil sich eine hoffnungsvolle Allianz mit einem Gymnasium aus Wiehl anbahnte. Leider ergeben sich Schwierigkeiten, weil eine rumänische Verbindung offenbar für deutsche Schulen wenig attraktiv ist. Vielleicht kann ein/e Leser/in der „aktuellen ostinformationen“ uns bei der Suche nach einem deutschen Partner behilflich sein!

### **Die Finanzierung der Austauschprojekte, Erfahrungen mit den Förderstellen**

Länger bestehende Verbindungen ermöglichten mehrfach die Hilfestellung durch drei Förderstellen, als da sind:

*Robert Bosch Stiftung, Stuttgart, RBS*

*Deutsch-Polnisches-Jugendwerk, Warszawa, DPJW*

*Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Berlin*

Ausgangsvoraussetzung für die finanzielle Förderung ist in jedem Fall die Eigenbeteiligung der Seminarteilnehmer/innen; sie beträgt z.Z. 110 Euro für deutsche Klassen und die Hälfte für die ausländischen Teilnehmer/innen. Eine exakte Berichterstattung, Sparsamkeit und Abrechnungspflicht durch die deutsche Partnerschule sind obligatorisch.

Neben diesen Quellen können in bestimmten Fällen weitere Instanzen in Anspruch genommen werden wie der *Pädagogische Austauschdienst* in Bonn; hier kommt ein Zuschuss für die Unterbringung ausländischer Schüler/innen in deutschen Privatfamilien infrage. Weiter ist hier zu nennen *die Berliner Stiftung für Ost-westliche Begegnungen* (GUS- und ehem. UdSSR-Staaten).

Die Erfahrungen bei der Gewährung von finanziellen Mitteln sind differenziert zu sehen. Während der Erfolg unserer Finanzierungsanträge bei der RBS in Stuttgart etwa bei 50 Prozent liegt, und das trotz umfangreicher und akribischer Vorbereitungsarbeit, ist die günstige Quote durch das DPJW Warszawa hervorzuheben.

### **Zusammenfassung und Ausblick**

Die Erfolge unserer Seminararbeit resultieren aus der vorbildlichen Zusammenarbeit aller beteiligten Kräfte, die eine gemeinsame Zielsetzung vor Augen haben:

Schaffung und Stärkung eines neuen Europa und dafür Hilfestellung durch die Anbahnung von Schul- und Jugendpartnerschaften. Das Resümee für die nächsten 50 Jahre GESW kann deshalb nur lauten: Mit unseren Erfahrungen wollen wir kleine, aber wichtige Bausteine liefern!

## Historisches

*Walter Hildebrandt*

### **Meine ersten 25 Jahre im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V.**

*Konzeptionelle Vorgeschichte, Gründung und frühe Jahre des Instituts*

#### **Der Neubeginn einer Bürgerinitiative zwischen Bildungsauftrag und wissenschaftlichem Anspruch**

##### **Die unmittelbare Vorgeschichte der Renaissance politischer Bildung**

Selten ist ein Gemeinwesen so tief gesunken wie der Staat Adolf Hitlers. 1945 lag nicht nur ganz Deutschland in Trümmern, sondern fast ganz Europa. Doch die materiellen Verluste wurden ergänzt durch ungewöhnliche Fluchtströme und die Neuordnung der Grenzen innerhalb Europas. Damit wurden Fragen der Identität aufgeworfen; die Neu-besinnung auf das geschichtliche wie kulturelle Bewusstsein stand auf der Tagesordnung. Diese Frage führt hin zu der moralischen und politischen Struktur des Staatswesens, eingeschlossen die Einzigartigkeit der deutschen Schuld. Der Rückblick vermengt sich mit dem Blick nach vorn und dem Erahnen der Umriss eines neuen Deutschlands. Das musste von den Deutschen über kurz oder lang beantwortet werden. Wahrscheinlich galt es, die Antwort in einem länger währenden Prozess in die Wirklichkeit - im geistigen wie im materiellen Sinne - umzusetzen.

Doch mitten in diese Überlegungen, die mit Sicherheit für nicht wenige schon schwerwiegend und kompliziert genug waren, brach der Kalte Krieg herein. Die kommunistischen Eliten begannen, vielleicht zur Verblüffung vieler Gutgläubiger oder geschichtlich schlecht Vorgebildeter, nach dem Sieg über den Faschismus noch einmal von der Weltrevolution zu träumen. Die Parteigänger der Kommunisten dachten zurück an die Zeiten, als ihre Vorgänger nach dem Ersten Weltkrieg von großen Hoffnungen erfüllt waren, als in Ungarn und Bayern die Revolutionäre schon Fuß gefasst zu haben schienen. Sinowjew war es, der in der ersten Nummer der Komintern-Zeitschrift 1919 euphorisch rief: „In tollem Tempo saust das alte Europa der proletarischen Revolution entgegen...“ Vorher hatte Lenin, freilich etwas nüchterner, dasselbe schon am 7. März 1918 auf dem VII. Parteitag der KPdSU verkündet.

Zu den wichtigsten Bausteinen der neuen, nach Kriegsschluss 1945 aus dem Boden gestampften Traumfabrik der kommunistischen Utopie, die sich dann doch als eine sehr reale, weltgeschichtlich einmalige elementare Gefahr und Bedrohung der Menschheit erwies, gehörte die traditionsreiche kommunistische Bewegung der Deutschen mit ihrer aktuellen Speerspitze: die in Vorbereitung befindliche Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, ergänzt durch die mit einem ganz außerordentlichen geistigen, ja fast geistlichen Prestige ausgerüsteten deutschen Urväter des Weltkommunismus, Karl Marx und Friedrich Engels.



Beides - den totalen Zusammenbruch des Nationalsozialismus mit seinen Folgen einer ernsthaften Vergangenheitsbewältigung (einschließlich tief sitzender oder auch verdrängter Schuldgefühle) auf der einen Seite, sowie die weltkommunistisch inspirierte enthusiastische Gründung der DDR mit vielen innovatorischen und kulturellen Ideen, aber nicht weniger stark einem Leidensdruck ausgesetzt als Diener einer Schrecken verbreitenden Diktatur auf der anderen Seite - muss man zusammen sehen, um zu verstehen, warum es in den ersten zehn Jahren nach Kriegsende in den westlichen Ländern Deutschlands, einschließlich Berlins, zur Gründung so immens vieler Institute für politische Bildung kam. Von diesen war das im Herbst des Jahres 1954 ins Leben gerufene „Gesamteuropäische Studienwerk e.V.“ mit Sitz in Vlotho eines der wichtigeren, mit einer Vielzahl von pädagogischen und wissenschaftlichen Rückkoppelungen ausgestatteten Bildungszentren.

Von dem Datum aus wollen wir die ersten 25 Jahre dieses Bildungswerkes Revue passieren lassen und außerdem den Blick nach rückwärts richten, und zwar nicht nur auf die unglücklichen Zeiten, die wir in der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erlebt haben: die wilhelminische Endzeit und den Staat Adolf Hitlers, beide mit den ihnen beigeordneten kriegerischen Weltkatastrophen. Die Idee der neuen politischen Bildung, deren Aufblühen wir in den fünfziger Jahre beobachten konnten, mag sich unmittelbar aus dieser Zeitphase des politischen Unglücks ergeben haben. Doch recht verstanden, müssen wir weit davor beginnen, uns Rechenschaft geben über das Manko, das wir Deutschen, in Sachen eines überzeugenden politischen Stils, einer Kultur der Öffentlichkeit, eines bürgerschaftlichen Zusammenhalts über längere Zeiträume angehäuft haben.

### **Geschichtliche Dimensionen: Die Deutschen als „verspätete Nation“**

Man könnte bei Perikles, dem altgriechischen Staatsmann und politischen Ideenträger, anfangen oder bei dem Politikverständnis und dem Drang nach einer *opinio communis* bei den romanischen Völkern, schließlich die weltoffenen, kühnen wie kühlen seefahrenden Nationen im Norden in den Blick nehmen, um das Manko der Deutschen, dieses Binnenvolkes, an politischem Formwillen und Flexibilität festzuhalten. Wenn wir diese Bemerkung abschließen, sollten wir vor dieser großartigen weltgeschichtlichen Erfahrungskulisse doch fragen, welche Möglichkeiten uns bleiben. Dazu möchte ich auf die Zeit der deutschen Aufklärung im 18. Jahrhundert zurückgreifen, um zu erläutern, welche politischen Kräfte uns damals zugewachsen sind, die bis heute bei unseren Bemühungen um politische Bewusstseinsbildung und Handlungsfähigkeit, auch im Rahmen politischer Bildung, nachwirken. Das ist unser erstes Thema.

Wo sollen wir anknüpfen? Es war Helmuth Plessner, der 1892 geborene philosophische Anthropologe und Soziologe, der lange Jahre in Göttingen lehrte und für die Deutschen im Vergleich zu anderen westeuropäischen Völkern den Begriff einer „verspäteten Nation“ geprägt hat. Sie haben einen Nachholbedarf an politischer Ausformung und Bestimmung. Man muss schon bis zu Friedrich II. zurückgehen, den man auch Friedrich den Großen nannte, um seiner politischen Erfolge willen, aber noch mehr, um seine Bemühungen um Toleranz und Gerechtigkeit zu würdigen. Hundert Jahre nach dem

Dreißigjährigen Krieg waren die Chancen gekommen. Friedrich, 1712 geboren, wurde, wie es allen Abkömmlingen der europäischen Eliten ging, zunächst in die französische Sprache und Kultur hinein sozialisiert. Damit kam er in Kontakt mit dem Freiheitsverständnis der französischen Philosophie und Aufklärung. Dem Verstehen folgte der Wunsch, sich dieser Bewegung zu öffnen. Entscheidend wurde für Friedrich, dass er eine Korrespondenz mit Voltaire, einem der besten Köpfe Frankreichs, im Jahre 1736 begann. Vier Jahre später bestieg er den Thron. Damit wurde alles vorgezeichnet. Nicht nur seine Machtpolitik, sondern auch seine Toleranzgedanken. Ein Gedicht über ihn beginnt mit den Worten: „Immer in den Stiefeln/ und abends ein paar Takte Flöte...“ Friedrich II. war ebenso ein Freund der Künste wie ein Freigeist und ein politischer Charakter.

Das waren gewiss wichtige Vorgänge, die sich um Friedrich II. rankten. Doch aus eigener Wurzel kam ein anderer Preuße, der zwölf Jahre jüngere Immanuel Kant (1724-1804), der das ganze übrige Deutschland mit seiner Philosophie der Aufklärung auch politisch als deutsches Ereignis prägte. Zu seinem 200. Todestag veröffentlichte die Neue Zürcher Zeitung am 7. Februar 2004 einen Aufsatz mit dem Titel „Die Wiedergeburt der Metaphysik aus dem Geist der Kritik“. Fünf großformatige Seiten brachte das Blatt, um Kant zu ehren. Das ist wahrlich politische Bildung auf höchstem Niveau. In dem Leitartikel heißt es: „Auf seinem letzten Weg wurde Kant von zahlreichen Studenten und Königsberger Bürgern begleitet, von den Glocken sämtlicher Kirchen der preußischen Metropole – von der anlassgemäß abgeänderten Kantate, die einst für Friedrich II. bei dessen Tod (1786) geschrieben worden war. Kants Zeitgenossen wussten, was sie dem Weltweisen schuldig waren, der das Zeitalter der Aufklärung als das Jahrhundert des großen Friedrich besungen hatte...“ Den politischen Kern der Sache haben wir vor uns, wenn wir daran denken, dass Kant die Aufklärung als den Ausgang aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit beschrieb. Doch müssen wir gleich noch an drei andere Große dieses Jahrhunderts erinnern, um zu zeigen, wie nahe diese Zeit der Konzeption der politischen Bildung von heute ist.

Justus Möser (1720-1794) muss neben Kant - freilich auf ganz andere Weise - auch als einer der wichtigsten Urväter der politischen Bildung unserer Zeit angesehen werden. Als Niedersachse war er - in Osnabrück geboren und dort auch gestorben - ebenso bodenständig wie der Ostpreuße. Doch war er Praktiker und Publizist zugleich. Ihn schickte sein König in Hannover für einige Zeit nach England, wo er besonders die politischen Einrichtungen seines Gastlandes wie auch Land und Leute studieren sollte. Alles das neben seinen staatsmännischen Geschäften, die er dort wahrzunehmen hatte. Möser war nach vielen Stationen als Verwaltungsfachmann, in denen er sich speziell im Siebenjährigen Krieg als Vermittler bewährte, 1768 zum Geheimen Referendarius und damit zum Statthalter des Königs in Osnabrück und Umgebung berufen worden. In einer älteren biographischen Notiz heißt es über ihn, der als Seele des Landes charakterisiert wurde: „In dem kleinen Ländchen, wo sich mehr als irgend anderswo Reste altgermanischen Lebens in Verfassung und Volkssitte erhalten hatten, fand sich ein seltsames Gemisch von Freiheit und Einschränkungen des öffentlichen Wesens, und gerade die Eigentüm-

lichkeit dieser Zustände war es, die Möser's politische Einsicht zu einer Höhe gelangen ließ, auf der er geradezu alle seine deutschen Zeitgenossen überragte.“ Dass dieser Mann nicht nur in seinen öffentlichen Ämtern Vertrauen ausstrahlte, sondern eine lebhaft publizistische Tätigkeit entwickelte, muss in jeder Beziehung bewundert werden. Denn es ging dem Juristen ebenso um geschichtliche Analysen wie um Verfassungsfragen, landeskundliche sowie psychologische Studien. Daneben leitete er jahrzehntelang eine berühmte Wochenzeitung, die *Osnabrückischen Intelligenzblätter*. Grund genug, ihn als einen der Vorläufer der politischen Bildung zu feiern, der seine Landsleute mit Kenntnissen über Politik und politische Zusammenhänge versorgte. Es ist doch sehr dem ähnlich, wenn auch bei Möser praxisnäher und umfassender, was wir seit einem halben Jahrhundert als politische Bildung umschreiben. Leider konnte Helmut Thor Laux, mit dem ich die Verehrung dieses politischen Schriftstellers und Fachmannes im Osnabrückischen teile, seine geplante Dissertation über Justus Möser neben seinem Amt als Dozent am GESW nicht vollenden. Gerade heute, wo die politischen Fragestellungen immer komplizierter werden, ist es an der Zeit, auf solche Beispiele wie Justus Möser hinzuweisen. Die zwölf Bände seiner gesammelten Publikationen, darunter auch mehrere geschichtliche Werke, erschienen von 1944 bis 1968.

Unseren Blick auf die Schlüsselpersonen der Aufklärung als Vorläufer politischer Bildung sollten wir mit Gotthold Ephraim Lessing fortsetzen. 1729 im sächsischen Kamenz geboren, entspricht Lessing in vielen Beziehungen unserem Vergleich. Mag Goethe die Lösungen lieben, so Lessing die Prozesse und das Unvollständige, den Torso, das „Fragwürdige“. In ihrer berühmten Rede über Lessing hat Hannah Arendt kurz nach dem Krieg gemeint: „Lessing hat mit der Welt, in der er lebte, seinen Frieden nie gemacht. Sein Vergnügen war, dem Vorurteil die Stirn zu bieten...“ Die Goethezeit und die Romantik waren von dichterischen Werken übervoll. Lessing als politisch inspirierter kritischer Kopf geht dagegen seine eigenen Wege. Emphatisch bestätigte das schon W. Oehlke in seinem Buch „Lessing und seine Zeit“, München 1919: „Der Atem heißen Kampfes durchzittert Lessings Leben. Wir spüren ihn in seinen Streitschriften wie in seinen Dichtungen.“ Politische Bildung muss heute mehr in der Diktion Hannah Arendts betrieben werden, doch muss jeder aus dieser Zunft auch etwas von diesem „heißen Atem“ in sich haben, um glaubwürdig seinen Kampf gegen Vorurteile durchzustehen. Jedenfalls haben wir das so in den frühen Jahren des GESW gehalten. Ich denke da zum Beispiel an den ersten Studienleiter, Heinz Asendorf, wenn er in den Seminaren auf den „jungen Marx“ zu sprechen kam, den er mit explodierendem Engagement verteidigte. So sah es damals im GESW aus.

Auf einer höheren Ebene zeigte sich diese Kampfeslust Lessings wieder, als er 1779 das dramatische Gedicht *Nathan der Weise* schrieb. Das machte ihn endgültig zu einem der Urväter politischer Bildung. Ausgangspunkt war für ihn die „Ringparabel“ und deren Auslegung. Da ging es um die Fragen nach dem Menschen und sein Vermögen, sich zu versöhnen. „Versöhnung mitten im Streit“ war ja einer der drei Grundsätze der Stätte der Begegnung, die wir ins GESW übernommen haben. Diese Auslegung der Humanität war uns sehr ernst. Lessing mit seinem „Nathan“ half uns da überzeugend. Doch steckt

nicht in den Lehrstücken von Brecht auch diese Gesinnung? Und weiter ging es zu Jürgen Habermas mit seiner Forderung nach „herrschaftsfreiem Diskurs“. Wir befanden uns im GESW, alles in allem, in guter Gesellschaft mit Lessing, Brecht und Habermas.

Dieser „Quantensprung“ in unserer Moral war zu wagen, auch wenn wir noch einige andere differenzierende Autoren hinzunehmen, wie etwa H. Plessner mit seiner Schrift: *Die Stufen des Organischen und der Mensch*, Berlin 1975. Dort finden wir die Ergänzung: Der Mensch auch als das skeptische Wesen. Das war ja gerade neben aller Hoffnungsideologie die entscheidende Botschaft der Aufklärung. Man braucht nur in die „Aphorismen“ des 1742 geborenen G. Chr. Lichtenberg zu schauen. Sie sind für jeden politischen Bildner eine lehrreiche Lektüre, doch ist für ihn noch wichtiger, sich in Leben und Werk des größten politischen Reformers, des Freiherrn vom Stein (1757-1831), zu vertiefen, denn hier fließen Theorie und Praxis in einer Form zusammen, die für alle Zeiten beispielgebend ist.

### **Die Gründerzeit: neue Institute der politischen Bildung**

Das politische Aufwachen der Deutschen war im 18. Jahrhundert in der Tat evident und es setzte sich mit den Reformen Steins ebenso fort, wie in der Philosophie mit dem Weg von Kant über Fichte bis zu Hegel, dem Staatsdenker, aber auch dem Mann der Dialektik. Diese griff Karl Marx auf, wobei er meinte, man müsse Hegel erst „vom Kopf auf die Füße stellen“. So sehen es jedenfalls auch heute nicht wenige, während andere mit einem erweiterten kulturphilosophischen Blick auf unsere politische Bildung sehen: Die philosophischen Anthropologen sowie Psychologen und Soziologen haben eine solche Erweiterung des Blickfeldes geschaffen. Sie begann bei der angewandten Forschung der Brüder Humboldt und endete Mitte des 20. Jahrhunderts bei den der Praxis zugewandten Gründervätern der politischen Bildung. Ich nenne in diesem Zusammenhang die Professoren Georg Picht, Hans Bohnenkamp, Hans Lades, Felix Messerschmidt, Arnold Bergsträsser oder Hermann Schafft, der eine kurze, aber wichtige Zeit der Erste Vorsitzende des GESW war.

Sie alle zusammen haben das politische Bewusstsein nach vorn gebracht, in einer Zeitspanne, in der bald nach dem Krieg viele Menschen bereit waren, auch und gerade über den Wert der Demokratie für die Gesamtheit und den Einzelnen nachzudenken. Bildungsstätten hatten ebenso wie die Gewerkschaften in den ersten Jahrzehnten durchaus eine stabilisierende Wirkung. Ein Zentrum wie das Gesamteuropäische Studienwerk hat darüber hinaus geholfen, unser Land zur Welt hin zu öffnen. Das GESW tat das in der Theorie wie in der Praxis der Bildungsarbeit speziell nach Osten. Im so genannten Kalten Krieg wurde der Verständigungswille betont und manche Ansätze auf diesem Gebiet wurden realisiert, etwa bei Reisen nach Ostberlin oder Polen. Daneben ging es um Analysen und Länderberichte. Heute, in einer Welt der Ost-West-Annäherungen, sind viel eher konkrete Projekte im Blick. Ich weise auf das Memorandum des GESW vom August 1978 hin, dessen konkreten Kern ich am Schluss dieses Beitrages bringe. Was aber ansteht, ist nach wie vor die Bildungsstätten als Institute der außerschulischen Bildung für Jugendliche und Erwachsene pädagogisch attraktiv zu halten. Daran muss immer

flexibel und phantasievoll gearbeitet werden. Das wichtigste Ziel ist dabei, diese Aufgabe sachbezogen weiter zu betreiben und trotzdem auf Elemente der Erlebnis- und Gesprächspädagogik, auch mit Gruppen, zurückzugreifen. Dazu gehören eine mögliche Ferne vom normalen Schulbetrieb mit fester Stundenplanung. Was nötig ist, kann mit curricularer Freiheit, Methodenvielfalt und Vorrang des Gedankenaustauschs vor der Belehrung umschrieben werden - alles schon Ideen der früheren Reformpädagogik.

Die Bildungsstätten können nur dann überleben, wenn die Teilnehmer nicht zu Zuschauern degradiert werden. Teilhabe bedeutet, sich aktiv einbringen, dazu ist die Ermunterung zum Neugierverhalten notwendig, ebenso der sportliche „Mut zur Mühe“. Dabei ist diese Situation nicht mit der Distanz der Massenmedien zu vergleichen. Ich habe einmal solche Orte mit dem persönlichen Flair und Ambiente als „Gesprächsoasen“ bezeichnet. Das in Verbindung mit der Vermittlung schwieriger Sachfragen und der Internatsunterbringung hat die Erfolge bei der Lehrgangsarbeit gebracht.

Als ich den Begriff „Gesprächsoase“ zum ersten Mal verwendete, dachte ich auch an die Zeitschrift ähnlichen Titels. Ich meine das Organ, das seit 1946 von Dr. Hans Dahmen unter dem Namen *Gespräch aus der Ferne* herausgegeben wurde und das auf seinen Freund Werner Rietz und dessen Konzeptionen großen Einfluss ausübte. Die Zeitschrift existiert heute nach über 50 Jahren noch, herausgegeben und redigiert inzwischen von Dr. Günter Geschke. Bei beiden Zeitschriften geht es, wie bei den *aktuellen ostinformationen* des GESW, darum, Menschen und Ideen praxisnah zueinander zu führen.

Damals in der Aufbruchsstimmung unserer Republik war es die Absicht, nach dem verfehlten Experiment des Nazistaates, nun wieder an das 18. Jahrhundert der Aufklärung wie auch an die politischen Reformgedanken der Pädagogen des 20. Jahrhunderts vor dem Kulturbruch Hitlers anzuknüpfen, wenn auch mit neuartigen Prämissen und Kategorien, Politik und Gedanken über Politik zu denken und schließlich in praxisnahe Konzeptionen zu transformieren. Die Einrichtungen, die sich in jenen Anfangszeiten zu Hunderten über das Land ausbreiteten, waren alle verschieden, was die „Erfindung“ der Initiative, Schwerpunkt des sachlichen Anliegens oder auch die formale organisatorische Form betraf. Das GESW gehörte zu den Ost-West-Instituten, von denen in diesen Jahren eine ganze Reihe gegründet wurden. Nicht nur die Ost-Akademie in Lüneburg, die sich in ihrer Gründungsphase als Ostdeutsche Akademie bezeichnete. In der Nähe von Freiburg wurde von Arnold Bergsträsser das „Haus Wiesneck“ als Institut für politische Jugendbildung Baden-Württemberg e.V. mit Schwerpunkt für Ost-West-Fragen gegründet. Mit einigen dieser Bildungsstätten suchte das GESW schon frühzeitig die Kooperation. Nicht nur das pädagogische Ethos stand bei diesen Begegnungen im Vordergrund, sondern mehr der Austausch in Sachen der pädagogisch-didaktischen Praxis, denn da befand man sich weithin auf Neuland. Darüber wurde heftig diskutiert. Bei fast allen Neugründungen bestand das Bedürfnis, diese Institute mit außerschulischen Aufgaben auch in der pädagogischen Praxis nicht mit einem schulähnlichen Betrieb zu belasten. Die Atmosphäre sollte offener sein, der Internatsbetrieb entsprechend locker, der Lehrbetrieb nicht durch einen strengen Stundenplan oder ein starres Curriculum gekenn-

zeichnet sein. Überraschende Fragestellungen müssen ernst genommen werden, das Neugrierverhalten muss man ermuntern. Freizeit und Arbeit am Stoff sollten von einem hohen Maß an Selbstbestimmung, aber auch Selbstverpflichtung getragen sein. Ein solches Verhalten hat mit „Lustprinzip“ nur in dem Sinne zu tun, dass man sich dem sportlichen „Mut zur Mühe“ hinzugeben bereit ist. Die Kunst der Lehrenden oder Trainers besteht darin, solche lebensdienlichen Lernprozesse gerade auch in einem von Freiheit getragenen Bildungs- und Studienwerk ohne Zwang einzuleiten, bei Jugendlichen wie Erwachsenen..

### **Das GESW und seine ersten Vorstände**

Wer sich als Lehrender oder Berater auf die Überzeugungskraft von Argumenten einlässt, gibt sich auch der argumentativen Gegenrede preis. Das ist der innerste demokratische Kern jeder offenen Bildungsarbeit. Das GESW ist von vornherein unter diese freiheitliche Maxime gestellt worden. Es war das Selbstverständnis dieser Neugründung, die sich am 7. Oktober 1954 in Godesberg unter dem Namen „Gesamteuropäisches Studienwerk e.V.“ mit dem Zusatz „Ost-West-Institut der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung“ konstituierte. Anschließend etablierte sich das Institut in drei von der englischen Besatzungsmacht freigegebenen Villen in Vlotho an der Südfeldstraße 24 und der Weserstraße 37.

In der Gründungsversammlung wurde ein Vorstand gewählt, der diesem Grundverständnis entsprach; das galt auch für die folgende Zeit. Vor allem waren dort Menschen anzutreffen, die ein Verständnis für Gruppenprozesse hatten, weil sie aus der alten Jugendbewegung kamen oder als bewährte Pädagogen der Reformpädagogik nahe standen.

Zum Ersten Vorstandsvorsitzenden wurde Harald von Rautenfeld aus Essen-Bredeney gewählt, der gerade dabei war, nach Loccum überzusiedeln, wohin die neugegründete Evangelische Akademie von Hermannsburg hingezogen war. Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und stellvertretender Vorsitzender wurde Dipl. Agr. Werner Rietz, der Gründer und Erste Vorsitzende der „Stätte der Begegnung“. Hauptberuflich war Rietz – als Nachfolger Klaus von Bismarcks - Leiter des Jugendhofes Vlotho. Bismarck war einer der führenden Köpfe in der Evangelischen Kirche Deutschlands und insbesondere für Fragen ihrer sozialen und bildungspolitischen Aufgaben zuständig. Er war es auch, der für Dr. Heinz Asendorf eine Empfehlung für das Amt des Studienleiters im GESW aussprach, den er von dessen Tätigkeit als Katechet an der Evangelischen Akademie in Naumburg a.d. Saale (DDR) kannte.

Trotz der zunächst engen Beziehungen zur Evangelischen Kirche war sich der Gründungskreis des GESW einig, dass dieses Institut konfessionell und politisch überparteilich zu besetzen und nur den Positionen des Rechts- und Linksextremismus - unausgesprochen - kein Raum in den Gremien einzuräumen sei. Träger und Aktive müssten, wie die Formel lautete, auf dem Boden des Grundgesetzes stehen. Das war die Parole bei der Besetzung der entsprechenden Stellen. Im Sinne der Pluralität wurde bereits in der zweiten Legislaturperiode als 2. Vorsitzender MdB Peter Nellen, Münster, gewählt. Zwei Jahre später wurde Franz Steber vom Sozialamt des Bundes Katholischer Jugend in Düsseldorf Mitglied des Vorstandes. Steber war als bekennender Katholik in

einem Konzentrationslager inhaftiert gewesen. Unter den Gastdozenten waren Prof. Dr. Peeters aus Gent, später Dr. Traut-Welser, Dozent an der Katholischen Hochschule in Passau, mit einer halben Dozentenstelle im GESW tätig. Im Vorstand oder unter den Dozenten waren Sozialisten und Sozialdemokraten ebenso vertreten wie Parteilose oder Mitglieder anderer Parteien. Alle diese Positionen wurden für die Arbeit im GESW zunehmend irrelevant, gefragt waren dagegen pädagogische und didaktische sowie wissenschaftliche Kompetenzen. Das galt für die hauptamtlichen Mitarbeiter wie für die in- und ausländischen Gastreferenten. Hervorheben möchte ich von diesen nur noch Prof. Max Gustav Lange aus Berlin, einen hervorragenden Kenner des Marxismus und der Arbeiterbewegung.

#### VORSTÄNDE DER ERSTEN JAHRE DES GESW

##### 1954

1. Vorsitzender  
Geschäftsf. Vorsitzender  
Weitere Mitglieder

Harald von Rautenfeld, Essen-Bredeney  
Werner Rietz, Heiligenhaus  
Prof. Dr. Hermann Schafft, Kassel-Wilhelmshöhe  
Dr. Irmgard Berghaus, Godesberg

##### 1956

1. Vorsitzender  
2. Vorsitzender  
Weitere Mitglieder

Harald von Rautenfeld, Loccum  
MdB Peter Nellen, Münster  
Werner Rietz, Vlotho  
Prof. Dr. Hermann Schafft, Kassel-Wilhelmshöhe  
Prof. Dr. Fritz Borinski, Bremen  
Günter Feuser, Dortmund

##### 1958

1. Vorsitzender  
2. Vorsitzender und Geschäftsführer des VSM  
Weitere Mitglieder

Prof. Dr. Hermann Schafft, Kassel-Wilhelmshöhe  
Dr. Walter Hildebrandt, Stolzenau  
Günter Feuser, Dortmund  
Harald von Rautenfeld, Loccum  
Werner Rietz, Vlotho  
Franz Steber, Düsseldorf  
Dr. Irmgard Berghaus, Godesberg

##### 1959

1. Vorsitzender  
2. Vorsitzender  
3. Vorsitzender  
Weitere Mitglieder

Eckard Stegmann, Detmold  
Dr. Walter Hildebrandt, Stolzenau  
Dr. D. C. G. Schweitzer, Bonn  
Harald von Rautenfeld, Loccum  
Werner Rietz, Vlotho  
Franz Steber, Düsseldorf  
Dr. Irmgard Berghaus, Godesberg

Im Juni 1958 hatte Prof. Dr. Hermann Schafft das Amt des Ersten Vorsitzenden des GESW übernommen. Wenn seine Amtszeit infolge Krankheit auch nur ein knappes Jahr dauerte und durch seinen Tod am 2. Juni 1959 beendet wurde, gehört diese Zeit dank der initiativen, intensiven und kommunikativen Art seiner Amtsführung zu einer der wichtigsten Phasen der Konsolidierung in den frühen Jahren des Gesamteuropäischen Studienwerkes. Damit war die Grundlage für die gesamte Konzeption dieser Bildungsstätte auf lange Zeit gelegt, die bis heute nachwirkt. Wir müssen Werner Rietz dankbar

sein, dass er damals diesen Mann des offenen Horizontes, mit dem er befreundet war, als Nachfolger Rautenfelds ins Spiel brachte und damit den besten Repräsentanten der außerschulischen politischen Bildung empfahl. Bezeichnend ist, dass der große religiöse Sozialist Paul Tillich, der in der Hitlerzeit nach Amerika emigrierte, das Vorwort des Erinnerungsbuches, das nach dem Tod über diesen Mann des Kirchenkampfes gegen Hitler, Schutzherr auch der Jugendburg Ludwigstein, 1912 schon beteiligt am revolutionären Hohenmeissnertreffen der Jugendbewegung, schrieb. Hermann Schafft, evangelischer Theologieprofessor und bekennender Sozialdemokrat, hatte eine große Gemeinde, wie die eindrucksvolle Trauerfeier im Park von Wilhelmshöhe bei Kassel zeigte.

### **Meine Zusammenarbeit mit Hermann Schafft und Armin Th. Droß**

Für mich war Schaffts Amtszeit ein Glücksfall, denn ich wurde in seinen Vorstand als Geschäftsführendes Mitglied gewählt, und so konnte ich von ihm und seinem menschlichen und intellektuellen Zuschnitt viel lernen. Das zeigte sich auch auf den vielen Fahrten, die wir zusammen nach Düsseldorf und vor allem nach Bonn unternahmen, um gemeinsam in den Ministerien die staatliche Hilfe, eine institutionelle Defizitbezuschung, zu regeln und in feste Bahnen zu lenken. Der gute Name Schaffts half bei diesen Gesprächen mit unseren ministeriellen Partnern - Ministerialrat Dr. Heiner Lades in der Jugendabteilung des Bundesinnenministeriums in Bonn und Ministerialrat Nachtwey in der Staatskanzlei der Düsseldorfer Landesregierung.

Die Freundschaft zwischen Schafft, dem fast dreißig Jahre Älteren (geb. 1883), und mir war geprägt durch die Überzeugungskraft, die er ausstrahlte. Dass wir beide aus der Jugendbewegung stammten, spielte dabei weniger eine Rolle als das „Gruppenverständnis“, von dem ich schon sprach. Fritz Borinski, Vorsitzender des Leuchtenburgkreises, war als Vorstandsmitglied in der frühen Zeit des GESW ähnlich ausgerichtet. Alle Vorstandsmitglieder halfen mit, als es um die Ausformung dieser Bildungsstätte ging. Als im September 1959 Oberschulrat Eckard Stegmann, der das Höhere Schulwesen in Lippe von der Bezirksregierung in Detmold aus hauptamtlich leitete, zum Ersten Vorsitzenden des GESW gewählt wurde, wurde ich in den Vorstandswahlen als Geschäftsführendes Vorstandsmitglied bestätigt. Das blieb bis November 1972 so, als E. Stegmann sein Amt abgab und mich als seinen Nachfolger vorschlug. Meine Zusammenarbeit mit ihm war über die ganze Spanne von 13 Jahren ungetrübt, zumal sich ein sehr kollegiales Verhältnis zwischen uns entwickelte. Das hat sowohl Eckard Stegmann als auch mich dazu gedrängt, in dieses Bündnis auch die hauptamtlichen Mitarbeiter einzubeziehen wie auch die übrigen Mitglieder des Vorstandes im Sinne einer Kollegialverfassung.

Entsprechend dieser schon früh gesuchten Form gehört auch die Berufung einer Reihe von Kustoden zur Vervollständigung der Leitungsspitze, die das GESW pädagogisch, politisch und fachwissenschaftlich beraten sollte. Im August 1961 wurde die Berufung von vier Kustoden mit Bürgermeister Adolf Ehlers, Senator für Inneres der Bürgerschaft des Landes Bremen, abgeschlossen. Vorher schon war Prof. Dr. Erich Kordt, Düsseldorf, apl. Professor für Völkerrecht an der Universität zu Köln und Vorsitzender des Ar-



beitskreises für Ost-West-Fragen des Auswärtigen Amtes, gebeten worden. Er war in der Zeit Hitlers Gesandter und als solcher in der diplomatischen Widerstandsgruppe gegen den Nazistaat. (Einen ähnlichen Mann des diplomatischen Widerstands habe ich in Ministerialdirektor Ferdinand Duckwitz kennengelernt, damals Leiter der Ostabteilung des AA und Förderer meiner Zeitschrift *Moderne Welt*, die ich für das AA redigierte. Er rettete als Generalkonsul von Kopenhagen Hunderte von Juden.) Weitere Kustoden waren Oberstudienrat Baudrexel, Vorsitzender des Bayrischen Landesverbandes für Freie Volksbildung e.V., Mitglied des Pädagogischen Ausschusses des Deutschen Volkshochschulverbandes, und Prof. Dr. Boris Meissner, Kiel, Direktor des Seminars für Politik, Gesellschaft und Recht Osteuropas an der Universität Kiel.

Die von diesem Gremium ausgehende europäische und gesamtdeutsche Weite drückt sich auch darin aus, dass der Vorsitzende des GESW, Oberschulrat Stegmann, viele Jahre als Lehrer im Ausland, darunter als Direktor der Deutschen Schule in Barcelona, tätig gewesen war. Mit diesem beruflichen Hintergrund hatte er einen weltweiten Horizont, den er später in sein Schul- und Erziehungsverständnis einbrachte, während ich aus dem universitären Bereich kommend (u.a. Oberassistent am Südosteuropa-Institut der Universität Leipzig und Forschungsassistent für sozialwissenschaftliche Studien) in die Leitungsfunktionen des GESW hinüberwechselte. Darüber hinaus habe ich in dieser Zeit auch noch dem Studienwerk dienliche Nebentätigkeiten in Verbindung mit dem Auswärtigen Amt wahrgenommen als „Wissenschaftlicher Sekretär“ des Arbeitskreises für Ost-West-Fragen, den das AA eingerichtet hatte. Ich war für Tagungen dieses Arbeitskreises verantwortlich, außerdem redigierte ich während sieben Jahren ein Organ des Arbeitskreises: *Moderne Welt – Zeitschrift für vergleichende geistesgeschichtliche und sozialwissenschaftliche Forschung*.

Desgleichen alimentierte das AA ein Büro, das ich in Bad Oeynhausen nahe Vlotho eingerichtet hatte und das ich mit Armin Th. Droß teilte. Dieser war hauptberuflich Redakteur der vom GESW herausgegebenen Zeitschrift *aktuelle ostinformationen*. Diese haben wir gemeinsam in Bonn den dortigen Ministerialen abgetrotzt! Nun konnte ich Droß zusätzlich für eine Nebentätigkeit im Arbeitskreis für Ost-West-Fragen gewinnen, wo er für den Redaktionsteil Polen und andere Länder Ostmitteleuropas als Lektor arbeitete. Um die Berichte über die VR China kümmerte sich der Lektor Eduard J. Solich, der seit Kriegsende in China gelebt hatte. Ich war froh, diese beiden zur Seite zu haben. In der Zeit zwischen 1959 und 1966, in der ich diese Nebentätigkeiten wahrnahm, wurden meine Bezüge im GESW entsprechend gekürzt.

Doch schon kurz vor Ende dieser Spanne hatte ich 1964 den Ruf auf die Stelle eines ordentlichen Professors für Soziologie an der Hochschule in Bielefeld erhalten, den ich annahm. Das hatte zur Folge, dass ich ab 1964/65 meine Bezüge von der Landesregierung NRW erhielt. Trägerverein und Vorstand des GESW baten mich, meine Position in der Bildungsstätte ehrenamtlich (mit einer geringen Aufwandsentschädigung von 400,- DM) weiterzuführen. Das war möglich, weil die personelle Besetzung des Instituts mit ausgewiesenen wissenschaftlich-pädagogischen Dozenten und anderem Personal höchst

befriedigend war, zumal ich selber weiter einen Anteil an Seminararbeit übernehmen konnte, abgesehen von der ehrenamtlichen Wahrnehmung meiner Leitungsfunktion im GESW.

Nach einer Übersicht aus dem Jahr 1966 stellte sich die Dozentenebene wie folgt dar:

1. Akademiedirektor (ehrenamtlich): Prof. Dr. Walter Hildebrandt  
(Soziologie, Politikwissenschaften, Kultur)
2. Leiter des Lehrgangsdienstes: Studienleiter Dr. Heinz Asendorf  
(Erziehungswissenschaft, ev. Theologie, politische Doktrinen)
3. Dozent: Helmut Thor Laux  
(Politikwissenschaft, Geschichte, Kulturwissenschaft, Kommunismusforschung)
4. Dozent, ½ Stelle: Dr. Ludwig Traut-Welser  
(Geistes- und Religionsgeschichte, Russland- und Chinakunde)
5. Dozent und Redakteur: Armin Th. Droß  
(Geschichte, Polenkunde, Übersetzungen, Herausgeberschaft)
6. Dozent: Fritz Rabe  
(Politikwissenschaft, Leiter der Außenstelle in Oberwerries bei Hamm)
7. Leiter des Studiendienstes: Alexander Dolezalek  
(Bibliothek, Archive, praktische Pädagogik, Ostrecht, SBZ-Kunde)

Die praktische Arbeit des GESW bestand seit Gründung des Institutes aus zwei Abteilungen (unterhalb der Verwaltung und Gesamtleitung): 1. Lehrgangsdienst, 2. Studiendienst, mit einer überregionalen Ostbibliothek (ein Bibliothekar und mehrere Hilfskräfte) mit Schwerpunkt DDR-Literatur und Fernleihe einschl. Buchversand, einem Ton- und Dia- sowie Zeitungs-Archiv, und der Erstellung von Lehrmaterialien. Diese Stelle war mit Harry Blunk besetzt, der auch im Lehrgangsdienst einsprang und später als hauptamtlicher Dozent übernommen wurde. Außerhalb der zwei Abteilungen wurden unter Verantwortung des Dozenten und Redakteurs Armin Th. Droß Druckschriften erarbeitet, u. a. Jubiläumsschriften. Ein Mitteilungsblatt, *aktuelle ostinformationen*, wurde halbjährlich herausgegeben. Droß zeichnete für diese wie auch für die *Länderberichte* über osteuropäische Staaten verantwortlich.

Bevor die Zeitschrift *aktuelle ostinformationen* ediert wurde, existierte in den fünfziger Jahren als Vorläufer das Organ *West-Ost-Berichte*, das von Werner Rietz und Rolf Peltner im Auftrag des „West-Ost-Arbeitskreises“ herausgegeben wurde. Redakteur war Armin Droß. Im Impressum heißt es, die Zukunft kühn vorwegnehmend: „Die *West-Ost-Berichte* erscheinen monatlich. Sie werden an Freunde und Förderer der Vlothoer West-Ost-Arbeit gegen freie Spendenvereinbarung abgegeben.“

Anfang 1971 wurden Lehrgangsdienst und Studiendienst im Sinne einer Demokratisierung zusammengefasst und in „Fachbereiche“ unterteilt. Eine entsprechende „Arbeitsordnung“ wurde am 28. 2. 1971 verabschiedet. Jeder hauptamtliche Dozent erhielt einen Fachbereich. Im „Studiendienst“ übernahm der Leiter der Bibliothek, Klaus Scholle, zu-

sätzlich das Lehrmittelarchiv. A. Dolezalek wurde als einer der Fachbereichsleiter eingestuft. Harry Blunk wurde ebenfalls Leiter eines Fachbereichs. Die einzelnen Fachbereichsleiter arbeiteten selbstständig und wurden zu einem „Fachbereichsrat“ zusammengefasst, der als koordinierendes Organ den Jahresarbeitsplan erstellte. Unbeschadet der Rechte des Vorstandes und der Mitgliederversammlung beschloss er Veröffentlichungen des GESW, Außenkontakte, Richtlinien für Beschaffungspolitik der Bibliothek und der Gerätschaften. Basis dieser Veränderung war die schon genannte Arbeitsordnung, die in vielen Sitzungen von Vorstand und Dozenten gemeinsam erarbeitet wurde. Um diese Neuordnung hat sich vor allem Dr. Kruppa, der neu als Dozent ins GESW kam, verdient gemacht. Als Münsteraner Doktorand hatte er noch die Studentenrevolte vor Augen. Der Fachbereichsrat umfasste alle Dozenten sowie wichtige Funktionsträger mit Sitz und Stimme: 1. die Sachbearbeiterin für Finanzen und 2. die Leiterin des Hauswesens einschließlich Lehrgangsassistenten. Außer den Räumen der Verwaltung und Bibliothek unterstanden ihr alle übrigen Räumlichkeiten. Die Unterbringungskapazität betrug ursprünglich 35 Betten, die sich nach Fertigstellung zweier Neubauten bis auf 60 Betten in Einzel- und Mehrbettzimmern steigerte.

Die Zuschüsse des Staates erhielt das Haus in erster Linie aus den Mitteln des Bundesjugendplanes, wo das GESW mit einem festen, jährlich neu vom Parlament zu verabschiedenden Betrag für eine institutionelle Förderung ressortierte. Dasselbe Procedere galt für die Zuschüsse der Landesregierung NRW. Später ist es auf Anregung von Ministerialrat Dr. Flor vom BMJFG zu einer Neuregelung der arbeitsteiligen Bezuschussung gekommen. Ihm oblag lange Jahre federführend die finanzielle Betreuung des Gesamtkomplexes „GESW“. Er war es auch, der sich in Anerkennung der guten Arbeit des GESW dafür stark machte, dass wir mit Hilfe von Mitteln der Stiftung „Jugendmarke“ zwei neue Häuser auf unserem Gelände bauen konnten. Er sorgte außerdem dafür, dass die Ministerin mich in den Bundesjugendausschuss berief, der u.a. für die Erstellung des Jugendberichts der Bundesregierung verantwortlich war. Ich war übrigens in diesem Ausschuss gerade Berichterstatter, als zur Frage der Herabsetzung des Wahlrechts von 21 auf 18 Jahre Stellung genommen werden musste.

Sicherlich sollte auch über die Zusammenarbeit des GESW mit der Ost-Akademie in Lüneburg gesprochen werden. Partner waren zuerst Dr. Karl Heinz Gehrman, später Dr. Bernhard Schalthorn. Es wurde viel experimentiert, z. B. wurde eine gemeinsame Herausgabe der Zeitschrift *Deutsche Studien* erwogen. Es blieb später aber nur bei meiner Mitarbeit im Präsidium der Ost-Akademie und der Mitherausgeberschaft der *Deutschen Studien*. Doch wurde Dr. Schalthorn auch Mitglied im GESW.

Die Zusammenarbeit des GESW mit dem „Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten“, unserem Dachverband, hat sich seit dessen Gründung im Jahre 1959 für uns als zweckmäßig und fruchtbar erwiesen. Ich selber war im Namen des GESW Mitglied und in den Jahren 1963 bis 1965 im Vorstand dieser Vereinigung, die die Verbindung mit unserem Bundesministerium (BMJFG) halten sollte. Auch wurde der AdB im Sinne der Selbsthilfeidee ein Ort gegenseitigen Austausches von Erfahrungen und organisatorischer Hil-

fen. Zusätzlich war ich eine Reihe von Jahren Mitglied des Pädagogischen Beirates des Arbeitskreises. Die Dozenten und auch die für die Finanzen Verantwortlichen waren in den verschiedensten Kommissionen des AdB tätig.

Zur Bildungsarbeit unseres Hauses liegen drei Jubiläumshefte für die Jahre 1964, 1974 und für das 25jährige Jubiläum 1979 vor. Die Schrift 1964 trägt den Titel „Aspekte politischer Bildung“, unterzeichnet von allen damaligen Vorstandsmitgliedern: Eckard Stegmann, Walter Hildebrandt, Franz Steber, Friedrich Meyer, Käthe Aettner und Werner Rietz. Das Heft zum 20jährigen Bestehen ist im Vorwort unterschrieben von Armin Droß als Vorsitzendem des damaligen Fachbereichsrates und mir als Erstem Vorsitzenden. Fünf Jahre später erschien ein kleines Buch *Aspekte und Positionen. Beiträge zur politischen Bildung*. Das Vorwort sagt über die Maxime dieser Bildungsarbeit: „ Sie ist nicht identisch mit der konsequent unverbindlichen Idee eines Studiums Generale, noch weniger mit der zielbewussten manipulierenden politischen Schulung geschlossener Systeme. Es handelt sich vielmehr um eine dritte Position, in der sich Orientierung und Bewertung vereinigen. Dabei besteht die Kunst und die Redlichkeit jener, die sich der politischen Bildung verschrieben haben, darin, allen Beteiligten die Suchaktion nach der Wahrheit nicht zu ersparen. Stellungnahmen müssen stets als Angebot verstanden werden und die Herausforderung in sich tragen, die Diskussion anzuregen, ja erst im eigentlichen Sinne zu eröffnen.“

Die Beiträge der Mitstreiter und Mitarbeiter des GESW, die in diesem Band versammelt sind, stellen Beispiele für den Arbeitsstil und Anspruch in der zweiten und dritten Dekade unseres Institutes dar. Wir folgen dem Inhaltsverzeichnis:

Harry Blunk: Emblematische und symbolische Verweisung als künstlerische Mittel - Formprobleme und ihre kulturpolitische Implikationen, aufgezeigt an zwei Spielfilmen der DEFA.

Armin Th. Droß: Zeitgeschichte in der politischen Bildung.

Theo Mechtenberg: Die Funktion der Kultur für das polnische Nationalbewußtsein. Eine Untersuchung zum polnischen Kulturmodell.

Walter Hildebrandt: Die Problematik der Nation als „totalisierende Matrix“. Ein Beitrag zur Totalitarismusforschung.

Mechthild Russell: Politische Bildung im Museum – am Beispiel der Ausstellung „Paris – Moskau 1900 – 1930“.

Dieter Kruse: Lernbedingungen und Gruppenprozesse. Bemerkungen zu den Erfolgchancen von Blockveranstaltungen.

Zum 25-jährigen Bestehen des GESW fand am 17. November 1979 ein Kolloquium zum Thema „Schreiben - was war und was ist. Analysen der neueren DDR-Prosa“ statt. Einführendes Referat: Dr. Theo Mechtenberg.

Fasst man anlässlich der 50-Jahr-Feier 2004 die ersten 25 Jahre des Gesamteuropäischen Studienwerkes e.V. von 1954 bis 1979 zusammen, so kann man feststellen, dass - wie wir wohl glauben können - gute Arbeit geleistet wurde. Dies galt für das Studienwerk wie für andere politische Bildungsstätten, die wie wir aus Bürgerinitiativen erwachsen

und mit Bürgersinn und Zuversicht ans Werk gingen. Hauptaufgabe war dabei, die größte Katastrophe der Deutschen, die Jahre der Hitlerherrschaft, zu verarbeiten, um in den fünfziger Jahren einen neuen Anlauf für ein republikanisch-demokratisches Gemeinwesen in Deutschland zu nehmen. Der Versuch in der Weimarer Republik war misslungen, obgleich damals viele gute Ansätze, wie das Reformwerk des preußischen Kultusministers Becker, vorhanden waren.

„Konzept zur Aufgabenstellung des Gesamteuropäischen Studienwerkes e.V.“ nannte sich ein sechsseitiges Memorandum, das der Vorstand des GESW als Antwort auf eine Anfrage des BMJFG verfasst hat. Zugleich sollte es eine Zwischenbilanz zum 25-jährigen Jubiläum darstellen, das ein Jahr später stattfand. Ich bringe hier die Präambel dieses Antwortschreibens: „Politische Bildungsstätten von der Art des GESW sind der Kontinuität ihrer Arbeit wie der Flexibilität ihres didaktischen und konzeptionellen Vorgehens verpflichtet. Kontinuität ist geboten, um Zielgruppen längerfristig als Partner des Institutes zu gewinnen und um die Fach- und Sachkompetenz der wissenschaftlich-pädagogischen Mitarbeiter systematisch zu fördern. Flexibilität ist notwendig, weil Erfahrungen in der Lehrgangsarbeit produktiv zu verarbeiten sind (mit der Folge dauernder Veränderungen der Bildungsarbeit in Stil und Methode) und weil die politischen Entwicklungen immer neue Aufgabenstellungen gerade auch für die politische Bildung erbringen. In diesem Zusammenhang ordnet das GESW die Anregung des BMJFG vom Juli 1978 ein, die Jugendbegegnung stärker in die Aufgabenstellung des Institutes einzubeziehen, wobei insbesondere praxisbezogene, fachlich qualifizierte Mithilfe an den Jugendaustauschprogrammen mit Polen und anderen osteuropäischen Ländern erwartet wird.“

Auf der Basis der bisherigen Arbeit und neuer Akzente wurden drei künftige Schwerpunkte skizziert:

- „I. Jugend- und Erziehungsfragen im internationalem Vergleich  
(einschl. Jugendpolitik und Bildungssysteme )
- II. Kulturelle, ideologische und sozialpolitische Entwicklungen  
(Systemvergleiche Ost/West mit Schwerpunkt DDR)
- III. Fragen internationaler Jugendbegegnung, Mithilfe informativer und konzeptioneller Art an Jugendaustauschprogrammen sowie Vorbereitungsseminare für Reisen nach Osteuropa.“

Damit ist der Blick in die Zukunft des GESW gerichtet. Natürlich gibt es zahlreiche Seminartypen, die auch nach den ersten 25 Jahren noch im Programm des Institutes zu finden sind. Dazu gehören die jährlichen Herbsttreffen des „Freideutschen Kreises“, die erst mit dessen Auflösung im Oktober 1999 aufhörten. Begonnen hatten diese Vlothoer Zusammenkünfte mit politischer Thematik 1975. Über die Jahre kamen rund 25 Treffen mit jeweils 50 bis 60 Teilnehmenden zusammen, viele in Kooperation mit dem Team des GESW. Meist ging es um außenpolitische oder internationale Fragen, die qualifiziert bearbeitet wurden. Ähnlicher Natur waren die Pfingsttreffen des „Leuchtenburgkreises“, für den das GESW während vieler Jahre eine neue Heimat wurde, nachdem diese in

Leipzig ansässige politisch aktive Vereinigung von Akademikern 1933 verboten worden war. Ich war damals einer der jüngsten „Leuchtenburger“. Für den Gründer dieses Kreises, Professor Dr. Fritz Borinski, der für die Mitglieder den Begriff „bündischer Sozialismus“ geprägt hatte, ergaben sich 1956 intensivere Verbindungen zum GESW, als er in dessen Vorstand aufgenommen wurde. Ich selber wurde 1958 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, später dann Erster Vorsitzender des Studienwerks. Jahrelang war außerdem Borinskis Nachfolger als Leiter des Leuchtenburgkreises, Horst Grimm, Vorstandsmitglied im GESW. Professor Borinski nahm bis zu seinem Tode an den Treffen in Vlotho teil, ebenso aktiv waren Horst Grimm und ich, die wir diese Veranstaltungen jeweils vorbereitet hatten.

Dass bei einer wirklich umfassenden wissenschaftlichen Arbeit über das Gesamt-europäische Studienwerk noch viel mehr Mitstreiter hätten genannt werden müssen, ist eine Selbstverständlichkeit. Die meisten Beteiligten haben sich - nicht nur im Rahmen ihrer Aufgaben - redlich bemüht, das Institut zu dem zu machen, was es in 50 Jahren geworden ist. Ihnen zu danken, ist mir eine große Freude. Denn ohne engagierte Mitarbeitende lässt sich ein solches Zentrum der Bildungsarbeit nicht denken. Es ist, wie ich oft gesagt habe, ein im Grundsatz genossenschaftliches Unternehmen.

- Anzeige -

**Karrieresprung gefällig? Zum Beispiel in den Kongo.**

ÄRZTE OHNE GRENZEN hilft Menschen in Not. Schnell, unkompliziert und in mehr als 80 Ländern weltweit. Unsere Ärzte, Pflegekräfte und Logistiker arbeiten oft in Konfliktgebieten - selbst unter schwierigsten Bedingungen: ein Einsatz, der sich lohnt.

**Bitte schicken Sie mir unverbindlich**

- allgemeine Informationen über ÄRZTE OHNE GRENZEN
- Informationen für einen Projekteinsatz
- Informationen zur Fördermitgliedschaft
- die Broschüre „Ein Vermächtnis für das Leben“

Name: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

ÄRZTE OHNE GRENZEN e.V. • Am Kottbuscher Park 1 • 10737 Berlin  
www.aerzte-ohne-grenzen.de • Spendenkonto: 07 0 00 0 • Sparkasse Bonn • BIC: 2500 00

- Anzeige -

Theo Mechtenberg

## Das Gesamteuropäische Studienwerk im Visier der Staatssicherheit



Gemäß der Sicherheitsdoktrin der SED war es Aufgabe der Staatssicherheit, subversive Aktivitäten „sozialismusfeindlicher Elemente“ innerhalb der DDR zu verhindern sowie – mit Stoßrichtung vor allem auf die Bundesrepublik – Informationen über als „Feindobjekte“ erfasste „politisch-ideologische Zentren“ im so genannten „Operationsgebiet“ zu beschaffen und ihre feindlichen Absichten frühzeitig aufzuklären. Bei dieser Aufgabenstellung handelte es sich um zwei eng miteinander verflochtene Ziele. Diese innere

Verknüpfung war ideologisch begründet. Nach Auffassung des SED-Regimes war es nämlich im Grunde undenkbar, dass aus den sozialistischen Verhältnissen eine irgendwie geartete Opposition hervorgehen konnte. Weil es sie aber unabweisbar gab, mussten die Ursachen anderweitig gesucht und definiert werden - entweder als Restbestand prinzipiell überwundener, aber noch nachwirkender religiöser oder weltanschaulicher Überzeugungen sowie - und dies vor allem - als äußere Einwirkung sozialismusfeindlicher Zentren. In den Argumentationsmustern des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) begegnet dieser innere Zusammenhang immer wieder als Beziehungsgeflecht zweier zentraler Kürzel, nämlich PUT und PiD, wobei PUT die „Politische Untergrundtätigkeit“ im Inneren, PiD die „politisch-ideologische Diversion“ durch den äußeren Feind bezeichnen. So findet sich beispielsweise im „Wörterbuch der Staatssicherheit“ unter dem Stichwort „Politische Untergrundtätigkeit“ folgender Vermerk: „Sie ist die durch den konzentrierten Einsatz der Politisch-ideologischen Diversion inspirierte und von feindlichen Zentren, Organisationen und Kräften organisierte ... Zusammenführung von negativen feindlichen Kräften zur Schaffung einer personellen Basis im Inneren der DDR, ... um damit den Prozeß konterrevolutionärer Veränderungen zur letztlichen Beseitigung der Arbeiter-und-Bauern-Macht in Gang zu setzen.“<sup>1</sup>

Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass sämtliche Forschungsinstitute und Bildungseinrichtungen, die sich in der Bundesrepublik mit der DDR befassten, als „Feindobjekte“ registriert wurden und dauerhaft ins Visier der Staatssicherheit gerieten. So auch das Gesamteuropäische Studienwerk (GESW), das nachweislich seit 1959 unter Beobachtung des MfS stand.

### Unbefriedigende Quellenlage

Allerdings ist es beim GESW ebenso wie bei anderen mit der DDR befassten Einrichtungen unmöglich, das gesamte Ausmaß an Überwachung, „Aufklärung“ und Infiltration durch das MfS zu belegen. Die Quellenlage gibt dies nicht her. Der Grund liegt in der weitgehenden Vernichtung der Akten der für die „zentrale politisch-ideologische Diver-

<sup>1</sup> Vgl. die von der Abtl. Bildung und Forschung herausgegebene Reihe A, Nr. 1/93, S. 297. Hier zitiert aus Chaker, Irene. Die Arbeit der Hauptverwaltung Aufklärung (HV A) im „Operationsgebiet“ und ihre Auswirkungen auf oppositionelle Bestrebungen in der DDR. In: Deutscher Bundestag (Hg.), Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Bd. VIII, Das Ministerium für Staatssicherheit, Baden-Baden 1995, S. 140.

sion“ im „Operationsgebiet“ verantwortlichen „Hauptverwaltung Aufklärung“ (HV A), wie sie im Rahmen der Auflösung des MfS 1990 noch vor der Wiedervereinigung vorgenommen worden war. Da aber aufgrund der engen Kooperation zwischen der HV A und der für die „Untergrundtätigkeit“ innerhalb der DDR zuständigen HA XX Akten an letztere weitergegeben wurden, ist eine, wenngleich lückenhafte, Rekonstruktion der Aktivitäten des MfS bezüglich des GESW möglich. Entsprechende Dokumente finden sich als „Zentrale Materialablage“ (ZMA) der HA XX unter der Nr. 359 (MfS HA XX ZMA 359). Ergänzend nimmt die nachfolgende Darstellung Bezug auf eine die „Feindobjektlisten“ betreffende Dienstanweisung von Armeegeneral Mielke vom 14. 10. 1988 (MfS HA IX 528) sowie auf mich persönlich betreffende Stasiunterlagen der 80er Jahre, insofern diese mit meiner Tätigkeit am GESW in Zusammenhang stehen.

### **„Aufklärung“ in der Frühzeit des GESW (1958-1961)**

Die meisten der in der ZMA 359 archivierten Dokumente betreffen die Jahre 1958 bis 1961. Dabei handelt es sich um drei Arten von Unterlagen: um vom GESW versandte, also allgemein zugängliche Drucksachen wie Prospekte, Seminareinladungen oder Jahrespläne, um offenbar durch einen namentlich unbekanntem IM weitergeleitete Informationen sowie um eine auf der Basis dieser Informationen erstellte MfS-interne Auswertung. Die Abfolge dieser drei Arten von Dokumenten spiegelt in gewisser Weise die der „Aufklärung“ dienende Arbeitsweise des MfS wider. Die Sammlung allgemein zugänglicher Materialien erlaubte eine erste Bewertung des GESW als „Feindobjekt“. So heißt es in einem wahrscheinlich aus dem Jahr 1959 stammenden GESW-Prospekt, dass es sich beim Studienwerk um „ein weithin bekanntes geistiges Zentrum“ handelt, „insbesondere für die Auseinandersetzung mit dem Kommunismus...“, womit aus der Sicht des MfS bereits die Bedingungen „Politisch-ideologischer Diversion“ erfüllt waren. Zudem konnten dem Prospekt die Namen der das GESW leitenden Persönlichkeiten, die Zielrichtung der Lehrtätigkeit sowie das Profil der damals noch in der Verantwortung des GESW erscheinenden „deutschen studien“ entnommen werden.

Konkretere Angaben enthält der Arbeitsplan 1959/60. Er gibt sowohl Auskunft über die Zielgruppen (Studenten, Jugendleiter, Gewerkschaftler) als auch über die thematischen Schwerpunkte wie deutsche Wiedervereinigung, Auseinandersetzung mit dem Sowjetkommunismus und Marxismuskritik. Besonderes Interesse zeigte das MfS offenbar an einzelnen Programmen, die Angaben über die Referenten enthielten und detaillierte Einblicke in die vermittelte Thematik eröffneten.

Mit elf Einzeldokumenten bilden diese allgemein zugänglichen Drucksachen den größten Teil der in der ZMA 359 enthaltenen Texte. Ihre Auswertung - so darf vermutet werden - war für die Entscheidung ausschlaggebend, das GESW als „Feindobjekt“ einzustufen und weitere „Aufklärung“ zu veranlassen.

Fünf Dokumente aus dem Zeitraum zwischen 1959 und 1961 wurden wahrscheinlich durch einen Informanten dem MfS zugespielt. Es handelt sich um den „Arbeitsbericht des Studiendienstes für die Zeit vom 1. 4. 1958 bis 31. 3. 1959“, um eine am 14. 10. 1959 erstellte Tonbandabschrift der „Beiratssitzung des ‘Gesamteuropäischen Studienwerks’ vom 1. Oktober bis 3. Oktober 1959“, um einen „Bericht“ vom 21. 6. 1960 über die vom GESW für Studenten der Universität Marburg veranstaltete Tagung, die unter



dem Thema „Berlin und die deutsche Wiedervereinigung“ vom 8. bis 17. Juni 1960 im „Haus Dortmund“ in Berlin-Zehlendorf stattfand, sowie um einen die „Studienbeiratungskonferenz“ vom 4./5. März 1961 betreffenden „Bericht“, der das Datum vom 13. März 1961 trägt. Zu diesen drei, jeweils mehrseitigen Dokumenten kommt noch eine Kurzinformation vom 12. Mai 1960 über die seinerzeit beabsichtigte Bildung eines „Berliner Arbeitskreises“. Keines dieser Dokumente enthält, wie in späteren Jahren üblich, einen Vermerk, aus dem die zuständige Abteilung des MfS ersichtlich wäre. Das Datum ist, ohne Ortsangabe, handschriftlich eingetragen, wobei unklar bleibt, ob es sich auf den Tag der Abfassung des Dokuments oder seines Eingangs beim MfS bezieht; letzteres erscheint wahrscheinlicher. Dass die dem MfS damit vorliegenden Angaben nicht einfach abgehftet, sondern ausgewertet wurden, zeigt das fünfte Dokument, ein ebenfalls ohne weiteren MfS-Vermerk versehener Text mit der Ortsangabe „Berlin“ und dem Datum vom 13. November 1961 unter dem Titel: „Betr.: Gesamteuropäisches Studienwerk e. V. Vlotho/Weser, Südfeldstr. 2“. Diese fünf Dokumente werden im Folgenden kurz vorgestellt und kommentiert.

Der vom Leiter des Studiendienstes, Alexander Dolezalek, angefertigte Arbeitsbericht für die Zeit vom 1. April 1958 bis zum 31. März 1959 ist der vierte seiner Art. Auf insgesamt acht Seiten bietet er eine umfassende und detaillierte Darlegung der Tätigkeit seines Fachbereichs. Er enthält genaue Angaben über den Buchbestand (16471 Bände), das Zeitungs- und Zeitschriftenarchiv (248 abonnierte Titel), die Ausleihe (6214 Fälle), das Tonarchiv (140 Bänder) sowie das Fotoarchiv (1869 Stück). Unter Nutzung der Bibliothek wurden 78 wissenschaftliche Arbeiten und zahlreiche nach Themengruppen geordnete Bücherlisten erstellt. Aufgrund der angegebenen Sammelgebiete der Bibliothek konnte sich das MfS ein genaues Bild von den thematischen Schwerpunkten des GESW machen. Alles in allem also ein Dokument, das für das MfS nützliche Informationen enthielt.

Die über die „Beiratstagung“ vom 1. bis 3. Oktober 1959 informierende Tonbandabschrift umfasst einschließlich der Teilnehmerliste mit 21 aufgeführten Namen acht Seiten. Ausführlich wird über den Ablauf der Tagung berichtet. Demnach referierte der Studienleiter Dr. Asendorf am Beispiel Frankreichs über die „Volksfrontpolitik der Kommunisten“. Alexander Dolezalek gab einen Überblick über Entstehung und Tätigkeit des GESW. Neben der damaligen Aufgabenteilung zwischen „Lehrgangsdienst“ und dem auf eine Fülle von Dokumenten zu den Ost-West-Fragen basierenden „Studiendienst“ wird insbesondere die Intention hervorgehoben, von der mit einer „offenen Hetze“ verbundenen „alten antikommunistischen Auseinandersetzungsmethode“ abzugehen und sich einer „politischen Bildungsarbeit“ zuzuwenden, die den Akzent auf „Aufklärung“ und „Faktenbeschaffung“ legt.

Eingegangen wird auch auf die im vierten Arbeitsbericht des Studiendienstes enthaltenen Angaben über die Bibliothek. Der Leser erfährt von einer „Vereinbarung“ mit den „großen Universitätsbibliotheken und öffentlichen Bibliotheken“, derzufolge sich diese zur Vermeidung von Doppelbeschaffungen gegenüber den Sammelgebieten des GESW („Jugend und Erziehung“, „soziale und Wirtschaftsfragen“, „Fragen des sowjetischen Herrschaftssystems“, „Europäische Integration“ und „Deutschlandsituation“) deutlich abgrenzen sollen.

Die zentrale Thematik während der Beiratstagung bildete die sowjetische Volksfront- und Blockpolitik, die im Anschluss an vorausgegangene Referate in drei Arbeitsgruppen diskutiert wurde. Als wichtigstes Ergebnis hebt der anonyme Berichtersteller, wohl seiner subjektiven Einschätzung folgend, eine Strategie des „dritten Weges“, jenseits von links und rechts, hervor. Man sei sich einig, „daß es jetzt darauf ankäme, abseits von der großen Verkündigung des dritten Weges zu ringen, wie dieser dritte Weg als revisionistische Auffassung in der Auseinandersetzung mit der Situation des Ostblocks zu wirken habe.“

Indem sich die Teilnehmer als Gründungsversammlung verstanden und aus ihren Reihen einen fünfköpfigen Vorstand wählten, führte die Tagung am dritten Tag zur Gründung des „Beirates“, wobei seine satzungsgemäße Aufgabenstellung Verhandlungen mit dem GESW vorbehalten blieb.

Der „Bericht“ enthält weder einen direkten noch einen indirekten Hinweis, aus dem geschlossen werden könnte, dass der Verfasser auch der Informant ist. Gleiches gilt für die „Information“ vom 12. Mai 1960 über die beabsichtigte Bildung eines „Berliner Arbeitskreises“ nach dem Vorbild des bereits bestehenden parteiübergreifenden „Bremer Arbeitskreises“, der sich aus Gewerkschaftlern, Unternehmern und Betriebsräten zusammensetzte. Für das MfS dürfte die Notiz besonders interessant gewesen sein, dass auch der Bremer Verfassungsschutz in diesem Gremium vertreten war und die Aufgabe des Arbeitskreises vor allem darin bestand, „Teilnehmer zu den Tagungen und Kursen des Gesamteuropäischen Studienwerks zu entsenden, die in einer aktiven Auseinandersetzung mit den Kommunisten in Betrieben und Organisationen stehen.“

Der „Bericht“ von der Berliner Studententagung für Studenten der Marburger Universität vom 8. bis 17. Juni 1960 zum Thema „Berlin und die deutsche Wiedervereinigung“ enthält kaum Informationen über den Verlauf dieser knapp zehntägigen Veranstaltung. Seine Bedeutung liegt in einer für das MfS interessanten Begebenheit am Rande: So hat dem „Bericht“ zufolge der als Dozent des GESW angestellte Veranstaltungsleiter Laux die Gelegenheit seines Berlinaufenthaltes dazu genutzt, um mit einem Kameraden aus der Zeit, als beide als Kriegsgefangene in der UdSSR eine Antifaschule besuchten, „im demokratischen Sektor“ in Kontakt zu treten. Der in diesem Falle mit dem Berichtersteller offenbar identische, wenngleich anonyme Informant gibt den in der mir vorliegenden Kopie geschwärzten Namen des Kontaktmannes an und bezeichnet ihn als „Mitglied der NDPD und jetzt freigestellt für ideologische Schulungsarbeiten bei der Republikleitung der NDPD“. Gleichfalls interessant ist der Hinweis, er habe mit Laux „über viele Fragen des Revisionismus und auch der Zeitschrift der ‘3. Weg’ diskutiert, wobei Laux die Meinung vertrat, daß sein Freund (geschwärzt) in der DDR ein guter Bezieher dieses revisionistischen Blattes der ‘dritte Weg’ sei. Unterzeichner hatte sich bereit erklärt, dem Laux einige Exemplare des ‘dritten Weges’ zur Verfügung zu stellen, damit er es (sic) im (sic) privaten Weg an (geschwärzt) weiterleiten soll.“ Diese Aussage lässt vermuten, dass es sich bei dem Informanten um einen IM handelt, der mit der Zeitschrift „Der dritte Weg“ in sehr enger Beziehung stand.

Inhalt und Stil des Berichts über die „Studienbeiratskonferenz 1961 des ‘Gesamteuropäischen Studienwerks’“ am 4./5. März lassen es gleichfalls als wahrscheinlich erscheinen, dass er speziell von einem Informanten für das MfS erstellt wurde. So wird

der Referent, dessen Name in der mir vorliegenden Kopie geschwärzt ist, für seinen Vortrag „Zur kulturpolitischen Situation in der DDR“ auf eine für ein internes Papier unübliche Weise kritisiert und als Person hingestellt, die „nicht besonders angesehen“ ist und die für seine Referententätigkeit ein „Gnadenbrot“ bekommt. Der Studienbeirat habe die Empfehlung ausgesprochen, diesen Mann im GESW „zur Referententätigkeit nicht mehr heranzuziehen...“

Der Text enthält zudem den Hinweis auf einen 35seitigen Bericht, den ein Teilnehmer „im Auftrage des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen“ über eine Tagung des GESW angefertigt hatte und der „einige negative Angaben in bezug auf die Lehrarbeit enthielt.“ Die dadurch entstandene Irritation konnte nach Aussage des Studienleiters Dr. Hildebrandt bei einer Besprechung im Bonner Ministerium vom 6. Dezember 1960 ausgeräumt werden, wobei der Informant insbesondere die Anwesenheit des Bremer Verfassungsschützers Gottschalk während der Beratung hervorhebt, der denn auch der Lehrarbeit des GESW eine ausgezeichnete Wirkung in „Bremer Betrieben“ bescheinigt habe. Des Weiteren enthält der Bericht die Information über eine in Arbeit befindliche „Lehrfibel“ zum „Totalitarismus“ des „Marxismus-Leninismus“ und des „Nationalsozialismus“ sowie Angaben über den Etat des GESW von 1960 „in Höhe von 224.000 DM“.

Das wichtigste Dokument dieser frühen Phase ist die MfS-interne Darstellung „Betr.: Gesamteuropäisches Studienwerk e. V. Vlotho/Weser, Südfeldstr. 2“ vom 13. November 1961. Sie basiert auf der Auswertung der bis zu diesem Zeitpunkt der Staatssicherheit vorliegenden Angaben. Die Lektüre dieses Textes zeigt, dass auch Materialien verarbeitet wurden, die sich in der ZMA 359 nicht finden lassen. Bis auf einige geringfügige Unrichtigkeiten - etwa die Verlegung des Gründungsdatums des Studienwerks in das Jahr 1956 sowie seine fälschliche Zuordnung zum Land Niedersachsen - vermittelt diese Zusammenstellung ein exaktes Bild von Aufgaben, Struktur, Personalbestand, finanzieller Ausstattung und Tätigkeit des GESW.

Den Ausgangspunkt bilden einige kurze Bemerkungen zur „politischen Bildungsarbeit ... in Westdeutschland“, von der behauptet wird, sie diene hauptsächlich der „Beschäftigung mit dem Kommunismus“ sowie der „Verbreitung antikommunistischer Propaganda“.

Sodann kommt die „Entstehung des Studienwerks“ als „Ableger der Stätte der Begegnung“ zur Sprache. Es handele sich hier um „ehemalige Nationalsozialisten und ‘Ostlandritter’“, die nach dem Krieg „durch die amerikanische demokratische Umerziehung gegangen sind, ... um in Diskussionen und Gesprächen ein ‘Verhältnis’ zur Demokratie zu entwickeln.“ Damit wird - nach dem ideologischen Selbstverständnis des SED-Regimes - eine personelle Kontinuität zwischen dem Nationalsozialismus und der westdeutschen Demokratie postuliert. Als „führender Kopf“ der Stätte wird Werner Rietz namentlich erwähnt, ohne dass indes auf seine NS-Vergangenheit näher eingegangen wird.

Anhand des Gründerkreises des GESW verdeutlicht der Text eine über die „Stätte der Begegnung“ hinausgehende Verflechtung mit anderen Einrichtungen, so mit der Heimvolksschule Hustedt und der Evangelischen Akademie Loccum. Zur Aufgabenstellung und Zielgruppenorientierung wird aus der Satzung des GESW zitiert, die von „Erforschung der gesellschaftspolitischen Probleme Deutschlands und Europas“ spricht und

damit dem MfS bereits eine ausreichende Handhabe bot, die Vlothoer Einrichtung als „Feindobjekt“ einzustufen.

Sehr detailliert wird die strukturelle Gliederung des Gesamteuropäischen Studienwerks in die Abteilungen „Lehrgangsdienst“ (Studienfreizeiten, Grund- und Aufbaulehrgänge, Studententagungen, Berlinfahrten, Ausbildungslehrgänge) und „Studiendienst“ aufgeführt. Während sich die Darlegungen bezüglich des „Lehrgangsdienstes“ vornehmlich auf allgemein zugängliche Materialien des GESW stützen, ist an den Angaben über den „Studiendienst“ die Auswertung des bereits zitierten vierten Berichts deutlich erkennbar.

Was die Leitung des GESW betrifft, so werden neben dem Direktor Dr. Hildebrandt der Leiter des Lehrgangsdienstes Dr. Asendorf, der Leiter des Studiendienstes Dolezalek sowie Laux als hauptamtliche Dozenten erwähnt. Die Bedeutung von Dr. Hildebrandt wird durch den Hinweis darauf unterstrichen, dass er dem als „Beratungsgremium des Auswärtigen Amtes in Fragen der Ostpolitik“ fungierenden „Ost-West-Arbeitskreis“ angehört und als Schriftleiter der von diesem Arbeitskreis herausgegebenen Zeitschrift „Moderne Welt“ tätig ist. Der Bericht verzeichnet auch die Förderung des GESW aus Mitteln des Bundesjugendplans sowie der Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und - unter Hervorhebung der besonderen Rolle des mit „Vertrauensleuten des Verfassungsschutzes“ verbundenen „Bremer Arbeitskreises“ - des Landes Bremen. Für die Auswerter des MfS ist dies ein deutliches Indiz, „daß auch das Gesamteuropäische Studienwerk und die als politische Bildungsarbeit getarnte antikommunistische Propaganda unmittelbar zusammenwirkt (sic) mit den staatlichen Verfolgungsorganen.“ Diese Interpretation wird in der zusammenfassenden Schlussfolgerung noch einmal aufgegriffen und dahingehend erweitert, dass die „mit allen pädagogischen und methodischen Tricks arbeitende antikommunistische Propaganda“ im Verein „mit den staatlichen und politischen Verfolgungsorganen der Bundesrepublik“ einer „politisch-ideologischen Zersetzung der westdeutschen Bevölkerung und der Verfolgung unbequemer Auffassungen dient.“

## 20 Jahre lückenhafte Quellenlage

Für die Zeit von 1962 bis 1983 sind nur einige wenige Dokumente von geringem Aussagewert erhalten. Eine siebenseitige Darstellung der „Aktion Sühnezeichen“ vom 12. Juli 1965 befindet sich in der ZMA 359 wohl nur deswegen, weil unter Punkt II,2 („Beziehungen und Kontakte der entscheidenden Leitungskräfte der ‘Aktion Sühnezeichen’ zu staatlichen und insbesondere geheimdienstlichen Stellen und Personen in Westdeutschland“) auch das Gesamteuropäische Studienwerk genannt wird. Einziger Anhaltspunkt dieser Verflechtung ist die Behauptung, bei Studienleiter Dr. Asendorf handele es sich um einen Mitarbeiter des Gründers der „Aktion Sühnezeichen“, des evangelischen Präses Dr. Kreyssig. Diese Information dürfte indes falsch sein, da Dr. Asendorf sonst in den Quellen nicht als Mitarbeiter von Dr. Kreyssig begegnet.<sup>2</sup> Es wird sich bestenfalls um eine Bekanntschaft aus der Zeit handeln, als Dr. Asendorf vor seiner

<sup>2</sup> Vgl. etwa die ausführliche Biographie von Weiß, Konrad. Lothar Kreyssig. Prophet der Versöhnung. Gerlingen 1998, die mit keinem Wort auf Dr. Asendorf Bezug nimmt.

Übersiedlung in die Bundesrepublik, lange vor Gründung der „Aktion Sühnezeichen“, in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR in der evangelischen Kirche seine Ausbildung erfahren hat und tätig war. Immerhin belegt der Hinweis, dass das GESW vom MfS als angeblich geheimdienstliche Institution erfasst war.

Ebenfalls wenig ergiebig sind etliche Programme der „Stätte der Begegnung“ aus dem Jahr 1967 sowie die Nr. 207 des „Gesprächs aus der Ferne“ aus dem gleichen Jahr. Diese im Übrigen frei zugänglichen Texte stehen in keinem direkten Bezug zum GESW.

Das einzige interessante Dokument aus dieser Zeit ist eine „Information“ über den „Aufbau einer Ausstellung zum Thema: ‘20 Jahre BRD - 20 Jahre DDR’“ vom 25. März 1969. Dabei ist die aus „einer zuverlässigen inoffiziellen Quelle“ stammende und „vertraulich“ zu behandelnde Mitteilung als solche nicht einmal sonderlich spektakulär. Sie besagt lediglich, dass ein „Westberliner Politologie-Student“, dessen Name in der Kopie geschwärzt ist, im GESW als „Hilfskraft“ an eben einer solchen Ausstellung arbeitet. Interessant ist da eher der Zusatz, dass nicht nur diese Ausstellung, sondern „die gesamte antikommunistische Tätigkeit dieser Bildungsstätte im Jahre 1969 im Zeichen dieser beiden Jahrestage“ steht, was den Schluss nahe legt, dass dem MfS entsprechende Materialien als Beweismittel vorlagen, die in der ZMA 359 nicht enthalten sind.

Von Interesse ist noch ein weiterer Umstand die auf einem eigenen Blatt vermerkte Zuständigkeit sowie Quelle und Verteilung dieser vertraulichen und lediglich in drei Exemplaren vorliegenden „Information“. Das Blatt stammt aus der für die Aufklärung Politisch-ideologischer Diversion feindlicher Westorganisationen zuständige HA XX/5 und trägt die Unterschrift eines „Olt. Jaeckel“. Als Quelle ist der nicht entschlüsselte Deckname „Rosenow“ angegeben, was die Vermutung erlaubt, dass zum fraglichen Zeitpunkt zumindest ein IM auf das GESW angesetzt war. Auf dem Beiblatt ist die „Information“ als Nr. 116/68 gekennzeichnet, wobei es sich bei der Jahresangabe offenbar um einen Fehler handelt, da die „Information“ selbst den Vermerk 116/69 trägt. Man hielt sie immerhin für so bedeutend, dass sie an den Leiter der HA XX und an die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) weitergeleitet wurde.

### **Verstärktes Interesse des MfS am GESW in den 80er Jahren**

Für die 80er Jahre lässt sich anhand der vorliegenden Dokumente ein recht intensives Interesse des MfS am GESW feststellen. Im Einzelnen geht es um einen von der ZAIG gefertigten Bericht vom 22. Dezember 1983, um Maßnahmen des MfS in Zusammenhang mit Kontakten des GESW zu aus der DDR stammenden Autoren, um die Bedeutung der Erfassung des Studienwerks als „Feindobjekt“ sowie um bestimmte Erkenntnisse aufgrund der über mich verhängten Operativen Personenkontrolle (OPK) „Keramik“.

#### *1. Auskunft der ZAIG vom 22. Dezember 1983*

Mit einem Fernschreiben (F 454) vom 2. Dezember 1983 hatte die Auswertungs- und Kontrollgruppe (AKG) der HA XX bei der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) bezüglich des GESW eine Anfrage gerichtet, die diese unter dem 22. Dezember 1983 mit einem ausführlichen Bericht beantwortete. Es handelt sich um einen

im Ganzen gesehen sachlichen Bericht mit der einleitenden negativen Wertung, dass zu den „Mitbegründern“ des GESW auch ehemalige aktive Faschisten“ zählen, „die ihre ‘Erfahrungen’ in den Dienst der imperialistischen Ostpolitik der BRD stellten.“

Der Bericht führt für das 2. Halbjahr 1983 einige die DDR und ihre Ideologie betreffende Veranstaltungen sowie eine Auswahl von Zielgruppen an, die aus der Sicht des MfS leicht einer „politisch-ideologischen Diversion“ zugeordnet werden konnten wie beispielsweise die Ostkommission von Pax Christi und der DDR-Arbeitskreis der Katholischen Hochschulgemeinde Münster, beides Gruppen, die von mir betreut wurden. Besondere Erwähnung finden „Begegnungsveranstaltungen“, wie sie damals mit Jugendgruppen aus der UdSSR, Ungarn und der DDR im GESW stattfanden. In diesem Zusammenhang heißt es, dass versucht werde, „Besucher aus der DDR im Sinne der BRD-‘Deutschland- und Ostpolitik’ zu beeinflussen und gleichzeitig zielgerichtet Informationen über die DDR und die persönlichen Daten der Gäste (Beruf, Arbeitsstelle usw.) abzuschöpfen.“

Hervorgehoben wird die Zusammenarbeit des GESW mit dem Institut für Gesellschaft und Wissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg sowie mit der Ostakademie Lüneburg, wobei ausführlich auf die „3. Kooperationstagung“ dieser drei Einrichtungen „unter Leitung von Prof. Dr. Walter Hildebrandt“ verwiesen wird. Über ihn enthält der Text besonders ausführliche Angaben - angefangen von seiner noch vor dem Krieg ausgeübten Forschungstätigkeit bei der „Arbeitsgemeinschaft für Raumforschung“ über seine zahlreichen beruflichen, nebenberuflichen und ehrenamtlichen Funktionen bis hin zu einer Auswahl seiner Buchpublikationen.

Des Weiteren finden sich in dem Bericht eine kurze Beschreibung der Bibliothek mit einem Buchbestand von ca. 50.000 Bänden und 323 Periodika, der Hinweis auf die 1971 vorgenommene Ausgliederung des Archivs des Studienwerks und seine Verselbständigung als „Dokumentenkabine“ im Besitz von Alexander Dolezalek, eine Auflistung der Publikationsreihen des GESW, Angaben über die Finanzierung und den Personalbestand von „21 bis 25 Mitarbeitern“ bei namentlicher Nennung der Vorstandsmitglieder und Dozenten.

Aus den Dokumenten geht nicht hervor, wodurch sich die Auswertungs- und Kontrollgruppe veranlasst sah, die Auskunft über das GESW bei der ZAIG anzufordern. Möglicherweise besteht hier ein Zusammenhang mit den im folgenden Punkt beschriebenen Aktivitäten des GESW.

## *2. Kontakte des GESW mit aus der DDR stammenden Schriftstellern*

Über das Gesagte hinaus enthält die Auskunft der ZAIG den Hinweis auf Versuche des GESW „zur Organisation und Aktivierung von ‘DDR-Emigranten’ im Kulturbereich“. So habe „DIE WELT“ unter dem 21. November 1983 entsprechende Planungen berichtet. Danach werde kein Geringerer als „Erich LOEST ... als ‘Integrationsfigur’“ aufgebaut, wobei daran gedacht sei, im GESW „halbjährige Studienplätze für Exilliteraten zur Verfügung“ zu stellen.

Diese Information gewinnt dadurch eine besondere Brisanz, dass es sich bei Erich Loest um einen äußerst prominenten ehemaligen DDR-Autor handelt, der zudem als langjähriger politischer Häftling und durch drei verschiedene Operative Vorgänge die Repressi-

on des MfS in besonderer Weise zu spüren bekommen hatte, ehe man sich 1980 dazu entschloss, den unbotmäßigen Schriftsteller in den Westen zu entlassen. Es versteht sich vor diesem Hintergrund, dass eine Zusammenarbeit zwischen dem GESW und Erich Loest die Aufmerksamkeit des MfS erregen musste.

Doch worum ging es bei dieser Zusammenarbeit? Zu Stande gekommen war sie im Rahmen von Seminaren, die ich mit Aufnahme meiner Tätigkeit am GESW (1979) zur DDR-Literatur anbot, zu denen jeweils ehemalige, vom DDR-Regime in den Westen entlassene Autoren eingeladen wurden. Auf diese Weise lernte ich Erich Loest, der mir aufgrund seines literarischen Schaffens und seines Lebensschicksals kein Unbekannter war, auch persönlich kennen. Aus der persönlichen Begegnung entsprang der gemeinsame Plan, in Vlotho ehemalige DDR-Autoren zusammenzuführen und Tagungen zu veranstalten. Zudem überlegten wir, den Jüngeren unter ihnen die Möglichkeit zu verschaffen, für eine gewisse Zeit ungestört und sorgenfrei an ihren Texten zu arbeiten. Wir fanden beide, dass das GESW dazu vorzüglich geeignet sei, zumal unser Institut wie kaum eine andere Einrichtung in der Bundesrepublik, die Universitäten einbezogen, über eine Spezialbibliothek verfügte, in der kaum ein Titel der DDR-Literatur fehlte.

Zur Finanzierung des Projekts waren Verhandlungen mit dem Ministerium für Innerdeutsche Beziehungen erforderlich, die erfolgreich abgeschlossen werden konnten. Mit Schreiben vom 30. November 1983 erklärte das Ministerium seine Bereitschaft, „eine finanzielle Unterstützung zur Schaffung eines Studienplatzes für aus der DDR ausgesiedelte Schriftsteller in Vlotho ab Haushaltsjahr 1984 zu gewähren.“ Für ihre Betreuung war ich verantwortlich. In Absprache mit Erich Loest verwies ich in einem Schreiben vom 19. Dezember 1983 das Ministerium auf die menschliche Problemlage der meisten aus der DDR ausgewiesenen oder übergewanderten Autoren, für die der Studienplatz auch psychisch von Vorteil sein würde: „Der zumeist unter belastenden Lebensumständen vollzogene Übergang von der DDR in die Bundesrepublik markiert eine kritische Lebensphase, die bewältigt werden muß. Um sich in die Verhältnisse der Bundesrepublik eingewöhnen zu können, erscheint eine Phase hilfreich, in der die Betroffenen relativ frei von materiellen Sorgen zu sich selbst kommen können. Das GESW bietet durch seine Lage, seinen wissenschaftlich-pädagogischen Charakter sowie durch die Bestände der Bibliothek genügend Möglichkeiten, daß die Betroffenen ihre persönliche Vergangenheit - auch literarisch - aufarbeiten, über diesen Reflexionsprozeß ihr Ich stabilisieren und sich auf diese Weise in die veränderten menschlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse eingewöhnen können.“

Die erste junge Autorin, die 1984 für mehrere Monate von diesem Angebot Gebrauch machte, war bereits mehrfach inhaftiert gewesen, wobei es sich bei den „Beweismitteln“ um eigene als staatsfeindlich eingestufte Gedichte sowie um die Verbreitung einzelner Texte von Reiner Kunze in Abschriften oder Fotokopien gehandelt hatte. Sie war im Dezember 1982 aus der Haft entlassen und in die Bundesrepublik abgeschoben worden. Auch wenn nicht alle, die zwischen 1984 und 1990 den ab 1985 mit zusätzlich 800.00 DM dotierten freien Studienplatz in Anspruch nahmen, gleich schmerzhaft Erfahrungen hinter sich hatten, mit dem MfS hatten sie alle mehr oder weniger zu tun gehabt. Dass ihnen die im GESW verbrachte Zeit eine Hilfe war, nach den belastenden DDR-

Erlebnissen zu sich selbst zu finden und ihre Erfahrungen literarisch zu verarbeiten, geht aus ihren Abschlussberichten deutlich hervor.

Das zweite vom Ministerium großzügig geförderte Projekt betraf mehrtägige Treffen ehemaliger DDR-Autoren, an denen jeweils knapp vierzig Schriftsteller und Schriftstellerinnen teilnahmen. Dabei handelte es sich teils um thematische Veranstaltungen, teils um Werkstattgespräche. 1985 und 1986 wurden diese Treffen vom Sender RIAS-Berlin aufgezeichnet und in zwei jeweils einstündigen Sendungen ausgestrahlt, so dass von ihnen auch eine Wirkung in die DDR ausging. Das aufgrund der Sendungen anfallende Honorar war Preisen gewidmet, mit denen eine unabhängige Jury einzelne Autoren für ihr literarisches Schaffen auszeichnete.

Meine Versuche, zu den unabhängig von diesen Treffen ausgeschriebenen Seminaren zur DDR-Literatur Autoren aus der DDR einzuladen, blieben erfolglos. 1988 holte nach einer entsprechenden Anfrage die Leiterin für Internationale Beziehungen im Zentralsekretariat des DDR-Schriftstellerverbandes, Karla Dyck, die Meinung der Ständigen Vertretung der DDR in Bad Godesberg zu meiner Einladung ein. Die Antwort, die erstaunlicherweise Generaloberst Mittig vorgelegt wurde, beschreibt mich als „Antisozialisten“, verweist auf die von mir veranstalteten Seminare mit ehemaligen DDR-Autoren und empfiehlt eine Absage.

### 3. Das GESW als „Feindobjekt“ erfasst

Paradoxerweise ist erst aufgrund eines Dokuments aus der Endphase der DDR das ganze Ausmaß an Überwachung „feindlicher Stellen im Operationsgebiet“ erkennbar. Es handelt sich um ein Schreiben von Armeegeneral Mielke an die Leiter verschiedener Dienstseinheiten seines Ministeriums vom 14. Oktober 1988<sup>3</sup> bezüglich „Verantwortlichkeiten von Dienstseinheiten zur Aufklärung, Kontrolle bzw. Bearbeitung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet“. Darin veranlasst der Minister den Austausch der alphabetisch geordneten Feindobjektlisten 1 und 2 aus dem Jahr 1985 gegen erweiterte und aktualisierte Fassungen. Das Gesamteuropäische Studienwerk ist sowohl auf der Liste 2 von 1985 (Nr. 22) als auch auf der von 1988 (Nr. 49) verzeichnet.

Ziel des Ministererlasses ist die „Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet, die subversiv gegen die DDR und andere sozialistische Staaten tätig sind“, wobei versucht werden soll, „erfolgreich in ihren (sic) Ausgangsbasen und Führungsgremien einzudringen, rechtzeitig und umfassend ihre Pläne, Absichten und Maßnahmen zu erkennen, wirksam ihre feindlichen Machenschaften zu entlarven sowie nachhaltig ihr Wirksamwerden in der DDR und anderen sozialistischen Staaten vorbeugend zu verhindern.“

Die als Anlage 1 und 2 beigefügten Feindobjektlisten unterscheiden sich nach Umfang und Zuständigkeit. Während in Anlage 1 mit insgesamt 225 aufgeführten westlichen Organisationen und Einrichtungen - wie bereits bei der Feindobjektliste 1 von 1985 - die Zuständigkeiten bezüglich der einzelnen „Feindobjekte“ genau geregelt sind, fehlt diese Festlegung in der Anlage 2 mit 94 erfassten Institutionen. Im Ministerschreiben heißt es dazu, dass bezüglich dieser „feindlichen Stellen und Kräfte ... nicht die Notwendigkeit

<sup>3</sup> Vgl. BStU-MfS HA IX-528.



besteht, eine konkrete Verantwortlichkeit für Dienstseinheiten festzulegen, die aber im Blickfeld des MfS bleiben müssen...“ Diese sind vielmehr durch die ZAIG zentral zu erfassen, wobei „der Leiter der ZAIG“ dafür zu sorgen hat, „daß zu diesen feindlichen Stellen und Kräften ständig der Erkenntnisstand vervollkommnet, die erforderliche Auskunftsfähigkeit gegenüber anfragenden Dienstseinheiten gewährleistet sowie bei Notwendigkeit in Abstimmung mit den zuständigen zentralen Dienstseinheiten Vorschläge für Entscheidungen über festzulegende Verantwortlichkeiten erarbeitet“ werden, die dann Mielke persönlich vorzulegen waren.

Der Umstand, dass dem GESW, anders als etwa bei der auf der Liste 1 unter Nr. 165 erfassten Lüneburger Ost-Akademie, für deren „Bearbeitung“ die Bezirksverwaltung Magdeburg, Abtl. XX, verantwortlich gemacht wurde, keine konkrete MfS-Dienstseinheit zugeordnet wurde, lässt vermuten, dass es keine spezielle „Bearbeitung“ erfahren hat. Dabei bleibt allerdings die Frage unbeantwortet, auf welchem Wege sich das MfS die für die Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe erforderlichen Materialien beschafft hat.

#### 4. Hinweise auf das GESW im Rahmen der gegen mich verfügbaren Operativen Personenkontrolle (OPK) „Keramik“

Als ich 1979 meine Tätigkeit am GESW aufnahm, war ich für das MfS kein unbeschriebenes Blatt.<sup>4</sup> Bereits bald nach meiner Übersiedlung in die DDR im Jahr 1955 war ich als Vikar der katholischen Gemeinde Wittenberg durch eine Reihe von Aktivitäten auffällig geworden. Das Interesse des MfS an meiner Person verstärkte sich, als ich 1964 zum Studentenfarrer in Magdeburg ernannt wurde und durch die Leitung eines auf DDR-Ebene tätigen sozialethischen Arbeitskreises<sup>5</sup> eine weit über Magdeburg hinausgehende Wirksamkeit erlangt hatte. Nach meinem Ausscheiden aus dem kirchlichen Dienst und meiner Übersiedlung nach Polen kam es bezüglich meiner Person zu einer Zusammenarbeit der Geheimdienste beider Länder, die sich allerdings auf die Sammlung und Weitergabe von Informationen beschränkte. Nach meiner Rückkehr in die Bundesrepublik im Jahr 1979 dauerte es nicht lange, bis das MfS wiederum auf mich aufmerksam wurde und mich mit der Einleitung einer Operativen Personenkontrolle unter direkte Beobachtung stellte. Zuständig war die Zeitzer Dienstseinheit des MfS, und zwar deswegen, weil eine meiner Kontaktpersonen in Zeitz wohnhaft war und im Verdacht politischer Untergrundtätigkeit stand. Man mag sich fragen, warum ich angesichts meiner über einen langen Zeitraum geführten Vorlaufakte nicht wegen meiner Tätigkeit am GESW, sondern aufgrund eines DDR-Kontaktes einer OPK unterzogen wurde. Der Grund könnte in einer Dienstanweisung aus dem Jahr 1981 liegen, nach der es den Dienstseinheiten untersagt war, einzelne in einer Feindobjektakte erfasste Personen allein schon aufgrund dieser Art der Erfassung zu bearbeiten. Offenbar entsprach es der Ab-

<sup>4</sup> Vgl. Mechtenberg, Theo: 30 Jahre Zielperson des MfS. Eine Fallstudie zu Aufklärung und Simulation der Stasi. In: Betroffene erinnern sich (13). Hg. von der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Magdeburg 2001.

<sup>5</sup> Vgl. meinen Text „Der Arbeitskreis 'Pacem in terris'. Ein Beitrag zur Rezeption katholischer Soziallehre in der DDR“, Erstveröffentlichung in der in Zürich herausgegebenen Zeitschrift „Orientierung“ 59/1995, Nachdruck im Deutschland Archiv 4/1998.

sicht des MfS, die „feindlichen Stellen und Kräfte im Operationsgebiet“ möglichst komplex unter Kontrolle zu halten, was dazu führte, dass Personen, die mit einem „Feindobjekt“ in Verbindung standen, aufgrund anderer Umstände in einer OPK oder einem Operativen Vorgang (OV) erfasst und bearbeitet wurden.<sup>6</sup>

Ausgangspunkt der gegen mich eingeleiteten OPK bildete meine erste Einreise in die DDR nach meiner Übersiedlung aus Polen am 15. Mai 1981. Damals wurde ich vom Grenzkontrollamt Marienborn/Autobahn einer strengen Kontrolle sowie einem Verhör unterzogen. Die darüber angefertigte „Information“ enthält u. a. den Hinweis darauf, dass aus „Karteimitteln der Zollverwaltung“ ersichtlich ist, dass ich in den 70er Jahren, also während der Zeit meines Polenaufenthaltes, zu einem Westberliner und einigen DDR-Bürgern in Kontakt stand und dass über diese Beziehungen damals bereits das „Sicherheitsorgan informiert“ worden war.

In dem von der Kreisdienststelle Zeitz bei der zuständigen MfS-Bezirksverwaltung Halle angeforderten „Erfassungsbeleg“ vom 22. Juli 1981 stufte man mich denn auch unter Hinweis auf das „Gesamteuropäische Studienwerk e. V.“ als „Zentrum der politisch-ideologischen Diversion“ in die Personenkategorie „leit. Mitarbeiter eines Zentrums der PiD“ ein. Der „Erfassungsbeleg“ vermerkt sowohl meinen privaten als auch meinen dienstlichen Telefonanschluss. Meine „gegenwärtigen Kontakte in die DDR und VR Polen“ seien „auf die Erarbeitung von Informationen zu gesellschaftspolitischen Ereignissen gerichtet“.

Am 26. Oktober 1981 stellte dann die MfS-Kreisdienststelle Zeitz unter Hinweis auf meine Anstellung beim GESW und des daraus resultierenden Verdachts geheimdienstlicher Tätigkeit beim Minister für Staatssicherheit ein „Auftragsersuchen“, um mich unter Beobachtung stellen und gegen mich ermitteln zu können. Die beigefügte „Zusammenfassende Einschätzung der erarbeiteten operativ bedeutsamen Anhaltspunkte zur OPK ‘Keramik’“ vom 3. September 1981 betont nochmals meine Zugehörigkeit zur „Feindorganisation Gesamteuropäisches Studienwerk e. V.“. Meine in der OPK zu veranlassende Beobachtung solle das Ziel haben, „das Wirksamwerden dieser Feindorganisation, die dabei angewandten Mittel und Methoden aufzudecken und die Stützpunkte dieser Feindorganisation zu personifizieren.“ Dem Ersuchen wurde stattgegeben, was eine umfangreich dokumentierte Überwachung meiner Person als „Fahndungsobjekt“ mit der Nr. „267750“ zur Folge hatte.

Da die für meine OPK zuständige MfS-Kreisdienststelle Zeitz ursprünglich keine Angaben zu meiner Person besaß, war sie auf Auskünfte anderer MfS-Organen angewiesen. Doch nicht in jedem Fall erhielt sie die gewünschten Informationen. So blieb eine Nachfrage bei der für internationale Verbindungen verantwortlichen HA X ergebnislos; das betreffende Material sei gesperrt. Ebenso standen der Zeitzer Dienststelle die der ZAIG vorliegenden Erkenntnisse über das GESW nicht zur Verfügung.

Neben der OPK „Keramik“ wurde noch im Rahmen eines anderen „Operationsplans“ gegen mich ermittelt. Dieser betraf einen in der OPK „Patron“ erfassten Magdeburger kirchlichen Mitarbeiter, mit dem ich aufgrund gemeinsamer Polenarbeit seit den 60er

<sup>6</sup> Es handelt sich um die Dienstanweisung 2/81. Vgl. Engelmann, Roger: Zum Wert der MfS-Akten. In: Enquete-Kommission: a. a. O., S. 268.

Jahren in Verbindung stand und den ich u. a. für die von ihm in loser Folge „für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ herausgegebenen Polenhefte regelmäßig von Polen aus mit eigenen Beiträgen und Übersetzungen versorgt hatte. Als Redakteur der „aktuellen ostinformationen“ setzte ich von der Bundesrepublik aus diese Tätigkeit fort. Die polenrelevanten Materialien konnte ich damals über diplomatische Kanäle sicher in die DDR befördern. Dem MfS war mein persönlicher Kontakt zu dem kirchlichen Mitarbeiter seit langem bekannt und hatte mich denn auch in diesem Zusammenhang in Verdacht, „im Auftrag feindlicher Organisationen/Dienststellen nachrichtendienstlich tätig“ zu sein. Entsprechend wurde von der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg unter dem 24. Februar 1982 unter Hinweis auf meine beruflichen Aktivitäten als „Dozent“ am „Gesamteuropäischen Studienwerk“ eine „Personenüberprüfung“ in Form einer „Post-Zoll-Fahndung“ (PZF) eingeleitet, die allerdings aufgrund der von mir vorsorglich gewählten Informationswege zu keinem Ergebnis führte. So blieb auch mein Anteil an einem Vorgang verborgen, dem ein solches Gewicht beigemessen wurde, dass er in einer „streng geheim“ gehaltenen „Information“<sup>7</sup> Politbüromitglied Paul Verner, dem Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED, Rudi Bellmann, sowie dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, zugeleitet wurde. Konkret handelt es sich um eine „Handreichung“ unter dem unverfänglichen Titel „Versöhnung - Auftrag der Kirche“. Diese 104 Seiten umfassende Schrift enthielt sechzehn Dokumente, die aus der Sicht der „Solidarnosc“, der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei und der polnischen Regierung sowie des polnischen Episkopats über die Entwicklung zwischen dem August 1980 und der Zeit nach Verhängung des Kriegsrechts berichteten. Diese Dokumente waren von mir übersetzt und zuvor in den „aktuellen ostinformationen“ veröffentlicht worden, ehe sie im Oktober 1982 als „Handreichung“ in tausend Exemplaren in der DDR vervielfältigt und verteilt worden waren. Ihr Zweck war es, den in den DDR-Medien vorherrschenden Fehlinformationen und Verzerrungen entgegenzuwirken sowie Klerus und Gemeinden über die tatsächlichen Vorgänge im Nachbarland Polen aufzuklären.

Der Vorgang wurde staatlicherseits für so gravierend angesehen, dass sich auf Druck des MfS die Berliner Bischofskonferenz damit befasste, was im Endeffekt dazu führte, dass meiner Kontaktperson der kirchliche Auftrag entzogen wurde. Dass die Materialien aus dem GESW stammten und von mir zur Verfügung gestellt worden waren, wurde indes nicht aufgeklärt.

Das Ergebnis der vom MfS intendierten „Bekämpfung feindlicher Stellen und Kräfte im Operationsgebiet“ fällt in Bezug auf das GESW, soweit die Quellen dies zu erkennen geben, eher bescheiden aus. Wenngleich die ZAIG durch Sammlung von Informationen über die Aktivitäten des GESW einigermaßen im Bilde war, so ist doch nicht ersichtlich, auf welchem Wege sie sich die internen Materialien beschafft hat. Dass es im GESW jemals einen Informanten gegeben hat, ist nicht nachweisbar. Auch gibt es keinerlei Hinweise darauf, dass das MfS versucht hat oder es ihm gar gelungen wäre, auf Entscheidungen des GESW Einfluss zu nehmen.

<sup>7</sup> GstU, ZA, ZAIG, Z 3260.

## Helmut Skowronek Der „Fall Dolezalek“

### 1975 – 1978: die verdrängte Vergangenheit sucht auch das Studienwerk heim

Im Herbst 1977 sah sich das GESW mit einer existenzbedrohenden Krise konfrontiert. In einem Schreiben des Vorsitzenden Prof. Walter Hildebrandt an den stellvertretenden Vorsitzenden Hans Beske vom 29. 8. 78, das u.a. Empfehlungen des das Studienwerk beratenden Anwalts zusammenfasst, heißt es: „Interventionen bzw. Informationen von dritter Seite an das Ministerium (B Min. f. Jugend, Familie und Gesundheit)... könnten... für das Institut diesmal tödlich sein.“<sup>1</sup>

Am Beginn dieser dramatischen Entwicklung standen Gespräche des polnischen Journalisten Krzysztof Kakolewski mit dem Mitarbeiter des Studienwerks Alexander Dolezalek, über dessen Arbeit 1941/42 im besetzten Polen als SS-Offizier und Leiter der Planungsabteilung beim SS-Ansiedlungsstab Litzmannstadt (Łódź) und Posen. Die Gespräche wurden 1972 in Oberwerries und Vlotho geführt und im Jahre 1975, mit Wiedergaben ähnlicher Gespräche mit weiteren Akteuren des Dritten Reichs im besetzten Polen, unter dem Titel „Co u pana slychac?“ (Wie geht es Ihnen?) veröffentlicht.<sup>2</sup> Die Gemeinsamkeiten seiner insgesamt acht Gesprächspartner, die er nach Akten der „Hauptkommission zur Untersuchung der Naziverbrechen in Polen“ (*Główna Komisja Badania Zbrodni Hitlerowskich*) ausgewählt hatte, kennzeichnete Kakolewski so: „Trotz der großen Verbrechen war keiner von ihnen ein primitiver Mörder. Nur drei von ihnen sahen die Opfer mit eigenen Augen, und keiner von ihnen hatte sie berührt. Die Opfer waren für sie nur Zahlen, die sie summierten, multiplizierten, potenzierten. Sie alle haben sich an Polen schuldig gemacht.“<sup>3</sup> In Dolezalek sah er einen „der zwei überlebenden Visionäre des Dritten Reiches“; der zweite war der Verfasser des dem Generalplan Ost folgenden Generalsiedlungsplans Dr. Konrad Meyer-Hetling, Professor für Agrarpolitik an der Berliner Universität und SS-Oberführer. Meyer-Hetling übrigens stand seit 1945, als unterster SS-Generalsrang, in Nürnberg vor dem Internationalen Militärgerichtshof, unter der Anklage, Mitglied einer verbrecherischen Organisation gewesen zu sein und Kenntnis von den Verbrechen gehabt zu haben. Der Urteilsspruch sah mit der mehr als dreijährigen Untersuchungshaft die Schuld als gesühnt an. Der Gerichtshof, der nur eine erste Version von Meyers Generalplan kannte, hatte die sen, bestärkt von einer geschickten Verteidigung, als Gedankengebäude, das niemals Wirklichkeit geworden sei, angesehen.<sup>4</sup> Was A. Dolezalek angeht, ist der Gegendarstellung zu einem Zeitungsbericht zu entnehmen, dass er von der Spruchkammer Berlin I ... als ‚nicht betroffen‘ eingestuft wurde, was der Gründungsvorstand 1954 zur Kenntnis genommen hat.

<sup>1</sup> GESW Personalakte Dolezalek, hinfort *PaDo*.

<sup>2</sup> Es handelt sich nicht um Interviews im Sinne einer Abschrift von Tonbandprotokollen, sondern um die geraffte Wiedergabe von mehr als acht Stunden Gespräch, wenn auch zahlreiche Fragen und Antworten im Text (nach Stenogramm?) als wörtliche Rede gekennzeichnet sind (vgl. Madajczyk, 1994, S. 532ff.).

<sup>3</sup> „Polens Gegenwart“ 1976, Nr. 1, in den Akten des Studienwerks, hinfort Ast.

<sup>4</sup> Rössler 1993, S. 366f.) Ast.

Die Wiedergabe der Gespräche mit Dolezalek wurde vorab 1973 in der polnischen „Literatura“ veröffentlicht, was aber dem GESW erst später bekannt wurde, da diese Zeitschrift nicht zum Abonnementsbestand der Institutsbibliothek gehörte. Erstmals war im Februar 1972 von der SS-Vergangenheit Dolezaleks die Rede, und zwar in einer deutschsprachigen polnischen Zeitschrift. Der Kopie des Artikels in der Personalakte Dolezaleks<sup>5</sup> ist nicht zu entnehmen, wann diese Information dem GESW zugänglich wurde. Der Artikel betraf eine - erfolglose - Verleumdungsklage des CDU-MdB Baron von Fircks, der im besetzten Polen Leiter des SS-Ansiedlungsstabes in Gnesen und damit in vergleichbarer Stellung wie Dolezalek tätig war. Dem Gericht lagen „zahlreiche Originaldokumente“ vor, die aus dem Archiv der oben genannten „Hauptkommission zur Untersuchung der Nazi-Verbrechen in Polen“ stammten und vermutlich die Abweisung der Klage bewirkten. In diesem Zusammenhang wurden auch Dokumente erwähnt, welche die Tätigkeit Dolezaleks betrafen. Insbesondere nahm der Bericht auf ein von ihm verfasstes Memorandum zur „Polenfrage im Warthegau“ vom Februar 1941 Bezug. In diesem Dokument, das schließlich 1977/78 den Ausschlag für die Auflösung des Arbeitsvertrages mit dem GESW gab, bewertet Dolezalek Ergebnisse der bis dahin geübten Aussiedlungspolitik im annektierten und nun zu germanisierenden „Warthegau“ als rassenpolitisch dysfunktional. Er schlägt vor, die rassisch Minderwertigen – kinderreiche Landarbeiterfamilien – *zuerst* auszusiedeln. Es gehe nicht an, „die Zweitbesten in das Generalgouvernement zu schicken, während die Minderwertigen im Warthegau zurückbleiben.“<sup>6</sup> Diese Minderwertigen werden auch als „rassischer Bruch“ bezeichnet. Als Kakolewski bei seinem Besuch in Oberwerries Dolezalek eine Kopie eben dieses Dokuments übergab, schien dieser sehr beeindruckt, nach drei Jahrzehnten das Schriftstück wieder in Händen zu halten. Den oben zitierten „rassischen Bruch“ bezeichnete er als nicht seiner Ausdrucksweise entsprechend.<sup>7</sup> In späteren Texten zu seiner Verteidigung, zuletzt in einem Leserbrief an die Neue Westfälische vom 1. 6. 1979 unter dem Titel „So genannter Fall Dolezalek jetzt aufgeklärt“, bezog er sich wiederholt auf dieses Dokument, das er nun als gefälscht und/oder anderen Autoren zuschreibbar darzustellen suchte.<sup>8</sup> Dem Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, damals der wichtigste institutionelle Förderer des GESW, war das Buch von Kakolewski offenbar bald nach seinem Erscheinen bekannt geworden. In einem Schreiben vom 31. 10. 1975 bittet er das Studienwerk um die Beantwortung zweier Fragen: „1. Waren die Tätigkeiten von Herrn Dolezalek während der Herrschaft des Nationalsozialismus dem Vorstand bei der Einstellung von Herrn Dolezalek bekannt und für den Fall, dass diese Frage bejaht wird, welche Gründe waren für den Vorstand maßgebend, Herrn Dolezalek einzustellen? 2. Für den Fall, dass Sie erst durch dieses Interview von der damaligen Tätigkeit von Herrn Dolezalek Kenntnis erhalten, bin ich daran interessiert zu erfahren, ob und welche Konsequenz Sie daraus ziehen wollen?“<sup>9</sup> Die Antwort des Studienwerks findet sich

<sup>5</sup> Gegendarstellung, undatiert, gez. Hildebrandt, Grimm, in Ast.

<sup>6</sup> Perspektiven 1972, 2, Nr. 2. Kopie in Ast.

<sup>7</sup> Vermerk über die Polenfrage im Warthegau, 28.2.1941, Kopie in PaDo.

<sup>8</sup> Bei Madajczyk, 1994, S. 443 - 466 findet sich als Anlage zum Generalsiedlungsplan Untersteiermark ein weiteres von Dolezalek verfasstes Dokument, in dem er von „slowenische(m) Gesindel“ (S. 454) spricht.

<sup>9</sup> in PaDo.

nicht in den Akten des GESW; aus anderen Schriftstücken ist jedoch zu entnehmen, dass der Minister einer Weiterbeschäftigung zustimmte unter der Bedingung, dass, wie vom GESW vorgeschlagen, die Lehrtätigkeit auf die von der Landesarbeitsgemeinschaft für Jugendarbeit an berufsbildenden Schulen organisierten „Staatsbürgerlichen Arbeitswochen“ in der Außenstelle Oberwerries begrenzt wird und Herr Dolezalek im Übrigen die Funktion eines Beauftragten für die Bibliothek/Mediothek wahrnimmt.<sup>10</sup>

Dass es nicht bei Anfragen Externer blieb, sondern sich auch im Studienwerk selbst entsprechender Bedarf nach Klärung und Bewertung der behaupteten SS-Tätigkeit Dolezaleks in Polen entwickelte, konnte kaum überraschen. Am 7. 11. 75 erreichte ein sog. „Brief der Drei“ den Vorstand.<sup>11</sup> Die drei Dozenten Dross, Domogalla und Dr. Rieger halten eine SS-Tätigkeit in Polen für nicht vereinbar mit den Zielen und Aufgaben des GESW, wie sie in Konzept und Satzung niedergelegt sind, und sie fordern vom Vorstand, durch geeignete Konsequenzen Schaden vom Studienwerk abzuwenden. Armin Dross hatte bereits Mitte September, im Auftrag des Vorstands eine Reise nach Warschau unternommen, um an Ort und Stelle Erkundigungen über die Wirkung der das GESW und seine Arbeit zweifellos belastenden Veröffentlichung einzuziehen. Vorausgegangen war dieser Reise eine Besprechung, an der neben den Vorstandsmitgliedern Beske und Hildebrandt die Dozenten Dolezalek, Dross, Laux und Rieger teilnahmen. Wie es im betreffenden Aktenvermerk heißt, kam es „...in der Sache zu keiner Übereinstimmung...“.<sup>12</sup> Was wohl heißen dürfte, dass die Runde nicht übereinstimmte in der Bewertung, ob aus der Tätigkeit als SS-Offizier in Polen, angesichts der besonderen Beziehungen des Studienwerks zu diesem Land, die *kategorische* Konsequenz zu ziehen sei, die Mitarbeit von Dolezalek zu beenden. Dass seine Position im Reichssicherheitshauptamt (RSHA) der SS und seine Tätigkeit in der Planungsabteilung Litzmannstadt und Posen korrekt von Kakolewski beschrieben seien, hatte Dolezalek nämlich in dieser Besprechung bestätigt. Man darf nach dem zeitlichen Zusammenhang vermuten, dass die interne Auseinandersetzung wenigstens seit Anfang September 1975 stattgefunden hatte, und dass der „Brief der Drei“ einen vorläufigen Höhepunkt der internen Entwicklung markierte. Domogalla, geboren 1940, und Dr. Rieger, geboren 1943, gehörten ihrem Alter nach zur Generation der Achtundsechziger, während Armin Dross, geboren 1912, ein Altersgenosse von Dolezalek und Hildebrandt war. Die jüngeren Kollegen agierten vermutlich mit dem moralischen Anspruch ihrer Generation im Rücken, die so lange beschwiegene braune Vergangenheit vieler Vertreter der Funktionseliten zu thematisieren. Dass Dross mit ihnen den Vorstand mahnte, dass Ruf und Wirkungsmöglichkeiten des Studienwerks durch die nun bekannt gewordene SS-Belastung des Kollegen Dolezalek beeinträchtigt würden, hängt sicher mit einer besonderen Sensibilität für polnische Fragen zusammen, die er u.a. durch sein Aufwachsen in Westpreußen und das Studium von Polonistik und Geschichte an der Universität Poznan erworben

<sup>10</sup> Aufgabenbeschreibung vom 10. 3. 1976, in *PaDo*.

<sup>11</sup> Der Brief ist nicht in den mir zugänglichen Akten zu finden, vielmehr entnehme ich ihn einem ebenfalls von Kakolewski edierten Weißbuch: „List Trzech do Rady Osródka“ (Brief der Drei an den Vorstand), in Kakolewski, K. *Biała Księga sprawy Dolezalka*. (Weißbuch in der Sache Dolezalek) Warszawa 1981, S. 48f. Rückübersetzung ins Deutsche vom Autor.

<sup>12</sup> Aktenvermerk A. Dross, betr. Bespr. in Ovelgönne am 12.9.75, 16-21 Uhr, in Ast.

hatte. Seine Vertrautheit mit polnischer Kultur und Entwicklung, insbesondere auch der Nachkriegszeit, war für die Arbeit des Studienwerks eine enorm wichtige Ressource, und seinem Urteil in Angelegenheiten Polens war deshalb besonderes Gewicht beizumessen.

Einige Monate später hatte die Auseinandersetzung im „Fall Dolezalek“ mit einem Bericht im Kritischen Tagebuch des WDR vom 19. 4. 77 die Öffentlichkeit erreicht.<sup>13</sup> Die Dozenten Domogalla und Dr. Rieger, die sich der „Völkerverständigung anstelle einer Politik des Kalten Krieges“ verschrieben hätten, würden auf vielfache Weise behindert und benachteiligt. Andererseits lehre im Studienwerk mit Dolezalek ein ehemaliger SS-Offizier, der sich in einem Interview mit dem polnischen Journalisten Kakolewski geäußert habe, dass er im Prinzip heute noch zu dem stehe, was damals geschehen ist. In Reaktion auf diese Umstände habe der DGB seine Veranstaltungen fast vollständig andernorts untergebracht. Diese Themen, arbeitsrechtliche Auseinandersetzung mit den Dozenten Domogalla und Dr. Rieger, deren Verbindung mit dem „Fall Dolezalek“, Konsequenzen, die aus der behaupteten SS-Belastung dieses Mitarbeiters zu ziehen sind, und drohender Verlust von Kursnachfrage und institutioneller Förderung – sollten das GESW vor allem in der zweiten Hälfte jenes Jahres massiv beunruhigen. Das von Kakolewski 1981 edierte Weißbuch zählt, unvollständig, 14 Veröffentlichungen, in lokalen und überregionalen Zeitungen, einschließlich Berichte in WDR und NDR sowie Flugblätter (u.a. Detmolder Komitee gegen Berufsverbote und den Abbau demokratischer Rechte) auf, von zahlreichen besorgten und Aufklärung erbittenden Briefen ehemaliger Seminarteilnehmer und anderer interessierter Beobachter zu schweigen. Ein besonders prägnantes Beispiel schlampiger Recherche, aber um so unbekümmerter Verdächtigungen lieferte der „Vorwärts“<sup>14</sup> „Polen und Dozenten werden entfernt“. Wie schon in Fällen lokaler Zeitungen entgegnete der Vorstand mit Gegendarstellung und Leserbrief.<sup>15</sup> Was an diesen Medien- und Briefaktivitäten organisiert und was spontan war, muss Spekulation bleiben. Zweifellos gab es in dieser Zeit, so selbstverständlich wie Go-Ins und Teach-Ins, Netzwerke von mobilisierbaren Personen und Institutionen. Insbesondere in Bildungseinrichtungen gehörte der Aufstand gegen Autoritäten und Konventionen zur Signatur der Zeit. Universitäten stöhnten in diesen Jahren fast wöchentlich unter Aktionen und Vollversammlungen gegen Berufsverbote, für „demokratische“ Lehrinhalte, gegen „autoritäre“ Prüfungsverfahren, für das imperative Mandat etc. Nüchterne Abwägung hatte gegen Mobilisierung von „Empörung“ – in gerechten wie ungerechten Sachen – nur in seltenen Fällen eine Chance. Die besonnene Trennung von sachlichen und politischen Aspekten einer streitigen Auseinandersetzung blieb meist auf der Strecke, zu Ungunsten der Sache. Der schnellen Empörung war häufig auch die sorglose Verdächtigung verschwistert: der Zusammenarbeit mit der CIA, der braunen Vergangenheit, der verdeckten wirtschaftlichen Interessen u.a.m. Im Schreiben der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, Fachgruppe Erwachsenenbildung vom 27. 8. 77, das nicht nur dem Vorstand des Studienwerks, sondern dem DGB Herford,

<sup>13</sup> Vlothoer Wochenblatt, 22. 4. 77, Kopie in Ast.

<sup>14</sup> Vorwärts, 22. 9. 77, unter dem Titel „Polen und Dozenten werden entfernt“. Kopie in Ast.

<sup>15</sup> Gegendarstellung zum o.g. Artikel, undatiert, sowie div. Leserbriefe, in Ast.

dem Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit und der Vlothoer Zeitung zuzuging, heißt es typischerweise: „...erfuhr der Fachgruppenausschuss von der inzwischen erfolgten Kündigung der beiden Kollegen zum 30.9.77, die unbegründet erfolgt ist. Diese Kündigungen sind besonders empörend, da sie mit der politischen Haltung des Vorstandes in engem Zusammenhang stehen; denn dieser deckt und rechtfertigt die Beschäftigung eines Dozenten, der durch seine nationalsozialistische Vergangenheit schwer belastet ist und – wie durch Veröffentlichung bekannt – sich von den Zielen des Nationalsozialismus auch heute nicht distanziert.“<sup>16</sup> Allerdings lagen bei Domogalla und Rieger Verstöße gegen die Arbeitsordnung und die dem Arbeitgeber geschuldete Loyalität vor. Zudem waren strukturelle Änderungen geplant, mit der Folge mindestens einer betriebsbedingten Kündigung. Ebenso unbestreitbar dürfte sein, dass die Eskalation der internen Auseinandersetzung um die Frage, ob ein Dozent Dolezalek mit bekannter SS-Vergangenheit in Polen für das Studienwerk und seine Polen-Aktivitäten weiterhin tragbar ist, für das ein oder andere vertragswidrige Verhalten von Domogalla und Dr. Rieger ursächlich war – gerechtfertigt durch die subjektive Wahrnehmung, dass der Vorstand „mauerte“. Jedenfalls löste das Arbeitsgericht, mit einem zwischen den Parteien ausgehandelten Vergleich, zum 30. 9. 77 die Arbeitsverhältnisse.

Im selben Monat versandte das Studienwerk eine Hausmitteilung an Freunde und Förderer, unterzeichnet vom Ersten Vorsitzenden zusammen mit den Vorsitzenden des Betriebsrates und des Fachbereichsrates: „Wie einzelne Freunde unseres Instituts schon beobachten konnten, sieht sich das Gesamteuropäische Studienwerk e.V. seit längerem einer systematischen Kampagne ausgesetzt, die geeignet ist, die Existenz unseres Instituts zu gefährden....Entscheidend für uns ist, dass ... der Fall Dolezalek nur als Aufhänger benutzt wurde. Bei dem Fall handelt es sich um in der wesentlichen Substanz nicht haltbare Behauptungen über die nationalsozialistische Vergangenheit von Herrn A. Dolezalek und seine gegenwärtige politische Einstellung. ... Man kann u.E. von einer permanenten Einstimmung von Seminarteilnehmern gegen das Institut und seine führenden Mitarbeiter und Vertreter sowie der faktischen Aufforderung zum Boykott des Hauses sprechen.“<sup>17</sup>

Es bleibt unerklärt, *wofür* der Fall Dolezalek als Aufhänger benutzt sein sollte. Nicht nachvollziehbar ist auch, dass der Vorstand zu diesem Zeitpunkt noch von „in der wesentlichen Substanz nicht haltbaren Behauptungen über die nationalsozialistische Vergangenheit“ von A. Dolezalek spricht, da doch seit September 1975, nach dem Gespräch in Ovelgönne (s.o. S. 48), der Vorstand davon ausgehen konnte, dass Position und Tätigkeit Dolezaleks, wie von ihm selbst eingeräumt, von Kakolewski zutreffend beschrieben worden waren. Darüber hinaus hatte der kurz danach vom Vorstand nach Warschau entsandte Kollege Dross das von Dolezalek verfaßte „Memorandum“ vom Februar 1941 einsehen können. Zudem verfügte Herr Dolezalek seit den Gesprächen mit Kakolewski im Jahr 1972 über eine Kopie dieses Schriftstückes. Warum hat er diese Kopie dem Vorstand nicht zur Verfügung gestellt – warum hat der Vorstand diese Kopie nicht energisch eingefordert? Denn am Ende veranlaßte eben dieses Dokument den Vorstand,

<sup>16</sup> Schreiben der GEW, Fachgruppe Erwachsenenbildung, unterzeichnet u.a. von Rieger, in Ast.

<sup>17</sup> Hausmitteilung, September 1976, unterzeichnet von Hildebrandt, Dross, Blunk, in Ast.



das Arbeitsverhältnis mit Herrn Dolezalek aufzulösen. Die mir zugänglichen Akten des GESW geben über die Verzögerung keine Auskunft, aber fraglos dürfte dieser Stillstand über zwei Jahre zu der oben vermuteten Wahrnehmung der Dozenten Domogalla und Rieger beigetragen haben, dass der Vorstand „mauere“. Hinweise zu den Bemühungen in dieser Zeit gibt ein Brief von A. Dross an Kakolewski, der im schon erwähnten „Weißbuch“ abgedruckt ist: „...Mir und anderen Mitarbeitern geht es um die Möglichkeit, ohne derartige Belastung (durch den Fall Dolezalek, d. Verf.) unsere Arbeit weiterzuführen. Im Ergebnis meiner Ausführungen bitte ich Sie um das „Memorandum“ von Herrn Dolezalek. Von ihm konnten wir leider nie dieses Ihr „Geschenk“ erhalten. Immer gab es Ausreden, was für mich bedeutet, dass in diesem Dokument schwerwiegende Dinge stecken müssen, etwa zur „Planung der Zukunft der Polen“ im Falle eines Sieges der Nazi-Deutschen.“<sup>18</sup>

Aus den Akten des Studienwerks ist auch nicht erkennbar, ob der Vorstand, etwa nach dem Gespräch in Ovelgönne, den Versuch unternommen hat, an die Loyalität gegenüber dem Studienwerk zu appellieren und Herrn Dolezalek von der Angemessenheit eines freiwilligen Rückzugs zu überzeugen. Zwar erscheint verständlich, dass Herr Dolezalek sein „Lebenswerk“<sup>19</sup> der zwanzig Jahre Mitarbeit im Studienwerk, einschließlich des Aufbaus eines „Dokumentenkabinetts“, zu bewahren suchte, aber die Existenz des Instituts und vieler Arbeitsplätze sollte schwerer wiegen. Wer die Aufklärung der Nazi-Vergangenheit seit 1960 beobachtet hatte, konnte sich auch als Betroffener im Jahre 1975 kaum noch der Hoffnung hingeben, dass die Wahrheit am Ende nicht ans Licht kommen würde. Kakolewski sah sich übrigens nicht in der Lage – aus welcher, möglicherweise politischen Veranlassung auch immer –, der Bitte von Dross zu entsprechen. Schließlich ist das inkriminierte Memorandum dem Vorstand über einen anonym bleibenden Vermittler zugegangen und führte am 21. 10. 1977 zu folgendem Schreiben:

„Sehr geehrter Herr Dolezalek! Dem Geschäftsführenden Vorstand wurde heute erstmalig ein achtseitiges Schreiben im Faksimile und ganzer Länge (einschl. Anlagen) zugänglich, in dem Sie am 28. 2. 1941 im Rahmen Ihrer Tätigkeit im Ansiedlungsstab Litzmannstadt, Planungsabteilung, einen ausführlichen Vorschlag über die weitere Behandlung der „Polenfrage im Warthegau“ abgefasst haben. Angesichts dieser ... Dokumentation, von der den Vorstandsmitgliedern bisher nur der Inhalt einer Seite bekannt war, sehen wir uns zu unserem Bedauern veranlasst, Sie bis zur gänzlichen Klärung der Sache von Ihren Aufgaben im GESW zu beurlauben. Der Vorstandsbeschluss vom 6. 10. 77, die Lösung Ihres Arbeitsvertrages zum frühestmöglichen Zeitpunkt betreffend, bleibt davon unberührt.“ Die Kündigung wurde wenig später zum 30. 6. 1978 ausgesprochen bzw. im Warthegau während des Zweiten Weltkrieges ein so gravierendes Hindernis, dass dem Vorstand des GESW in Würdigung aller Umstände keine andere Wahl blieb.“; dazu heißt es: „Unsere Entscheidung ist uns um so schwerer gefallen, als Sie Mitbegründer des GESW waren und über zwei Jahrzehnte Ihre Arbeitskraft mit großem Engagement in den Dienst unserer Bildungsstätte gestellt haben. Im Hinblick auf die Arbeitsrichtung des GESW als Ost-West-Institut, insbesondere angesichts der immer intensiveren Kontakte mit der Volksrepublik

<sup>18</sup> a.a.O. S. 50f. Rückübersetzung vom Autor.

<sup>19</sup> Madajczyk a.a.O. S. 547

Polen, ist jedoch Ihre inzwischen in der Volksrepublik Polen und in der Bundesrepublik bekannt gewordene Tätigkeit in Polen<sup>20</sup>

***Der zeitgeschichtliche Kontext - Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit.***

Gab es eine Alternative zur späten und zögerlichen Trennung des Studienwerks von seinem langjährigen Mitarbeiter Dolezalek? Ich vermute, dass eine Entscheidung vom Typus, dass in einer Einrichtung Politischer Bildung, die Kooperation mit Polen sucht, *nicht* lehren könne, wer für das Besatzungsregime in Polen in leitender Funktion tätig gewesen sei, streitig erörtert wurde. Kategorische Entscheidungen vergleichbarer Art gab es tatsächlich, auch wenn sie nicht auf dem Markt ausgerufen wurden. „Wer den Geist des Nationalsozialismus gepredigt hat oder die Sprachregelung der Presse gelenkt hat, der soll für alle Zeiten von der Mitarbeit an einer politischen Zeitung ausgeschlossen sein.“<sup>21</sup> So entschieden urteilte die politische Redakteurin der ZEIT, Marion Gräfin Dönhoff, 1953, in einem Brief an ihren Chefredakteur Richard Tüngel, der nach Hjalmar Schacht auch dem nationalsozialistischen „Ordnungsdenkmal“ Carl Schmitt ein Forum zu bieten sich anschickte. Tüngel indes zeigte sich unbeeindruckt. Daraufhin räumte Frau Dönhoff ihren Schreibtisch. Schon 1953 war derartige Entschiedenheit selten, zumal wenn sie mit persönlichen Konsequenzen beglaubigt werden musste. Es ist anzunehmen, dass dieser Entscheidung sorgfältige Abwägungsprozesse zugrunde lagen, wie nachdrücklich man einerseits die Kontinuität der alten Funktionselementen – hier im Journalismus – brechen müsste, um nicht die „zweite Chance“ (*Fritz Stern*) eines demokratischen Deutschlands gleich in den Anfängen zu kompromittieren, oder wie unterschiedslos man andererseits auf Integration in die Demokratie setzen sollte. Dönhoffs Antwort auf diese Kernfrage der neuen, sozusagen geschenkten Demokratie lag zweifellos am strengen Ende der Bandbreite von Antworten. Im konkreten Fall von Carl Schmitt war die Antwort politisch und moralisch kaum angreifbar, denn seine Texte waren, noch nach dem Ruin Deutschlands, unbelehrbar unliberal und demokratiefeindlich. Am milden Ende des Kontinuums findet sich der – was die Sorge um den demokratischen Neuanfang angeht – unverdächtige Dolf Sternberger: „Man fühlt, man muss eine positive neue Ordnung schaffen und darum ein weites Herz haben, viele Chancen geben, viele tolerieren, die gestern Feinde waren.“<sup>22</sup> Im Streit um Carl Schmitt hatte Frau Dönhoff sich denn auch den Vorwurf ihres Chefredakteurs zugezogen, dass sie offenbar im Jahre 1948 stehen geblieben sei.<sup>23</sup>

Was macht dieses Jahr zur Zäsur? Mit der Übernahme der politischen Verantwortung von den westlichen Militärregierungen, die 1948 mit der Ausarbeitung einer bundesstaatlichen Verfassung einsetzte, begann in den westdeutschen Ländern die Rückkehr der alten Funktionselementen, die der nationalsozialistischen Herrschaft überwiegend beden-

<sup>20</sup> in *PaDo*.

<sup>21</sup> zit. nach Frei 2003, S.218.

<sup>22</sup> Sternberger 1949, S.17.

<sup>23</sup> Weiss 2003, S.219 .

kenlos, vielfach überzeugt gedient hatten. In seiner Regierungserklärung vom 20. 9. 49 signalisierte der Bundeskanzler das von allzu Vielen ersehnte Ende der „Entnazifizierung“. Natürlich müssten die wirklichen NS-Verbrecher hart bestraft werden, aber wo es irgend vertretbar erscheine, wolle die Bundesregierung „Vergangenes vergangen sein ... lassen.“<sup>24</sup> Ersehnt war dieses erlösende Wort, weil, wenn nicht ausgesprochen, im allgemeinen Bewusstsein doch präsent war, was sich Nachkriegsgenerationen erst allmählich über die historische Recherche aneignen konnten, dass nämlich „das Dritte Reich im Innern über die längste Zeit seiner Dauer nicht auf die Ausübung von Terror und Gewalt angewiesen war, sondern sich vielmehr außerordentlich großer Integrationskraft und hoher Akzeptanz erfreute – und zwar bei den Eliten nicht weniger als bei den sogenannten ‚einfachen Volksgenossen‘.“<sup>25</sup> Die treffende Kennzeichnung des Dritten Reichs als „Zustimmungsdiktatur“ konnte man schon in den fünfziger Jahren von Rückkehrern aus der Emigration hören. Zwar gab es nach jener Zäsur von 1948 keine Rückkehr von Mitgliedern der politischen Führungsschicht des Dritten Reiches, wohl aber der nächst-rangigen Funktionseliten, in gewohnte soziale Positionen und Aufgaben. Insbesondere ist das für die Juristen zu konstatieren, denen man rückschauend geradezu die „Selbst-amnestierung“ bescheinigen muss.<sup>26</sup> Das Auswärtige Amt war 1952 zu zwei Dritteln mit ehemaligen Parteigenossen durchsetzt, wie Adenauer nach den Ergebnissen einer parlamentarischen Untersuchung einräumen musste: „Aber ich glaube,“ so an die Adresse der SPD-Opposition „wenn Sie sich die Dinge einmal in Ruhe überlegen, dann werden Sie nicht sagen können, daß man anders hätte verfahren *können*. Man kann doch ein Auswärtiges Amt nicht aufbauen, wenn man nicht wenigstens zunächst an den leitenden Stellen Leute hat, die von der Geschichte von früher her etwas verstehen.“<sup>27</sup> Man stelle sich analog vor, dass nach der Wende von 1989 ehemalige Ostblockländer uns ihre alten, belasteten Botschafter geschickt hätten! Tatsächlich haben sie sich von „Anfängern“ und ehemals Dissidenten, aber international geachteten Intellektuellen und Schriftstellern wie beispielsweise Janusz Reiter oder Jiri Gruša vertreten lassen.

Im Ergebnis dieser Amnestie – wie Amnesie-Entwicklung konnte man als Mittäter aus zweiten und dritten Rängen, jedenfalls bis in die sechziger Jahre, ungestört von bohrenden Nachfragen, in angemessene soziale und berufliche Positionen einrücken und – wie verdienstvoll im einzelnen Fall auch immer – an der wirtschaftlichen und politischen Stabilisierung der noch unsicheren Demokratie mitwirken. Nur bleibt die Frage bis heute, ob man dem neuen Deutschland und seinem internationalen Ansehen nicht besser dienen konnte, wenn man sich früher und aus eigenem Antrieb der Mitschuld an den Verbrechen der Nazi-Herrschaft gestellt hätte. Denn mit der Abdankung von Politik im Umgang mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, wie sie in Adenauers Worten so paradigmatisch zum Ausdruck kam, begann auch eine Delegitimierung staatlicher Autorität, auf die u.a. schließlich die „Rebellion“ der Nachkriegsgenerationen von 1968 antwortete. Diese neuerliche Zäsur stellte sich nicht ohne Vorwarnung ein. 1959 hatten

<sup>24</sup> Stenogr. Ber. des Dt. Bundestages 20. 9. 1949, zit. n. Frei a.a.O., S. 276.

<sup>25</sup> Frei a.a.O., S. 270.

<sup>26</sup> Müller, I. 1987.

<sup>27</sup> zit. nach Frei 2003, S.286.

Westberliner Studenten unter Leitung von Reinhard Strecker in Karlsruhe (!) eine Ausstellung über „Ungesühnte Nazi-Justiz“ gezeigt. Dass die ausgestellten Dokumente überwiegend aus DDR-Archiven stammten, trug ihm wütende Attacken ein. Aber es änderte nichts an deren Evidenz. Wenig später die Fälle Globke, Oberländer und viele andere – die ersten Jahre nach 1960 waren nicht gerade arm an Nazi-Skandalen. Und erst Ende 1963 war, so spät wegen des hinhaltenden Widerstands der Anklagebehörden, der erste Auschwitzprozess zustande gekommen. In den Presseberichten über den Prozess wurden der Öffentlichkeit erstmals in diesem Umfang grauenhafte Einzelheiten bekannt, andererseits hatte sie sich mit der Tatsache der augenscheinlichen „Normalität“ vieler Angeklagter und ihrer inzwischen erreichten bürgerlichen Anpassung auseinander zu setzen. Die zu historischer Haftung bereiten Bürger verstanden diesen Prozess, im Unterschied zu den Nürnberger Verfahren, als Beginn einer selbst verantworteten Umkehr – endlich! „Das moralisch Unerträglichke der Situation – wiedereingesetzte Richter, die sich erneut als Kommunistenfresser präsentierten, hoch belastete ´131er`, die mit skandalösem Erfolg auf ´Wiedergutmachung` bestanden, während Überlebende der „Endlösung“ mit Almosen abgespeist wurden, weil sie verlorenen Besitz nicht nachweisen konnten – das alles hatte schon nach einem Jahrzehnt, wenn auch nur langsam wachsend, Kritik hervorgerufen, und je länger sich nichts änderte, desto höher stiegen die Erwartungen.“<sup>28</sup> So wie 1948 als Wende in der bis dahin von den Siegermächten gesteuerten und institutionalisierten Auseinandersetzung mit den Verbrechen des Dritten Reiches, hin zu einem weitherzigen Integrationsangebot an die alten Funktionseleiten verstanden werden kann, so markiert 1968 einen neuerlichen Wandel des politischen Bewusstseins: Lebens- und Karrierewege während des Dritten Reiches werden nun von einer kritischen Töchter- und Söhne-Generation recherchiert. Häufig genug lieferten DDR-Archive belastende Dokumente – vor allem in der Absicht, das internationale Ansehen der Bundesrepublik zu schwächen. Diese Instrumentalisierung brauner Vergangenheit zu Zwecken des Kalten Krieges wirkte im eigenen Land nicht selten kontraproduktiv und beförderte hier eher Misstrauen als Einsicht. Schließlich hatte auch die DDR, abgesehen vom völlig mit ‚Volksrichtern‘ erneuerten Justizapparat, ein paar Probleme mit Funktionseleiten des Dritten Reichs. Per saldo wurden jedenfalls in der Bundesrepublik „Braune Flecken“, wie man etwas beschönigend sagte, strengen moralischen und politischen Maßstäben unterworfen. Freilich auch jetzt nur mit mäßigem Erfolg. Denn bedenkt man, was erst in den letzten zwei Jahrzehnten an nazistischen Involvierungen bekannt wurde, auch in Bereichen der wissenschaftlichen Funktionseleiten, dann erscheinen die kritischen Nachfragen von 1968 nicht mehr als ein unverzichtbarer Anfang.<sup>29</sup>

Damit soll nicht verkannt werden, dass die zunächst fragile westdeutsche Demokratie sich um Integration und Loyalität der Vielen bemühen musste, die lange Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft zugestimmt hatten. Aber die praktizierten, geradezu naturwüchsigen Verfahren der (Selbst-)Amnestierung waren nach Umfang und Qualität nicht ohne Alternative. Konnten nicht unabhängig von strafrechtlicher Verfolgung Institute

<sup>28</sup> Frei a.a.O., S. 203.

<sup>29</sup> Weisbrod 2002.

wie „Wahrheitskommissionen“, wie vor einigen Jahren in Südafrika beispielhaft praktiziert, das Geschehene erforschen und unbezweifelbar dokumentieren? Eher wurde in semantischen Flankenschutz – z.B. „Siegerjustiz“ oder „Kriegsverurteilte“ – und Legendenbildung investiert. Eine der besonders zähen Legenden, nämlich die von der „sauberen Wehrmacht“, wurde erst vor wenigen Jahren wirksam destruiert. Versäumt wurde auch eine frühe Chance, durch die Aufklärung über die rassenpolitisch motivierten Umsiedlungs- und Vernichtungsaktionen im besetzten Polen die Vertriebenen im Verstehen ihres Schicksals zu unterstützen. Nach den topographisch organisierten Bänden der Dokumentation der Vertreibung der Deutschen (Bonn 1953 – 1962) sollte ein Ergebnisband diesen historischen Zusammenhang herstellen. Die Publikation dieses fast druckfertigen Bandes scheiterte am Einspruch des Bundesverbandes der Vertriebenen und des Staatssekretärs im Vertriebenenministerium.<sup>30</sup> Zu guter letzt wird der Band nun Ende nächsten Jahres erscheinen – freilich nicht auf Initiative der früheren Verhinderer. Noch wirksamere Aufklärung als von bedrucktem Papier, das wahrscheinlich in den Händen der Fachleute und weniger interessierter Nicht-Historiker verbleiben wird, könnte man sich nach den Erfahrungen mit der Wehrmachtsausstellung von einer „Generalplan Ost“-Ausstellung versprechen. Dieser gigantomane Vertreibungs- und Germanisierungsplan, mit Vorläufern ab 1939 entwickelt, fasste die bis etwa 1970, nach dem Endsieg geplanten Maßnahmen der nationalsozialistischen Germanisierungspolitik im Osten Europas, die die Grenze des Deutschen Reiches um 1000 km nach Osten verschieben sollte, zusammen. Die Protagonisten einer derartigen Ausstellung erreichen bislang leider nicht die notwendige Resonanz und finanzielle Unterstützung.<sup>31</sup>

### *„Angewandte“ Wissenschaft und der neue Osten – Karriere im Generalplan Ost*

Alexander Dolezalek hatte im September 1939 seine Erste Juristische Staatsprüfung in Kiel abgelegt.<sup>32</sup> Außer den juristischen verfügte er wahrscheinlich über Kenntnisse in empirischen Sozialwissenschaften. Im Gespräch mit Kakolewski erinnerte sich Meyer-Hetling an Dolezalek als einen seiner Studenten, vermutlich in Planungswissenschaften, und als „tüchtiger Völkerkundler“.<sup>33</sup> Für derartige Studien spricht auch, dass er einige Zeit, möglicherweise noch vor seinem Examen, als Leiter der Wissenschaftsabteilung des Volksbundes für das Deutschtum im Ausland (VDA) und der Arbeitsgemeinschaft Volkstum bei der Reichsstudentenführung gewirkt hat. Reichsstudentenführer war damals Gustav A. Scheel, zugleich SD-Oberabschnittsleiter Südwest, sein volkstumpolitischer Bereichsleiter war M. Sandberger. Gemeinsam überzeugten sie Dolezalek von der Notwendigkeit eines „praktisch-bevölkerungspolitischen Engagements“, was konkret den Eintritt in die Planungsinstanzen der Reichssicherheitshauptamts (RSHA)-Zentrale III B, unter Leitung von Dr. med. Hans Ehlich, bedeutete. „Seinen Einstieg in die ‚Umvolkungspraxis‘ der SS bewerkstelligte Dolezalek Ende 1939 mit ‚Zehn Thesen zur

<sup>30</sup> Beer 1999.

<sup>31</sup> Burchard, 1997.

<sup>32</sup> PaDo.

<sup>33</sup> Madajczyk a.a.O., S. 537.

Umsiedlungsaktion', die als Scharnier zur VDA-Vorgeschichte der Germanisierungspraxis des RSHA von großer Bedeutung sind.<sup>34</sup> Schließlich stieg Dolezalek zum Leiter der Planungsabteilung beim SS-Ansiedlungsstab Litzmannstadt und verschiedener daraus hervorgehender regionaler Sonderstäbe auf. In diesem „Bereich zwischen regionaler Umvolkungsplanung und Umvolkungspraxis“ erlangte er im Urteil eines der besten Kenner der RSHA-Planungen für die neuen Ostprovinzen „eine bedeutende Stellung“. Es versammelten sich in dieser Gruppe III B „junge, wissenschaftlich noch wenig profilierte Nachwuchskräfte, die im Umkreis der vom SD, der Wirtschaft und einigen Reichsministerien gemeinsam getragenen süd- und südwestdeutschen Institutionen intellektuell sozialisiert worden waren und ihre Studien in Volkskunde, Bevölkerungswissenschaft, Anthropologie, Soziologie und Geschichte gerade abgeschlossen hatten.“<sup>35</sup> Die dem Dritten Reich und der konkreten Durchsetzung seiner zentralen weltanschaulichen Ziele „Lösung der Judenfrage“ und „Schaffung von Lebensraum“ gewidmeten historischen und sozialwissenschaftlichen Untersuchungen der letzten zwei Jahrzehnte belegen, dass „die Verbindungen zwischen NS-Ideologie und zeitgenössischer ‚seriöser‘ Wissenschaft enger waren als es das tradierte Klischee vom wahnhaften nationalsozialistischen Weltanschauungssyndrom aus Judenhaß, dumpfem Germanenkult und rückwärtsgewandtem Blut- und Bodenkult suggerierte.“<sup>36</sup>

Schon in der Spätphase der Weimarer Republik erfreute sich die ‚Ostforschung‘ großzügiger staatlicher Förderung, zahlreiche interdisziplinär arbeitende Institute expandierten und bemühten sich mit Konzepten wie ‚deutscher Volksboden‘ und ‚Kulturboden‘ um die ‚wissenschaftliche Grundlegung‘ für eine Revision des Versailler Vertrages, das heißt für die Rückgewinnung der an Polen und die Tschechoslowakei verlorenen Gebiete. In den dreißiger Jahren zählten die Nord- und Südostdeutsche Forschungsgemeinschaft mehr als 1000 Mitarbeiter, das Handwörterbuch des Grenz- und Auslandsdeutschtums beschäftigte 700 Mitarbeiter, verschiedene Hilfsorganisationen im Bereich der Volkstumsforschung verfügten über weiteres wissenschaftliches Personal.<sup>37</sup> Das Arbeitswissenschaftliche Institut (AWI) der Deutschen Arbeitsfront (DAF), die als Zwangsorganisation im Mai 1933 gegründet und im Laufe der nächsten Jahre in ein Instrument der „totalen Rationalisierung“ aller sozialen Strukturen, im Sinne einer völkischen Leistungsgesellschaft, umgebildet worden war, gab 418 Sozialwissenschaftlern, Ökonomen, Soziologen, Psychologen, Statistikern, Juristen und Wirtschaftshistorikern Arbeit.<sup>38</sup> Die Jahre des Dritten Reiches sind deshalb mit Recht als „goldene Zeiten“ für staatlich geförderte sozial- und humanwissenschaftliche Forschung bezeichnet worden. „Für viele Wissenschaftler wurde dabei der Machtkomplex von SD und SS ein zunehmend wichtiger Partner, um eigene Forschungsabsichten und Zielsetzungen zu schützen... In dem Maße, in dem Himmlers Herrschaftsapparat sich immer weiter ausbreitete,

<sup>34</sup> Roth 1993, S. 89, Anm. 184 und S. 55. Einer dieser Sonderstäbe war offenbar jener für die deutsche Ansiedlung in der (slowenischen) Untersteiermark, aus dem das früher erwähnte, bei Madajczyk a.a.O., S. 442-466 veröffentlichte, von SS-Obersturmführer Dolezalek unterzeichnete Planungsdokument stammt.

<sup>35</sup> Roth, a.a.O. S. 55.

<sup>36</sup> Raphael 2001, S.7.

<sup>37</sup> Wehler 2000, S.14.

<sup>38</sup> Zucht, Ulrich, Das AWI und die Nazifizierung der Sozialwissenschaften in Europa 1936-1944. In: „1999“, 1989, 4 (Nr.3), S. 10-40.

erweiterte sich auch sein Interesse an der Kooperation mit den Humanwissenschaften.<sup>39</sup> Die Stunde der Experten hatte geschlagen. Unter den Bedingungen der nationalsozialistischen Verwaltung im Reich, aber vor allem im besetzten Osteuropa, war die Erfassung von Sozialdaten oder Rassemertmalen so total, wie eine durchdrehende Sozialtechnologie sie nur erträumen konnte. „Gerade die enge Kooperation zwischen den unterschiedlichen Humanwissenschaftlern ließ ein Verweissystem der Begründungen entstehen, das zu einem hochgradig selbstreferentiellen Teilsystem eines wissenschaftsförmigen Rassismus zusammenwuchs.“<sup>40</sup> Wohl die bedeutendste Leitfigur dieser Verbindung von Wissenschaft, nationalsozialistischer Weltanschauung und Machtapparat ist der oben erwähnte Professor für Agrarwesen und Agrarpolitik Konrad Meyer-Hetling. An der Berliner Universität hatte er seit 1935 einen „Forschungsdienst für Landbauwissenschaft“ aufgebaut, war Leiter der 1936 begründeten Reichsarbeitsgemeinschaft für Raumforschung, und wurde von Himmler persönlich, als Leiter im Rang eines SS-Oberführers, in das Stabshauptamt für Planung und Boden beim Reichskommissar für die Festigung deutschen Volkstums (RKF) berufen. Die in diesen und weiteren Aufgaben und Ämtern über die Jahre entwickelte umfassende inhaltliche und methodische Kompetenz in ‚Planungswissenschaft‘ ging schließlich in die gigantomanen, menschenverachtenden Konzeptionen des Generalsiedlungsplans beim RKF ein.<sup>41</sup>

In die vorerst ‚offene‘ nationalsozialistische Weltanschauung und ihre Zielvorstellungen der ‚Lösung der Judenfrage‘ sowie ‚Schaffung von Lebensraum‘ einzumünden, war für die deutsche Wissenschaft offenbar keine Zumutung. Unterschiedliche Bewegungen der völkischen, nationalkonservativen bis chauvinistischen Rechten der Weimarer Republik fanden gerade an den Hochschulen Anhänger, nicht nur unter den Studenten, sondern auch in der mehrheitlich nationalkonservativen bis nationalliberalen Professorenschaft.<sup>42</sup> Der Weimarer Republik konnte man nicht zutrauen, die Kränkung des Versailler Vertrages zu rächen und die in der Niederlage des Ersten Weltkriegs demolierten Großmachtambitionen wiederherzustellen. Dazu konnte nur eine autoritär geeinte und militärisch wieder erstarkte Nation fähig sein.<sup>43</sup> Die Stimmung breiter Mehrheiten im akademischen und universitären Milieu für eine ‚nationale Revolution‘ machte die ‚Gleichschaltung‘ weitgehend überflüssig. Widerstand an den Universitäten gegen die Entfernung ihrer jüdischen Kollegen – von welchem Aderlass sich viele Fächer bis heute nicht erholt haben – gab es praktisch nicht. Hannah Arendt bemerkt in der Rückschau auf ihre Marburger Erfahrungen beispielhaft: „Ich lebte in einem intellektuellen Milieu, ich kannte aber auch andere Menschen. Und ich konnte feststellen, dass unter den Intellektuellen die Gleichschaltung sozusagen die Regel war. Aber unter den anderen nicht. Und das habe ich nie vergessen.“<sup>44</sup>

Vermuten lässt sich, mutatis mutandis, derartige Kontinuität, mindestens für seine Studentenjahre, auch für Alexander Dolezalek, der zu Beginn der nationalsozialistischen

<sup>39</sup> Raphael 2001, S. 14.

<sup>40</sup> Raphael a.a.O., S. 23f.

<sup>41</sup> Roth 1993, S. 59.

<sup>42</sup> Haar, I. 1997.

<sup>43</sup> Elias 1989, S. 439 ff.

<sup>44</sup> Zit. in Young-Bruehl 1986, S.167.

Herrschaft knapp 19 Jahre alt war. Seine volkstumpolitische Arbeit im VDA und der Reichsstudentenführung sprechen dafür. Ende 1939 trat er, wie oben schon erwähnt, in das Amt III ES (Einwanderung und Siedlung) des RSHA ein, und ging 1940 in die neu entstandene Gruppe III B (Volkstum) unter Leitung des SS-Standartenführers Dr. Ehlich über. „In dieser Amtsgruppe waren seither alle mörderischen und alle ‚positiven‘ volkstumpolitischen Planungen des RSHA innerhalb des Reichsgebiets bzw. in den besetzten Territorien – einschließlich der psychiatrischen Anstaltsmorde! – konzentriert, und hier entstanden seit 1941 die verschiedenen Varianten der volkstumpolitischen Ostplanungen, der ‚Generalplan‘ bzw. ‚Gesamtplan Ost‘ des RSHA“<sup>45</sup> Danach sollten 700.000 qkm mit 350.000 qkm landwirtschaftlicher Nutzfläche „eingedeutscht“ werden, besiedelt von 1 bis 2 Mill. deutscher Familien, dazu 10 Mill. „Fremdvölkische“ germanischen Blutes. Zu vertreiben waren aus den annektierten Gebieten 31 Mill. der alten Bewohner, Polen zu 85%, Weißrussen zu 75%, Ukrainer zu 65%, Tschechen zu 50%.<sup>46</sup>

Von Beginn an waren die RSHA-Planungen untrennbar mit Vernichtungsaktionen verbunden. „Wie am Verhalten der Einsatzgruppen des ‚Unternehmens Tannenberg‘ ableisbar, die Anfang September 1939 im rückwärtigen Operationsgebiet Hunderttausende aus der politischen und akademischen Führungs- und Mittelschicht Polens ermordeten oder deportierten und die ersten jüdischen Gemeinden auslöschten, setzten ihre Chefs zunächst auf eine möglichst weitgehende und ‚schlagartige Bereinigung‘ des ‚Bevölkerungsproblems‘.“<sup>47</sup> Nach diesen, etwa die ersten drei Kriegswochen anhaltenden Massakern, die schon ab Mai 1939 mit einem Sonderfahndungsbuch des RSHA, enthaltend 61 000 Namen, vorbereitet wurden<sup>48</sup>, blieben die Einsatzgruppen für die nun einzuleitenden Deportationen der polnischen und jüdischen Bevölkerung, aus den annektierten Westgebieten in das Generalgouvernement, im Land. Daran, dass diese Zusammenhänge den leitenden Mitarbeitern der RSHA-Dienststellen in Polen nicht verborgen blieben, kann wohl kein vernünftiger Zweifel bestehen. Dr. Josef Umlauf, der im Mai 1940 die Abteilungen Städtebau und Raumplanung in der von SS-Oberführer Meyer-Hetling geleiteten Amtsgruppe C beim RKF übernommen hatte, schrieb nach dem Krieg darüber: „Während meiner Tätigkeit im Planungsamt, vor allem nach dem Beginn des Krieges gegen Rußland, gewann ich dann von Jahr zu Jahr mehr erschreckende Eindrücke von der Rolle, die die SS im Osten spielte. Die Verantwortbarkeit der Mitarbeit beim RKF wurde immer mehr zu einem Gewissenskonflikt.“<sup>49</sup> Natürlich waren Planer wie Dolezalek oder Umlauf nicht unmittelbar an den Verbrechen der SS-Einsatzgruppen beteiligt, aber sie wirkten schon 1939 und erst recht für den Fall eines deutschen Sieges an einer aberwitzig-menschenverachtenden Expansion mit, welche die Vernichtung großer Anteile der verdrängten slawischen Bevölkerung einkalkulierte. Spätestens

<sup>45</sup> Roth 1997, 54f. Die Ostplanung des RSHA (Heydrich) ist zu unterscheiden von der weiter oben erwähnten Agrar- und Siedlungsplanung des SS-Oberführers Prof. Konrad Meyer-Hetling für den RKF (Himmler). Alle die aus diesen und weiteren Quellen, z.B. dem AWI, stammenden parallelen und weiterentwickelten Varianten der Ostplanung werden unter dem Sammelbegriff „Generalplan Ost“ zusammengefasst. (Vgl. Madajczyk 1994, S. Vf.) Gewisse Endzustände waren mit dem RSHA-Gesamtplan vom Mai 1942 und dem Meyer'schen Europäischen Generalsiedlungsplan vom 23.12.42 erreicht.

<sup>46</sup> Vgl. Burchard 1997, S.30; die an 100% fehlenden Prozentanteile wurden als „eindeutschbar“ angesehen.

<sup>47</sup> Roth 1993, S. 32.

<sup>48</sup> Pierzchala 1998, S. 107.

<sup>49</sup> Madajczyk a.a.O. S. XIX.



um die Jahreswende 1942/43 wurde auch außerhalb der SS/SD-Zirkel mit großer Offenheit über die „notwendige“ Ausweitung der Genozidstrategie von den Juden auf die slawische Bevölkerung geredet.<sup>50</sup>

Im Rahmen des RSHA-Generalplans scheint Dolezalek, der, wie oben beschrieben, nicht nur Leiter der Planungsabteilung beim Ansiedlungsstab Litzmannstadt und Posen, sondern auch daraus hervorgehender regionaler Sonderstäbe war, sein vorläufig letztes Planungspapier für die (slowenische) Untersteiermark abgeliefert zu haben. Das Dokument dürfte ein Musterbeispiel für die regelmäßig angewandten Arbeitsschemata sein.<sup>51</sup> Der Analyse der „Gegebenheiten“ – Raum und Mensch, d.h. Anzusiedelnde germanischer Rasse – folgt die konkrete Siedlungsplanung. Anzusiedeln waren in diesem annektierten Gebiet Schwarzmeerdeutsche, Gottscheer, Bukowinadeutsche, Altreichsiedler und Südtiroler. Offenbar durchliefen die Neusiedler, ähnlich wie die slawische Bevölkerung in bestimmten Gebieten, eine Musterung auf rassische Merkmale, nach der z.B. 40 % der Gottscheer mit Note ‚2‘ abschnitten. In diesem Dokument führt Dolezalek, zur Erklärung von Mängeln seiner praktischen Mitarbeit, an, dass er in der Planungszeit dreimal nach Posen rückberufen wurde und schließlich am 13. 1. 1942 zum Wehrdienst einzurücken habe.<sup>52</sup> Im Gespräch mit Kakolewski konkretisiert Dolezalek, dass er an die Front, zu den Fallschirmjägern gegangen sei<sup>53</sup>; über die Gründe für die Beendigung seiner Arbeit im RSHA-Amt III B ist mir aus anderen Quellen nichts bekannt. Zu vermuten ist zum allgemeinen Stand der Dinge, dass die *Ansiedlungsplanung* im strengen Sinne zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen war. Bekannt ist, dass das RSHA die Arbeit am Generalplan im Dezember 1941 überhaupt beendete. Im Herbst 1944 jedoch wurde Dolezalek nach eigenem Bekunden<sup>54</sup> von der Front zurückbeordert und zum Chef der Hauptabteilung für Planung im Hauptamt der SS ernannt, nunmehr im Range eines SS-Hauptsturmführers oder gar -Sturmbannführers, wie das Personenverzeichnis bei Madajczyk<sup>55</sup> ausweist. Aufgabe war, wiederum nach eigenem Bekunden, nicht nur einen neuen Generalplan Ost, sondern „ein Zukunftsbild des neuen Europa“ auszuarbeiten.<sup>56</sup>

### *Lektionen für die Politische Bildung?*

„Wie war es möglich, dass Menschen auf eine rationale, ja wissenschaftliche Weise in der besten Manier des 20. Jahrhunderts ein Unternehmen planen und durchführen konnten, das als Rückfall in die Rohheit und Barbarei früherer Zeiten erscheint (?) ... Eine, die nächstliegende Art damit umzugehen, ist das stillschweigende Postulat, dass das von Hitler ausgelöste Zerstörungswerk eine Ausnahme war... Alle diese Erklärungen stellen das kaltblütige, methodische Massentöten nach Plan als etwas Einzigartiges dar. Norma-

<sup>50</sup> Vgl. Die Behandlung des fremden Volkstums. Referat des SS-Standartenführers Dr. Ehlich im Dezember 1942 in Salzburg. Teilabdr. in Rössler, M./Schleiermacher, Hrsg., a.a.O., S. 48-52. Ehlich war Gruppenleiter von Dolezalek.

<sup>51</sup> Madajczyk a.a.O., S. 443-466.

<sup>52</sup> a.a.O., S.462; das Dokument ist von SS-Obersturmführer Dolezalek unter dem 12.1.1942 unterzeichnet.

<sup>53</sup> Kakolewski, 1975, in: Madajczyk a.a.O., S. 537.

<sup>54</sup> Madajczyk, a.a.O., S. 537.

<sup>55</sup> a.a.O., S. 562.

<sup>56</sup> a.a.O., S. 537; die entsprechenden Dokumente scheinen noch nicht aufgefunden zu sein.

lerweise... können solche Barbareien in höher entwickelten Gesellschaften des 20. Jahrhunderts nicht vorkommen.<sup>57</sup> Zur Rechtfertigung dieser Distanzierung, die auch von Verantwortung entbinden soll, wird auf psychische Abnormitäten des Führers und seiner Chefvollstrecker, auf die Dopplung (Lifton) in ein ‚Auschwitz-Selbst‘ und ein privates Selbst und/oder auf die ‚kumulative Radikalisierung‘ (Hans Mommsen) des Volkes andererseits verwiesen. Die Fakten indes sprechen gegen diesen Versuch, aus dem ‚Zivilisationsbruch‘ des Dritten Reiches die optimistische Vorstellung von der Linearität des humanen Fortschritts zu retten. Beispielsweise der psychiatrische Gutachter, der Eichmann während des Prozesses untersuchte, befand ihn als ‚normal‘ – normaler jedenfalls, als ich es bin, nachdem ich ihn untersucht habe.<sup>58</sup> Andere Täter, ob an der Spitze, wie im Nürnberger Prozess, oder in unteren Rängen, waren weder krank noch auffällig in einem klinisch-psychiatrischen Sinne.<sup>59</sup> Und Raoul Hillberg, gewiss der profundeste Kenner der Vernichtungsmaschinerie des Dritten Reichs, findet auch sonst keine Einheitlichkeit der Täterpersönlichkeiten: die Ausführenden der Vernichtungsmaßnahmen unterscheiden sich „sowohl in ihrer gesellschaftlichen Stellung als auch in ihrem psychologischen Profil.“<sup>60</sup> Weil aber, wie früher dargelegt, das Dritte Reich über die längste Zeit seiner Herrschaft mit der freiwilligen, sogar begeisterten Zustimmung der Mehrheit der Bevölkerung rechnen konnte, war nach seinem Ende die Übereinstimmung, dass diese zwölf Jahre sozusagen „exterritorial“ waren, ein schwarzes Verhängnis, ebenso allgemein, denn auf diese Weise war man von Verantwortung und kritischer Selbstprüfung entbunden. Die Ausblendung der Nazizeit wurde durch konkretes Abwehrverhalten geradezu zur Norm erhoben: Abbruch der Entnazifizierung, Fluchthilfen für Kriegsverbrecher, Praxis der Persilscheine, Schweigekartelle der Berufsverbände, Strafvereitelung zugunsten von Euthanasie-Ärzten, Kontinuität der Karrieren Belasteter, opulente Firmengeschichten, die sorgsam die NS-Vergangenheit aussparten – auf der anderen Seite das Verschweigen der Judenretter oder des von links organisierten Widerstands. Die reflexhafte Übung des „exterritorialen Blicks“ verhinderte mindestens bis in die sechziger Jahre, dass wir uns der empirisch gesättigten Beschreibung und Analyse, und schließlich der öffentlichen Wahrnehmung der Expansions- und Vernichtungspolitik widmeten. Erst Ende 1986 konnte man etwa eine Fernsehserie über die IG Farben finden, die deren Kriegsverbrechen nicht beschönigte.<sup>61</sup> Die Verbrechen der Wehrmacht brauchten bis in die zweite Hälfte der 90er Jahre, um ihre öffentlich wirksame Darstellung zu erhalten, und die gigantomane Planung von Expansion und Vernichtung im Osten Europas wartet bis heute auf eine ähnliche Ausstellung. Keine unwesentliche Bedingung für die anhaltende Ausblendung war, dass gerade „die Selbsterkundung der Geschichtswissenschaft besonders lange auf sich warten ließ.“<sup>62</sup>

Wie harsch nämlich die Sanktionen der Zunft für einen Häretiker sein können, der es wagt, „national gesinnte“ Interpretations- und Rechtfertigungsmuster zu durchbrechen,

<sup>57</sup> Elias a.a.O., S. 394f.

<sup>58</sup> zit. n. Arendt 1990 S. 102.

<sup>59</sup> Dicks 1972, S. 230.

<sup>60</sup> Hillberg 1992, S. 64.

<sup>61</sup> Der Spiegel, 1986, Nr. 46, 232-240.

<sup>62</sup> Frei a.a.O., S. 288; vgl. auch Schöttler 1997.

musste der Historiker Fritz Fischer erfahren, der 1961 mit seinem „Griff nach der Weltmacht“ die Legende zerstörte, dass Deutschland, von der Einkreisung feindlicher Mächte bedroht, in den Ersten Weltkrieg „hineinschlitterte“.<sup>63</sup> Solche Geschichtslegenden verdunkeln zuhauf unseren Blick auf gegenwärtige Realitäten und hindern uns an richtigen Ursachenzuschreibungen. Eine der jüngsten übrigens ist die von Ex-Kanzler Kohl eingehämmerte Behauptung, die CDU habe, im Unterschied zum unsicheren Kantonisten SPD, unbeirrbar für die deutsche Einheit gearbeitet.<sup>64</sup> Politisch-historische Legenden gegen den Strich zu bürsten und ihre verdeckten Funktionen zu erhellen, sollte eine bevorzugte Aufgabe der Politischen Bildung sein.

Gab es, so ist noch einmal zu fragen, eine Alternative zum *mainstream* der Verdrängung und weitherzigen Integration? Selbstverständlich: eine andere als die konservativ-restaurative Koalition von 1949, die ihren Kanzler bekanntlich mit der Mehrheit nur einer Stimme einsetzte, hätte wohl weniger bedenkenlos dem Druck auf Restauration alter gesellschaftlicher Macht- und Führungseliten nachgegeben. Norbert Elias, der nach mehr als drei Jahrzehnten des englischen Exils wieder nach Deutschland zurückgekehrt war, hat die Bedingungen einer ehrlicheren Weichenstellung 1977, auf dem Höhepunkt terroristischer Bedrohung, umschrieben. Nach der nationalen Katastrophe konnte man erwarten, „...daß die traditionellen Führungsschichten Deutschlands sich einer Selbstprüfung unterzogen, wenn die Masse des Volkes nicht ihrerseits danach verlangte. Man hätte erwarten können, daß sie sich fragten: was ist falsch an unserer Tradition, an unserer Haltung, unserer politischen Philosophie, daß sie zu diesem nationalen Unglück geführt haben? Daß die Führungsschichten Deutschlands sich keiner solchen Selbstprüfung aussetzten ... hat entscheidend zu den Schwierigkeiten dieser neuen Gesellschaft beigetragen.“<sup>65</sup> Einzelne Beispiele der Umkehr und des Bekennens eigener Schuld, wie das des oben zitierten SS-Planers Umlauf, gab es wohl, aber sie waren selten und fanden kein öffentliches Interesse, so dass sie hätten stilbildend wirken können. Für die nach 1940 geborenen Generationen der Achtundsechziger jedenfalls konnte der Bann des „exterritorialen Blicks“ keine Wirkung mehr entfalten: sie waren nicht einmal Pimpfe und Mitläufer gewesen. Anders sah es noch für die Generationen zwischen 1930 und 1940 aus: sie waren von den Schrecken des Krieges und der Nachkriegszeit gezeichnet und danach offenbar eingeschüchtert von der Kraft des „restaurativen Charakters der Epoche“ (Walter Dirks). Was die Vätergeneration in den Jahren der deutschen „Kulturrevolution“ daran hinderte, mit mehr Nachdenklichkeit und Besonnenheit dem Versuch der Söhne und Töchter, sich vom Makel der nationalsozialistischen Vergangenheit und ihrer Verdrängung zu befreien, zu begegnen, war wohl nicht allein das schlechte Gewissen, dass sie blind einem verbrecherischen System gefolgt waren, sondern ebenso sehr der Umstand, dass diese rebellische Generation, ausgerechnet im Kalten Krieg, ihre Distanzierung über die konträre Heilslehre des Marxismus suchte. Obschon, muss man zum Nutzen der Politischen Bildung hinzufügen, mit dieser Bewe-

<sup>63</sup> Fischer 1961; Asendorf / Bombosch 2000. Fritz Fischer hat sich übrigens in einem seiner späteren Bücher der Kontinuität der deutschen Eliten gewidmet, die viel zur Erklärung der Entwicklung des Dritten Reichs und der frühen Bundesrepublik beiträgt.

<sup>64</sup> Keil, Kellerhoff 2002, S. 229 ff.

<sup>65</sup> Elias 1989, S. 522f.

gung endlich ein lange tabuiertes bedeutendes Werk für das politisch-kulturelle Bewusstsein akquiriert wurde, und damit allmählich mehr Sensibilität für sozialkulturelle Phänomene und ein Gegengewicht zum vorherrschenden Biologismus entstand.

Mit dem „Fall Dolezalek“ hatte das GESW, wie viele Institutionen, sein Päckchen an der verschleppten Aufklärung zu tragen, und, wie im Großen der Republik, war diese Rückkehr der Gespenster einer verdrängten Vergangenheit auch in diesem kleinen Soziotop nicht ohne Schmerzen und Trauerarbeit, wohl auch Anflügen von Feindseligkeit und Peinlichkeit, zu überstehen. Es ist müßig zu spekulieren, ob Dolezalek die Größe hätte aufbringen können, bei den ersten Nachfragen nach seiner SS-Vergangenheit das Institut Politischer Bildung zu verlassen. Folgt man Kakolewski, dann waren ihm während der Gespräche 1972 die Risiken bewusst. Aber er verteidigte zäh und wohl auch mit Unverständnis für die Angriffe zu so später Stunde sein „Lebenswerk“, denn er hatte viele Beispiele höherer SS-Offiziere vor Augen, die in der Nachkriegszeit, ungestört von kritischen Nachfragen, eine bürgerliche Existenz aufgebaut hatten. „Wenn ich mich und meine Rolle bloßstellen würde, könnte ich meinen Rentenanspruch verlieren, vielleicht sogar meine Stelle. Die beiden ‚S‘ würden bedeuten, daß ich abgestempelt wäre, und das würde mich vernichten. Selbst dieses Leben, das ich hier führe, unter dem Niveau meiner Möglichkeiten, bedeutet mir etwas.“<sup>66</sup>

Wie das alles möglich war – diese Frage kann man nicht stellen, ohne sofort daran zu denken, ob sich Ähnliches wiederholen könnte. Zweifellos haben wir bestimmte Sensibilitäten entwickelt: Fragen der medizinischen Ethik – der Sterbehilfe, der Abtreibung, der pränatalen Diagnostik, der Eingriffe in menschliche Keimzellen – werden immer mit Bezug auf Manipulationen und Experimente der „Medizin ohne Menschlichkeit“ (Mitscherlich) erörtert. Aber die ‚Normalität‘ von Figuren wie Höß<sup>67</sup> und die Implikationen, die sie für unsere Gegenwart des Arbeitens in hoch technisierten und bürokratisierten Zusammenhängen, z.B. im Medizinsystem, haben, mit Diffusion der Verantwortung und Indifferenz gegenüber dem eigenen Handeln, scheinen noch nicht zureichend ausgelotet. „Er (Höß) objektiviert sich zu einem, der im Rahmen einer Rolle handelt, und diese Objektivierung gibt ihm die Möglichkeit, sich jenseits der inszenierten Rolle als liebevoller Familienvater, als sorgender Verantwortlicher für Mitarbeiter und Häftlinge, gar als Mitleidender, mit seinen Worten ‚als Mensch, der nicht schlecht war‘, wahrzunehmen.“<sup>68</sup> Auf „Rollendistanz“ gehen zu können, ist geradezu eine Schlüsselqualifikation der Moderne. Ist jede Gefahr ausgeschlossen, gelegentlich nicht nur die Rolle, sondern auch das Selbst zu verleugnen, das hinter den Rollen steht?<sup>69</sup>

<sup>66</sup> Madajczyk a.a.O., S. 547.

<sup>67</sup> Höß, in Broszat 1963, S. 23-156.

<sup>68</sup> Welzer a.a.O. S. 371.

<sup>69</sup> Vgl. Goffman 1973, S. 265.

**Literatur**

- Arendt, Hannah. Eichmann in Jerusalem. Leipzig: Reclam 1990.
- Beer, Martin. Die Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa. Geschichte in Wissenschaft & Unterricht 1999, 50, 99-117
- Burchard, Matthias. Der Generalplan Ost. Working paper Nr. 38. Berlin: Humboldt Universität 1997.
- Dicks, Herbert V. Licensed mass murder. Sussex: Chatto & Heinemann. 1972.
- Elias, Norbert. Über die Deutschen. Frankfurt/M.: suhrkamp 1989.
- Frei, Norbert, Hrsg. Hitlers Eliten nach 1945. München: dtv 2003.
- GESW – Personalakte Dolezalek.
- GESW - Akten zum „Fall Dolezalek“.
- Goffman, Ervin, Rollendistanz. In: Steinert, H. Hrsg. Symbolische Interaktion. S. 260-279. Stuttgart: Klett 1973.
- Haar, Ingo. Revisionistische Historiker und Jugendbewegung. Das Beispiel Königsberg. In: Schöttler, a.a.O, S. 52-103.
- Hillberg, Raoul, Täter-Opfer-Zuschauer. Die Vernichtung der Juden 1933-1945. Frankfurt/M.:Fischer 1992.
- Höb, Rudolf. Meine Psyche, Werden, Leben und Erleben. In: Broszat, Martin, Hrsg. Kommandant in Auschwitz. S. 23-156. Stuttgart: dtv 1963.
- Kakolewski, Krzysztof. Biala księga sprawa Dolezalka. Warszawa: czytelnik 1981.
- Keil, Lars-B./Kellerhoff, Sven-F. Deutsche Legenden. Berlin: Ch. Links 2002.
- Lifton, Robert J., Ärzte im Dritten Reich. Stuttgart: Klett-Cotta 1988.
- Madajczyk, Czeslaw, Vom Generalplan Ost zum Generalsiedlungsplan. München: K.G. Saur 1994.
- Müller, Ingo. Furchtbare Juristen. München: Kindler 1987.
- Pierzchala, Henryk. Den Fängen des SS-Staats entrissen. Krakau. Sonderaktion Krakau 1939-1941. Krakau: 1998.
- Raphael, Lutz, Radikales Ordnungsdenken und die Organisation totalitärer Herrschaft: Weltanschauungseliten und Humanwissenschaftler im NS-Regime. Geschichte und Gesellschaft, 2001, 27, 5-40.
- Rössler, Mechthild & Schleiermacher, Sabine. Hrsg. Der „Generalplan Ost“. Berlin: Akademie Verlag 1993.
- Rössler, Mechthild. Konrad Meyer und der Generalplan Ost in der Beurteilung der Nürnberger Prozesse. In: Rössler/Schleiermacher, a.a.O., S. 356-365.
- Roth, Karl Heinz. Generalplan Ost – Gesamtplan Ost. Forschungsstand, Quellenprobleme, neue Ergebnisse. In: Rössler/Schleiermacher, a. a. O. S. 25-95.
- Schöttler, Peter, Hrsg. Geschichtsschreibung als Legitimationswissenschaft. Frankfurt/M.: suhrkamp 1997.
- Sternberger, Dolf. Die deutsche Frage. Der Monat 1949, 2, Heft 8/9, 16-21.
- Weisbrod, Bernd. Akademische Vergangenheitspolitik. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 2002.
- Weiss, Matthias. Journalisten: Worte als Taten. In: Frei a.a.O, 218-268.
- Wehler, Hans-Ulrich. Nationalsozialismus und Historiker. In:Ders. Umbruch und Kontinuität. München: Beck 2000, S. 11-48
- Welzer, Harald, Härte und Rollendistanz. Zur Sozialpsychologie des Verwaltungsmassenmordes. Leviathan 1993, 21, 358-373.
- Young-Bruehl, Elisabeth. Hannah Arendt. Leben, Werk und Zeit. Frankfurt/M: Fischer 1986.

## Persönliches

### *Ursula Hasse-Dresing* **In memoriam Hans Beske**

Ministerialrat a. D., Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Landsberg (Warthe) von 1958 bis 1985, Bundessprecher (Vorsitzender) der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg, Vorstandsmitglied des Gesamteuropäischen Studienwerks von 1972 bis 1985.

Hans Beske wurde am 9.6.1914 in Landsberg (Warthe) geboren, er verstarb am 22.11.1985 in Celle.

Schon aus diesen spärlichen Angaben lässt sich einiges ableiten. Er teilt das Schicksal der am Anfang des 20. Jahrhunderts in Deutschland Geborenen, die vier deutsche Staaten erlebten: das Kaiserreich, die Weimarer Republik, den Nationalsozialismus, die Bundesrepublik Deutschland. Die Frage an diese Generation ist, in welcher dieser Epochen und in welcher Richtung sie politisch und gesellschaftlich aktiv waren.

Hans Beske stammte aus einer Lehrerfamilie, seinen Vater hat er allerdings kaum kennen gelernt; er fiel im 1. Weltkrieg im Jahre 1918. Seine Heimatstadt Landsberg (Warthe) war die größte Stadt im östlich der Oder gelegenen Teil der Provinz Brandenburg mit damals 45 000 Einwohnern. Es war eine Stadt mit blühender Industrie, einem gut ausgebauten Schulwesen, wissenschaftlichen Instituten und einem lebendigen kulturellen Leben. Hier besuchte Hans Beske die Volksschule und das Gymnasium bis zur Primarreife. Danach schloss er eine kaufmännische Ausbildung in Landsberg in der pharmazeutischen Industrie an. Früh beteiligte er sich im gesellschaftlichen Bereich, war innerhalb der „Bündischen Jugend“ Mitglied in der „Deutschen Freischar“. Hier bestand ein besonderes Interesse an Osteuropa; man machte Fahrten z.B. nach Lettland. Hans Beske hatte also schon sehr frühe Kontakte zu den östlichen Nachbarn. Die „Deutsche Freischar“ wurde 1933 sofort verboten. Spätestens zu diesem Zeitpunkt, mit 19 Jahren, erlebte er den ersten gewaltsamen Eingriff der Macht in sein Leben, nachdem er die Probleme der letzten Jahre der Weimarer Republik bewusst wahrgenommen hatte. Von 1935 bis 1937 leistete Hans Beske seinen Militärdienst. Bis zum Kriegsbeginn 1939 arbeitete er danach bei Schering in Berlin-Adlershof. Hans Beske wurde 1939 eingezogen, machte den Polen- und Frankreichfeldzug mit. Schon zu Beginn des Russlandfeldzuges, am 22.10.1941, wurde er als Leutnant schwer verwundet. Nach der Amputation eines Beines wurde er aus der Wehrmacht entlassen und kehrte nach Landsberg zurück. Angeregt und gefördert durch seine alte Firma, die die Absicht hatte, ihm eine verantwortliche Stelle in Südost-Europa anzuvertrauen, begann er ein Studium an der Hochschule für Welthandel in Wien. Parallel dazu studierte er an der Universität Wien seit 1942 Betriebswirtschaft. Aus dieser Zeit berichtete er über seine Mitgliedschaft in einer kleinen geheimen Studentenvereinigung „Prinz Eugen“, in der man die Absicht hatte, Hitler zu entmachten. Das Studium konnte Hans Beske wegen des absehbaren Kriegsendes nicht



abschließen. Er kehrte, bewegt durch den Vormarsch der russischen Truppen, nach Landsberg zurück und floh mit seiner Familie am 30. Januar 1945. Im Raum Celle fanden sie eine erste Bleibe.

Wie Millionen Andere stand er mit seiner Familie vor der Notwendigkeit des Neubeginns in einer völlig veränderten Welt. Der Verlust der finanziellen Basis und die Sorge für die Familie bewogen ihn zunächst eine Tätigkeit beim Flüchtlingsamt der Stadt Celle zu beginnen. Eine solche Tätigkeit konnte ihn auf die Dauer aber nicht befriedigen – wenn auch die Zuteilung von Wohnraum für manchen damals lebenswichtig war. 1950 machte Hans Beske es möglich, sein Studium der Volkswirtschaft in Göttingen abzuschließen. Eine Tätigkeit beim BdV (Bund der Vertriebenen), seit 1953 als Rechtsreferent und seit 1954 im Lastenausgleichsamt in der Niedersächsischen Landesregierung schlossen sich an.

Parallel dazu begann sein Engagement für die vertriebenen Landsleute. In den ersten Jahren ging es in erster Linie darum, die verstreut lebenden Nachbarn und Freunde wiederzufinden, Schicksale aufzuklären, Verbindungen wieder herzustellen. Dies erforderte einen umfangreichen Schriftverkehr und eine Vielzahl von Reisen. In vielen Städten bildeten sich Gruppen ehemaliger Bewohner von Stadt und Kreis Landsberg. Besonders wichtig war die Zusammenarbeit mit dem „Landsberger Heimatwerk“ in Berlin; dort wurde ein erster Informationsdienst herausgegeben. Die Landsberger Kirchentage wurden ein festes Bindeglied.

Über die Regelung der persönlichen Verhältnisse hinaus aber war es wichtig und ein besonderes Anliegen von Hans Beske, die ethischen und geistigen Probleme von Flucht, Verlust und Mitschuld aufzuarbeiten. Ein erster Markstein war die Charta der deutschen Vertriebenen (1950), in der feierlich auf Rache und Vergeltung verzichtet wurde. Hans Beske stand mit Überzeugung hinter diesem Gedanken. Sein Arbeitsansatz war die Begegnung mit den ehemaligen Bewohnern von Stadt und Kreis Landsberg und möglicherweise in der Zukunft mit den heutigen Bewohnern dieser nun polnischen Orte. Auf seine Anregung und sein Drängen wurde 1956 die Bundesarbeitsgemeinschaft Landsberg (Warthe) gegründet (BAG), deren Vorsitzender er seit 1957 bis zu seinem Tode 1985 war. Wenn auch die meisten Teilnehmer an den Treffen – das erste fand 1957 zur 700-Jahr-Feier der Stadt Landsberg in der Patenstadt Herford statt – die persönliche Begegnung suchten, waren diese für Hans Beske immer ein Ort der historischen Stellungnahme und des Ausblicks in eine besonders mit den heutigen Bewohnern unserer Heimat versöhnte Zukunft. Die von ihm vorgeschlagenen Themen vieler Treffen zeigen diese Gedanken: „Deutsch-polnische Nachbarschaft“ (1964) „Deutschland und Polen, Brücke zwischen Ost und West“.

Seit 1959 war Hans Beske persönlicher Referent des niedersächsischen Ministers für Vertriebene. Diese Tätigkeit schaffte Verbindungen und eröffnete Möglichkeiten Einfluss auszuüben. Er war Mitbegründer des kirchlich orientierten „Arbeitskreises für Ostfragen“, Initiator der „Barsinghauser Gespräche“, Teilnehmer an Gesprächen in der evangelischen Akademie Loccum. Er gründete 1960 die Zeitschrift „Europäische Begegnung“ und war sechs Jahre lang ihr Chefredakteur. Namhafte Wissenschaftler aus Deutschland, Europa, selbst (exil)polnische Autoren kamen hier zu Worte. (Auch Prof.

Walter Hildebrandt gehörte zu den Autoren.) Zitate aus dem Vorwort Hans Beskes für die Nummer 1/Okttober 61: Er wollte „...den Ring des politischen Misstrauens um Deutschland sprengen“, „Die ‚Europäische Begegnung‘ soll einer Doppelfunktion dienen – der Verbreitung und Vertiefung des Gesamtdeutschen Bewusstseins... und der intensiven Kenntnisverbreitung über die Nachbarschaften unseres Volkes“... „Die ‚Europäische Begegnung‘ will das Augenmerk auf unsere deutsche Brückenfunktion zwischen Ost und West lenken...“ Nach dieser umfangreichen Öffentlichkeitsarbeit kann man davon ausgehen, dass Hans Beske auf die 1965 erschienene Denkschrift der EKD „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“ Einfluss hatte.

In Polen, wo man alle vergleichbaren Aktivitäten sorgsam verfolgte, fiel Hans Beskes Haltung auf. Erzbischof Kominek lud ihn zu Gesprächen nach Rom ein. Hier erfolgten die ersten intensiven Gespräche mit einem nicht im Exil lebenden, in der Öffentlichkeit stehenden Polen.

Die Intensität der Versöhnungsarbeit schuf Hans Beske auch heftige Gegnerschaft. „Verzichtpolitik“, „Landesverrat“, „Spionage“ waren die Vorwürfe, aus denen ein Disziplinarverfahren (1967) abgeleitet wurde. Es belastete ihn und seine Familie drei Jahre lang, führte dann aber zur vollen Rehabilitierung, allerdings auch zur Versetzung in das niedersächsische Finanzministerium. Damit waren zunächst seine bisherigen Verbindungen gekappt.

Hans Beske arbeitete aber unentwegt weiter in Richtung Versöhnung mit Polen. 1970, noch vor Abschluss des Warschauer Vertrages, reiste er zum ersten Mal in das heutige Gorzów Wlkp. Er führte Gespräche im polnischen Westinstitut in Posen und im Außenministerium in Warschau. In Landsberg/Gorzów entwickelte sich eine Freundschaft mit Bischof Pluta, die sich in den folgenden Jahren vertiefte.

Mehrere Tagungen mit „Landsberg-Gruppen“ im Gesamteuropäischen Studienwerk und seine Veröffentlichungen führten dazu, dass Hans Beske dem Trägerverein des GESW beitrug und 1972 in den Vorstand gewählt wurde. Auch hier war der Schwerpunkt seines Interesses die Arbeit in Richtung Polen.

Innerhalb der BAG Landsberg intensivierte er seine Arbeit als Ideengeber. Er verfasste zahlreiche Artikel für das weiter in Berlin herausgegebene „Heimatblatt der ehemaligen Kirchengemeinden Landsberg/Warthe Stadt und Land“, hielt seine programmatischen Reden bei den Treffen in Berlin und Herford, engagierte qualifizierte Redner und setzte vor allem die Reisen nach Landsberg/Gorzów fort. Neue Freundschaften entstanden dort zu Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kunst.

1976, 1978 und 1980 erschienen die drei Bände der „Landsberger Schriftenreihe“, deren Initiator, Leiter des Redaktionsteams und Herausgeber er war, zusammen mit Ernst Handke sen. aus Vietz (Witnica) im Kreis Landsberg. Die Themen der Bände galten der Geschichte einschließlich zahlreicher Berichte über das Jahr 1945, beschäftigten sich mit der kulturellen Vielfalt und der Entwicklung der Wirtschaft in Stadt und Kreis Landsberg. Wie bei Hans Beske selbstverständlich, wurde durch Bildmaterial und Texte die Zusammenarbeit zwischen Landsberg, Gorzów und Herford betont.

Diesen Buchveröffentlichungen folgte als letztes großes Werk die Herausgabe des Bildbandes „Wege zueinander“ (1982). Der Name ist, wie aus dem bisher Geschriebenen ab-



lesbar, Programm. Das Werk enthält historisches Text- und Bildmaterial, Fotos der Gegenwart von dem polnischen Fotografen Waldemar Kucko und Grafiken des Gorzower Künstlers Alexander Gordon.

Über die Tätigkeit im Zusammenhang mit Landsberg hinaus wurde Hans Beske auch als Bundessprecher (Vorsitzender) der Landsmannschaft Berlin-Mark Brandenburg aktiv. Hier war er der Spitzenvertreter einer Landsmannschaft, der in keiner Weise dem Bild des Revanchepolitikers entsprach.

Hans Beske wurde 1981 vom Bundespräsidenten für seine Versöhnungsarbeit mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet, 1985 mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Er war ein Preuße im besten Sinne: Nationalbewusst ohne Überheblichkeit, streng gegen sich selber bis an die Grenze der Leistungsfähigkeit, mit einem hohen Maß an Durchsetzungs- und Überzeugungskraft.

### *Heide Blunk* **In memoriam Harry Blunk**

Als ich zum ersten Mal mit Harry Blunk in einem winzigen geliehenen Renault Dauphine nach Vlotho fuhr, hatte ich nicht die geringste Ahnung, was mich dort erwarten könnte. Ich wusste nicht, wo ich es geografisch hätte suchen sollen, was wir dort vorfinden würden, ja, nicht einmal, wie man es schreiben sollte, Phloto oder Flothow?

Aber zu diesem Zeitpunkt wäre ich Harry wohl überall hin gefolgt, denn ich war ziemlich verliebt. Wir hatten uns über einen gemeinsamen Freund, der mit mir an der damals noch „Technischen Hochschule“ in Hannover Architektur studierte, kennen gelernt und gleich bei der ersten Begegnung festgestellt, dass sich daraus durchaus etwas Partnerschaftliches von Dauer entwickeln könnte. Nur war die Situation dafür in soweit schwierig, als Harry ebenfalls noch mit seinem Studium befasst war, allerdings im fernen Hamburg. Die Gelegenheiten für Zusammentreffen waren, auch aus finanziellen Gründen, nicht allzu zahlreich, zumal Harry sich gerade anschickte, sein Examen zu bestehen.

Wir fuhren also nach Vlotho, weil Harry hoffte, dass es dort beim Gesamteuropäischen Studienwerk vielleicht eine Chance zur Mitarbeit geben könnte. Im Gegensatz zu mir, die ich nichts von dieser Einrichtung wusste, hatte für ihn schon lange vorher ein Kontakt zu der Bildungsstätte bestanden. Als Student der Germanistik und Geschichte hatte er mit einer Arbeitsgruppe von der Uni Hamburg unter der Leitung von F.K. Proehl an einem Seminar in den Räumlichkeiten des Studienwerks teilgenommen. Proehl hatte es sich und seinen Studenten zur Aufgabe gemacht, nach dem verheerenden Krieg und dem folgenden sozialen und politischen Zusammenbruch nach den Möglichkeiten eines Heilungsprozesses und der Neuorientierung für Europa zu forschen. Damals gab es im Studienwerk nicht nur eine einzigartige, umfangreiche Ost-West- Bibliothek, die den Studenten für ihre Arbeit zur Verfügung stand, sondern auch ein Archiv, in dem Bild und Tondokumente vorwiegend aus der DDR gesammelt wurden, soweit sie denn im

Westen über Rundfunk und Fernsehen erreichbar waren. Für dieses Archiv war Harry seitdem als externer Zuträger tätig gewesen. Er schnitt Dokumentarsendungen westlichen Ursprungs vor allem aber Originalbeiträge aus DDR-Sendern mit, um sie dem Vlothoer Archiv zuzuführen, ein Studentenjob, der bescheiden honoriert wurde.

So war er denn kein ganz Unbekannter, als er sich im Studienwerk vorstellte und nach den Möglichkeiten einer beruflichen Mitarbeit fragte. Der damalige Vorstand unter der Führung von Professor Walter Hildebrandt war glücklicherweise in der Lage, dem jungen Mann die erbetene Chance zu geben. Am 11. Juli 1969 wurde Harry Blunk als Referent für Lehrmittelentwicklung im Gesamteuropäischen Studienwerk angestellt, wobei entsprechende Empfehlungen von der Uni in Hamburg sicher sehr hilfreich waren.

Bibliothek und Archiv waren zu der Zeit in der Vollbrachtschen Villa, einem noblen, stilvollen Haus in der Steinstraße untergebracht und unterstanden dem Dozenten Alexander Dolezalek. Zu dem Gebäude gehörte auch ein romantischer Garten, in dem Dolezalek sich selbst, aber nicht unbedingt den angrenzenden Nachbarn zur Freude ein Pfauenpaar angesiedelt hatte, mit dem Harry auf Anhieb vertraut war. Als die Henne brütete, war er der Einzige, der sich dem Nest nähern durfte, um Futter anzubieten. In dieser idyllischen Umgebung begann seine berufliche Laufbahn. Dem vielseitigen, einfallsreichen Dolezalek, der im Laufe seines Lebens mit leidenschaftlichem Eifer Dokumente der verschiedensten Art zusammengetragen hatte und ständig weitersammelte, hat Harry viel zu verdanken. Der erfahrene Pädagoge half dem jungen Einsteiger mit Geduld, die unterschiedlichen Arbeitsfelder im Studienwerk kennen zu lernen und seinen Platz darin zu finden.

Im Sommer 1970 gelang es Prof. Hildebrandt, die Finanzierung eines Jugendbildungsreferenten beim AdB durchzusetzen. Referent Blunk wurde mit der Aufgabe betraut, moderne Lehrmittel zu entwickeln und somit der politischen Bildungsarbeit neue methodische Impulse zu geben. Harry war in dieser Zeit mit der Zusammenstellung sogenannter Lehrmittelboxen befasst, die Dr. Wagenlehner vom Ministerium für Verteidigung in Auftrag gegeben hatte. Deren Inhalt bestand aus Bild- und Tondokumenten samt Begleitheft zu bestimmten gesellschaftlichen oder politischen Themen im Ost-West-Vergleich und sollte im Unterricht an Schulen, vor allem aber für junge Rekruten im Rahmen der politischen Bildung Anwendung finden.

Im Vertrauen auf die Dauerhaftigkeit der Anstellung im Studienwerk wurde unsere private Zukunft planbar. Wir bezogen unsere erste gemeinsame Wohnung im Garzweg. Entscheidend für die Gestaltung seines späteren Arbeitsfeldes war für Harry die Teilnahme an einer Pädagogen-Kurzfilmtagung in Oberhausen. Dabei lernte er Reiner Keller kennen, der zu der Zeit nicht nur Schulrektor in Aachen, sondern auch der Vorsitzende der „Bundesarbeitsgemeinschaft für Jugendfilmklubs und Medienerziehung“ war. Bei dieser Begegnung wurde die Idee geboren, in Vlotho eine große Filmtagung zum Thema „Gewalt im Film“ zu organisieren.

In Zusammenarbeit mit Reiner Keller und Jürgen Engeln vom Jugendhof Vlotho vor Ort begab sich Harry daran, dieses ehrgeizige Projekt zu realisieren, wobei das Organisationszentrum ins Studienwerk verlegt wurde. Diese Großveranstaltung sollte in der Woche vom 13. bis 18. April 1971 stattfinden. Das war exakt der Zeitraum, den mein Arzt

uns für die Geburt unseres ersten Kindes errechnet hatte. Aus diesem Grund entschied ich, mich zu meiner und Harrys Beruhigung für dieses Ereignis sicherheitshalber in die Obhut meiner Eltern in deren Wohnort zu begeben. So wurde unsere erste Tochter Frauke eine kleine Niedersächsin.

Unterdessen liefen die Vorbereitungen in Vlotho auf Hochtouren und die Telefondrähte heiß, denn es galt, auf allen denkbaren Ebenen zu organisieren: von der Unterbringung und Verpflegung der Teilnehmer über Austragungsorte (Kino Lütke, Jugendhof, Studienwerk, Gemeinderäume), Absprachen mit Post und Bahn in Bezug auf Filmtransporte, Ausleihe von Projektoren, Vorinformation von Rundfunk und Presse, Auswahl der zu zeigenden Filme....

„Es kamen alle 350 angekündigten Teilnehmer, belegten alle Betten, Zimmer, Tagungs- und Gruppenräume, aßen alle bestellten Mahlzeiten, besetzten abends alle Kneipen, Bierkeller, Bars, sahen Filme, fuhren Bus, diskutierten, verliebten, prügelten, verirrten sich, reisten vorzeitig an und ab, beschwerten sich, lobten auch, lärmten nachts, schliefen morgens. (...)“

Es gab organisatorische Pannen: Filme kamen zu spät oder gar nicht, Essen wurde kalt serviert; technische Pannen: Projektoren versagten, Filmrollen wurden vertauscht; distributorische Pannen: Material und / oder Personen landeten an falschen Plätzen; persönliche Pannen: Geldbörse, Fahrkarte, Freund oder Freundin kamen abhanden, manches klappte auch. (...) Nach der letzten Pressekonferenz, nach dem letzten Filmtransport, nach dem letzten Krisenmanagement wurde mir deutlich, dass die Arbeit mit Film etwas für mich sein könnte...“<sup>1</sup>

In der Tat sollte diese Erfahrung richtungsweisend für Harrys methodischen Ansatz in der politischen Bildung werden.

In den Jahren 71/72 mussten drastische Mittelkürzungen verkraftet werden, gleichzeitig vollzog sich ein personeller Umbruch. Nach dem Ausscheiden der Mitarbeiter Rabe und Bartelt, etwas später auch noch Kruppa, waren die pädagogischen Aufgaben im Rahmen des Bildungsangebotes nur unter Schwierigkeiten aufzufangen. Zur Stärkung des Dozententeams wurde Harry der Fachbereich „DDR–Staat–Partei“ anvertraut. Zu dieser Zeit war er noch mit der Zusammenstellung der Lehrmittelboxen beschäftigt, deren Verkauf auch zur Aufbesserung der Finanzlage beitragen sollte. In einem Bericht beklagt er, dass durch die personellen Engpässe und die Bemühungen der verbliebenen Dozenten, die Lücken nach Möglichkeit zu schließen, der Termin für die rechtzeitige Lieferung aller in Auftrag gegebenen Boxen voraussichtlich nicht eingehalten werden könne. Durch die außergewöhnliche Situation im Studienwerk war der notwendige Arbeitsaufwand erheblich. Harry stand seiner Familie nur sehr begrenzt zur Verfügung, zumal er noch am ersten Fort- und Ausbildungsseminar der Landeszentrale für politische Bildung für hauptamtliche Dozenten in NRW teilnahm. Das bedeutete zusätzlich achtmal wöchentliche Abwesenheit.

Es war nicht ganz einfach für mich, in Vlotho heimisch zu werden; so war ich in den ersten Jahren doch sehr auf meinen Ehemann angewiesen. Mir wurde auch klar, dass

<sup>1</sup> Harry Blunk: Ein bißchen Vlotho...In: Bildung - Entfaltung des ganzen Menschen. Jugendhof Vlotho 1946-1996. Münster 1996, S. 137-139, S. 139.

mein Beruf in naher Zukunft doch wohl überwiegend so geartet sein würde, dass ich einen „kleinen Familienbetrieb“ zu leiten hätte, zudem kündigte sich bereits weiterer Nachwuchs an. Das ließ sich zwar durchaus mit meiner Lebensplanung vereinbaren, trotzdem oder gerade deshalb hatte ich den Wunsch, mein unterbrochenes Studium abzuschließen. Hochschwanger und entsprechend gehandikapt, gelang es mir doch, mit dem Beistand von Harry und einiger aus Studentenzeit verbliebener Freunde ein ganz passables Diplom zu erwerben. Kurz darauf im Juni 1972 wurde Julian geboren, und wir hatten zwei kleine Blunks zu windeln.

Die Wohnung im Garzweg war ideal für unsere Situation. Ein den gesamten Wohnbereich umschließender Balkon war ein geräumiger rundum abgesicherter Spielplatz, als die Kinder anfangen, sich selbstständig zu bewegen. Die Freundschaft zu Harrys Kollegen Armin Droß und seiner Familie hat uns in dieser Zeit sehr gut getan, der herzliche, offene Umgang miteinander, der dort gepflegt wurde, entsprach dem, was ich mir für meine Familie auch wünschte.

Im Jahr 1972 wurden dem Studienwerk Mittel für einen Erweiterungsbau bewilligt. So anheimelnd die beiden Villen, in denen Verwaltung, Unterbringung der Seminarteilnehmer und Lehrbetrieb stattfanden, auch von allen Beteiligten empfunden wurden, so entsprach die räumliche Situation doch schon lange nicht mehr den Anforderungen. Jetzt sollten nicht nur neue Gruppen- und Arbeitsräume entstehen, für die umfangreiche Spezialbibliothek konnte endlich eine adäquate Unterbringung geplant und die Möglichkeiten im Bereich der Seminararbeit erweitert werden. Nachdem auch der Kollege Wolf das Studienwerk verlassen hatte, um in der Stätte der Begegnung eine Leitungsfunktion zu übernehmen, wurde nach ihm Harry mit der Aufgabe betraut, in der Bauphase den Bauherrn zu vertreten. In dieser Funktion war er wesentlich damit beschäftigt, die Ausstattung der Räumlichkeiten zu organisieren, was ihm neben ungewohnten Tätigkeiten, über die er sich mit mir beriet, auch sichtlich Vergnügen bereitete, denn man ließ ihm großzügig weitgehend freie Hand bei der Gestaltung und technischen Ausstattung des zukünftigen Bereichs für seine Arbeit mit Filmen.

Tatsächlich erwies sich der Einsatz von Spielfilmen für den Transport von politisch-gesellschaftlichen Inhalten für ihn als Glücksgriff. Seine Methode, Erkenntnisse bei seinen Seminarteilnehmern über – im wahrsten Sinn – anschauliche Medien zu verankern, war überaus erfolgreich und gab ihm recht. Über die Filme, überwiegend DDR-Produktionen, seien sie nun besonders regimekonform, versuchsweise aufmüpfig oder sogar mit Aufführungsverbot belegt, wurden die Lebensbedingungen in der sozialistischen Gesellschaft vorstellbar, der Alltag erfahrbar.

Im Laufe der Zeit wurde aus diesem methodischen Ansatz das Fundament für umfassende Kenntnis nicht nur über den sozialistischen Film, sondern über Film überhaupt. Bis Harry Blunk das Thema „Film in der DDR“ aufgriff und es zu einem wesentlichen Instrument in seinen Seminaren machte, hatte sich in der Bundesrepublik Deutschland kaum jemand wissenschaftlich mit diesen Produktionen auseinandergesetzt und die darin liegenden Chancen genutzt. Dabei ließ sich über dieses Medium Vielfältiges vermitteln. In den Filmen spiegelte sich nicht nur das Alltagsleben in der DDR, von dem nur die wenigsten im westlichen Deutschland eine konkrete Vorstellung hatten, sie zeigten auch deutlich die Tendenzen der durch die SED vorgegebenen offiziellen Interpretatio-

nen der eigenen gesellschaftlichen Entwicklung und sollten damit vor allem dem Publikum als Lehrfilme im Sinne der sozialistischen Weltanschauung dienen. Und schließlich konnte man aus neueren Produktionen vorsichtige Versuche kritischer Auseinandersetzung mit den ideologischen Grundsätzen ablesen, deren starre Auslegung die möglichen gesellschaftlichen Bewegungen in Richtung auf eine demokratische Ordnung mit strengen Maßnahmen zu verhindern wusste.

„Bei aller angebrachter Vorsicht in der Einschätzung der Chancen wirklich adäquaten Verstehens lässt sich doch hoffen, dass mit dem Spielfilm, wenn man ihn ernst nimmt und aus verschiedenen Gesichtswinkeln, von unterschiedlichen Bezugssystemen her untersucht, ein Medium erschlossen werden kann, das es ermöglicht, interne Vorgänge in der Gesellschaft der DDR von außen wenigstens andeutungsweise nachzuvollziehen“.<sup>2</sup>

Die filmpädagogischen Aktivitäten konnten nach der Fertigstellung des Neubaus verstärkt werden, und unterschiedlichste Gruppierungen interessierten sich für die derart aufbereitete Ost-West-Thematik. Oberstufenschüler aus Leistungskursen waren hochmotiviert bei der Arbeit, Studenten, Lehrer, Azubis ließen sich über Filmanalysen auf den Systemvergleich ein und nutzten zusätzlich die Möglichkeiten, die ihnen die einzigartige Bibliothek bot. Besonders beeindruckt war Harry jedes Mal von dem Arbeitseifer von Schülerzeitungs-Redakteuren, die dann allerdings ihrerseits davon profitieren konnten, dass das Studienwerk im Keller der einen Villa nicht nur eine gut ausgestattete Druckerei, sondern in Wilhelm Tölle einen hauseigenen Druckermeister besaß, dem es sichtlich Spaß machte, den jungen Leuten in kürzester Zeit dazu zu verhelfen, dass sie am Ende ihres Seminars eine fertige, druckfrische Ausgabe ihrer Zeitung vorlegen konnten.

Die Zusammensetzung des Dozententeams im Studienwerk war immer wieder starken Veränderungen ausgesetzt. Waren es 1974 durch Neueinstellungen von Rieger und Domogalla (die allerdings nur eine kleine Weile verblieben) sechs Pädagogen und ein Bibliothekar, so war die Situation wenige Jahre später eine völlig andere. Als Alexander Dolezalek das Studienwerk verließ und Thor Laux im selben Jahr seiner langen schweren Krankheit erlag, gelang es den Dozenten Droß und Blunk für einen gewissen Zeitraum, den Seminarbetrieb allein aufrecht zu erhalten, bis im Jubiläumsjahr 1979 Mechthild Russell und Theo Mechtenberg eingestellt wurden und das Angebot im Studienwerk um neue Arbeitsfelder erweiterten. 1980 schied dann auch Armin Droß aus Altersgründen aus und zog von Vlotho nach Süddeutschland in die Nähe seiner Kinder, was zwar verständlich war, aber für uns einen wirklichen Verlust bedeutete.

Inzwischen wuchsen unsere Kinder heran, und wir merkten, dass die Wohnung im Garzweg allmählich doch zu klein für unsere Bedürfnisse wurde. Durch einen Tipp und die Vermittlung von Ida Tölle aus der Verwaltung des Studienwerks hatten wir wieder großes Glück. Wir bezogen eine Wohnung am äußersten Rand von Uffeln, das Haus stand am Ende eines Zuweges ohne jeden Verkehr, umgeben von Wald und Acker und kinderlieben Mitbewohnern. Die externe Wohnlage machte den Kauf einer großen Kühltruhe zwingend notwendig, genauso dringend wurde es, dass ich endlich lernte, ein

<sup>2</sup> Harry Blunk: Die DDR in ihren Spielfilmen. München 1984, S. 27

Auto zu steuern, damit ich fähig war, unsere Kinder in den Kindergarten zu chauffieren. Darüber hinaus hatten wir das Gefühl, dass jetzt eigentlich wieder genügend Platz vorhanden wäre, um die Familie noch ein bisschen zu erweitern. Im März 1976 wurde Tochter Agnes geboren.

Durch die Kontakte mit anderen Eltern, Erzieherinnen, später Lehrern, gewann ich gesellschaftlich wieder einigermaßen festen Boden. Als unsere beiden „Großen“ begannen, sich bei unterschiedlichen Interessenslagen selbständig in ihrer Welt einzurichten und zurechtzufinden, hatte das unter anderem zur Folge, dass ich sehr viel unterwegs sein musste, um den mit ihren Aktivitäten verbundenen Transport zu sichern. So paradiesisch die Situation in den vergangenen Jahren für uns alle gewesen war, fingen wir doch an zu überlegen, ob denn manches nicht einfacher werden könnte, wenn wir unseren Wohnsitz etwas mehr ins „Zentrum“ von Vlotho verlegen würden. Ich hätte uns gern unser Traumhaus entworfen, dem standen allerdings unsere finanziellen Möglichkeiten entgegen. Wir kauften schließlich ein Haus mit kleinem Grundstück in der Hochstraße, und nach gründlicher Renovierung und geringfügigen Umbauten konnten wir unseren Tannenbaum zum Weihnachtsfest 81 schon in der eigenen Stube aufstellen. Die geringe Entfernung zum Studienwerk hatte den schönen Nebeneffekt, dass sich mittags meine ganze Familie zum gemeinsamen Essen einfinden konnte.

Mit seiner neuen Kollegin Russell reiste Harry erstmalig 1982 nach Leipzig zu der „Dokumentar- und Kurzfilmwoche für Kino und Fernsehen.“ Später durfte ich ihn zu dieser in vieler Hinsicht spannenden Veranstaltung begleiten. Das war, neben dem hochinteressanten Programm mit Filmen ausschließlich aus dem sozialistischen Lager, eine Gelegenheit, die theoretischen Kenntnisse über die DDR zumindest stückweise in der Wirklichkeit zu überprüfen.

Prof. Walter Hildebrandt, stets um das Wohl und Werden seiner Mitarbeiter besorgt, vermittelte Harry einen Lehrauftrag an der Uni Bielefeld. Gemeinsam mit ihm und Frau Prof. Cillien wurden über mehrere Semester Seminare sowohl literarischen als auch gesellschaftspolitischen Inhalts durchgeführt. Diese Zusammenarbeit mag der Anlass dazu gewesen sein, dass Hildebrandt Harry dazu ermunterte, sich mit seinen unterdessen erworbenen Kenntnissen über den DDR-Film um einen Dokortitel zu bewerben.

Zwar nahm Harry diese Anregung auf, stellte sich der Aufgabe aber leicht widerwillig. Einerseits von der Notwendigkeit solchen Tuns nicht restlos überzeugt, andererseits den damit verbundenen zusätzlichen Arbeitsaufwand voraussehend, nahm er aber doch diese Herausforderung an. Mein Part dabei war vor allem, abgesehen vom regelmäßigen Gegenlesen des Textes, den Nachwuchs zu disziplinieren, damit er auf Zehenspitzen um Harrys Schreibtisch schlich, denn einen so unansprechbaren Vater waren alle drei nicht gewohnt.

Das Buch „Die DDR in ihren Spielfilmen“, das als Ergebnis der Anstrengung veröffentlicht wurde, war ein ansehnlicher Erfolg und wurde bald in zweiter Auflage nachgedruckt. Offenbar war die Thematik von großem Interesse, Harry wurde oft zu Vorträgen eingeladen, es folgten Veröffentlichungen in verschiedenen Fachzeitschriften, für „Film und Bild in Wissenschaft und Unterricht“ (FWU) schrieb er Begleithefte zu ausgewählten DDR-Filmen. Während einer Vortragsreise, bei der ich ihn begleiten konnte, referierte er auf Einladung des Goethe-Institutes an fünf Universitäten in Nordengland. Das

Kuratorium „Unteilbares Deutschland“ schrieb bundesweit eine Tagung aus, bei der Harry über die Möglichkeiten des Einsatzes von Filmen bei deutschlandpolitischer Seminararbeit berichtete. Er war Herausgeber eines Buches über den Spielfilm in der DDR mit dem Titel „DEFA intern“. Darin kamen ehemalige DDR-Spielfilmschaffende aus den Bereichen Schauspiel, Regie, Dramaturgie, Kamera, Kritik etc. zu Wort. Noch im Jahr der „Wende“ brachte er in Zusammenarbeit mit Dirk Jungnickel, der bis 1985 in der DDR als Schauspieler und Regieassistent bei der DEFA tätig war, einen weiteren Reader mit dem Titel „Filmland DDR“ heraus, in dem von Insidern die Geschichte, Funktion und Wirkung der DEFA beleuchtet wird. (Harrys Beitrag in diesem Buch erschien als Vorabdruck zu Ehren von F.K. Proehl, mit dem alles begonnen hatte, zu dessen 70. Geburtstag in den Deutschen Studien.)

Harry wurde zur Teilnahme an dem DEFA- Spielfilmfestival in Berlin eingeladen, wo unter anderem die 1965 verbotenen Filme diskutiert wurden. Das Filmreferat des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen bat ihn, beim Ankauf von DDR-Spielfilmen beratend mitzuwirken. Nachträglich war also deutlich zu erkennen, dass der Rat Walter Hildebrandts, vielleicht auch sein beharrliches Drängen, mit dem es ihm schließlich gelungen war, Harry zu einer Promotion zu motivieren, sehr dazu beigetragen hat, dass man in größerer Öffentlichkeit auf Blunk und seine speziellen Kenntnisse aufmerksam wurde.

Ein besonderes Ereignis war im Juli 1987 eine Veranstaltung mit 20 ehemals in der DDR tätigen Künstlern (Malern, Grafikern, Bildhauern) in Zusammenarbeit mit der Stiftung „Europäischer Skulpturenpark“, an deren Organisation und Durchführung Harry maßgeblich beteiligt war. Für Kunst jeglicher Art war er sehr empfänglich, er hatte zu allem einen unmittelbaren, sensiblen Zugang. Wenn seine Leidenschaft auch vor allem der Antike galt, unsere Urlaube verbrachten wir stets im kulturell unerschöpflichen Italien, so konnte er doch im Museum vor einem Bild über dessen genialen Aufbau schwärmen, er liebte die schwierigen, späten Streichquartette von Beethoven, und seine Begabung für Sprache hatte er bereits im Studentenalter unter Beweis gestellt, als er alle 154 Sonette von Shakespeare übersetzte, für die ihm Kenner hohe Qualität bescheinigten.

Bereits vor der Wiedervereinigung erfuhren Gruppen aus dem Osten, die im Studienwerk teilweise zum ersten Mal den „Westen“ erlebten, besonders aufmerksame Betreuung. Wenn Jugendgruppen aus der DDR, die über eine Organisation mit dem Namen „Hansa- Tourist“ in Vlotho anreisen durften, fanden jedes Mal interessante Begegnungen statt. Nicht nur, dass man dabei Vorurteile abbauen und sowohl Neues als auch Gemeinsames voneinander erfahren konnte, bei den Treffen mit westdeutschen Gastfamilien fragten, wie wir in vertraulichen Gesprächen erfuhren, nicht nur die Gastgeber, sondern auch die Teilnehmer sich selbst, welche unter ihnen denn wohl als „Aufpasser“ mitgeschickt worden seien. Zu einigen ehemaligen Seminarteilnehmern aus diesen Gruppen haben sich bis heute freundschaftliche Kontakte erhalten.

Nach der „Wende“ kamen verstärkt, über den DAAD organisiert, Studenten aus östlichen Ländern. Wenn diese Gruppen aus Ungarn oder vor allem aus Rumänien sich im Studienwerk aufhielten, konnte ich zu ihrem Programm beitragen, indem ich sie in die Jugendkunstschule einlud, in der ich inzwischen tätig war, um über Kulturarbeit in freier

Trägerschaft zu berichten oder ihnen auch die Möglichkeit zu einer aktiven kreativen Betätigung zu bieten. Für diese Gruppen, von denen man wusste, dass sie über nur sehr geringe finanzielle Mittel verfügten, fanden, wenn die Jahreszeit es zuließ, regelmäßig kleine Feste in unserem Garten statt, an die ich mich deshalb besonders gern erinnere, weil die jungen Gäste außer guter Laune auch jedes Mal noch ein bisschen romantische Folklore mitbrachten und uns zu später Stunde bei Kerzenbeleuchtung traurige und fröhliche Lieder aus ihrer Heimat sangen.

Durch die Wiedervereinigung wurde der Wunsch nach Auseinandersetzungen mit östlichen und westlichen Systemen auf allen Ebenen eher verstärkt. Vor allem Lehrergruppen waren auf Grund der neuen, aktuellen Situation daran interessiert, mehr zu erfahren über die unterschiedlichen Strukturen, was sie in der Vergangenheit bedeuteten und was daraus in Zukunft werden könnte. Teilnehmer kamen aus dem gesamten Deutschland, aus Lettland, Litauen, Dänemark, Norwegen. Lehrgänge für Referendare des Wissenschaftlichen Instituts für Schulpraxis ließen sich sensibilisieren für die vielfältigen Ausdrucksmöglichkeiten des Mediums Film. Aus den Kontakten zu englischen Hochschulen ergab sich eine Zusammenarbeit mit Professoren von der University of Reading für ein Buchprojekt zum DDR-Film. Die Seminarthemen hießen jetzt unter den veränderten Voraussetzungen „DDR – Kunst im Umbruch“, „Verfilmte Literatur als Gradmesser für kulturpolitische und gesellschaftliche Bewegung“, „Literarische Schauplätze – Gesellschaftsbilder aus Deutschland“, behandelten die deutsche Nachkriegsgeschichte in Ost- und Westdeutschland, die besonderen Probleme im Prozess der deutschen Wiedervereinigung am Beispiel des literarischen Werks von Christa Wolf oder auch „Soziale Utopien in Geschichte und Gegenwart“, eine kritische Bewertung von Strukturelementen geschlossener Gesellschaftsentwürfe.

Eine besondere Ehre und damit auch Bestätigung und Anerkennung seiner Kenntnis um den DDR-Spielfilm als anschauliches Medium in der politischen Bildung erfuhr Harry Blunk, als er gebeten wurde, anlässlich der Jubiläumsfeier zum 50jährigen Bestehen der DEFA einen Festvortrag zu halten.

Nach seinem Tod wurde das Buch „DEFA East German Cinema, 1946-1992“, das seinen Ursprung in einer Konferenz zum DEFA-Film in Reading hatte, an der Harry beteiligt war, veröffentlicht. Im November 1999 erhielt ich einen Brief von den Herausgebern, den Professoren Allan und Sandford. Sie teilten mir darin ihre Dankbarkeit mit, „dass wir in Harry einen wichtigen DEFA-Forscher in Westdeutschland, aber gleichzeitig einen bescheidenen, liebenswerten Menschen zu unserem Team zählen durften“, und dass sie sich deshalb erlauben, „ihm, im Namen aller Mitarbeiter, dieses Buch in respektvollem Andenken zu widmen“.



*Piotr Pysz***Vierzehn Jahre im Gesamteuropäischen Studienwerk**

Nach meiner im April 1982 erfolgten Übersiedlung aus dem unter dem Kriegsrecht stehenden Polen nach Deutschland landete ich in dem kleinen Dorf Friedewalde, einem Stadtteil von Petershagen. Dort, ca. zehn Kilometer nördlich vom Stadtzentrum Minden entfernt, betrieb mein Onkel, Dr. Alfred Wieloch, eine Zahnarztpraxis. Die Schwester meiner Mutter, Tante Irene Wieloch, nahm sich von Anfang an beherzt der Verbesserung meiner deutschen Sprachkenntnisse an. Schnell stellte sie fest, dass ich zwar über einen ziemlich umfangreichen deutschen Wortschatz verfügte, aber die Beherrschung der deutschen Grammatik eine wahre Katastrophe war. Und dies war zugleich eine sehr ernste Frage hinsichtlich der beruflichen Zukunft eines nach Westdeutschland ausgewanderten Dozenten der Politischen Ökonomie. Durch meinen Kopf ging immer wieder die Bemerkung des damaligen Direktors des Wiener Instituts für Internationale Wirtschaftsvergleiche, Prof. Friedrich Levčik, der, unmittelbar nach meiner Ausreise aus Polen, mich in Wien darauf aufmerksam gemacht hatte, dass es in der Bundesrepublik Deutschland circa 200 bis 300 Stellen in der Osteuropaforschung gibt. Dort hatte ich, seiner Meinung nach, die einzige realistische Chance auf eine Stelle. Später sollte sich herausstellen, dass Levčik meine Situation auf dem bundesdeutschen Arbeitsmarkt realistisch eingeschätzt hatte. Ein Wirtschaftswissenschaftler mit der Ausbildung in sozialistischer Planwirtschaft war aus guten Gründen in einer marktwirtschaftlichen Ordnung kaum gefragt.

**Entdeckung Vlothos**

In den ersten Wochen meines Aufenthalts in Friedewalde wurde ich von meiner Tante und meinem Onkel zu einem Ausflug in das lippische Städtchen Lemgo eingeladen. Während der Durchfahrt sah ich in Vlotho plötzlich das Schild „Gesamteuropäisches Studienwerk“. Der Name blieb mir erstaunlicherweise lange im Gedächtnis hängen, obwohl ich mit ihm gar nichts anfangen konnte. Es war mir nicht klar, was Studienwerk eigentlich bedeutete. Die einzige zugängliche Assoziation war der Begriff des Studiums. Noch weniger konnte ich im Frühling 1982 das Adjektiv „gesamteuropäisch“ verstehen. Nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen durch General Wojciech Jaruzelski und in der Zeit der Stationierung der sowjetischen Mittelstreckenraketen SS-21 gegen die westeuropäischen NATO-Staaten schien Europa wieder viel tiefer als in den hoffnungsvollen Jahren der Entspannungspolitik in zwei sich feindlich gegenüberstehende politische und militärische Lager geteilt. Was sollte also unter diesen trostlosen Bedingungen das Gesamteuropäische Studienwerk bedeuten? Intuitiv spürte ich nur, dass dies eventuell eine aus der Sicht eines Arbeitssuchenden interessante Institution sein könnte.

Damals deutete aber noch nichts darauf hin, dass ich einmal mit dem Vlothoer Institut Kontakt aufnehmen und dort viele Jahre arbeiten würde. Im Spätherbst 1982 lud mich das Gottfried-Herder-Institut in Marburg zu einer alljährlichen Institutskonferenz nach Eschwege ein. Dort habe ich Herrn Dr. Horst Brezinski kennengelernt, der in dieser Zeit an der Universität Paderborn als Dozent der Volkswirtschaftslehre tätig war. Als Brezinski erfuhr, dass ich in Polen Mitglied der auch in Deutschland bekannten Balcer-

wicz-Gruppe gewesen war, bot er mir einen Vortrag über die polnischen Wirtschaftsreformen an. Dieser sollte freilich nicht an der Universität Paderborn, sondern während eines Seminars im Gesamteuropäischen Studienwerk stattfinden. Brezinski kündigte mir an, dass der Leiter des Studienwerks Herr Dr. Roland Scharff in dieser Angelegenheit Kontakt mit mir aufnehmen werde.

Zwischen Weihnachten und Neujahr 1983 wurde ich tatsächlich aus Vlotho angerufen, was alleine für sich schon ein kleiner „Feiertag“ war. Die auffallend tiefe Stimme von Herrn Scharff fragte mich, ob ich bereit sei, den vereinbarten Vortrag zu halten. Meine Antwort konnte selbstverständlich nur „ja“ sein. Unmittelbar darauf folgte allerdings die sprichwörtliche „kalte Dusche“. Mein Gesprächspartner stellte fest, dass seine Institution am Anfang des Jahres noch nicht genug Geld habe, um meine Leistung honorieren zu können. In Frage käme also nur die Erstattung der Reisekosten aus Friedewalde nach Vlotho und zurück. Dies konnte mich aber auch nicht abschrecken, weil damals Kontakte für mich noch wichtiger waren als Geld.

Der Vortrag fand am 8. Januar 1983 statt. Als ich in Vlotho am Busbahnhof ausstieg, sprang mir der über dreihundert Meter hohe, malerische Winterberg mit etwas Schnee am Gipfel ins Auge. Die Berglandschaft Vlothos mit den vielen kleinen Häuschen an den Hängen erinnerte mich an meine südpolnische Heimat in den Beskiden. Vlotho gefiel mir also auf den ersten Blick. In guter und hoffnungsvoller Stimmung ging ich die wenigen Minuten Fußweg zum Institut, um das Foyer des Studienhauses in der Steinstrasse zum ersten Mal zu betreten. Weil die Studentengruppe nur zehn bis zwölf Personen zählte, beschlossen die Herren Brezinski und Scharff, den Vortrag im Foyer durchzuführen. Wir saßen alle ziemlich locker zusammen, und ich hatte Gelegenheit, drei Stunden lang über das Reformkonzept der Balcerowicz-Gruppe aus den Jahren 1979-1981 zu referieren und zahlreiche Fragen zu beantworten. Das Thema war mir zwar sehr gut bekannt, aber meine sprachlichen Möglichkeiten erlaubten noch keineswegs, die Reformdiskussion in Polen in allen ihren Nuancen und theoretischen Implikationen darzustellen. Die ganze Veranstaltung verlief aber im Großen und Ganzen zufriedenstellend, sodass Scharff mir weitere Einladungen zu Vorträgen in Aussicht stellte.

Roland Scharff erzählte mir nachmittags während eines gemeinsamen Spaziergangs auf dem Winterberg einiges über das Gesamteuropäische Studienwerk und die auf die DDR und Osteuropa ausgerichtete imposante Bibliothek des Instituts, die neben zahlreichen Fachzeitschriften über ungefähr 70.000 Bände verfügte. Das war ein Signal, dass ich meine Forschungsarbeiten in Deutschland mit Hilfe dieser von Friedewalde nur circa 25 km entfernten Bibliothek fortführen könne.

### **Weitere Kontakte zum Studienwerk**

Mein Gesprächspartner hielt Wort. In den Jahren 1983/1984 wurde ich noch einige Male zu Vorträgen in das Gesamteuropäische Studienwerk nach Vlotho eingeladen. Ich reiste

mit der Bahn aus Minden an und wurde am Bahnhof Bad-Oeynhausen Nord abgeholt. Scharff, immer elegant gekleidet, wartete vor dem Bahnhof auf mich. Im Institut bekam ich den ersten Kontakt zu Christine Erhardt, die als Empfangsdame die Formalitäten der Reisekostenabrechnung und Honorarauszahlung erledigte. Frau Erhardt strahlte Arbeitsmotivation, Engagement und Charme aus. Man spürte, dass sie bereit ist, sich mit allen ihren Kräften für das Wohl des Studienwerks, der Dozenten des Instituts und der Seminarteilnehmer einzusetzen. Ihr Verhalten bildete einen krassen Kontrast zu all dem, was mir aus der Arbeitswelt des polnischen Realsozialismus bekannt war. Dort dominierte eine miserable Arbeitshaltung, die in folgendem Motto zum Ausdruck kam: „Ob man steht oder liegt, zweitausend Zloty man kriegt.“

Mein sich immer mehr verfestigender Eindruck war, dass sich die Empfangsdame des Gesamteuropäischen Studienwerks genau so verhielt, wie man es von einer Eigentümerin zu erwarten hätte. Übrigens war dies nicht nur mein Eindruck. Viele Jahre später, als ich in einem angesehenen Fachgeschäft in Bad-Oeynhausen die Telefonverbindung des Gesamteuropäischen Studienwerks nannte, fragte mich der Verkäufer, ob ich am Institut von Frau Erhardt arbeite. Ausgehend von ihrem Enthusiasmus und Engagement dachte ich oft darüber nach, ob es vielleicht doch richtig wäre – wie im Konzept der Balcerowicz-Gruppe aus dem Jahr 1980 vorgesehen – dass sich die Arbeiterselbstverwaltungen in den sozialistischen Betrieben wie private Eigentümer in den marktwirtschaftlichen Ordnungen verhalten könnten. Im Laufe der Jahre, die ich später im Studienwerk und an der Universität Oldenburg verbrachte, wurde mir klar, dass die engagierte Einstellung der Empfangsdame, vorsichtig ausgedrückt, zumindest keine Regel war. Auf jeden Fall war Christine Erhardt für die Besucher und Seminarteilnehmer eine exzellente Visitenkarte des Instituts. Besser konnte es kaum sein, und ich spürte das von Anfang an.

Von Anfang an vermittelte das Institut auch den Eindruck einer sehr liberalen Bildungseinrichtung, die den Seminarteilnehmern und Dozenten in jeder Hinsicht große Freiräume beließ. Alle vier Häuser des Studienwerks waren den ganzen Tag bis spät in den Abend immer offen. Die Teilnehmer hatten freien Zugang zu allen damals schon vorhandenen technischen Geräten. Von PCs war in der ersten Hälfte der achtziger Jahre selbstverständlich noch keine Rede. Ähnlich offen war der nicht eingezäunte Garten des Instituts mit seinem alles andere überragenden majestätischen Lebensbaum. Ein ökonomisches Wunder war für mich, aber wie ich vermute auch für andere Gäste aus Osteuropa, der Bier- und Weinkeller. Die Getränke standen mit angegebenen Preisen auf den Regalen, und auf einem kleinen Tisch befand sich eine Schachtel, in der das für den Konsum entrichtete Geld hinterlegt wurde. Ich konnte kaum glauben, dass dieses auf dem „Prinzip Vertrauen“ aufgebaute Verkaufssystem ohne große Verluste für das Institut funktionieren konnte. Aber es funktionierte, und die Verluste des Instituts hielten sich in durchaus vertretbaren Grenzen. Die Dozenten des Hauses wiesen häufig auf die positiven erzieherischen Effekte dieses Vertrauens hin. Dieses Bild des Instituts wurde, wie Scharff und die später von mir kennen gelernte Dozentin Frau Dr. Russel mir versicherten, durch die volle Freiheit der Meinungsäußerung der Dozenten abgerundet. Der Vorstand unter seinem langjährigen Vorsitzenden, Herrn Prof. Dr. Walter Hildebrandt,

verlangte von ihnen nur, dass sie ihre Arbeit gut machten und sich im Unterricht mit ihren Meinungen im großzügigen Rahmen des bundesdeutschen Grundgesetzes bewegten. Die freiheitliche Atmosphäre des Vlothoer Instituts kontrastierte radikal mit den mehr als düsteren und in jeder Hinsicht eingeengten Verhältnissen in Polen und im polnischen Hochschulwesen nach der Verhängung des Kriegsrechts im Dezember 1981.

Dieser Gegensatz zwischen Freiheit und Liberalität auf der einen Seite und der unter dem Schutz des Kriegsrechts sich ansatzweise abzeichnenden Rückkehr zu totalitären Verhältnissen andererseits bildete für mich die im Kopf ständig anwesende Folie für alle Einschätzungen und Urteile. Folgerichtig konnten diese also nur höchst positiv sein. Ich lebte in einer Hochstimmung, die allerdings durch die Sorge um meine in Polen zurückgebliebene Familie getrübt wurde.

### Die Einstellung

Die Existenz der Familie in Polen und die durchaus realistische Aussicht auf ihre Ausreise nach Deutschland verlangte immer stärker danach, möglichst schnell eine angemessene Arbeitsstelle zu finden. Roland Scharff teilte mir 1984 mit, dass er voraussichtlich für zwei bis drei Jahre eine Professur für Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der Fachhochschule Osnabrück vertreten werde. Er erklärte sich bereit, mich für diese Zeit dem Vorstand des Studienwerks als Vertreter für seine Dozentenstelle vorzuschlagen. Es hing vieles von der Entscheidung des Vorstands des Studienwerks ab, ob er bereit sein würde, Roland Scharff für längere Zeit zu beurlauben und mich mit der zeitlich befristeten Fortführung seiner Stelle zu beauftragen. Nach mehreren misslungenen Versuchen, eine Arbeitsstelle in Deutschland zu finden, hielten sich meine Hoffnungen auf Erfolg in ziemlich engen Grenzen. Ich suchte selbstverständlich auch nach anderen Beschäftigungsmöglichkeiten, u. a. an der Universität Münster.

Im August 1984 ging für mich in Friedewalde die Einladung zum Vorstellungsgespräch im Gesamteuropäischen Studienwerk ein. Dies war ein eindeutiges Zeichen dafür, dass der erhoffte Wechsel von Roland Scharff an die Fachhochschule Osnabrück inzwischen alle Hürden genommen hatte. In Vlotho kam ich also mit dem Fachbereichsrat des Instituts zusammen. Das Gespräch leitete Prof. Dr. Walter Hildebrandt. Diese Begegnung unterschied sich von allem anderen, was ich bisher in diesem Bereich erlebt hatte. Zum ersten Mal kam bei mir das Gefühl auf, dass meine Gesprächspartner mich wirklich einstellen wollten. Sicher spielte hier die von Roland Scharff gegebene Empfehlung eine wichtige Rolle. Trotzdem war die Entscheidung für mich keineswegs einfach, weil ich zur gleichen Zeit ein Angebot der Universität Münster erhielt.

Ich schilderte meinen Gesprächspartnern diese ziemlich komplizierte Lage ganz offen. Zum ersten Mal in Deutschland stand ich vor der Möglichkeit und Notwendigkeit zwischen zwei Alternativen zu wählen. Dies erinnerte mich an den bekannten Spruch von der Wahl zwischen dem Spatzen in der Hand und der Taube auf dem Dach. Ich entschied mich für das erste, wozu allerdings auch ein höchst glücklicher Zufall einiges beitrug.

Nach dem Vorstellungsgespräch im Studienwerk hatte ich mehr als eine Stunde Zeit, um den vom Bahnhof Vlotho in Richtung Minden fahrenden Bus zu erreichen. Um mich zumindest etwas zu beruhigen, spazierte ich langsam durch die Lange Straße im Zentrum des Städtchens und traf überraschenderweise Roland Scharff. Er lud mich in die Eisdiele ein und teilte mir vertraulich mit, dass er wahrscheinlich nicht mehr an das Institut in Vlotho zurückkehren werde. Dadurch erhielt das Angebot des Studienwerks einen zusätzlichen Reiz, weil es jetzt eine realistische Aussicht darauf gab, dass die Vertretung der Dozentenstelle eventuell in ein festes Arbeitsverhältnis übergehen konnte.

Einige Tage später teilte ich meine Entscheidung für Vlotho telefonisch Herrn Günter K. Lämmermann mit, dem damals für Personalfragen zuständigen Dozenten des Gesamteuropäischen Studienwerks. Als Antrittstag vereinbarten wir den 20. September 1984. Kurz vor diesem Termin wurde ich nach Vlotho eingeladen, um eine eintägige Polen-Vorbereitung mit einer nur sechs Personen zählenden Mini-Reisegruppe durchzuführen. Es war ein Samstag, und ich arbeitete den ganzen Tag mit diesen an Polen interessierten Leuten. Eine der Teilnehmenden war eine junge Mutter mit ihrem Baby, das aus verständlichen Gründen meinen Vortrag über die Geschichte und Wirtschaft Polens nur schwer ertragen konnte. Das Baby teilte offensichtlich das Interesse seiner Mama nicht und protestierte gelegentlich lauthals. Diese versuchte zwar, es mit wechselnden Methoden und wenig Erfolg zu beruhigen, aber die Konzentration der Zuhörer war nach einer solchen Aktion immer wieder dahin. Abends war ich fix und fertig und konnte in der Nacht kaum einschlafen. Nach erst zwei Jahren des Aufenthaltes in Deutschland kostete mich das Referieren in Deutsch noch immer sehr viel Kraft. Wiederholt stellte ich mir die Frage, ob ich den nervlichen und körperlichen Anforderungen einer Dozentenstelle am Gesamteuropäischen Studienwerk gewachsen sei. Die Antwort war jedoch: nicht zu resignieren, sondern es zuerst auszuprobieren.

### **Die ersten Arbeitsjahre**

Die ersten Monate meiner Arbeit verliefen angenehm und ereignisvoll in einer harmonischen Kooperation mit Frau Dr. Mechthild Russel, die mich mit Rat und Tat in meine berufliche Pflichten einführte. Mit Mechthild machten wir auch einige Veranstaltungen zusammen, insbesondere wenn das Thema Sowjetunion und Russland war. Die Abläufe im Studienwerk waren anfangs für mich auch deshalb so problemlos, weil ich im Herbst 1984 mehrere von Roland Scharff schon angeworbene und geplante Veranstaltungen nur noch durchzuführen brauchte. Mit anderen Worten, ich bearbeitete in meinem ersten Vlothoer-Herbst nur ein schon zuvor beackertes Feld. Die mühevollen Akquisition der an den Seminaren des Studienwerks interessierten Gruppen war mir noch nicht bekannt. Es war mir auch nicht klar, dass das Institut gegenüber den staatlichen Geldgebern verpflichtet war, eine Mindestzahl von Teilnehmertagen zu erbringen.

Auf die arbeitsintensiven Seminare der ersten Monate folgte im Winter und Frühling 1985 eine ruhigere Zeit. Ich stand nur selten im Hörsaal und konnte mich weitgehend dem Studium der Texte der deutschen Osteuropaforschung widmen. Insgesamt erlebte

ich das Gesamteuropäische Studienwerk in Vlotho in dieser Zeit fast wie eine Forschungseinrichtung. Dieser schöne und angenehme Schein war jedoch trügerisch. Schon im Mai 1985 wies der Vorstandsvorsitzende in einem Brief an die Dozenten mit Nachdruck darauf hin, dass die Existenz des Studienwerks vor allem von seinen Seminaraktivitäten abhängig sei.

Auf die Grundsatzfrage Sein oder Nichtsein des Studienwerks antwortete Dr. Harry Blunk, der damalige Fachbereichsvorsitzende des Instituts, mit einer intensiven Werbeaktion. Das Ergebnis überstieg all unsere Erwartungen. Nach der ruhigen Sommerzeit liefen ab September 1985 die Seminare wie am Fließband, oft zwei bis drei Veranstaltungen parallel. Im Verlauf dieses ersten Jahres zeichnete sich schon der später mir gut bekannte typische, jährliche Aktivitätszyklus der Institutsarbeit ab. Die am Anfang des jeweiligen Jahres noch zögerliche Nachfrage nach Seminaren und anderen Veranstaltungen steigerte sich in seinem Verlauf allmählich, um schließlich den Höhepunkt in den Monaten September bis Mitte Dezember zu erreichen.

Die ersten Jahre meiner Dozentätigkeit in Vlotho zeichneten sich durch die schnell vorangehenden, zugleich aber gar nicht ganz bewusst wahrgenommenen Strukturveränderungen in der Seminararbeit aus. Am Anfang der achtziger Jahre stand die deutsche Frage und die DDR-Problematik noch eindeutig im Zentrum. Ungefähr zwei Drittel der Veranstaltungen befassten sich mit diesem Problembereich. Die anderen Veranstaltungen griffen die Themen der gesellschaftlichen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland sowie in den sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas auf. In der zweiten Hälfte der achtziger Jahre setzte die sowjetische Perestroika unter Michail Gorbatschow ein enthusiastisches Interesse für die demokratischen Umwandlungen in der sozialistischen Hegemonialmacht frei. Immer mehr deutsche Schulklassen und Studentengruppen wählten als Reiseziele neben der UdSSR die östlichen Nachbarländer Deutschlands – vor allem Polen, aber auch die Tschechoslowakei und Ungarn. Die Reisevorbereitungen wurden oft in Form von zwei bis dreitägigen Wochenendseminaren im Gesamteuropäischen Studienwerk durchgeführt. In dieser hoffnungsvollen Zeit kamen auch die ersten osteuropäischen Jugendgruppen zu Veranstaltungen in das Studienwerk nach Vlotho. Infolge all dieser Entwicklungen wuchs allmählich der Anteil der osteuropäischen Themen. Anfang der neunziger Jahre schrumpfte der Anteil der DDR-Themen deutlich unter die Marke von einem Drittel.

### **Das Institut in der Zeit der deutschen Wiedervereinigung**

Die Strukturveränderungen in der Seminararbeit, die von dem sich im Laufe der achtziger Jahre zügig ändernden Interesse der Teilnehmergruppen mehr oder weniger beeinflusst wurden, erwiesen sich für das Institut schließlich als ein Glücksfall. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands standen fast alle Einrichtungen, die sich auf die DDR spezialisiert hatten, zur Disposition der öffentlichen Geldgeber. Viele von ihnen wurden abgewickelt. Das Vlothoer Institut überlebte diese schwierige Zeit weitgehend unbeschadet, weil wir den Geldgebern im bundesdeutschen Jugendministerium nachweisen konnten, dass das Studienwerk keine bloß auf die DDR-Problematik spezialisierte Bil-

dungseinrichtung war. Durch ihre breit gefächerte Seminarthematik entsprach die Arbeit des Instituts damals schon weitgehend seinem Namen als Gesamteuropäisches Studienwerk. Nach der Wiedervereinigung Deutschlands fing die deutsche Außenpolitik an, sich auf das Ziel der europäischen Einheit zu orientieren. Die gesamteuropäische Idee ging also unter dem Namen der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa sowie der Osterweiterung der Europäischen Union in ihre weitere Realisierungsphase.

Die Veränderungen in der Seminararbeit des Instituts konnten deshalb so vollzogen werden, weil die Dozenten des Hauses bereit waren, neue Themen aufzugreifen und sie den interessierten Zuhörern zu präsentieren. Herr Dr. Mechtenberg formulierte diese gegenüber den immer neuen Herausforderungen sehr offene Haltung der pädagogisch-wissenschaftlichen Mitarbeiter als den „Mut zum Dilletantismus“, worunter er die in der politischen Bildungsarbeit oft vorkommende Notwendigkeit verstand, über die Grenzen des im Studium erlernten Faches hinauszugehen. Ich muss allerdings einräumen, dass ich in zahlreichen Veranstaltungen, die wir gemeinsam durchgeführt haben, den „Dilletantismus“ meines Kollegen eigentlich niemals entdecken konnte. Im Gegenteil, seine Vorträge und die von ihm moderierten Diskussionen waren immer wieder auf einem sehr hohen fachlichen Niveau. Als Kenner der katholischen Kirche in Polen und in der DDR sowie der Kirchenpolitik im osteuropäischen Raum hat sich Mechtenberg durch zahlreiche Publikationen auch international einen guten Namen gemacht.

Meine Kollegin, Frau Dr. Russel, verfügte über eine von den Teilnehmenden hoch geschätzte Fähigkeit, ihre Russland-Seminare mit Elementen aus dem Alltag und Kulturleben zu bereichern. Sie beherrschte die russische Sprache exzellent und war eine Kennerin der russischen Kultur. Aus eigenem Entschluss verließ sie das Institut in Vlotho – zu meinem tiefen Bedauern – auf dem Höhepunkt der Perestroika-Euphorie im Jahr 1989. Meine Aufgabe am Institut war es, die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa zu beobachten, und Seminarveranstaltungen sowie Tagungen in diesem Schlüsselbereich der politischen Bildung durchzuführen. Auf diesem Feld war außergewöhnlich viel zu tun, weil die Reformentwicklungen in der UdSSR, Polen und Ungarn in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sich vor allem in diesem Bereich abspielten. An der Wende der achtziger und neunziger Jahre trat an die Stelle der Reformen die noch viel aufregendere Problematik der Systemtransformation der postsozialistischen Länder in Richtung Demokratie und Marktwirtschaft. Insgesamt hatte ich im Vlothoer-Institut insofern das Glück, dass ich von dort die sehr turbulenten, aber zugleich hochinteressanten Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa analysieren und darüber berichten konnte. Über Langeweile konnte ich mich am Gesamteuropäischen Studienwerk eigentlich niemals beklagen.

Eine Schlüsselpersönlichkeit, die das Gesamteuropäische Studienwerk prägte, war zweifelsohne der I. Vorstandsvorsitzende, Prof. Dr. Walter Hildebrandt. Walter Hildebrandt gehört zu der Gründergeneration des 1954 ins Leben gerufenen Instituts. Zugleich war er auch einer der Pioniere der politischen Bildung im Nachkriegsdeutschland, die einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Entwicklung der politischen Kultur und zum Aufbau der Demokratie im Nachkriegsdeutschland geleistet haben. Der langjährige Pro-

fessor für Kultursoziologie an der Universität Bielefeld verfügte als ehrenamtlicher Institutschef über die nur selten vorkommende Gabe einer natürlichen Autorität. Diese Autorität erlaubte ihm, die notwendige Führungsstärke mit langen und oft auch kontroversen Diskussionen mit den Mitarbeitern des Hauses zu verbinden. Der Vorstandsvorsitzende lebte den Mitarbeitern des Instituts konsequent seine Lebensmaxime „geben und nehmen“ vor.

Als Mitglied des Fachbereichs- und späteren Institutsrats hatte ich immer das Gefühl, vom Vorsitzenden ausführlich über seine und seiner Vorstandskollegen Absichten und Entscheidungen informiert zu sein. Der Vorstandsvorsitzende war bereit, Argumente der Mitarbeiter des Hauses zu hören, und wenn sie ihn überzeugten, in seinen Entscheidungen zu berücksichtigen. Aufgrund dieser Haltung meines Vorgesetzten hatte ich am Institut das angenehme und motivierende Gefühl, dass ich dazu gehöre. Dies entsprach wohl auch den Absichten Hildebrandts, der sich dem genossenschaftlichen Gedanken einer gemeinsam getragenen Verantwortung für das Studienwerk verpflichtet fühlte. Seinen Leitungsstil kann man als die Führung an einer „langen Leine“ bezeichnen. Solange die Dozenten ihre Institutsaufgaben mit Erfolg erledigten, mischte sich der Vorstandsvorsitzende gar nicht oder nur in absoluten Ausnahmefällen ein. Die Dozenten des Hauses waren in ihren Zuständigkeitsbereichen selbstständige „Subunternehmer“, die ihre Tätigkeit im Fachbereichsrat und später im Institutsrat koordinierten.

Aus meiner Sicht war dies eine Ideallösung. Walter Hildebrandt setzte also in der praktischen Institutsarbeit das von vielen anderen gelegentlich nur feierlich gepredigte Subsidiaritätsprinzip der katholischen Soziallehre wirklich durch. Dieser moderne Führungsstil gehört inzwischen zu den charakteristischen Strukturmerkmalen des Vlothoer-Instituts und wurde von den Nachfolgern Hildebrandts (Adolf Kruppa, Roland Scharff und Theo Mechtenberg) fortgeführt. Der Einfluss der par excellence liberalen und humanen Haltung Hildebrandts als Mitbegründer und langjähriger Institutschef hat sich – meiner Meinung nach – tief in die Funktionsweise des Gesamteuropäischen Studienwerks eingepreßt und ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für die seit Jahrzehnten andauernde erfolgreiche Arbeit dieser Institution.

### **Die Aktion Usedom**

Sehr emotionale Erinnerungen verbinde ich mit einer bildungspolitischen Maßnahme, die ich hier als „Aktion Usedom“ bezeichnen möchte. In der Zeit der deutschen Wiedervereinigung nahm der Jurist Herr Lange aus Bielefeld Kontakt mit dem Vlothoer-Institut auf. Lange, ein damals schon pensionierter Stadtdirektor, wurde auf der Insel Usedom im damals noch deutschen Swinemünde geboren. Seine Idee war, die noch vor dem Zweiten Weltkrieg existierende Bahnverbindung von Berlin über Stettin und Swinemünde bis zum Ostseebad Heringsdorf wieder ins Leben zu rufen, um der Entwicklung des Tourismus in der ganzen Region einen spürbaren Wachstumsimpuls zu geben. Der Enthusiast warb um die tatkräftige Unterstützung dieses Vorhabens durch das Gesamteuropäische Studienwerk. Dies überschritt aber deutlich die Möglichkeiten der Einfluss-



nahme einer politischen Bildungsstätte auf die deutsche und polnische Regierung. Die Diskussion mit dem engagierten Ideengeber führte uns allerdings zur Überlegung, ob es nicht angebracht wäre, im Namen des Gesamteuropäischen Studienwerks internationale politische Bildungsarbeit auf der zwischen Deutschland und Polen aufgeteilten Insel Usedom durchzuführen. So wurde in beschleunigtem Verfahren die Idee einer Institutsfiliale auf der in vielerlei Hinsicht attraktiven Ostseeinsel geboren.

Im Februar 1991 machten wir beide, Dr. Mechtenberg und ich, die erste Dienstreise auf Usedom. Unsere Aufgabe war es, ein Haus ausfindig zu machen, das für die politische Bildungsarbeit geeignet und auch für die Seminarteilnehmer attraktiv sein sollte. Nach Besichtigung von mehreren Häusern und Gesprächen mit verantwortlichen Kommunalpolitikern betreten wir eines abends eines der sehr wenigen geöffneten Restaurants, das aus zwei aufeinander folgenden Räumen bestand. Im ersten Raum war der Einzug des westlichen Lebensstils feststellbar. An der Bar hingen, neben zahlreichen dekorativen Flaschen mit schottischem Whisky, Cognac Martell und Asbach-Uralt, die großen Werbeplakate von Coca-Cola, Campari und Jägermeister. Da an der modernen Theke alle Stühle besetzt waren, mussten wir uns an den ersten Tisch im zweiten Raum setzen. Dort tauchten wir aber wieder in die Wirklichkeit des untergegangenen DDR-Sozialismus ein. Auf den Tischen lagen billige Plastikdecken, die Stühle waren alt, hässlich und unbequem. Auf meine Anfrage erklärte die Kellnerin, dass das Lokal noch vor einigen Monaten in der Sommersaison 1990 als Speiseraum für die Werktätigen in den Ferienhäusern der volkseigenen Betriebe gedient hatte. Aus Geldmangel habe bislang nur der erste Raum modernisiert werden können. Wir vollzogen also am Beispiel dieser beiden so unterschiedlichen Räume den sich in Deutschland und Europa vollziehenden Umbruch überaus anschaulich und hautnah nach. Ein Erlebnis, das sich eingepägt hat. Aus den mit der Aufbruchstimmung der ersten neunziger Jahre übereinstimmenden ehrgeizigen Plänen einer Institutsfiliale auf der Insel Usedom ist allerdings aus mehreren Gründen nichts geworden. Das einzige konkrete Ergebnis waren die in den Jahren 1992 bis 1998 alljährlich im September durchgeführten einwöchigen deutsch-polnischen Studentenseminare, die sich thematisch auf die Beziehungen zwischen Polen und Deutschland und ihren europäischen Kontext konzentrierten. Sie fanden in Heringsdorf im „Haus Meeresfrieden“ der kirchennahen Stephanus-Stiftung aus Berlin statt. Die Veranstaltungen führte ich zusammen mit Herrn Dr. Mechtenberg durch, der nach seinem 1993 erfolgten Übergang in den Ruhestand immer noch bereit war, bei dieser internationalen Veranstaltung aktiv mitzumachen.

Jede Heringsdorfer Veranstaltung wurde am letzten Seminartag durch einen gemeinsamen sechzehn Kilometer langen Spaziergang der Teilnehmer zur deutsch-polnischen Staatsgrenze und zurück im gewissen Sinne „gekrönt“. Im Jahr 1996 interessierte sich die Fernsehredaktion der „Deutschen Welle“ für das Seminar. Ein Redaktionsteam kam nach Heringsdorf und filmte ganze zwei Tage lang das Seminargeschehen. Das Interview mit Herrn Hildebrandt wurde von den Fernsehleuten während des Spaziergangs zur Staatsgrenze aufgezeichnet. Das Ergebnis war ein vierminütiger Bericht über diese deutsch-polnische Jugendbegegnung, der im weltweiten Programm der „Deutschen

Welle“ ausgestrahlt wurde. Unsere gemeinsamen Fahrten auf die Insel, viele Gespräche über Gott und die Welt sowie die freundschaftliche und zugleich erfolgreiche Zusammenarbeit bei der „Aktion Usedom“ mit dem Kollegen Mechtenberg sind tief in meine Erinnerungen eingedrungen und gehören sicher zu den besonders wertvollen Erlebnissen meiner langjährigen beruflichen Tätigkeit am Gesamteuropäischen Studienwerk in Vlotho.

### **Aufgaben in der Institutsleitung**

Seit dem Ende der achtziger Jahre wurde ich immer wieder von den Mitarbeitern des Studienwerks zum stellvertretenden Fachbereichsleiter gewählt. Dies erbrachte eine engere Zusammenarbeit mit dem langjährigen Leiter dieses Organs, Herrn Dr. Harry Blunk. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten wir beide verhältnismäßig wenig Kontakt miteinander. Harry Blunk war ein angesehener Fachmann im Bereich der DEFA-Filme. In seinen Veranstaltungen mit Schüler- und Studentengruppen befasste er sich vorwiegend mit dieser mir wenig bekannten Problematik. Unsere Themen lagen daher so weit auseinander, dass wir kaum gemeinsame Seminare durchgeführt haben. Blunk war nur um ein Jahr älter als ich, und ich empfand ihm gegenüber von Anfang an eine gewisse Sympathie. Jetzt rückten wir aus dienstlichen Gründen näher zusammen.

Zwischen Harry Blunk und mir entwickelte sich allmählich, mehr oder weniger spontan, eine bestimmte Arbeitsteilung. Während sich Harry mit den inneren Abläufen im Hause, der Organisation und den immer wieder auftretenden Konflikten befasste, tendierte ich eher dazu, mich mit den äußeren Angelegenheiten des Studienwerks zu beschäftigen. Es ging dabei um die Kontakte zu den Geldgebern des Instituts, vor allen anderen zum Jugendministerium. Wichtig waren auch die Beziehungen zum AdB oder zu den an politischer Bildung interessierten Stiftungen. Im Zentrum all dieser Maßnahmen stand die Werbung von Teilnehmergruppen, da uns allen klar war, dass die Nachfrage nach Veranstaltungen auf mittlere und längere Sicht über die Existenzberechtigung des Instituts entscheiden würde. Diese nach außen gerichtete Tätigkeit erforderte die Bereitschaft, relativ viele Dienstreisen zu unternehmen, was Harry Blunk nicht so lag.

In einigen Fällen, wo wir gemeinsam unterwegs waren, ließ sich mein Kollege unter keinen Umständen für die Bundesbahn erwärmen. Im Gegensatz zu mir war er ein überzeugter Bahn-Muffel. Als Autofahrer war Harry höchst souverän und sicher, und ich mochte durchaus die gemeinsamen Autofahrten mit ihm. Während dieser Fahrten sprachen wir stundenlang über das Studienwerk, aber auch über Persönliches. Durch diese Dienstreisen kamen wir uns immer näher, obwohl wir uns immer noch siezten. Diese offizielle Form der Anrede wurde mir jedoch im Laufe der Zeit zu einer immer größeren Last. Eines abends während einer langen Fahrt von Freiburg nach Vlotho bot ich Harry das Du an. Ich hatte das Gefühl, dass auch er erleichtert war. Allmählich wurden wir von eng zusammenarbeitenden Kollegen zu Freunden. Auch unsere Dienstbesprechungen führten wir häufig während der gemeinsamen Spaziergänge auf dem Vlothoer Winterberg durch. Die Angelegenheiten des Studienwerks vermischten sich mit Privatem.

Harry erzählte mir ab und zu von seiner rheumatischen Krankheit, die ihn Anfang der neunziger Jahren immer wieder in die Krankenhäuser von Bad Oeynhausen und Herford brachte. Etwas scherzhaft sagte er mir eines Tages, dass die Ärzte im Herzzentrum Bad Oeynhausen ihm mitgeteilt hätten, dass er der am genauesten untersuchte Patient in Nordrhein-Westfalen sei. Dies alles hat Harry Blunk jedoch nicht viel geholfen, denn während eines Urlaubs in Ostdeutschland im Juli 1996 erlitt er einen schweren Herzinfarkt und fiel ins Koma. Aus diesem erwachte er nicht mehr, er verstarb nach sechs Monaten im Krankenhaus und Pflegeheim im Januar 1997.

Seine Erkrankung und sein Tod bedeutete für mich nicht nur den Verlust eines Freundes, sondern auch eine grundsätzlich veränderte Situation im Studienwerk. Als langjähriger Stellvertreter Harry Blunks – in den letzten Jahren war er nicht mehr Leiter des Fachbereichsrates, sondern des Institutsrats – musste ich seine Leitungsaufgaben zunächst kommissarisch und dann als gewählter Vorsitzender im vollen Umfang übernehmen. Es war für mich eine schwierige und arbeitsintensive Zeit, weil das Institut seit Mitte 1996 faktisch mit zwei Dozenten, das heißt mit dem als Nachfolger von Dr. Mechtenberg im Oktober 1993 eingestellten Dr. Zbigniew Wilkiewicz und mir, seine umfangreiche pädagogische Aufgaben bewältigen musste. Die an der Wende 1995/1996 als Projektmitarbeiterin zunächst für zwei Jahre eingestellte junge Dozentin, Frau Meike von Platen, konnte uns dabei kaum helfen. In einigen Seminaren konnten wir glücklicherweise mit dem Einsatz von Herrn Mechtenberg als Gastdozenten rechnen.

Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellte zweifelsohne die zweite Jahreshälfte 1996 dar, in der auch Frau Erhardt in den Ruhestand ging und durch einen neu eingestellten Mitarbeiter ersetzt wurde. Es war damals häufig so, dass ein Seminar mit dem sonntäglichen Mittagessen zu Ende ging, und nachmittags bereits die nächste Seminargruppe anreiste. Als Leiter des Institutsrates fing ich in dieser Zeit an, Dinge zu sehen, die mir früher nicht aufgefallen waren. Nicht weggeräumte Landkarten, tropfende Wasserhähne, unverschlossene Fenster und Türen oder Schmutz in weniger zugänglichen Ecken.

Nach einer Zeit großer Zurückhaltung, die durch heftige Kürzungen von Bundesmitteln verursacht wurde, standen Mitte der 90-er Jahre bitter notwendige Investitionsvorhaben an. Neben dem Umbau des Hauses „Sofia“ ging es um neue Heizkessel, die Modernisierung der Institutsküche sowie die Auflösung der 1993 durch die Streichung aller Mittel des Bundeslandes Nordrhein-Westfalen eingestellten Institutsbibliothek, in deren Räumen ein Freizeitbereich entstehen sollte. Ohne solidarische Mitarbeit und tatkräftige Unterstützung durch meinen Stellvertreter, Zbyszek Wilkiewicz, wären diese zahlreichen Projekte nur sehr schwer oder gar nicht umsetzbar gewesen. Ausgezeichnet hat sich in dieser Zeit meine enge Zusammenarbeit mit der Finanzexperten des Studienwerks, Frau Birgit Ackermeier, entwickelt. Sie entlastete mich weitgehend von der Beschäftigung mit Finanzierungsfragen des Instituts, und ich konnte ihr in diesen Angelegenheiten vollständig vertrauen. Sehr erfolgreich war die Institutsarbeit im Jahr 1997, in dem wir eine imposante Zahl an Seminarteilnehmertagen und einen sehr großen Überschuss der Einnahmen über die Ausgaben erreichten. Diese Mittel konnten später für die Finanzierung der bevorstehenden Investitionen des Studienwerks eingesetzt werden.

## Der Abschied

Die zahlreichen Leitungsaufgaben drängten mich jedoch allmählich immer mehr in die Rolle eines Institutsmanagers hinein. Dies kollidierte damit, dass die Nachfrage nach Seminaren über die wirtschaftlichen und politischen Entwicklungen der Systemtransformation in Mittel- und Osteuropa kontinuierlich anhielt. Die eigentlich erwünschte Folge waren viele von mir akquirierte und durchgeführte Lehrveranstaltungen. Die Doppelbelastung war spürbar, und ich näherte mich mit 57 einem Alter, in dem deutsche Arbeitnehmer zumindest anfangen, über den Ruhestand nachzudenken. Bei mir war es noch nicht so weit, aber zweifelsohne sehnte ich mich nach mehr Ruhe, mehr Zeit und einer Rückkehr zur wissenschaftlichen Arbeit. Anfang 1998 erhielt ich das Angebot, als Dozent für internationale Wirtschaftsbeziehungen und Wirtschaftspolitik zum Wintersemester 1998/1999 an die Universität Oldenburg zu wechseln. Nach vierzehn Jahren Arbeit im Gesamteuropäischen Studienwerk war das für mich eine interessante berufliche Herausforderung. Bis dahin war ich noch nie an einer Universität tätig gewesen.

Als erstes weihte ich Zbyszek Wilkiewicz in meine Entscheidung, das Studienwerk zu verlassen, ein. Er war davon am meisten betroffen, denn mit meinem Fortgang war für Wilkiewicz die Notwendigkeit verbunden, die Funktion des Institutsratsleiters zu übernehmen. Danach musste ich den schweren Gang auf den Winterberg machen, um meine Entscheidung Walter Hildebrandt mitzuteilen, mit dem mich seit mehreren Jahren eine tiefe freundschaftliche Beziehung verband. Herrn Mechtenberg, dem damals schon Vorstandsvorsitzenden, schrieb ich in dieser Angelegenheit am 27.03. 97 einen Brief, aus dem ich zwei Schlüsselsätze zitieren möchte: „Im GESW habe ich mich sehr wohl gefühlt und die Zusammenarbeit mit Ihnen und den Kollegen hoch geschätzt. Ich werde mit dem Institut in der Zukunft gerne in enger, freundschaftlicher Verbindung bleiben.“ Als großen Vertrauensbeweis seitens des Arbeitgebers wertete ich die Tatsache, dass ich bis zu meinem letzten Arbeitstag (30. September 1998) in der Funktion des Institutsratsvorsitzenden belassen wurde. An meinem vorletzten Arbeitstag gab ich für die Mitarbeiter und einige Vorstandsmitglieder ein Abschiedsfrühstück. Wenige Minuten nach zwölf Uhr rief mich meine Frau an und teilte mir mit, dass mein Schwiegervater, Gerard Pielok, im Krankenhaus in Bad-Oeynhausen verstorben sei. Darauf bot mir Zbyszek Wilkiewicz spontan an, mich mit seinem Auto ins Krankenhaus nach Oeynhausen zu bringen. Diese schöne Geste werde ich ihm niemals vergessen.

Zwei Tage später saß ich schon an meinem neuen Schreibtisch in Oldenburg und erhielt plötzlich den wohl ersten Anruf. Es meldete sich der Vorstandsvorsitzende des Gesamteuropäischen Studienwerks, Dr. Theo Mechtenberg, mit der Frage, wie es mir an der neuen Arbeitsstelle gehe. Das war aus meiner Sicht ein Zeichen dafür, dass meine Verbindung zum Vlothoer Institut auch künftig Bestand haben würde.

*Christine Ehrhardt*

## **25 Jahre Heimleiterin und Lehrgangsassistentin im GESW**

50 Jahre Gesamteuropäisches Studienwerk – über die Bedeutung dieses Instituts der politischen Bildung werden viele schreiben. Ich durfte an dieser Stelle 25 Jahre lang wirken und erinnere mich hauptsächlich an interessante Kontakte mit Menschen.

### **In Vlotho**

Vlotho ist eine schöne Stadt in wunderschöner Umgebung. Als ich das erste Mal das Institut betrat, war es als Teilnehmerin. Ein Freundeskreis, zu dem meine Mutter gehörte, hatte hier sein jährliches Treffen. Manche brachten ihre "Kinder" mit. Man erzählte von Erlebnissen des vergangenen Jahres. Ich auch, die ich gerade aus Amerika zurückgekommen war, nach Jahren des Unterwegeseins in der Welt. Ich suchte eine neue Arbeit. Ich bekam sie hier angeboten, da man im GESW gerade eine neue Mitarbeiterin suchte. Die Schönheit der Landschaft zeigte sich mir noch während des Treffens. Wir wurden eingeladen in das Haus des Leiters, Professor Hildebrandt. Der Blick über die Stadt an der Weser, der sich durch die hügelige Landschaft windende Fluss, vergoldet und glitzernd in der Abendsonne, am Horizont die Porta Westfalica, zu diesen Eindrücken anregende Gespräche mit weltoffenen Menschen; ich habe das Angebot angenommen, in Vlotho zu arbeiten. Meine Bedenken, ich würde es bald bereuen, "sesshaft" geworden zu sein, haben sich nicht bewahrheitet. Meine Befürchtungen, das Umfeld könne zu provinziell sein, oder es würde mir meine gewohnte Internationalität fehlen, erwiesen sich als unbegründet. Was ich nicht geschafft habe, ist, Vlotho und die schöne Umgebung zu erkunden; das Leben spielte sich für mich in den zwei, später vier Häusern des Instituts ab, und war dann eine Woche oder ein Wochenende frei, ohne Gäste, zog es mich weiter weg.

### **Dr. Asendorfs praktische Lösungen**

An einem der ersten Seminare, die ich 1971 betreute, ging es um die Aktion Roter Punkt in Bremen. Das war ein erbitterter Streit und Streik, unter anderem um Fahrpreiserhöhungen. Unser Dozent Dr. Asendorf und andere luden die opponierenden Parteien, Jugendvertreter und Vertreter der Stadt Bremen nach Vlotho zu einem Seminar ein. Und gemeinsam fand man Lösungen.

### **Rote Zelle**

Einigen Aktivisten ging es aber auch um ganz Anderes, um Weiterreichendes. Ich kann mich nicht mehr genau erinnern, waren es nun Studenten der dafür berühmten Bremer Universität oder Jugendarbeiter, jedenfalls versuchten zwei, mich eines Abends zu gewinnen, im GESW eine rote, eine sozialistische Zelle aufzubauen. Meine Stellung als Heimleiterin und Lehrgangsassistentin schien ihnen dazu wohl ideal. Sie hatten wirklich gute psychologische Tricks, und sie taten mir fast leid, wusste ich doch allzu gut, was es bedeutet, jemanden für etwas gewinnen zu wollen oder zu sollen. Sie prallten mit ihren

Bemühungen an mir ab, war ich doch ziemlich immun gegen Ideologien. So gab es eben durch mich keine Zelle nach den Wünschen meiner Besucher.

### **Dr. Blunks bleibender Eindruck**

Solche Bestrebungen haben im Laufe der Jahre abgenommen, doch es bildete sich unter Schülern ein echtes Interesse an Ideologien heraus. Gerade traf ich wieder eine junge Frau, die in jenen Jahren als Schülerin in Vlotho war. Jemand fragte, wo wir einander kennen gelernt hätten, und sie erzählte von den Seminaren im GESW; wie ein Mantra zitierten wir beide eines der damals häufigsten Themen: "Der Marxismus-Leninismus in der theoretischen Diskussion und in der politischen Praxis". Als Studentin kam sie dann zu Seminaren über DEFA Spielfilme und noch später als junge Mutter zu Literaturseminaren. Ihre Söhne sind jetzt erwachsen, noch immer erzählt sie, wie wichtig für sie als Schülerin es gewesen sei, dass ein Dozent wie Dr. Blunk sie ernst genommen habe.

### **Montage**

Eine meiner Aufgaben war es, Spielfilme aus den sozialistischen Ländern, hauptsächlich DDR, aufzuzeichnen, und wir hatten schlussendlich eine beachtliche Sammlung. Wie ich aus dem TV-Programmheft entnahm, sollte an einem Wochenende ein Film aus der CSSR gesendet werden. Ich stellte ihn zur Aufzeichnung ein und machte den zuständigen Dozenten auf diesen Film aufmerksam. "Ich hasse Montage", also ein Film, der im Industriemilieu spielt. Auch er fand den Titel bemerkenswert, wenn in einem solchen Land zugegeben wird, dass man Arbeit nicht mag. Am Montag lachte Dr. Blunk herzlich, er habe sich extra mit seiner Frau vor den Fernseher gesetzt, doch habe sich bald herausgestellt, dass der Film eine Klamotte war und dass nicht Montage gemeint war, sondern der Wochentag Montag.

### **Studenten der Uni Debrecen**

Verblüffend fanden zwei Dozentinnen von DDR-Hochschulen, mit denen ich zusammen an einer Sommeruniversität in Debrecen Ungarisch lernte, meine Kenntnisse über DEFA Spielfilme und Schauspieler. Sie hielten es wohl eher wie eine von Manfred Krug gespielte Person, die im Film zu seiner Umworbenen sagte: „Mit Dir würde ich mir sogar einen DEFA Film anschauen“. Jeder Film wurde a priori als systemkonform eingestuft. Man konnte mein Interesse nicht einordnen. Eher akzeptiert wurde das Interesse am ungarischen Film, zumal wir einige sahen und István Szábo Vorträge hielt.

Unsere ungarische Sprachlehrerin, Germanistin an der Universität Debrecen, war interessiert an meinen Erzählungen über das Gesamteuropäische Studienwerk, und wir heckten zusammen den Plan aus, mit ihren Studenten nach Vlotho zu kommen. Die Dozenten am GESW stimmten zu, der DAAD war bereit, zur Finanzierung beizutragen, und 1988 reiste die erste Delegation der Universität Debrecen an. Es wurden arbeitsreiche und fröhliche Wochen. Unvergesslich der Abschlussabend, den die Ungarn für die Mitarbeiter des GESW gestalteten und auch für uns kochten. Ein besonderes Fest für die

Mitarbeiterinnen der Küche, über die Jahre bei allen Teilnehmern bekannt für ihr gutes Essen.

### **Da bin ich ganz anderer Meinung**

An vielen Seminaren unseres Ost-West Institutes nahmen Arbeiter aus Bremen teil; so auch diesmal. Man hatte den ganzen Tag vom Vergleich der politischen Systeme gehört und viel diskutiert. Am Abend lockte der Bierkeller. Zuvor bot der Dozent noch eine lockere Stunde mit Musik und Geschichten aus Polen an. Man hatte sich aber vorher gut mit Getränken eingedeckt, und als ich leise protestieren wollte, sagte mir ein baumlanges Kerl, das schaffen wir schon, mien Deern, wir sind Hafenarbeiter! Einer schaffte es wohl nicht, denn ich fand den Herrn Sand mit seinem sandfarbenem Haar und einem schiefem Lächeln im Flur neben dem großen Ascher am Boden sitzen: „Ach, Frau Ehrhardt“, rief er, „ich bin ja soo schlecht, ich wollte mich in den Papierkorb wegwerfen, aber ich pass da nicht rein!“ Ich habe den Baumlangen um Hilfe gebeten, er kam in den Flur, packte den Sand wie einen Sack über die Schulter - eben Hafenarbeiter! - und brachte ihn die Treppe hoch. Wir gingen zurück zum musischen Abend. Der Dozent las gerade Aphorismen von Lec vor, alle freuten sich daran, da kam Herr Sand, den wir selig schlafend wähten, leise rein, setzte sich und schien zuzuhören. Kaum war die Lesung beendet, meldete sich Herr Sand: „Herr Dross, da bin ich aber ganz anderer Meinung!“ Der Bierkeller war dann genau das Richtige.

### **Engländer in Berlin**

Einige Jahre lang besuchten Studenten einer Londoner Polytechnic, die auch Deutsch lernten, von unserem Haus angebotene Seminare zum Systemvergleich. Zu ihrem Kursus gehörte auch eine mehrtägige Berlinfahrt, die ich meist begleitete. Besonders interessant war für alle der Tag in Ost-Berlin. Nach einigen gemeinsamen Besuchspunkten ging jeder für sich oder in kleinen Gruppen eigene Wege, sei es in Buchhandlungen oder Musikläden, oder manche fuhren in Vororte, um vielleicht mehr vom Alltagsleben der DDR zu erfahren. Sie versuchten, mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Das erstaunliche Fazit dieses Tages war eine Veränderung bei allen. Die Studenten, die vorher vehement die Vorzüge der DDR verteidigt hatten, waren kleinlaut und die, die die Idee des Sozialismus grundwegs abgelehnt hatten, waren nachdenklich geworden. So gab es, nach Vlotho zurückgekommen, viel Stoff zu Diskussionen.

### **Dr. Mechtenberg und Engländer**

Wenn man an einem Ost-West-Institut arbeitet, ist man vielleicht offener für Ost-West-Themen, und doch war es besonders interessant, mit Menschen aus anderen Ländern zu sprechen, die aus weiterer Ferne die deutsch-deutsche Situation betrachteten.

Die britischen Hochschullehrer, Germanisten, die sich mit DDR-Literatur befassten, waren natürlich meist des Öfteren in der DDR gewesen. Es tat gut, mit Realismus und mit weniger Emotionen über die Lage der DDR und der BRD sprechen zu hören.

Einige dieser britischen Dozenten hatten zu einem Zeitpunkt Germanistik studiert, als es an vielen der englischen Universitäten "in" war, Marxist zu sein. So kam es einigen sehr entgegen, sich mit der Literatur des deutschsprachigen Staates zu beschäftigen, der sich den realen Sozialismus auf die Fahne geschrieben hatte. Doch nach Besuchen in der DDR fielen einige ihrer Publikationen über die DDR zu realistisch aus, sodass es für manche der Autoren Einreiseverbote in die DDR gab.

Dr. Theo Mechtenberg, auch Germanist, hatte Jahre in der DDR gelebt. Am Gesamteuropäischen Studienwerk mit seiner bekannten Bibliothek mit Werken aus und über die DDR, konnte Dr. Mechtenberg für Seminare über Literatur aus der DDR ein perfektes Podium bieten. Die Germanisten aus Großbritannien mit Schwerpunkt DDR nahmen das Seminarangebot gerne an. Auch viele Schriftsteller aus der DDR, ausgewiesene oder gegangene, nahmen teil.

Es gab sehr angeregte Diskussionen. Zusätzlich konnten wir Literaturverfilmungen einiger der in den Seminaren behandelten Werke bieten. Diese Kooperation von Dr. Mechtenberg mit den britischen Hochschulen lief über Jahre. Mir hat es immer viel Freude gemacht, diese Seminare mit zu betreuen.

### **Frau Hildebrandt und die Kultur**

Auch viel Freude brachten die Literaturseminare von "Frau und Kultur", die von Frau Irma Hildebrandt geleitet wurden. Wenn ich auch von den Vorträgen nicht so viel miterlebte, so doch von dem sonstigen Geschehen. Selten gab es ein solches Stimmengewirr im Speiseraum, angeregt, fröhlich und laut, einer Lautstärke aus Rücksicht auf die älter Gewordenen. Nie vergesse ich die Abende mit Lesungen und Theater je nach Seminarthema und meist selbstverfasst. Mit einer feinen Theatralik, berückend schön. Noch sehe ich die feingliedrige, nahezu durchsichtige Hand einer fast Neunzigjährigen, ein junges Mädchen mimend. Man hat es geglaubt.

### **Praktikantinnen und Praktikanten**

Mit vielen, die als Praktikanten im Institut waren, bin ich noch in Verbindung. Es zeugt von der Attraktivität des Hauses, dass sie gerne gekommen sind, denn das Taschengeld, das wir zahlten, konnte der Anreiz nicht gewesen sein. Jacky war eine unserer ersten Praktikantinnen. Sie war als Studentin der Polytechnic of Central London bei uns gewesen. Sie hat mit ihrer erfrischenden Art viel zum Wohlbefinden unserer Gäste beigetragen.

Eine deutsche Studentin hatte an einem Literaturseminar teilgenommen, später als Praktikantin selbst eines im Hause geleitet. Sie wurde später Leiterin einer Landeszentrale für politische Bildung und leitet jetzt die Öffentlichkeitsarbeit eines Landesverfassungsschutzes.



István war mit den ungarischen Studenten in Vlotho gewesen und froh für die Chance, bei uns Praktikant zu sein. Abends fand man István immer mit den Teilnehmern philosophieren oder Schach spielen. Er macht jetzt Übersetzungen.

Natalja aus Irkutsk in Sibirien war an einem Austausch mit der Fachhochschule Osnabrück beteiligt, die mit dem GESW kooperierte. So kamen beide Studentengruppen zu einem Kompaktseminar zu uns. Das Seminar war zweisprachig. Als Natalja als Praktikantin bei uns anfang, sprach sie kaum Deutsch, doch was sie wusste, nutzte sie, und jeder Tag brachte Neues. Ihr besonderes Interesse galt nach ein paar Wochen deutschen Sprichwörtern und Redewendungen. Nach ihrem Studium in Irkutsk unterrichtete Natalja Ökonomie, baute das Tourismuszentrum in Irkutsk mit auf, ihr Schwerpunkt Deutschland. Zur Zeit studiert sie für ein Jahr in den USA.

Andrew aus England studierte Deutsch und Arabisch. Andrew war der Schwarm aller jungen Mädchen, auch sein Deutsch hat sich sicher sehr erweitert, da alle mit ihm reden wollten. Andrew lebt jetzt mit seiner Familie in Südfrankreich, doch bis letztes Jahr war er immer die Hälfte seiner Zeit in Saudi-Arabien, wo er auch seine Sprachkenntnisse nutzte, um für deutsche Partner der Scheichs zu verhandeln und zu übersetzen.

Lina kam aus Litauen. Ihre Schwerpunkte waren Deutsch und Japanisch. Ich habe selten eine junge Nichtdeutsche getroffen mit einem so exzellenten Deutsch, ihre Briefe waren fast literarisch. Ihr Japanisch wird wohl ebenso gut sein, denn sie unterrichtet und lebt mit ihrem chinesischen Mann in Japan.

### **Freunde**

Fünfundzwanzig Jahre sind eine lange Zeit. Wie viele Teilnehmer und Gäste während meiner Zeit im Haus gewesen sind, die Zahlen weiß ich nicht. Auch weiß ich nicht die Anzahl der Mitarbeiter, die zur gleichen Zeit wie ich im GESW tätig waren. Aber ich weiß, dass ich viele bemerkenswerte und interessante Menschen kennen gelernt habe. Einige sind Freunde geworden, viele haben mich schon in meiner neuen Heimat in Frankreich, im Elsass, besucht, und wir denken dann auch zusammen an schöne Zeiten in Vlotho zurück.

*Bärbel Heising (Berlin)*

## **Begegnungen im Gesamteuropäischen Studienwerk e. V. in Vlotho**

So wie der 50. Geburtstag eines jeden von uns ein schöner Anlass zum Feiern ist – man blickt auf sein bisheriges Leben zurück und schöpft neue Kraft für den Weg, der noch vor einem liegt -, gibt auch das 50-jährige Bestehen des Gesamteuropäischen Studienwerkes Gelegenheit, den Blick zurück und nach vorn zu richten.

### **Begegnung I**

Meine erste Begegnung mit dem Gesamteuropäischen Studienwerk, kurz und knapp GESW, fand 1984, vor genau 20 Jahren statt: Professor Dr. Paul Gerhard Klusmann hatte seine Studentinnen und Studenten - darunter auch mich -, seine Doktoranden und einen chinesischen Gastprofessor eingeladen, fernab des akademischen Betriebes des Germanistischen Instituts der Ruhr-Universität Bochum an einem einwöchigen Seminar über DDR-Literatur teilzunehmen. Damals befassten wir uns mit zu jenem Zeitpunkt neu erschienenen Texten von Christoph Hein, Irmtraud Morgner, Günter de Bruyn, Stefan Heym und Christa Wolf. Angereist war ich aus literaturwissenschaftlichem Interesse, abreisen sollte ich mit einer besonderen Erfahrung im Gepäck.

Was war geschehen? Zum einen hatte mich das GESW selber für sich eingenommen: am Rande von Vlotho gelegen, bestehend aus einem Ensemble von zwei Gründerzeitvillen, in denen die Gäste untergebracht werden, und einem modernen Gebäude, das die ehemalige Bibliothek und die Seminarräume beherbergt, umgeben von einem wunderschönen Garten mit einem alten hohen Baum. Mittelpunkt des geselligen Lebens und Orte unzähliger Gespräche und Diskussionen: das gediegene, holzvertäfelte frühere Wohnzimmer sowie im Speisesaal der ellenlange Esstisch in einem großen Erker, der den Blick auf die Fachwerkstadt Vlotho und die Hügel des Weserberglandes frei gibt. Diese Landschaft lud zu Spaziergängen ein, entweder hinauf zur Burg, hinunter ins Städtchen oder entlang des Flusses. Auch für das leibliche Wohl war bestens gesorgt, sodass ich mich damals in Günter Grass' „Treffen in Telgte“ versetzt fühlte.

Am Ende dieses Seminars lud uns Dr. Theo Mechtenberg, Dozent des GESW, zu einem Wiedersehen in Vlotho ein, und zwar zu einem einwöchigen Seminar über Literatur und Politik der DDR im Rahmen der politischen Bildung, das jeweils im Sommer veranstaltet wurde und zu dem sich Literaturinteressierte jedweder Couleur zusammenfanden. Und mit großer Neugier folgte ich dieser Einladung.

### **Begegnung II**

Was erwartete mich nun im Sommer-Seminar von Theo Mechtenberg? Alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einte das große Interesse an der Literatur und die Gruppenmitglieder verbanden teilweise schon viele Jahre der gemeinsamen Textlektüre und -analyse. Dank der Offenheit und des Interesses an einem Gedankenaustausch fühlte ich mich dort gleich gut aufgehoben; so erging es im Laufe der Jahre auch den immer wieder neu Hinzukommenden. Uns einte jedoch auch unserer Verschiedenartigkeit: ein 19-jähriger Abiturient arbeitete gemeinsam mit einer hochbetagten Bibliothekarin eine

Gruppenarbeit aus, ein Bankdirektor setzte sich mit einem Deutschlehrer über Reinschemata auseinander, ein Journalist debattierte mit einem Germanisten über Erzählperspektiven, eine hauptberufliche Hausfrau führte in einen Roman ein - und das alles mit großer Ernsthaftigkeit, ausgeprägtem Einfühlungsvermögen, intensiver Textkenntnis bei gleichzeitiger entspannter, dennoch straffer Leitung durch Theo Mechtenberg.

Außerdem nutzten wir das vielfältige Angebot des GESW: das hervorragende Archiv von DEFA-Filmen, aus dem wir, passend zu unserem Seminarthema, zwei auswählten, die wir uns in den Abendstunden gemeinsam anschauten, sowie die Bibliothek, in der wir einen eigens für unser Seminar zusammengestellten Handapparat vorfanden, der zu weiterem Stöbern einlud.

Da wir häufig nicht die einzige Seminargruppe im Haus waren, trafen wir im Weinkeller eines Abends auf britische Studentinnen und Studenten. Uns fiel sofort ein besonders gut gekleideter junger Mann auf, in Anzug und Krawatte! Auf unsere Frage, was es denn in solch edlem Zwirn zu feiern gab, antwortete er, dass er selber britischer Staatsangehöriger russischer Herkunft sei und mit uns auf den Geburtstag seiner Mutter im fernen, hinter dem Eisernen Vorhang gelegenen Russland anstoßen wolle. Auf diese Weise wurde in einer lauen Sommernacht der Kalte Krieg überwunden.

Als besonders gelungen habe ich in den nunmehr zwanzig Jahren, in denen ich mich - mit Unterbrechungen - an dieser Form der Beschäftigung mit Literatur beteiligt habe, empfunden, dass neben der Textanalyse und der Kontextualisierung im Rahmen der deutschen Literatur auch immer das gemeinsame Lesen der Texte im Vordergrund stand. Besonders intensiv wurden die Gespräche dann, wenn sich die Gruppe in kleine Arbeitskreise zurückzog - schließlich sollten am Ende der Seminarwoche die Analyseergebnisse der ganzen Runde vorgestellt werden. Das weckte gesunden Ehrgeiz, nicht nur den der Germanisten.

Neu waren für mich die gesamtdeutschen Erfahrungen, mit denen ich im Rahmen unseres Seminars konfrontiert wurde. Im Ruhrgebiet in Bochum aufgewachsen, ohne Verwandte in der DDR war für mich der andere deutsche Staat bis dahin ausschließlich literarisches Thema gewesen - mehr nicht. Doch dies sollte sich schnell ändern: Einige wenige Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Seminars hatten im Zuge der Ausbürgerung Wolf Biermanns 1976 die DDR aus politischen Gründen verlassen und berichteten sehr offen über ihre Erlebnisse und über die Alltagswelt der DDR. In vielen Gesprächen - manchmal bis tief in die Nacht - tauschten wir uns über unsere Deutschlands aus. Hier lernten wir, wie wichtig Zuhören ist.

Zu mehreren Seminaren gelang es Dr. Theo Mechtenberg, die Autorin oder den Autor einzuladen, deren Werk im Mittelpunkt unserer Seminarwoche stand. So verbrachten beispielsweise Wolfgang Hegewald und Helga Schubert einige Tage mit uns, lasen aus ihren Texten und berichteten von ihren Schriftstellerleben vor und nach der Wiedervereinigung. Im Gegensatz zu öffentlichen Lesungen hatten wir hier die Gelegenheit, außerhalb des offiziellen Rahmens intensive und sehr persönliche Gespräche zu führen. Und es war dieses Seminar - und nicht etwa eines an der Universität -, in dem ich zum ersten Mal den Namen Wolfgang Hilbig hörte und Texte von ihm las.

### Begegnung III

Höhepunkt aller Begegnungen im GESW war für mich persönlich das Seminar im Sommer 1994, also vor genau zehn Jahren. Theo Mechtenberg und die Gruppe hatten meinen Vorschlag aufgegriffen, ein Seminar einem einzigen Autor zu widmen: Wolfgang Hilbig, über dessen Werk ich zu jenem Zeitpunkt promovierte. Wolfgang Hilbig hatte ich ein Jahr zuvor in Potsdam bei der Verleihung des Brandenburgischen Literaturpreises kennen gelernt. Damals hatte er spontan zugesagt, zu einer Lesung und einem Werkstattgespräch in unser Seminar nach Vlotho zu kommen. Gesagt, getan: Theo Mechtenberg konnte sich zum ersten Mal nach vielen Jahren auf die Rolle des Gastgebers konzentrieren, da er mir die inhaltliche Vorbereitung des Seminars gern überlassen hatte. Im Mittelpunkt unseres Interesses standen die Erzählung „Alte Abdeckerei“ und der neu erschienene Roman „Ich“. Darüber hinaus berichtete Wolfgang Hilbig in einem Werkstattgespräch über seine Art, Texte zu verfassen - in Schulhefte schreibend -, und hörte aufmerksam unseren Analysen seiner Texte zu - zu unserem Leidwesen kommentarlos. Um auch den Literaturinteressierten in Vlotho die Möglichkeit zu eröffnen, Wolfgang Hilbig zu erleben, boten wir eine öffentliche Lesung an, die auf großes Interesse stieß.

Meine Dissertation mit dem späteren Titel „Briefe voller Zitate aus dem Vergessen. Intertextualität im Werk Wolfgang Hilbigs“ stand damals in den Grundzügen schon fest. Ich freute mich daher über Hinweise und Anregungen der Seminargruppe zu versteckten Zitaten, die mich noch Monate nach Ende des Seminars erreichten. Auf düsteren Kunstpostkarten schickte mir Wolfgang Hilbig kassiberähnliche Hinweise auf mögliche literarische Bezüge in seinem Werk, derer er sich allerdings schlussendlich nicht sicher zu sein schien. Nach dem Umzug von Regierung und Parlament nach Berlin - ich bin seit 1986 Parlamentsstenografin im Stenografischen Dienst des Deutschen Bundestages - bietet sich mir häufiger die Gelegenheit, Wolfgang Hilbig ganz unspektakulär bei Lesungen in der Hauptstadt wiederzusehen.

Nicht nur, dass ich Theo Mechtenberg verdanke, auf den Autor Wolfgang Hilbig gestoßen zu sein und ihn für mich entdeckt zu haben, er öffnete mir „seinen“ Seminarrahmen, in dem ich meine Lektüre- und Analyseerfahrungen einfließen lassen und auf diese Weise auch etwas für die vielen Jahre der Anregung zurückgeben konnte.

### Begegnung IV

In das noch immer etwas verschlafene und abseits gelegene Vlotho hat durch das GESW Internationalität Einzug gehalten. Denn auch Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dem europäischen Ausland fanden den Weg in unser Sommer-Seminar: aus Großbritannien, den Niederlanden und Belgien. Das hatte zur Folge, dass so manche Speisekarte aus Vlothoer Gaststätten entwendet wurde, um sie im Deutschunterricht einzusetzen. Die ortsansässige Gastronomie möge unser „einnehmendes“ Wesen entschuldigen - das alles diene dem höheren Zweck der Verbreitung der deutschen Sprache.

Vor wenigen Jahren „fusionierte“ unsere feine, aber inzwischen kleine Seminargruppe mit einer anderen zur Institution gewordenen Seminargruppe im GESW, ebenfalls unter der Leitung von Dr. Theo Mechtenberg. Gemeinsam mit Professor Graham Jackman

vom Centre of East German Studies der Universität Reading, Großbritannien, fand zum wiederholten Male eine internationale Literaturtagung statt, im Sommer 2003 unter dem Titel „Vom Täter- zum Opferbewusstsein? Tendenzen literarischer Aufarbeitung von Krieg, Flucht und Vertreibung“, zu der sich wiederum literarisch Interessierte sowie eine Vielzahl von Germanisten aus dem In- und Ausland einfanden.

### **Begegnung V**

Es kann niemandem verborgen geblieben sein: Herz und Seele meiner 20-jährigen Verbundenheit mit dem GESW ist und bleibt Dr. Theo Mechtenberg. Ihm, der stets dafür sorgte, dass die organisatorischen Voraussetzungen für die Seminare optimal waren und dafür von den Teilnehmern aber auch erwartete, dass sie sich ernsthaft und kreativ mit den Themen der Seminare auseinandersetzen, ist es gelungen, uns weit über seine aktive Dozentenzeit hinaus für die Literatur und das GESW zu begeistern. Aus einer Woche intensiver Beschäftigung mit deutscher Literatur im GESW komme ich mit Anregungen und einer Lektüreliste nach Hause, die für ein ganzes Jahr ausreichen. Vor allem aber hat er uns durch seine Biographie gelehrt, wie wichtig es ist, über den Tellerrand des eigenen Kulturraumes hinauszublicken.

Für dies alles ein herzliches Dankeschön!

## Rezensiertes

**Alix Landgrebe: „Wenn es Polen nicht gäbe, dann müßte es erfunden werden“. Die Entwicklung des polnischen Nationalbewusstseins im europäischen Kontext. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2003, 342 S.**

Die vorliegende Untersuchung wurde im Wintersemester 2001/2002 am Otto Suhr-Institut der Historischen Fakultät der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen. Sie beschäftigt sich mit der Entwicklung des polnischen Nationalbewusstseins im Zeitraum von 1830 bis 1880. Die Periodisierung reicht also vom Novemberaufstand 1830/31 bis zum Entstehen unterschiedlicher polnischer politischer Parteien in den drei Teilungsgebieten sowie im Exil. Diese Entwicklung setzte in der Tat um 1880 ein.

Die Autorin stellt in einem ersten einleitenden Kapitel unterschiedliche Nationalismustheorien vor (zum Beispiel Primordialisten versus Modernisten!), diskutiert diverse Typologien des Nationalismus und entwickelt schließlich ihren eigenen auf Polen und dessen spezifische Geschichte zugeschnittenen Ansatz, den sie als funktional komparatistisch definiert, und der es ihr erlauben soll, Entstehungsgründe und Dynamik der polnischen nationalen Ideologie zu beschreiben.

Die Untersuchung ist in drei übergeordnete Kapitel gegliedert. Im ersten beschäftigt sich Landgrebe zunächst mit der Instrumentalisierung der polnischen Geschichte für die Bestimmung des polnischen Selbstverständnisses. Hier geht es um die Rolle von Gedächtnis und Erinnerung als Mittel der Herausbildung nationaler Einheit, die literarische sowie historiographische Glorifizierung der polnischen Geschichte in der Periode der Romantik (Joachim Lelewel!) sowie um deren Mythologisierung (polnischer Messianismus!). Schließlich rekonstruiert Landgrebe auch die innerpolnische Kritik am romantischen Geschichtsbild durch die Krakauer Schule, die mit der romantischen Verklärung der Vergangenheit hart ins Gericht ging und sich kritisch mit den Hintergründen des polnische Niedergangs (Verlust der Staatlichkeit durch drei Teilungen) auseinandersetzte.

Im zweiten Kapitel erfolgt dann eine Ausweitung der Thematik, indem der europäische Kontext hinsichtlich der Rolle des polnischen Nationalismus rekonstruiert wird. Die entsprechenden Quellen polnischer Publizisten, Historiker und Schriftsteller werden im Zusammenhang mit solchen Begriffen und Kontexten wie „Asien und europäische Zivilisation“, „Brüdervölker“ und „Feinde“ „Polnischer Messianismus“, „Szlachta und Europa“, „Rasse“ sowie „Föderation der europäischen Völker“ analysiert und interpretiert. Hierbei ist das Spannungsfeld Europa als Konkurrenzkomponente zu verstehen, denn die polnischen Protagonisten beziehen sich immer wieder auf europäische Entwicklungen, ihr nationales Denken ist somit reaktiv. Abgrenzung sowie die Herausbildung von Auto- und Fremdstereotypen sind die Folge: so zum Beispiel der Begriff der



„Schwesternation“ Frankreich, ganz im Gegensatz zu den „Feindnationen“ Russland, Deutschland und Österreich. Die Idee eines europäischen Föderalismus wird dabei gerne mit dem spezifisch polnischen Modell der einstigen „Rzeczpospolita szlachecka“ in einen Zusammenhang gebracht. Dabei hat Europa – wie die Autorin nachweist – eine durchaus ambivalente Funktion. Es wird einerseits in nationalen Kategorien gedacht, andererseits in Verbindung mit Polen als nationales Argument für die Zukunft benutzt. (S. 214)

Im dritten Kapitel befasst sich Landgrebe mit den Vorstellungen über die Rolle Polens nach dem Jahre 1830. Neben der Idealisierung der zukünftigen politischen Rolle Polens und dem Topos von Polen „als einzigem demokratischem Volk“ werden hier Fragen wie Tradition und Nation, Katholizismus und nationales Bewusstsein, Positivismus und rationales Bewusstsein, Nationalbewusstsein und jüdische Frage sowie der Disput um das Territorium des zukünftigen Polen behandelt. Auch in diesem Kapitel spielen Inklusions- und Exklusionsmechanismen eine große Rolle. Dies ist nicht nur der enormen territorialen Ausdehnung des historischen Polen geschuldet, sondern auch seinen zahlreichen Ethnien bzw. nationalen Minderheiten. Also erfolgt eine Abgrenzung gegen „Fremdes“ und man ist bemüht, den schillernden Begriff des „Polentums“ (polskosc) positiv zu besetzen. Im Hinblick auf die stets virulente jüdische Frage fordert man im Namen dieser nur vage definierten polskosc zunächst eine weitreichende Assimilation, später – also ab den 1880er Jahren – spricht man sich indessen für die Exklusion des Jüdischen aus. Allerdings bildet sich dieses nationale Bewusstsein zunächst nur in der gebildeten Schicht heraus. Die nationalen Ideen sind somit den gesellschaftlichen Strukturen weit voraus, was auch ein Ergebnis der langen Unterdrückung der Polen und der Staatenlosigkeit Polens ist. Die Einbindung weiter gesellschaftlicher Schichten in emanzipatorisches, nationales (Freiheitskampf für den eigenen souveränen Staat) sowie die Exklusion bejahendes Denken (zum Beispiel moderner polnischer Antisemitismus) erfolgt erst später, genauer gesagt Anfang des 20. Jahrhunderts und im Vorfeld des Ersten Weltkriegs. Sie spitzt sich in der ideologischen Auseinandersetzung zwischen der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS) und den Nationaldemokraten (ND) zu, deren Hauptverfechter, Józef Pilsudski und Roman Dmowski, bekanntlich auch eine sehr unterschiedliche Staatsdoktrin vertraten. Erst hier kann man von einer Modernität des polnischen Nationalismus sprechen. Für den von der Autorin untersuchten Zeitraum haben wir es indessen noch mit einem vormodernen Nationalismus zu tun, in dessen Denken sich allerdings sowohl emanzipatorische als auch exklusive Momente aufzeigen lassen.

Unabhängig davon verdeutlicht die Arbeit, dass die Interpretation der in die Vergangenheit reichenden unterschiedlichsten Ansätze nationalen Denkens auch für zahlreiche politische Positionen im heutigen Polen relevant ist. Insofern ist der Autorin zuzustimmen, wenn sie zu folgendem Ergebnis kommt:

„Im Kontext des heutigen nationalen Denkens und der anstehenden Integration Polens in die Europäische Union rufen also viele der hier vorgestellten Probleme und Fragen in Polen lebhaft Diskussionen hervor und haben so immer noch Aktualität.“ (S. 294)

Diese voluminöse Untersuchung verfügt über ein Personen-, Orts- und Sachregister sowie über eine umfangreiche Bibliographie, in der auch die aktuellsten deutschen und polnischen Untersuchungen zum Thema aufgeführt werden. Die Autorin hat eine in-

mense Zahl von gedruckten Quellen (Zeitungen, Zeitschriften, Monographien, Sammelbände, Aufsätze und Pamphlete) für ihre Untersuchung ausgewertet, so dass ihr alleine dafür schon Anerkennung gebührt. Sie hat diese sehr breite Materialbasis überzeugend geordnet und analysiert und das Thema in den notwendigen internationalen (europäischen) Kontext gestellt. Sie hat darüber hinaus die Besonderheit des polnischen nationalen Denkens herausarbeiten können, ohne der Versuchung zu erliegen, es einer der gängigen Nationalismustheorien oder –typologien zuzuordnen, was in der Vergangenheit öfters versucht wurde. Insofern haben wir es hier nicht nur mit einer handwerklich einwandfreien, sondern ebenfalls originellen Arbeit zu tun, die durch die Einbeziehung des europäischen Kontextes eine neue Sicht auf gleichsam selbstverständliche Erkenntnisse eröffnet. Die leider zahlreichen Druckfehler sowie der ab und an etwas schwerfällige Sprachstil mit überflüssig erscheinenden Wiederholungen trüben diesen positiven Gesamteindruck allerdings etwas ein.

ZW

**Annegret Haase: Südostpolen zwischen Umbruch und Neuorientierung. Spezifika, Perspektiven und Risiken der gesellschaftlichen Entwicklung nach 1990. Selbstverlag Institut für Länderkunde Leipzig e.V. Leipzig 2002, 240 S.**

Die vorliegende Untersuchung von Annegret Haase wurde im Januar 2001 an der Universität Leipzig von der Fakultät für Sozialwissenschaften und Philosophie als Dissertation angenommen. Die Forschungsarbeiten führte die Autorin seit 1996 hauptsächlich in Leipzig sowie in Polen, aber auch in der Ukraine durch.

Die Arbeit folgt einem interdisziplinären Ansatz (Sozialgeographie, Kulturgeschichte, Vergleichende Kulturwissenschaft). Im Vordergrund steht der qualitative Aspekt, was methodisch betrachtet bedeutet, dass sich Haase der Expertenbefragung mittels offener, leitfadengestützter Interviews bedient. Natürlich hat die Autorin, die hinsichtlich des Forschungsgegenstandes Südostpolen Neuland betritt, auch die polnische Fachliteratur zur Situation in Südostpolen sowie die wenigen Darstellungen in westlichen Sprachen ausgewertet. Hierüber gibt die ausführliche, bis ins Jahr 2001 reichende Bibliographie (S. 205-224) Aufschluss. Im ausführlichen Anhang (S. 198-240) finden sich darüber hinaus nähere Angaben zur Expertenbefragung sowie Zusammenfassungen in deutscher, englischer, französischer, polnischer und ukrainischer Sprache. Der darstellende Teil ist darüber hinaus mit zahlreichen Grafiken, Tabellen, Landkarten und Fotografien versehen, wodurch die langen Textpassagen (das Buch hat DIN A-4 –Format und ist zweispaltig gesetzt!) aufgelockert werden und sich die Lektüre als einfacher und anschaulicher erweist. Die statistischen Daten reichen in der Regel bis zum Jahr 1998, so dass die neusten Entwicklungen der letzten fünf Jahre nicht mehr erfasst wurden.

Das zentrale Anliegen der Arbeit ist es, den Verlauf und die Ausprägungen des tiefgreifenden Wandels, der sich seit 1990 in Südostpolen vollzieht, in seinen Wechselbezie-





hungen zu überkommenen Strukturen zu untersuchen und auf dieser Grundlage Zukunftsperspektiven und Konfliktlinien zu erkennen. (S. 225)

Haase analysiert dabei drei zentrale Themenkomplexe: Erwerbskrise, Mobilität und Migration sowie die polnisch-ukrainischen Beziehungen. Dabei kommt die Autorin zum Ergebnis, dass die für den peripheren Grenzraum Südostpolen gravierenden Probleme im Wirtschafts- und Erwerbsbereich (Arbeitslosigkeit im Agrarsektor, aber auch bei den Arbeitspendlern, Abwanderung arbeitsfähiger Bevölkerung) wegen des Fehlens wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Maßnahmen auch in Zukunft weiter bestehen werden. Bislang hatten grenzübergreifende saisonale und informelle Beschäftigung sowie die saisonale Erwerbsmigration bei Polen und Ukrainern eine Abfederungsfunktion, wodurch die durch die Systemtransformation hervorgerufenen sozialen Härten gedämpft werden konnten.

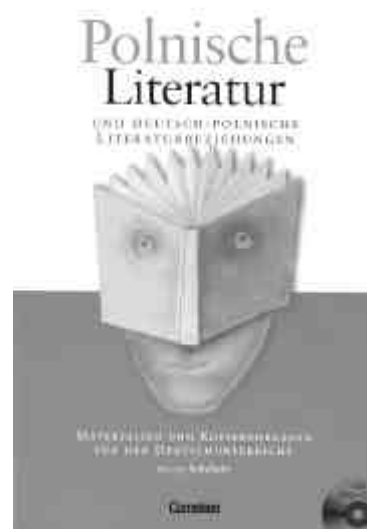
Allerdings wird der visumsfreie Grenzverkehr mit der Ukraine und der polnisch-ukrainische Grenzhandel aufgrund der Ratifizierung der Schengenbestimmungen durch Polen einschneidend beschnitten. Dies erweist sich nicht nur in wirtschaftlicher Sicht als kontraproduktiv, denn die bislang „offene Grenze“ zwischen Südostpolen und der Ukraine sorgte auch dafür, dass durch kulturelle und zwischenmenschliche Kontakte weiterhin bestehende – und kaum aufgearbeitete – Stereotype und Konflikte zwischen Polen und Ukrainern zumindest relativiert werden konnten. Die Errichtung einer geschlossenen Wohlstandsgrenze (als vorläufige Außengrenze der EU), die sich an ethnisch-kulturellen Bruchlinien aus der Vergangenheit orientiert, wird sicherlich – und hier ist der Autorin explizit beizupflichten – neue Konfliktpotenziale bringen. (S. 194) Die Gefahr einer „neuen Doppelteilung“ Europas wird dann für das periphere Südostpolen kaum Entwicklungschancen eröffnen. Insofern bleibt das Problem der zukünftigen Durchlässigkeit der polnisch-ukrainischen Grenze weiterhin entscheidend. Hieran schließen sich perspektivisch weitere wichtige Fragen an. Ob zum Beispiel die Möglichkeit existiert, informelle Erwerbspraktiken zu legalisieren oder sie in die Strukturen des legalen Arbeitsmarktes einzubeziehen? Auch das Funktionieren von Sonderwirtschaftszonen sowie die Rolle der im Grenzraum wohnenden ethnischen Minderheiten werfen weiter gehende Probleme auf, die anhand komparativer Studien neu beschrieben und bestimmt werden sollten. Dabei – so die Autorin – könnte der in ihrer Untersuchung verwendete Ansatz auf andere periphere Grenzregionen in Südosteuropa übertragen werden. Vor dem Hintergrund der Frage, ob es dem erweiterten Europa gelingen wird, zu den angrenzenden Staaten im Osten Europas eine Brückenfunktion auszuüben, handelt es sich hier in der Tat um elementare, existenzielle Themen für die im 21. Jahrhundert weiter zusammenwachsende Europäische Union.

Die Autorin hat diese Fragestellung in ausführlicher und überzeugender Weise am Beispiel Südostpolens abgehandelt, wobei sie deutlich machen konnte, dass es sich bei den Umwälzungen in den Transformationsstaaten um beispiellose, einmalige Vorgänge handelt, die sich mit alten Konzepten, Begrifflichkeiten oder Modellen kaum erklären lassen. (S. 24) Insofern bereichert ihr interdisziplinärer, breiter formulierter Forschungsansatz auch die kontrovers geführte Diskussion über eine konsistente Theorie der Transformation.

ZW

**Matthias Kneip, Manfred Mack (Hg.): Polnische Literatur und deutsch-polnische Literaturbeziehungen. Materialien und Kopiervorlagen für den Deutschunterricht 10.–13. Schuljahr mit Hör-CD. Cornelsen. Berlin 2003, 191 S.**

Diese von Matthias Kneip und Manfred Mack, Mitarbeitern des Deutschen Polen-Instituts in Darmstadt, für den Unterricht an deutschen Schulen erarbeitete Dokumentation und Arbeitshilfe zur Behandlung polnischer Literatur und deutsch-polnischer Literaturbeziehungen, deren Erscheinen von der Robert-Bosch-Stiftung sowie den Kultusministerien von Hessen und Rheinland-Pfalz großzügig unterstützt wurde, schließt in der Tat eine bislang weit klaffende Lücke. Denn wenn die Literatur wirklich ein Fenster ist, durch welches ein Volk einem anderen in die Augen schauen kann, so die etwas euphemistische Formulierung von Karl Dedecius, die dem Buch als Motto dient, dann stehen wir heute – trotz großer editorischer und übersetzerischer Anstrengungen, die allen voran von eben jenem Dedecius und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des DPI geleistet wurden – weiterhin da, wo wir schon vor Jahren standen. Das Fenster, durch welches das deutsche „Volk“ dem polnischen in die Augen schauen könnte, ist weitgehend mit Fensterläden, durch deren Ritzen zugegebenermaßen immerhin etwas fahles Licht fällt, verschlossen. Dies gilt natürlich nicht für einen recht kleinen Teil enthusiastischer deutscher Kulturreisender, die ihr Guckloch in Richtung polnische Augen schon seit Jahrzehnten offen gehalten haben und offen halten. Das deutsche „Volk“ schaut allerdings beharrlich durch andere Fenster, wenn es um Polen geht. Dies schreibt jemand, der in einer Vielzahl von Seminaren über Polen sowie in zahlreichen deutsch-polnischen Begegnungsseminaren in Vlotho und anderswo das deutsche „Volk“ im Hinblick auf den polnischen Nachbarn und dessen Kultur informieren und beobachten durfte. Dabei hatte er es im Lauf der letzten zehn Nachwendejahre mit den unterschiedlichsten Zielgruppen aus eben jenem deutschen „Volk“ zu tun. Mit Schülerinnen und Schülern aus deutschen Sonder-, Haupt- und Gesamtschulen über Lehrerinnen und Lehrer bis hin zu Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern. Die Kenntnisse dieser Teilnehmenden hinsichtlich der Kultur und Literatur des polnischen Nachbarn sind in der Regel nur unzureichend, manchmal sind sie schlichtweg nicht vorhanden. Das „Volk“, insbesondere die Jugend des deutschen „Volkes“, zeigt sich an (polnischer) Literatur, sogar an jener, die großartig ins Deutsche übersetzt wurde, kaum interessiert. Hierfür gibt es zahlreiche Ursachen, die wir an dieser Stelle nicht in Gänze erörtern wollen. Im Zusammenhang mit der vorliegenden Publikation ist allerdings von Belang, dass hier ein weiterer, lobenswerter Versuch unternommen wird, polnische Kulturinhalte an deutschen Schulen zu implementieren. Angesichts der erwähnten Misere erscheint dies bitter nötig, denn bei den scheuen, schnellen Blicken durch die oben genannten Ritzen werden in Sachen Polen beim „Volk“ sich ständig wiederholende stereotype Polenbilder – sicherlich keine edlen Polenlieder – reproduziert. Man darf nicht annehmen, dass dieses Büchlein, sollte es denn tatsächlich an deutschen Schulen im Unterricht eingesetzt



werden, diese Sicht und diese Blickrichtung grundsätzlich verändern könnte, man darf aber füglich hoffen, dass durch dessen schulischen Einsatz in Sachen Polen neben Adam Malysz, Miroslav Klose und Karol Wojtyła sich eventuell auch so exotische polnische Namen wie Szymborska, Lec, Miłosz oder gar Mickiewicz im jungen deutschen Volksgedächtnis verankern lassen. Insofern muss man diese Initiative uneingeschränkt begrüßen und hervorheben, dass die kommentierten Textbeispiele, die Kurzbiographien zu den einzelnen polnischen und deutschen Autoren, die Übersichten zur polnischen Literatur und Geschichte, das Bildmaterial sowie die zweisprachige Textanthologie zur CD repräsentativ ausgewählt und didaktisch so aufbereitet wurden, dass sie im Unterricht der Sekundarstufe II und nicht nur da sicherlich gut eingesetzt werden können. Insofern ist diesem Band – besonders an deutschen Schulen, aber auch an Volkshochschulen und anderen Bildungseinrichtungen, eine möglichst große Verbreitung zu wünschen. Wenn dann noch der Wille der Lehrenden und Bildenden dazu kommt, eben diese Materialien auch wirklich einzusetzen, so dass ihnen das Schicksal ganzer (polnischer) Bibliotheken, die in staubigen Regalen ergrauen, erspart bleibt, dann könnten mit der Zeit aus Ritzen und Gucklöchern echte Fenster werden, aus denen man auch deutscherseits wissenderen Blicks in die Augen der so fernen, nahen polnischen Nachbarn schaut.

ZW

**Zbigniew Mazur (Hg.): Das deutsche Kulturerbe in den polnischen West- und Nordgebieten. Harrassowitz Verlag, Wiesbaden 2003, 296 S.**



Das vorliegende Buch stellt die gekürzte und überarbeitete Fassung eines Sammelbandes dar, der bereits im Jahre 1997 in polnischer Sprache erschienen ist. Die Übersetzung der jetzt veröffentlichten Aufsätze besorgte Theo Mechtenberg, die Studie wurde als Band 34 der Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund von Johannes Hoffmann herausgegeben.

Der Band gliedert sich außer der Einleitung in dreizehn recht unterschiedlich zugeschnittene Kapitel. So setzt sich Grazyna Humenczyk in ihrem Beitrag zum Beispiel mit der Rezeptionsgeschichte der Schlacht bei Liegnitz auseinander und rekonstruiert, wie dieses für die Gesamtgeschichte Europas bedeutende Ereignis in unterschiedlichen Epochen von der jeweiligen deutschen oder polnischen Historiographie und

Politik national vereinnahmt und instrumentalisiert wurde.

Im Anschluss daran berichtet Marek Chwistek in seinem Beitrag „Die steinerne Chronik von Fraustadt“ über die Zerstörung deutscher Friedhöfe und Denkmäler nach 1945. Diese von den polnischen Behörden verfügten Aktionen hatten das Ziel, sämtliche Zeugnisse deutscher Vergangenheit auszumerzen und damit auch aus dem Bewusstsein der polnischen Neusiedler zu tilgen. Der Autor macht besonders am Beispiel des Fraustädter Friedhofs deutlich, welche gravierenden Verletzungen diese Maßnahmen im kollektiven Gedächtnis von Polen und Deutschen hervorriefen. Einen ganz anderen Charakter hat

der Beitrag von Dariusz Rymar über das Zantocher Grenzland und die Gemeinde Santok, die nach Vertreibung und Aussiedlung der deutschen Bevölkerung von der Presse der Volksrepublik Polen zu einem Symbol des Polentums stilisiert wurde. Dabei betrieb man eine ähnliche Geschichtsklitterung wie dies ein Jahrzehnt zuvor von deutscher Seite geschehen war.

Die Gestaltung einer neuen dörflichen Kulturlandschaft im mittleren Odergebiet vor dem Hintergrund des deutschen Erbes steht im Mittelpunkt des Aufsatzes von Andrzej Brencz, wobei der Autor ausführt, dass die polnischen Neusiedler aus dem einstigen polnischen Osten die Oderlandschaft in den ersten Nachkriegsjahren zunächst als fremd und ihre eigene Anwesenheit als provisorisch ansahen. Die Gewöhnungsphase an Landschaft, Häuser und Hauseinrichtungen zog sich offenbar über ganze Jahrzehnte hin. Im Laufe dieser Zeit veränderte sich freilich der Umgang der polnischen Bevölkerung mit den deutschen Hinterlassenschaften. So wurde in eigens durchgeführten Interviews die Zerstörung deutscher Ortsfriedhöfe nunmehr bedauert, da der anfängliche Hass auf alles Deutsche einem Gefühl der Gleichgültigkeit und somit einer neutraleren Haltung gewichen war. Hingegen verdeutlicht Stanislaw Kowalski in seinem Beitrag, dass die politisch bedingte Zerstörung deutscher Kulturdenkmäler nicht selten piastische Relikte und Traditionen freilegte, die vorher unerkannt oder unerwähnt geblieben waren. Über die schwierige Situation von Konservatoren, die sich in der Ära der Volksrepublik Polen um den Schutz, die Herrichtung oder Restaurierung von Kulturdenkmälern bemühten, berichtet Jan Muszynski. Dabei betont er, dass nicht nur aus ideologischen Gründen, sondern ebenfalls aus finanziellen Erwägungen sowie wegen der Gleichgültigkeit übergeordneter Behörden Verfall und Zerstörung von Kulturdenkmälern bewusst in Kauf genommen wurden.

Besonders radikal verändert oder gar beseitigt wurde das deutsche Kulturerbe direkt nach dem Krieg im Bereich der Onomastik. Dabei erfolgte – so Maria Waginska-Marzec in ihrem Artikel – entweder ein Rückgriff auf altslawische bzw. polnische Namen oder es kam zu einer Polonisierung deutscher Ortsbezeichnungen. Im Hinblick auf die Vergabe von (polnischen) Ortsnamen beschäftigen sich darüber hinaus Monika Choros und Lucja Jarczak in einem differenzierten Beitrag mit deutschen Elementen in schlesischen Ortsnamen. Hingegen widmet sich Wieslaw Myszkiewicz ausschließlich dem Namensgebungsprozess der Straßen von Grünberg/Zielona Góra, und kommt unter anderem zum Ergebnis, dass dieser sich nach dem Kriege aufgrund des erheblichen Wachstums der Stadt geradezu chaotisch entwickelte. Massive Eingriffe erfolgten natürlich auch gegenüber deutschen Denkmälern. Sie wurden in der Regel zerstört und durch Objekte ersetzt, die sich auf ein sowjetisches oder polnisches Gedenken bezogen (Zbigniew Mazur). Die auch aktuell weiterhin schwierige Lage hinsichtlich dieser Problematik beleuchtet Danuta Berlinska am Beispiel des Oppelner Schlesiens, wo es eine recht große und einflussreiche deutsche Minderheit gibt, die zeitweise auch sehr energisch auf die Wiederherstellung von Objekten deutscher Erinnerungskultur bestand. In den beiden abschließenden Beiträgen beschäftigen sich die Autorinnen mit der Rolle der polnischen West- und Nordgebiete in polnischen Schulbüchern (Maria Waginska-Marzec) sowie dem Charakter der Zusammenarbeit der polnischen Bevölkerung mit deutschen Aussiedlern beim Schutz des kulturellen Erbes (Maria Tomczak).

Diese sehr detaillierten, in der Regel rein deskriptiven und überaus faktenreichen Texte, die für interessierte Leser nunmehr auch in deutscher Sprache zugänglich sind, belegen, dass es nach der Wende der Jahre 1989/90 in Polen zu einer nachhaltigen Reflexion hinsichtlich des deutschen Kulturerbes in den polnischen West- und Nordgebieten gekommen ist. Inwieweit es im kollektiven polnischen Bewusstsein zu einer noch intensiveren, angemessenen Rezeption und Einbeziehung dieses Erbes in das eigene, inzwischen nachgewachsene Kulturerbe kommen kann, wird die Zukunft zeigen. Die sbezügliche Aktivitäten von Partnerinitiativen haben in den vergangenen Jahren freilich zu respektablen Ergebnissen geführt, so dass man zuversichtlich sein darf.

ZW

**Heidmarie Petersen: Judengemeinde und Stadtgemeinde in Polen. Lemberg 1356-1581. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2003, 161 S.**

Forschungsinstitut für osteuropäische Geschichte (FIO)  
Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin



Heidmarie Petersen



Harrassowitz Verlag

Die vorliegende Untersuchung stellt die leicht abgeänderte Fassung einer Dissertation dar, die im Herbst 2000 an der Freien Universität Berlin zur Promotion eingereicht wurde. Sie ist im Zusammenhang mit einem Forschungsprojekt über die „Metropolen und Zentren Ostmitteleuropas im 15./16. Jahrhundert“ entstanden, das in den Jahren 1996 bis 2000 am Geisteswissenschaftlichen Zentrum für die Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (GWZO) in Leipzig durchgeführt wurde.

Petersen geht in ihrer Arbeit der Frage nach, welche Rolle die Judengemeinde innerhalb des städtischen Funktionsgefüges spielte. Die Judengemeinde wird also nicht isoliert betrachtet, sondern als Teil der Geschichte jener Gesellschaft, in der die Juden lebten. Diesem stadthistorischen Ansatz entsprechend analysiert die Autorin die Modelle der

Interaktion zwischen Juden und Nichtjuden.

Dabei wird der Gemeindebegriff in Anlehnung an Max Weber als besondere Form der Vergesellschaftung aufgefasst, da der Gemeinde eine „ständische Qualität“ zugesprochen wird.

Lemberg steht deshalb im Mittelpunkt der Untersuchung, weil es im Hinblick auf die Zusammensetzung seiner Bevölkerung über die größte Vielfalt aller polnischen Städte verfügte.

Die Periodisierung der Arbeit wird durch das Jahr 1264, als erstmals ein polnisches Judenrecht formuliert wurde, und das Jahr 1581, als eine überregionale jüdische Selbstverwaltung in Polen einsetzte, markiert. Das Entstehen dieser neuen Organisationsform Ende des 16. Jahrhunderts ergab sich dabei aus der Verschiebung des Siedlungsschwerpunktes der polnischen Juden aus den zentralen königlichen Städten in die Städte und Dörfer des Adels.

Die Arbeit gliedert sich neben einer stringenten Einleitung in sechs weitere Kapitel. Die Autorin geht zunächst den Voraussetzungen zur Gründung jüdischer Gemeinden in Polen nach, um dann einen konzisen Abriss der Geschichte Lembergs zu geben. Danach setzt sie sich im zentralen vierten Kapitel mit der städtischen Judenpolitik auseinander. Allerdings – und dies ist besonders hervorzuheben – zieht die Autorin auch Vergleiche

zur Situation in Posen, Krakau und Lublin. Vor diesem Hintergrund ist es ihr möglich, die besonders komplexen Lemberger Verhältnisse herauszuarbeiten, wo mehrere „nationes“ (Polen, Deutsche, Ruthenen, Armenier, Juden) entsprechend ihrer Konfession in jeweils eigens definierten rechtlichen Verhältnissen und Traditionen, mehr oder minder gleichberechtigt, ihrem religiösen, wirtschaftlichen und sozialen Leben nachgingen. Dabei lebte man ganz offensichtlich nicht nur nebeneinander, sondern auch miteinander, auch wenn die religiösen und ständischen Barrieren im Hinblick auf die Judengemeinde hoch blieben. Da der König sowohl als Stadtherr als auch als Judenschutzherr agierte, wurde das Verhältnis von Juden und Stadtgemeinde in hohem Maße durch seine, der Judengemeinde gegenüber fiskalisch orientierte Privilegienpolitik geprägt. Insofern geht die Autorin in ihrer Untersuchung nicht nur der städtischen Judenpolitik in Lemberg und anderen urbanen Zentren Polens nach, wobei allfällige Restriktionen und veränderte Strategieansätze der Stadtgemeinden herausgearbeitet werden, sondern sie setzt sich auch intensiv mit der königlichen Judenpolitik auseinander, die nicht selten mit den Bestrebungen der Stadtgemeinden, die den wirtschaftlichen und rechtlichen Einfluss der selbstverwalteten Judengemeinden mit ihrem Kahal-System einzudämmen suchten, kollidierte. Mit der Verfasstheit der Lemberger Judengemeinde (*communitas Iudeorum*) befasst sich Petersen dann in einem weiteren zentralen Kapitel. Hier gelingt es ihr trotz spärlicher Quellenlage und der Tatsache, dass sie nur auf einige ältere Darstellungen zurückgreifen konnte (zum Beispiel die Arbeit von Moses Schorr aus dem Jahre 1899), in beeindruckender Weise, durch Vergleiche mit Quellen zu anderen jüdischen Gemeinden und unter Berücksichtigung der königlichen Generalprivilegien, aber auch im Vergleich mit der Verfasstheit der armenischen Gemeinde Lembergs, die Funktionsweise der jüdischen Gemeindeorganisation Lembergs zu rekonstruieren. In ihrem Ausblick kommt die Autorin schließlich zum Ergebnis, dass die im Mittelalter in den Städten Polens begründete jüdische Selbstverwaltung zu einem integralen Teil der frühneuzeitlichen Adelsrepublik wurde, dass sie aber politisch ohne Einfluss blieb: „Unbenommen ihrer rechtlichen Sonderstellung und dem hohen Grad institutionalisierter Autonomie waren sie niemals Teil des *corpus politicum* der Adelsrepublik – so wenig, wie sie Teil der Bürgerschaft, des *corpus politicum* der spätmittelalterlichen Städte, gewesen waren.“ (S. 129)

Diese für eine historische Dissertation angenehm knappe und durchweg analytische, wenig deskriptive Abhandlung schließt insofern eine Forschungslücke, als mediävistische Arbeiten zu einzelnen Judengemeinden bislang fast gänzlich fehlten. Im Zusammenhang mit der von Petersen intensiv genutzten Sekundärliteratur wird auf die Namen solcher Klassiker wie Majer Balaban (1906) und Herbert Fischer (1931) verwiesen, allerdings auch auf die Forschungen von Jacob Goldberg, der einer jüngeren Historikergeneration angehört. Im Unterschied zu dem eher schwächtigen Korpus an Darstellungen hat die Autorin freilich auf zahlreiche auswertbare Quellen zugreifen können. Hierzu zählen die städtischen Akten Lembergs, besonders die Ratsprotokolle, die von Petersen neben den Grodakten, also den Unterlagen der königlichen Beamten vor Ort, intensiv ausgewertet wurden.

Diese durchaus nicht leicht lesbare, aber lesenswerte Abhandlung von Heidemarie Petersen verfügt neben einer ausführlichen Bibliographie über einen Anhang, in dem zum

ersten Mal Auszüge aus der Krakauer Judenverordnung von 1595 in deutscher Übersetzung veröffentlicht werden, sowie über kurze Orts-, Namens- und Sachregister, die die Lektüre erheblich erleichtern. Sie ist all jenen zu empfehlen, die sich für das spätmittelalterliche bzw. frühneuzeitliche jüdische Leben in Polen interessieren. Aber auch Lemberg-Liebhaber werden gewiss auf ihre Kosten kommen.

ZW

**Christian Pletzing: Vom Völkerfrühling zum nationalen Konflikt. Deutscher und polnischer Nationalismus in Ost- und Westpreußen 1830-1871. Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2003, 528 S.**



Diese voluminöse Untersuchung, die im Wintersemester 2001/2002 am Institut für Geschichtswissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin als Dissertation angenommen wurde, schließt sowohl im Hinblick auf ihre zeitliche Periodisierung (1830-1871) als auch hinsichtlich der untersuchten Regionen (Ost- und Westpreußen) eine bislang bestehende Forschungslücke. Zwar gab es bis dato sowohl in der deutschen als auch in der polnischen Historiographie Einzeldarstellungen, die sich mit dem deutschen linken (emanzipatorischen) und rechten (integralen) Nationalismus, dem preußischen Staatspatriotismus sowie dem polnischen (emanzipatorischen) Nationalismus als Antwort auf verstärkte Germanisierungsversuche beschäftigen, allerdings setzt Pletzing insofern einen neuen Maßstab, als er sich um eine beziehungsgeschichtliche Darstellung bemüht. Einen ähnlichen Versuch hinsichtlich des Nationalismusthemas hat vor einigen Jahren Sabine

Grabowski in ihrer 1998 erschienenen Untersuchung zum deutschen und polnischen Nationalismus am Beispiel der deutschen Ostmarkenvereine und der polnischen Straz 1894 bis 1914 unternommen.

Pletzings Arbeit umfasst einen Zeitraum, in dem es zu nachhaltigen Veränderungen im nationalen Verständnis von Polen und Deutschen kam. An die deutsche liberale Polenbegeisterung von 1830/31 schloss sich das Jahr 1846 mit dem missglückten Aufstand in Großpolen sowie das Jahr 1848 an, das den Versuch brachte, die nationale Einigung Deutschlands auf friedlichem, parlamentarischem Wege zu erreichen. Die Reichsgründung des Jahres 1871 bedeutete hingegen die totale Suprematie Preußens.

Im Vormärz, also ab 1830, konnte in Ost- und Westpreußen bei der deutschsprachigen Bevölkerung eine bürgerliche liberale Bewegung entstehen. Auslöser waren die Julirevolution in Frankreich, der Novemberaufstand in Russisch-Polen sowie das Staatsversagen anlässlich einer Choleraepidemie. Diese national argumentierende Oppositionsbewegung speiste sich vor allem aus einem Gefühl der Bedrohung durch Russland. Man glaubte, dieser Bedrohung nur im Rahmen eines deutschen Nationalstaats begegnen zu können. Allerdings bezogen sich alle politischen Bemühungen um Partizipation und Verfassung bis 1848 ausschließlich auf Preußen, so dass dem Autor zuzustimmen ist, wenn er für den bürgerlichen Liberalismus in der Provinz Preußen ein ambivalentes Bild konstatiert. (S.161)

Das Polenbild in West- und Ostpreußen veränderte sich nach dem Aufstandsversuch von 1846 nachhaltig, da der polnische Nationalismus in Preußen als antimodern und antiemanzipatorisch galt. Deshalb verlangte man die gewaltfreie Germanisierung der polnischsprachigen Preußen, worin man im Übrigen ein Element der Modernisierung erblickte. Vereinswesen und liberale Publizistik trugen in den 1840er Jahren intensiv dazu bei, die Nationalisierung der deutschsprachigen Bevölkerung zu verstärken. Eine bedeutende Rolle spielten auch die so genannten Deutschkatholiken, die sich mit ihrer nationalen Rhetorik gegen Rom richteten und die kirchliche Einheit als Voraussetzung für die politische Einheit Deutschlands forderten.

Aber auch die polnischsprachige Oberschicht begann sich national aufzustellen und zu organisieren, schon alleine deshalb, weil ihr nach dem Novemberaufstand der Aufstieg im Staatsdienst erschwert wurde. Als Antwort auf die preußischen Germanisierungsversuche fand eine Repolonisierung zahlreicher polnischer Schülerinnen und Schüler statt, die sich zunehmend für die gesamtpolnische Geschichte und Kultur zu interessieren begannen. Zu einem Instrument nationaler Verständigung und Versicherung wurden auch die so genannten Polenbälle, die seit 1836 ohne deutsche Gäste stattfanden. Träger dieser Entwicklung waren die polnischen Adelsgeschlechter und in weit geringerem Ausmaß als angenommen der polnische Klerus. Die Entwicklung im Vormärz lässt sich mit den Worten Pletzings dementsprechend wie folgt zusammenfassen:

„Während die polnische nationale Bewegung um ihre sprachlich-kulturelle Selbstbehauptung kämpfte, besaß für die deutsche bürgerliche Opposition die Liberalisierung des preußischen Staates Priorität vor nationalen Zielen.“ (S. 166)

Nach 1848 setzte sich trotz des gescheiterten Versuchs einer Nationalstaatsgründung die Nation als Ordnungsvorstellung durch. Es entstanden Klubs und neue Vereinstypen, die sich zu Zentren politischer Aktivität entwickelten. Auch trug die (überregionale) Presse zur Verbreitung nationaler Vorstellungen bei. Dabei waren die Übergänge zwischen dem katholischen Lager und der polnischen Bewegung in Westpreußen fließend. Ab 1848 setzte sich hier die so genannte „organische Arbeit“ im Unterschied zur vorher recht dominanten demokratisch-insurrektionellen Orientierung zunehmend durch.

Die Träger des deutschen Nationalismus waren Bildungsbürger, Kaufleute, Handwerker und die Vertreter freier Berufe, nicht nationalisiert wurden mehrheitlich die Adligen, das Offizierskorps, die Geistlichen und die städtische Arbeiterschaft. 1848/49 befand sich der deutsche Nationalismus in West- und Ostpreußen damit noch nicht in der Phase der Massenmobilisierung. Dagegen erreichte die „Liga Polska“ in Westpreußen breitere Schichten. Unter den geschätzten 15.000 Mitgliedern der „Liga“ befanden sich in erster Linie Adlige, die Lehrerschaft der Elementarschulen sowie Geistliche. Aufgrund der Gleichsetzung von polnischer Sprache und konfessioneller (katholischer) Identität konnte der polnische Nationalismus im Unterschied zum deutschen breitere Schichten erreichen. Während die politische Partizipation bei der polnischen nationalen Bewegung fast keine Rolle spielte, stand für die deutschen Demokraten politische Freiheit klar vor nationaler Einheit. Die Sprachenfrage in West- und Ostpreußen, die auf beiden Seiten die nationale Zugehörigkeit implizierte und bestimmte, sollte sich als eine dauerhafte Belastung für das deutsch-polnische Verhältnis erweisen.



Die Ära zwischen 1858 und 1871, die in West- und Ostpreußen als Zeitraum des nationalen Konflikts zwischen Deutschen und Polen bezeichnet werden kann, hatte vor allem in der nationalen Mobilisierung der deutschen und polnischen Bevölkerung ihren Ursprung. Im europäischen Rahmen war es der italienisch-österreichische Krieg (1858/59), der nationale Konzepte und Vorstellungen beförderte. Eine bedeutende Rolle spielte dabei die Fortschrittspartei, deren Einfluss nach den Siegen Bismarcks über Dänemark (1864) und über Österreich (1866) aber zurückging, da nun der Primat der Freiheit vom Primat der Einheit verdrängt wurde. Die Liberalen büßten demzufolge nach 1871 ihre politische Führungsrolle in der Provinz Preußen zugunsten der Konservativen ein.

Die polnische Nationalbewegung konnte durch den Januaraufstand in Russisch-Polen (1861) ihre soziale Basis erweitern und nahm an Bedeutung zu. Bei der nationalen Mobilisierung spielte hier auch die katholische Konfession eine besondere Rolle. Allerdings konnte in Westpreußen nicht eindeutig zwischen „Roten“, die den Aufstand illegal unterstützten, und „Weißen“, die sich als Vertreter der legalen organischen Arbeit verstanden, unterschieden werden. Die Haltungen blieben ambivalent. Immerhin lässt sich mit Pletzing konstatieren, dass sich die polnische Nationalbewegung bereits vor dem Kulturkampf von einer Eliten- zu einer Massenbewegung ausgeweitet hatte.

Während die liberaldemokratischen Vereine der Provinz nach den Erfolgen Bismarcks stark an Bedeutung verloren, da sie nicht im Stande gewesen waren, ihre soziale Basis zu erweitern, gelang es dem polnischen Vereinswesen, die polnische Landbevölkerung zu gewinnen und nationalpolitisch zu integrieren. Sowohl die deutsche als auch die polnische Presse erlebten zwischen 1858 und 1871 einen gewaltigen Aufschwung. Auf deutscher Seite war es besonders die „Danziger Zeitung“, die nationalpolitische Vorstellungen propagierte, während sich die polnische Presse insgesamt zum publizistischen Sprachrohr der organischen Arbeit entwickelte. Konfessionell betrachtet kam es sowohl bei Konservativen als auch bei Liberalen allmählich zu einer Gleichsetzung zwischen Protestantismus und deutschem Nationalismus. Im Unterschied dazu sprach sich die katholische Kirche entschieden gegen den Nationalismus aus, was auch darin seinen Ausdruck fand, dass bei Wahlen zum preußischen Abgeordnetenhaus die katholischen Wähler ungeachtet ihrer Sprache zumeist für katholische Abgeordnete stimmten.

Obwohl bei der deutschen nationalpolitischen Bewegung die Forderung nach politischer Freiheit gegenüber nationaler Einheit weiterhin Priorität besaß, muss das Verhältnis zum preußischen Staatspatriotismus und zum preußischen Machtstaat als ambivalent bezeichnet werden. Man bemühte sich um eine liberale Interpretation der preußischen Tradition, um den deutschen Nationalismus mit dem preußischen Staatspatriotismus vereinbaren zu können.

Die zentrale Aufgabe der polnischen Nationalbewegung in Westpreußen, die weiterhin vom polnischen Adel getragen wurde, bestand neben dem Ausbau eines auf pragmatisch-lebensweltliche Inhalte abzielenden polnischen Vereinswesens vor allem in der Abwehr der preußischen Germanisierungspolitik. Insofern definierte die polnische Nationalbewegung in den 1860er Jahren den Begriff der Freiheit nicht als Freiheit des Einzelnen, sondern als Freiheit der gesamten polnischen Nation. Mit dem Siegeszug des Nationalitäten-Prinzips nach dem italienisch-österreichischen Krieg stellte sich natürlich auch die Frage nach der nationalen Zugehörigkeit der Provinz Preußen. In Westpreußen,

wo beide nationalen Bewegungen gerade diesbezüglich miteinander konkurrierten, wurde auf deutscher Seite die „Kulturträgertheorie“ entwickelt, durch die man die sozialkulturelle Überlegenheit der Deutschen gegenüber den Polen nachzuweisen suchte. Andererseits wertete die polnische Öffentlichkeit die Benachteiligung der polnischen Bevölkerung in Preußen als Beleg für den „deutschen Drang nach Osten“. Neben der Sprachenfrage (Sprachstatistiken!) kam es nun auch zu Konflikten hinsichtlich der Interpretation der preußischen Landesgeschichte. Dies fand sowohl in der preußischen Denkmalspolitik als auch in der Germanisierung von Ortsnamen seinen Ausdruck. Auch bei Wahlen kam der deutsch-polnische Gegensatz nunmehr zum Ausdruck. Es entstanden Wahlbündnisse zwischen Fortschrittspartei und Konservativen, um die Wahl polnischer Kandidaten zu verhindern. Insofern ist der abschließenden Wertung Pletzings zuzustimmen, wenn er diese Periode wie folgt charakterisiert:

„Ende der 1860er Jahre sind mithin zwei entgegengesetzte Tendenzen zu beobachten: Neben einer partiellen Annäherung zwischen polnischer Nationalbewegung und deutschen Liberaldemokraten bestanden zunehmende Interessengegensätze, die sich vor allem in Krisensituationen rasch zuspitzen konnten.“ (S. 469)

Der Autor hat für seine profunde und umfangreiche Untersuchung eine Vielzahl ungedruckter Quellen benutzt und hierfür in zahlreichen deutschen und polnischen Archiven recherchiert. In erster Linie hat er seine Thesen aber aus der Auswertung der deutsch- und polnischsprachigen Presse West- und Ostpreußens entwickeln können. Die einen Großteil der ausführlichen Bibliographie ausmachenden Abschnitte „Selbstzeugnisse, zeitgenössische Publizistik, Quellensammlungen“ sowie „Literatur“ belegen darüber hinaus, dass sich Pletzing intensiv mit den gedruckten deutschen und polnischen Quellen und der entsprechenden Sekundärliteratur vertraut gemacht hat. Die Arbeit ist deshalb allen, die an der Geschichte der deutsch-polnischen bzw. preußisch-polnischen Beziehungen interessiert sind, aufs Wärmste zu empfehlen.

ZW

**Tatjana Tönsmeier: Das Dritte Reich und die Slowakei 1939-1945. Politischer Alltag zwischen Kooperation und Eigensinn. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn München Wien Zürich, 387 S.**

Die vorliegende Untersuchung von Tatjana Tönsmeier wurde im Wintersemester 2001/02 an der Humboldt-Universität zu Berlin als Promotion angenommen. Die Autorin greift darin ein Thema auf, das in der slowakischen Historiographie lange tabuisiert war und erst nach der Systemwende intensiver behandelt wird. Andererseits hebt Tönsmeier mit Recht hervor, dass der slowakische Staat und seine Beziehungen zum Dritten Reich in der westlichen Historiographie bislang auch nur in Zeitschriftenaufsätzen behandelt wurde. Insofern schließt ihre Arbeit sicherlich eine Forschungslücke, zumal darin das System der deutschen Berater in der Slowakei rekonstruiert und analysiert wird. Auch dies ein Thema, das bisher nur wenig behandelt wurde.



Die Arbeit gliedert sich außer dem Vorwort und der Einleitung sowie dem Fazit in neun Kapitel, wobei im ersten eine kursorische Übersicht über die deutsche Außenpolitik und die Tschechoslowakei gegeben wird. In deren Mittelpunkt steht die These von der Tradition der Nicht-Wahrnehmung der Slowakei. Diese impliziert einerseits die geringfügige Bedeutung des Landes für das Deutsche Reich, andererseits aber auch den Umstand, dass sich im Unterschied zu Tschechien und den Tschechen kein ausgesprochenes Negativ-Stereotyp hinsichtlich der Slowaken herausbilden konnte. Insofern wurden die Slowaken von den deutschen Nationalsozialisten im Unterschied zu Russen, Polen und Tschechen auch nicht den slawischen „Untermenschen“ zugeordnet, zumal sich auch bei Hitler sehr bald das Konzept einer slowakischen Eigenstaatlichkeit, wenn auch in klarer Abhängigkeit vom Dritten Reich, durchsetzte. Der Autorin gelingt es allerdings überzeugend, die bisherige recht pauschale Charakteristik des slowakischen Staates als eines vom Dritten Reich absolut abhängigen Vasallenstaates, zu relativieren. Dazu erarbeitet sie in den Kapiteln, die den deutschen Beratern gewidmet sind, differenzierte Befunde. Der Entsendung der deutschen Berater im Spätsommer 1940 war das sog. Salzburger Diktat (28. 7. 1940) vorausgegangen, bei dem Berlin bekanntlich eine Regierungsumbildung in dem schon seit über einem Jahr bestehenden slowakischen Staat durchsetzen konnte. Den Beratern kam dabei die Aufgabe zu, die „Steuerung aller Vorgänge des slowakischen staatlichen, politischen und völkischen Lebens im Reichsinteresse“ abzusichern. (S. 323)

Dieses Ziel versuchte man in erster Linie durch die Angleichung slowakischer Institutionen an deutsche Vorbilder zu erreichen. In ihnen sollten deutschfreundliche Funktionäre das Sagen haben; folgerichtig bemühte man sich um eine entsprechende Personalpolitik. Die institutionelle Angleichungsbemühungen bezogen sich dabei auf die politische Polizei, die Gendarmerie, soziale Fragen (Lohn- und Preisstopp sowie staatliche Lenkung des Arbeitseinsatzes), aber auch auf die slowakischen Massenorganisationen, wie an den Bemühungen der deutschen Berater für die Hlinka-Partei deutlich wird.

Anders agierten die jeweiligen Berater in den Bereichen Wirtschaft, Land- und Forstwirtschaft sowie Judenfrage. So hatte der Judenberater, Dieter Wisliceny, den klaren Auftrag, die slowakischen Juden in die „Endlösung“ einzubeziehen. Dazu musste man zunächst die gesetzlichen Grundlagen (Verabschiedung des Kodex im September 1941) geschaffen werden. Erst diese Änderungen ermöglichten die Deportationen ab Frühjahr 1942 und ihre erneute Aufnahme im Herbst 1942. Die Aufgabe des Wirtschaftsberaters, Dr. Erich Gebert, bestand darin, das gesamte slowakische Wirtschaftspotenzial für die deutsche Rüstung auszunutzen. Auch sollte er den Aufbau konkurrierender slowakischer Betriebe verhindern. Dabei stand einzig und allein eine möglichst hohe Lieferquote für die deutsche Rüstungsindustrie zur Debatte, wobei die diesbezüglichen slowakischen Verpflichtungen im Geheimen Protokoll über wirtschaftliche und finanzielle Zusammenarbeit vom März 1939 (gemeinsam mit dem Schutzvertrag abgeschlossen) festgelegt worden waren.

Die Autorin schildert auch die ab und an aufbrechenden Konflikte und die Unzufriedenheit der deutschen Berater mit ihren slowakischen Partnern, denen zeitweilig Unfähigkeit oder „mangelnde Gesinnung“ vorgeworfen wurde.

Was die slowakische Seite angeht, so konstatiert Tönsmeier, dass man durchaus an einem „Know-how-Transfer“ interessiert war, dass die deutschen Berater beim „Ideologietransfer“ aber auf „taube Ohren“ stießen. (S. 326) So lehnten die Führer der Hlinka-Partei es ab, sich nach dem Vorbild der NSDAP zu reorganisieren. Die Auseinandersetzungen hielten sich jedoch in Grenzen, zu den Dissonanztechniken der Slowaken gehörten das Aussitzen, das „Verlieren“ von Unterlagen oder das Nicht-Informieren der Berater. An zahlreichen weiteren Beispielen verdeutlicht die Autorin, dass die slowakische Führung durchaus nicht aus puren Befehlsempfängern bestand. Hinsichtlich der Organisation der slowakischen Gesellschaft legten die slowakischen Akteure einen erheblichen Eigensinn an den Tag. Ihren militärischen und die „Endlösung“ betreffenden Verpflichtungen kamen sie dagegen aus freien Stücken nach. (S. 329) Der slowakische „Patriotismus“ fand auch darin seinen Ausdruck, dass man nach außen hin immer wieder die deutsch-slowakische Freundschaft betonte, während man sich nach innen hin sehr stark von allem Deutschen und der deutschen Bevormundung abgrenzte.

Dabei gestalteten sich die deutsch-slowakischen Beziehungen weitgehend problemlos, was sich darauf zurückführen lässt, dass die vorrangigen Interessen der einen Seite mit denjenigen der anderen Seite nicht kollidierten. Der Holocaust stellte gar den seltenen Fall einer weitgehenden deutsch-slowakischen Interessensüberlappung dar, während die Slowakei am Krieg gegen die UdSSR bis weit in das Jahr 1943 freiwillig und zur Zufriedenheit des OKW teilnahm. Wirtschaftlich betrachtet stellte sich die Slowakei als „wohlwollender Lieferant“ dar. Deutschland konnte als „Schutzmacht“ seine wichtigsten Interessen realisieren, was aber auch für die slowakische Führung galt, ob nun im Hinblick auf den „deutschfreundlichen“ Tuka oder auf den „slowakischen Patrioten“ Tiso.

Welche Schlüsse aus diesen Festlegungen der Autorin für die Kollaborationsforschung gezogen werden können, wird in dem abschließenden Kapitel „Konsequenzen“ dargelegt. Die traditionelle Ableitung der Kategorie „Kollaboration“ aus der Ereignisgeschichte oder auch aus den Motiven zur Kollaboration scheint Tönsmeier problematisch zu sein. Getreu ihrem eigenen Ansatz zieht sie die Konzentration auf das jeweilige Handeln und einen Zugang vor, der aus der Deskription der politischen Alltagsgeschichte resultiert. Im Falle des deutsch-slowakischen Verhältnisses sollte man deshalb eher von „duldender Anpassung“ als von Kollaboration sprechen. Dabei fiel die Kosten-Nutzen-Kalkulation für beide Seiten durchaus befriedigend aus. Mit dieser gut belegten These relativiert die Autorin in der Tat die bisherigen Forschungen im Hinblick auf den Grad der Abhängigkeit des slowakischen Regimes vom Dritten Reich. Gleichzeitig regt sie dazu an, den Ansatz der politischen Alltagsgeschichte auch auf die Forschungen hinsichtlich der übrigen südosteuropäischen „Vasallenstaaten“ (Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien) auszudehnen. Sicherlich könnte dies zu einer umfassenderen Definition und Neubewertung des weiterhin schillernden Begriffs Kollaboration führen.

ZW

**Hans Mommsen, Dušan Kováč, Jiri Malír, Michaela Marek (Hg.): Der Erste Weltkrieg und die Beziehungen zwischen Tschechen, Slowaken und Deutschen. Verlag Klartext. Leipzig 2001, 330 S.**



Dieser Sammelband, an dem insgesamt 14 Historiker mitgearbeitet haben, ist als Band 5 der Veröffentlichungen der Deutsch-Tschechischen und Deutsch-Slowakischen Historikerkommission und zugleich als Band 12 der Veröffentlichungen zur Kultur und Geschichte im östlichen Europa erschienen. Er stellt die Zusammenfassung der Konferenz der deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Historikerkommissionen dar, die im Februar 1996 in Bratislava stattfand. Die Autoren greifen vor dem Hintergrund der Entwicklungen des Ersten Weltkriegs in Form von Fallstudien Einzelaspekte auf, die in der bisherigen Forschung nicht so stark berücksichtigt wurden. Dabei stützen sie sich vielfach auf bisher unveröffentlichte Quellen.

Das Buch gliedert sich in vier recht unterschiedliche Kapitel. Im ersten Abschnitt „Die Entwicklung der böhmischen Frage“ setzt sich Zdenek Kárník zunächst mit der allmählichen Herauslösung der tschechischen Parteien aus

dem Konstrukt Donaumonarchie auseinander, wobei auch die Kontakte führender tschechischer Politiker zum Deutschen Reich behandelt werden. Jan Havránek beleuchtet hingegen in seinem Beitrag die politische Verfolgung der tschechischen Vereine (Sokol) und Parteien durch die österreichische Staatsmacht und die berufliche Diskriminierung der Tschechen in den Jahren 1915 bis 1917, die zugunsten deutscher Kollegen übergangen wurden. Auch geht er auf die kritische soziale Situation der böhmischen Bevölkerung ein, mit dem kriegswirtschaftlich bedingten allgegenwärtigen Hunger und den hieraus resultierenden Protestbewegungen. Einen ganz anderen Charakter hat der sich anschließende Beitrag von Karel Pichlík, in dem der Autor die im Exil entwickelten Nachkriegsvisionen T. G. Masaryks hinsichtlich der Struktur eines neuen Europa rekonstruiert. Dabei räumte Masaryk Russland zunächst eine überaus wichtige Rolle ein und hob erst in der letzten Kriegsphase – wohl unter dem Eindruck von russischer Revolution und Bürgerkrieg – auf die Ideale der amerikanischen Demokratie ab. Das erste Kapitel schließt der Aufsatz von Frank Halder ab, in dem der Autor die tschechisch-slowakische Zusammenarbeit im Exil rekonstruiert und den Nachweis erbringt, dass die Bedeutung des Ende Mai 1918 in Pittsburgh unterzeichneten tschechisch-slowakischen Abkommens relativiert werden müsse, da die slowakischen Politiker in Wirklichkeit von der „tschechoslowakischen“ Konstruktion überrollt worden seien.

Im zweiten Kapitel, das der Entwicklung der slowakischen Frage gewidmet ist, zeigt Monika Glettler zunächst auf, in welcher Lage sich die slowakische Gesellschaft angesichts des Krieges und der Militarisierung zwischen 1914 und 1918 befand. Dabei arbeitet die Autorin klar heraus, dass die sozialen Fragestellungen die nationalen bei Weitem dominierten. In diesem Zusammenhang regt Glettler die Erarbeitung einer noch ausstehenden Gesellschaftsgeschichte der Slowakei an. Dem Bewusstseinswandel innerhalb der slowakischen Gesellschaft geht hingegen Elena Mannová in ihrem Beitrag nach. Dabei kommt sie zu dem wenig überraschenden, dafür aber quellenmäßig gut belegten Ergebnis, dass auch im Falle der Slowakei (Magyarisierung und danach „Slowakisie-

„rung“ in der CSR) die Frage nach der ethnischen Identität sehr stark durch die jeweilige Staatsmacht determiniert und manipuliert wurde. Dušan Kováč analysiert indessen die Haltung der Mittelmächte und der Entente hinsichtlich der slowakischen Frage. Er verdeutlicht, dass es für die slowakischen Politiker keine Alternative zu der von Masaryk projektierten „tschechoslowakischen“ Staatsgründung, die mit Hilfe der Entente erfolgen sollte, gab. Dass die Deutschen vor und nach dem Ersten Weltkrieg in der Slowakei nur eine untergeordnete Rolle spielten, arbeitet Miroslav Bobřík in seinem kurzen, das zweite Kapitel beschließenden Aufsatz heraus.

Im dritten Kapitel, das der Rolle der deutschen Politik gewidmet ist, nimmt der dem Sammelband später hinzugefügte sehr lange Beitrag des österreichischen Historikers Hanns Haas eine zentrale Stellung ein. Haas rekonstruiert darin die dramatischen Auseinandersetzungen hinsichtlich der Ordnung der Restmasse Österreich-Ungarns besonders im Hinblick auf die böhmischen Länder. Behandelt wird also die Frage eines zukünftigen Deutsch-Österreich (mit oder ohne Anschluss an das Deutsche Reich), das Problem der als „Nationalstaat“ neu begründeten CSR (mit Deutschböhmen, also mit den Sudeten und den deutschen Streusiedlungen und Sprachinseln in Böhmen oder ohne sie), und zwar immer aus der jeweiligen Sicht der involvierten deutsch-österreichischen, deutschen oder tschechischen Interessengruppen und Parteien. Dass es schließlich zu dem alternativen Lösungsmodell einer ethnisch multikulturellen CSR unter Einschluss der Deutschen kam, ist darauf zurückzuführen, dass die Siegermächte die historische Einheit der böhmischen Länder als territoriale Basis des tschechoslowakischen Staates akzeptierten. (S. 218)

Hieran schließt sich der Artikel von Birgitt Morgenbrod über die böhmische Frage in der reichsdeutschen Publizistik zwischen 1914 und 1918 an. Die Autorin verdeutlicht darin, dass es Deutsch-Österreicher waren, die in der reichsdeutschen Presse über Böhmen schrieben, und dass dadurch auch ein spezifisches (negativ geprägtes) Tschechen-Bild vermittelt wurde. Tschechischen Emanzipationsbewegungen begegnete man in der Regel sehr kritisch, das Bild des bedrohten Deutschtums wurde aufrecht erhalten und die tschechische Dreikönigsdeklaration vom 6. Januar 1918, die einen souveränen, vollberechtigten tschechischen Staat postulierte, lehnte man kategorisch ab. Dem in der politischen Publizistik jener Zeit viel diskutierten Mitteleuropa-Konzept Gustav Naumanns geht alsdann Rudolf Jaworski nach. Dabei wird deutlich, dass Naumann trotz allen Respekts für die Tschechen – ähnlich wie die meisten deutschen Publizisten – eine Eigenstaatlichkeit Böhmens unter tschechischer Ägide gänzlich ausschloss, da für ihn die Legitimierung und Effektivierung der deutschen Vormachtstellung in Mitteleuropa stets im Vordergrund stand. (S. 254)

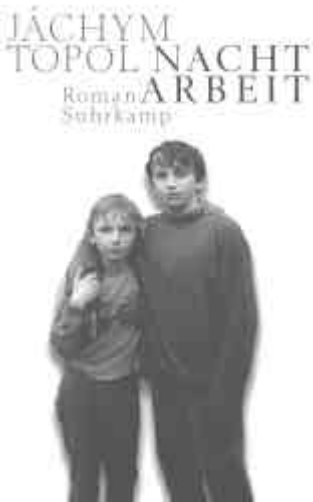
Im vierten Kapitel geht es dann um die Formen von Massenprotesten gegen den Krieg und die soziale Unterdrückung. Peter Heumos analysiert im ersten Beitrag das Verhältnis von Hungerkrawallen, Streiks und Massenprotesten in Böhmen, L'ubomir Lípták beschreibt die Soldatenrevolten und die Spaltung der Nationalitäten in Ungarn 1918, während Artur Schlegelmilch sich mit den Massenprotesten in der Burgfriedensgesellschaft der Jahre 1914 bis 1918 auseinandersetzt.

Der Sammelband ist sorgfältig redigiert, er verfügt über einen ausführlichen Anmerkungsteil, ein Personen- und Ortsregister sowie über eine Ortsnamenkonkordanz.

Obwohl es sich um sehr differenzierte Einzelstudien handelt, sind die Aufsätze all jenen, die an den deutsch-tschechischen und deutsch-slowakischen Beziehungen der Vergangenheit und Zukunft interessiert sind, sehr zu empfehlen.

ZW

**Jáchym Topol: Nachtarbeit. Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 2003, 314 S.**



Der tschechische Schriftsteller Jáchym Topol, Jahrgang 1962, galt vor der Wende als Geheimtipp und einer der wichtigsten Vertreter der literarischen Underground-Szene der ehemaligen Tschechoslowakei. Bereits als Jugendlicher unterzeichnete er die Charta 77. Jetzt liegt im Suhrkamp Verlag sein Roman *Nachtarbeit* (*Nocní práce*) vor. Waren seine früheren Romane *Die Schwester* und *Engel Exit* noch experimentelle „Chaos-Romane“ ohne erkennbare Struktur, so macht es Topol mit seinem neuen Werk dem Leser wesentlich leichter, auch wenn die literarische Kost alles andere als leicht verdaulich ist. Eine permanente, grausame und trübe Frostigkeit zieht sich durch die Geschichte des dreizehnjährigen Ondra, die den kurzen Sommer des Aufbegehrens 1968 zum Ausgangspunkt hat. Der Protagonist liebt sein Land, aber es ist eine Hassliebe vom Schlag des polnischen Literaten Andrzej Stasiuk, mit dem Topol nicht nur aufgrund des Alters und der mitteleuropäischen „Grenzerfahrungen“ viel gemein hat. Sein Böhmen ist ein „zauberhaftes Land, ganz ehrlich: die Kombination aus Katholizismus und Kommunismus in der allerdegeneriertesten Form.“ Auf den politisch turbulenten Sommer folgen ein trüber Herbst und ein Winter, in dem lediglich das Wasser die einzige Bewegung mit sich bringt. Überall lagen „Unrat, Splitter von angeschwemmtem Holz, abgerissene Angelschnüre, Autoreifen, rostige Töpfe, löchrige Gummistiefel.“ Jahreszeiten dienen Topol als Metaphern, um die Geschichte der fehlgeschlagenen Reform- und Revolutionsbewegung Ende der 1960er Jahre wieder in Erinnerung zu rufen. Allerdings bleibt bei ihm kein Platz für verklärende Blicke, sondern lediglich für schonungslose Ernüchterung, Orientierungslosigkeit und Fatalismus. Die Menschen wissen zu dieser Zeit, wohin die Reise geht: „zur Brüderschaft von Mensch und Maschine. Die Robotik ist das Pferd, das für die Zukunft gesattelt ist.“

*Nachtarbeit* ist nicht nur eine Chronik der fortwährenden Unterdrückung und Gewalt im Kommunismus tschechoslowakischer Prägung, sondern auch das Buch des inneren Reifeprozesses des Jungen Ondra. Er wird von seinem Vater mit seinem jüngeren Bruder, dem „Kleinen“, gerade noch rechtzeitig in die böhmische Provinz geschickt, bevor die Panzer des Warschauer Paktes Prag überrollen. Die Mutter war schon früher in der „Klappsmühle“ gelandet. Im Dorf begegnet er nicht nur allen möglichen skurrilen Gestalten - als Hauptstädter ist Ondra ohnehin stigmatisiert, sondern erfährt alptraumartig die Wiederkehr der furchtbaren Geschichte des Zweiten Weltkriegs. Partisanenkämpfe, Judendeportationen, geflohene KZ-Wärter, Vertreibungen der Bevölkerung und Kindsmörder – dies alles ähnelt eher einer Topographie des Terrors als einem idyllischen pubertären Erwachen und Erwachsenwerden. Und die Niederschlagung des Prager Frühlings treibt schließlich die Bewohner über die nahe Grenze ins Ausland. Auf de

Nachtarbeit folgt keine reinigende Tagesarbeit, kein Prozess der Läuterung, das Glück wird dem Menschen nun behördlich aufgezwungen. „Selbst wenn sich der Mensch unter die Erde verkriecht, das Glück schlüpft doch in ihm...Ja, es sind Panzer hier. In der neuen Weltordnung sind die Maschinen den Menschen sehr verwandt.“

Jáchym Topol erschafft in *Nachtarbeit* eine unbequeme, düstere Gedächtniskultur, die in der modernen tschechischen Literatur viel Beachtung gefunden hat. Stilistisch knapp und äußerst präzise geschrieben ist der Roman ein herausragendes Zeugnis einer jungen Generation von Schriftstellern, die dem mitteleuropäischen Bewusstsein auf der Spur sind und der Frage nach der Verortung einer aus der gemeinsamen Geschichte resultierenden Identität nachgehen.

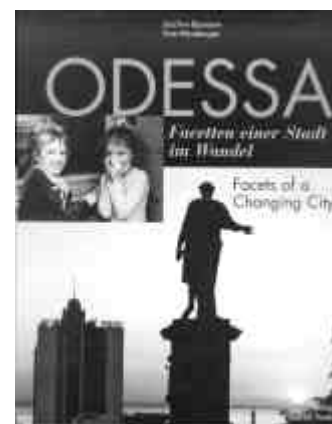
GSch

### Joachim Baumann, Uwe Moosburger: *Odessa. Facetten einer Stadt im Wandel*. Verlag Friedrich Pustet. Regensburg 2003, 152 S.

Diese schon immer multikulturelle Stadt, in der neben Ukrainern, Russen, Albanern, Deutschen, Griechen, Italienern, Polen und Juden noch zahlreiche andere Ethnien lebten, und die den humorvollen, lebensbejahenden und unternehmungslustigen Menschenschlag des Odessiten hervorbrachte, ist in der Überlieferung zu einem Mythos geronnen. Und zwar nicht nur im russischsprachigen Raum, obschon zahlreiche russischsprachige Odessiten maßgeblich dazu beigetragen haben, die Legende dieser einst eleganten Schwarzmeermetropole in die Welt zu tragen. Hierzu gehört zweifelsohne Isaak Babel mit seinen Geschichten aus Odessa, aber auch die in der Unterwelt des nachrevolutionären Russland lange Zeit als apokrypher Text funktionierende Moritat von der kühnen und gefürchteten Räuberbraut Murka. Zu diesen Odessa-Ikonen ist natürlich neben den kilometerlangen Katakomben, die das gesamte Stadtgebiet unterhöhlen und zum Zufluchtsort unterschiedlichster Verfolgter wurden, auch das durch den von Sergej Eisenstein gedrehten Stummfilm-Klassiker „Panzerkreuzer Potemkin“ weltberühmt gewordene Wahrzeichen der Stadt, die „Potemkin-Treppe“ zu zählen.

Dass die Russen den Städtenamen Odessa mit Mama zu „Odessa-Mama“ assoziieren, sagt natürlich auch viel über deren geradezu zärtliches und stets respektvolles Verhältnis zu dieser jungen, erst vor zweihundert Jahren gegründeten Stadt aus.

Umso erfreulicher, dass es zwei deutsche Journalisten und Odessa-Liebhaber unternommen haben, an die heute ukrainische Schwarzmeermetropole zu erinnern und über die Vergangenheit und Gegenwart dieser faszinierenden Stadt zu berichten. Die Lektüre der einzelnen, in deutscher und englischer Sprache verfassten Kapitel wird dabei durch zahlreiche Stadtansichten und Aufnahmen markanter und typischer Odessiten angenehm aufgelockert und anschaulicher gemacht, so dass beim Leser Neugier und ein leichtes Fernweh geweckt werden. Damit ist sicherlich eines der Ziele dieses Bildbandes erreicht, denn das heutige Odessa ist kein ausgesprochenes Reiseziel westlicher Touristen und hat mit beträchtlichen wirtschaftlichen und sozialen Problemen zu kämpfen, die sich auch direkt im Stadtbild niederschlagen. Arbeitslosigkeit und Altersarmut sind – wie in





zahlreichen anderen postsowjetischen Großstädten - zum Greifen nahe, und neben jugendlicher Anmut, Eleganz und Zuversicht sind auch Stimmungen auszumachen, die eher depressive und resignierende Haltungen zum Ausdruck bringen. Davon ist in dem vorliegenden Band allerdings weniger die Rede, vielmehr konzentriert man sich nach einer kurzen historischen Einleitung zur Stadtgründung und -entwicklung auf die attraktiven Zentren Odessas, zu denen neben der Altstadt und der berühmten Deribassowskaja-Straße, der Arkadia-Strand sowie etliche Architekturdenkmäler (Opernhaus, Atlanten-Haus, Philharmonie) zählen. Daneben wird aber auch das aufwändige Nachtleben der Stadt charakterisiert, geht man auf die Eigenarten der russischen „Businessmeni“ ein, unternehmen die Autoren einen kurzen Ausflug zu den deutschen Spuren am Schwarzen Meer, um schließlich auch über kleine Alltagsfreuden zu berichten („Wenn sich drei zusammenfinden“). Aufschlussreich ist auch das letzte Kapitel dieses lesenswerten Bandes, dessen Überschrift „Odessiten aller Länder vereinigt Euch!“ als durchaus Ernst zu nehmende Losung formuliert wurde. In der Tat wurde im Jahre 1990 die Idee geboren, den „Weltclub der Odessiten“ zu gründen, dessen Webseite im Internet unter der Adresse [www.odessitclub.org](http://www.odessitclub.org) zu finden ist. Es ist durchaus lohnenswert, sich diese Seite anzuschauen, genau so wie es sich lohnt, diesen von Baumann und Moosburger liebevoll gestalteten Bildband und Stadtführer in die Hand zu nehmen.

ZW

**Jurij Murašov, Georg Witte (Hg.): Die Musen der Macht. Medien in der sowjetischen Kultur der 20er und 30er Jahre. Wilhelm Fink Verlag. München 2003, 308 S.**



Die vorliegende Publikation mit zahlreichen Aufsätzen deutscher und russischer Fachleute ist Ergebnis einer Ringvorlesung, die an der Humboldt-Universität zu Berlin im Wintersemester 1995/96 abgehalten wurde. Ihre große Resonanz führte dazu, dass dieser Band, mit erheblicher Verspätung und um einige zusätzliche Beiträge ergänzt, jetzt veröffentlicht werden konnte.

Das Buch gliedert sich in die drei Abschnitte „Der verbale Raum“, „Der visuelle Raum“ und „Der sowjetische Raum“. Im ersten Abschnitt fragen die Autoren danach, wie sich orale und literarische Konzeptionen in der sowjetischen Kultur zueinander verhielten? Es geht also unter anderem um die Mythologisierung und Fetischisierung von Sprache, um die revolutionäre Rolle des Radios und die Rolle des Wortes in Raum und Zeit.

Der Anspruch der Avantgarde Russlands, das Wort, den Laut oder den Buchstaben zu befreien, war bis zum Beginn der 20er Jahre ein konstitutives Element der ästhetischen Innovation. In den 30er Jahren erfolgte allerdings eine ästhetische Restauration, die zur erneuten Etablierung des erzählenden Moments führte. In Bernd Uhlenbruchs einleitendem Beitrag wird über das Konstrukt der „idealen oralen Urkommunikation“ das Gemeinsame in beiden, scheinbar gegensätzlichen Konzeptionen herausgearbeitet. Svetlana Boym beschreibt in dem sich anschließenden Aufsatz die starke Ausrichtung auf eine Literatur der „kollektiven Graphomanie“, wobei der literarische Prozess als durchgängiges Wechsel- und Rollenspiel zwischen Literatur und

graphomaner Textproduktion ausgelegt wird. Analysiert wird folgerichtig auch die Spannung zwischen proletarischer, epigonaler Laiendichtung und der parodierten Graphomanie so herausragender Stilisten wie Zoščenko.

Die so genannten Briefe der Werktätigen stehen im Mittelpunkt des Textes von Heide Winkel. Diese Briefe, die entweder spontan oder organisiert entstanden, hatten den Charakter von Bitt- oder Dankschreiben. Während es also einerseits die Anpassung an eine offiziös-pathetische Rhetorik gab, wurden die individuellen spontanen Briefe oft von Halbanalphabeten verfasst – und zeichneten sich durch eine fehlerhafte Stilistik und Orthographie aus.

Jurij Murašov untersucht am Ende dieses Abschnitts die Funktion des Radios im Zusammenhang mit der angestrebten Überwindung der allzu starken Literalität von Literatur. Er erinnert dabei an die ekstatische Radioverherrlichung solcher Avantgardisten wie Chlebnikov und Majakovskij. Natürlich richtet der Autor dabei sein besonderes Augenmerk auf die für den sozialistischen Realismus typische Konkurrenz zwischen dem mündlich erzählten und dem schriftlich fixierten Wort.

Im zweiten Abschnitt beschäftigen sich die Autoren zunächst mit dem Anspruch der Avantgarde, die Eigenwertigkeit der Formelemente des Bildes (auch in Theater und Film) herauszuarbeiten, um die Künste vom Primat der Literatur zu befreien. Die Bilder sollen in den ersten Jahren des revolutionären Impetus multiperspektivisch in die vierte Dimension verweisen, einen kosmisch gedehnten Raum darstellen. Allerdings gerieten Fotografie und Malerei in den 30er Jahren unter das von der Partei und Stalin eingeforderte Diktat der literarischen Narration, was sich in der sowjetischen Massengesellschaft nicht zuletzt auch als Folge eines ernsthaften Vermittlungsproblems darstellte.

So setzt sich Margarita Tupitsyn am Beispiel der bekannten Fotografen Aleksandr Rodcenko und Boris Ignatovic mit der „organischen“ Wende in der Fotografie und der bildenden Kunst auseinander, also dem Übergang von einer fotografisch stark reduzierten und ideologisch aufgeladenen Interpretation von Wirklichkeit hin zu stärker lesbaren Kompositionstechniken. Die lange Zeit bevorzugte Montage-Technik erwies sich dabei auch als Methode des Nicht-Sehens, was ästhetisch und ideologisch betrachtet zur bewussten Aussparung von kompromittierenden Wirklichkeitszusammenhängen und somit zur Affirmation der „sowjetischen Gemeinschaft“ führte.

Ekaterina Degot rekonstruiert in ihrem Beitrag zunächst die gegen Null tendierende konsequente Reduktion von Welt, Zeit und Raum im Schaffen der russischen Avantgarde (Malevic), die dann im Sozialistischen Realismus vom Primat einer gleichsam nicht auktorialen Reproduktion abgelöst wurde. Den Anspruch der totalitären sowjetischen Kunst, nicht nur die Zeit, sondern ebenfalls den Raum zu erobern, bei der die Position eines dritten, neutralen Beobachters und Interpreten schlicht geleugnet wird, behandelt Boris Groys in seinem sehr lesenswerten Aufsatz. Parteilichkeit und Kampf werden angemahnt, von „interesselosem Wohlgefallen“ kann nicht mehr die Rede sein. Sabine Hängsen analysiert am Beispiel der populären Filmkomödien Grigorij Aleksandrovs im Zusammenhang mit der „Folklorisierung“ der Kultur unter Stalin die Verflachung und populäre, massenwirksame Ideologisierung der sowjetischen Kinoästhetik. So entwickelt sich in jener Periode eine neue Popularkultur, in der – wie etwa in dem bekannten Musikfilm „Volga, Volga“ - alle Sinne angesprochen werden, das Sowjetvolk positiv

und fröhlich gestimmt werden soll. Mit der Kulturgeschichte der technischen Medien in der Stalinzeit beschäftigt sich alsdann Oksana Bulgakowa. Dabei rekonstruiert die Autorin am Beispiel der Entwicklung des Tonfilms, dass das Besondere des stalinistischen Films in der Herstellung eines Hierarchieverhältnisses bestanden habe. Das Bild wird im Unterschied zu den avantgardistischen Ansätzen aus der Stummfilmzeit jetzt eindeutig dem Wort, dem historischen Narrativ unterworfen.

Im dritten Abschnitt geht es um die Kopplung von Raum und sowjetischer Ideologie. Wie expandiert der Raum, etwa in den kosmischen Utopien der Raumfahrtpioniere? Wie schließt er sich andererseits, zum Beispiel im Konzept der als Weltmittelpunkt verstandenen Metropole Moskau? Michail Rykin analysiert in diesem Kontext im ersten Beitrag den so genannten Metro-Diskurs und kommt zum Ergebnis, dass der transporttechnische Aspekt dieses für die damaligen Verhältnisse gigantischen Unternehmens im Diskurs um seine Durchführung fast keine Rolle spielte. Der technische wurde gleichsam vom ideologischen Diskurs verdrängt, die mühsame und erbärmliche Realität der Arbeits- und Wohnbedingungen der Arbeiter fand kaum Erwähnung. Vielmehr forderte man einen aggressiven Enthusiasmus ein, in dem jegliche technisch-operative Rationalität ausgeblendet blieb. Dirk Uffelmann befasst sich am Beispiel sowjetischer Architekturdoktrinen mit dem gängigen Axiom vom „Tod des Autors/Architekten“, das besagt, dass der individuelle Künstler seinem als Gesamtkunstwerk verstandenen Produkt komplett unterzuordnen ist und nur noch marginale Bedeutung hat. So wird er mehrfach enteignet und kann sich nur noch in einzelnen Punkten gegen die institutionalisierte Autorität (der Partei) und die personifizierte Autorität (Stalins) durchsetzen. Besonders eindrucksvoll zeichnet der Autor diesen Prozess an dem mehrfach geänderten Entwurf für den niemals erbauten Palast der Sowjets nach.

Michael Hagemeyer behandelt indessen die utopischen, apokalyptischen und magisch-okkulten Elemente in den Zukunftsentwürfen der Sowjetzeit. Neben der Ideologie von der Erschaffung des Neuen (unsterblichen und rekonstruierbaren) Menschen schildert der Autor auch die Darlegung phantastisch anmutender Auswahlverfahren, bei denen es um die Aufzucht und Produktion des (Neuen) Menschen sowie um die Aussonderung und Ausrottung unbrauchbaren Humanmaterials geht. Auch werden unterschiedliche Ansätze von Wiedererweckungsutopien sowie die Anstrengungen im Hinblick auf die Erforschung und Beherrschbarkeit von Telekinese und Telepathie vorgestellt. Im letzten Beitrag interpretiert Michail Jampol'skij schließlich die Leninmumie im Rahmen einer hierfür eigens entwickelten „politischen Theologie“. Dabei wertet der Autor die Physis der „untoten Leiche“ als Blockade von Rede, Geschichte und Zeit. Der nicht brennbare (nicht transzendente) Leichnam Lenins erweist sich so betrachtet in der Tat als „semiotisches Unding“.

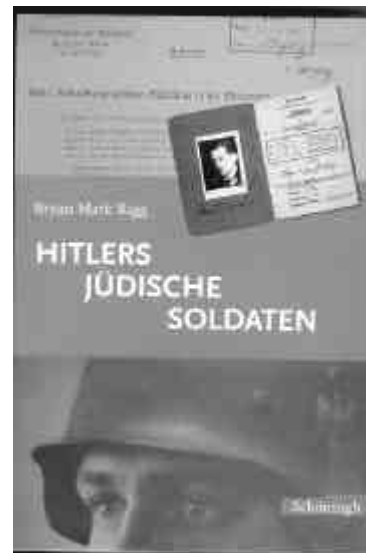
Nach Lektüre der zum Teil durchaus fesselnden Texte dieses Sammelbandes kommt man zwangsläufig zur Erkenntnis, dass die Erforschung der Bedeutung der Medien in der Sowjetkultur der 20er und 30er Jahre durchaus noch nicht abgeschlossen ist. Allerdings haben die hier versammelten Autoren so betrachtet sicherlich eine Lücke geschlossen.

ZW

**Bryan Mark Rigg: Hitlers jüdische Soldaten. Verlag Ferdinand Schöningh. Paderborn München Wien Zürich 2003, 439 S.**

Dieses gut dokumentierte und in erster Linie auf Einzelinterviews mit ehemaligen deutschen Wehrmachtssoldaten jüdischer Herkunft basierende Buch – immerhin interviewte der amerikanische Historiker Bryan Mark Rigg im Laufe seiner jahrelangen Recherchen 430 ehemalige Wehrmachtssoldaten – hat vor allem in den USA, wo es 2002 erschien, ein überaus positives Echo hervorgerufen. In erster Linie wird von amerikanischen Rezensenten die geradezu detektivische Leistung Riggs hervorgehoben. Aber auch die Tatsache, dass er persönliche Geschichten und private Archive erschlossen hat, die bisher so gut wie unbekannt waren. Unabhängig davon wirkt der Titel der Untersuchung natürlich aufsehenerregend, denn man muss sich zunächst einmal an den Gedanken gewöhnen, dass Deutsche jüdischer Herkunft im Wissen um das Wesen des Naziregimes Hitler als Angehörige seiner Wehrmacht dienten. (John Keegan) Diese geradezu paradox anmutende Tatsache wird allerdings dadurch relativiert, dass auch Rigg sehr bald konstatieren muss, dass die meisten der hier beschriebenen Personen sich nur noch in einem geringen Ausmaß mit dem Judentum identifizierten. Vielmehr empfanden sie sich in erster Linie als deutsche Patrioten und waren in der Regel sogar gerne bereit, für Führer und Vaterland in den Krieg zu ziehen (und zu sterben). Einige von ihnen waren gar überzeugte Antisemiten und Nationalsozialisten. Diesem subjektiven Bekenntnis zum Deutschtum wirkte die inhumane rassistische Definition des Judentums durch die Nazis entgegen, aber auch die streng gläubige jüdische Definition der Zugehörigkeit zum Judentum, die sich bekanntlich auf die jüdische Herkunft der Mutter oder auf die ordnungsgemäße Konversion zum Judentum beruft (Halacha). Das subjektive Bekenntnis des Einzelnen konkurriert hier also mit einem quasi „objektiven“ Abstammungsbegriff, der wahlweise ideologisch (rassistisch) bzw. orthodox religiös festgelegt und instrumentalisiert wird. Insofern erscheint der Titel etwas zu plakativ, denn bei seinen Protagonisten handelte es sich in der Tat – und das räumt der Autor selbst ein – nur sehr bedingt um jüdische Soldaten, vielmehr um Soldaten jüdischer Herkunft, die in der Sprache der Unmenschlichen als Mischlinge, Halb- oder Vierteljuden abqualifiziert wurden.

Aufgrund des hohen Assimilierungsgrades der deutschen Juden, besonders auch im preußischen und deutschen Militär, mussten viele Betroffene diese rassistischen Definitionen, die alsbald in die nationalsozialistische Rassegesetzgebung übergehen sollten, als absurd empfinden. Man konnte sich als Deutscher jüdischer Herkunft recht lange nicht vorstellen, ausgegrenzt, aus der Wehrmacht entlassen oder gar wegen seiner jüdischen Abstammung verfolgt zu werden. Dieses Selbstverständnis der meisten „Mischlinge“, ob sie nun einfache Gefreite oder prominente Militärs (zum Beispiel Generalfeldmarschall Erhard Milch) waren, wird von Rigg anschaulich und akribisch rekonstruiert, wobei die von ihm ausgewerteten Einzelinterviews eine unschätzbare Quelle darstellen. Dabei geht er auch intensiv auf die Verschärfung der „Mischlingspolitik“ in den Kriegsjahren 1940 und 1943 ein und zeichnet in beeindruckender Weise nach, welche Motive die „Mischlinge“ bewegten, sich um eine weitere



Zugehörigkeit zur Wehrmacht zu bemühen. Ein prominentes Beispiel hierfür ist der spätere Spitzenfunktionär der SPD und einstige Unteroffizier Egon Bahr, der in der Wehrmacht blieb, um seinen Angehörigen helfen zu können. Dies war mittels jener recht zahlreichen Ausnahmegenehmigungen von den Rassengesetzen zu erreichen, die von Hitler persönlich tausendfach unterzeichnet wurden. Diesem bisher wenig erforschten Thema widmet der Autor zwei sehr lesenswerte Kapitel, in denen die geradezu wahnhafte Absurdität der nationalsozialistischen Rassegesetzgebung und deren Umsetzung zum Ausdruck kommt (S. 233-308). Hingegen wurde in der Wehrmacht zahlreichen Betroffenen von ihren direkten Vorgesetzten signalisiert, dass sie trotz ihrer Abstammung bei der Truppe bleiben könnten, weil man ihre Fähigkeiten schätze. Die von Hitler angeordnete Verschärfung der Mischlingspolitik scheint so in durchaus größeren Kreisen der Wehrmacht zunächst nicht umgesetzt worden zu sein. Ab 1944 kam es aber auch zu Deportationen von „Mischlingen“ und „jüdisch Versippten“, die zuvor aus der Wehrmacht entlassen worden waren und nunmehr verstärkt zur Zwangsarbeit (OT-Lager) herangezogen wurden. Dies betraf etwa die Hälfte der 646 in dieser Untersuchung dokumentierten „Halbjuden“, die man in den letzten Kriegsmontaten in Konzentrations- oder Arbeitslagern verbrachte (S. 203). Es darf mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass die Nationalsozialisten nach einem erfolgreich beendeten Krieg die vollkommene Vernichtung der Halbjuden und Mischlinge betrieben hätten. Dessen sind sich auch die meisten Interviewten nach Jahrzehnten sicher. Der wichtigen Frage, was die „Mischlinge“ über den Holocaust wussten, geht Rigg in einem gesonderten Kapitel nach. Demnach gaben die meisten von Rigg interviewten „Mischlinge“ an, dass sie erst nach dem Krieg erfahren hätten, was mit ihren jüdischen Verwandten geschehen war. In der Regel wussten die meisten Mischlinge von Deportationen, aber sie setzten sie nicht mit Vernichtung gleich. Diejenigen, die mehr wussten, trauten sich indessen nicht, den Gerüchten über Ermordung und Gaskammern nachzugehen, da sie Repressalien befürchten mussten. Diese Argumente klingen durchaus plausibel, wenn man sich vergegenwärtigt, unter welchem enormen psychischen Druck die Betroffenen gestanden haben müssen.

Nach Lektüre dieser spannend verfassten und mit aufschlussreichen Fotodokumenten sowie einem ausführlichen Anmerkungsteil versehenen Untersuchung, in der auf differenzierte Weise zahlreiche (dramatische) Einzelschicksale dokumentiert worden sind, kann man sich der abschließenden Einschätzung Riggs nur anschließen:

„Dieses Buch weist nach, dass wahrscheinlich mindestens 150.000 ‚Mischlinge‘ in der Wehrmacht dienten. Es weist auch nach, dass etliche ‚Mischlinge‘ hohe Offiziere waren, die zum Teil den Generals- oder Admiralsrang erreichten. Die Erfahrungen der ‚Mischlinge‘ zeigen deutlich, wie komplex das Leben im Dritten Reich war. Die NS-Politik gegenüber den ‚Mischlingen‘ war ein verwirrendes Labyrinth von Widersprüchen. Daraus geht hervor, dass das Regime nicht so recht wusste, wie es mit Deutschen teilweise jüdischer Herkunft umgehen sollte.“

ZW

**Willy Peter Reese: Mir selber seltsam fremd. Die Unmenschlichkeit des Krieges – Russland 1941-1944. Hrsg. von Stefan Schmitz, Claassen Verlag 2003, 284 S.**

*„Die Juden ermordet,  
als brüllende Horde  
nach Rußland marschiert,  
die Menschen geknebelt,  
im Blute gesäubelt,  
vom Clowne geführt,  
sind wir die Gesandten  
des allwärts Bekannten  
und waten in Blut.“*

Willy Peter Reese war Wehrmachtssoldat, beteiligt am Russlandfeldzug im Zweiten Weltkrieg. Heute wäre er über 80 Jahre alt, er starb jedoch als 23-jähriger junger Mann wahrscheinlich im Juni 1944 beim Rückzug der deutschen Armee und hinterließ ein für die Zeitumstände geradezu beispielloses und umfangreiches Werk an Briefen, Aufzeichnungen und Gedichten. Diese literarische Hinterlassenschaft hat der Stern-Journalist Stefan Schmitz sorgsam zusammengetragen und aus den im Fronturlaub geschriebenen Schreibmaschinenseiten und Bleistiftnotizen ein Buch zusammengestellt, das einer literarischen Sensation gleicht. Reese selbst gab seinen Aufzeichnungen den Titel „Russische Abenteuer – Ein Bekenntnis aus dem Großen Kriege“. Der Herausgeber zog es allerdings vor, eine der vielen Schlüsselstellen und zitierfähigen Passagen des Manuskripts als Buchtitel auszuwählen. Dankenswerterweise fand keine editorische Glättung der Vorlage statt, so dass auch die mitunter eigenwillige Rechtschreibung Reeses beibehalten wurde. Ärgerlich sind hingegen die Interpretationsversuche des Herausgebers Schmitz im Anhang, die eine merkwürdige Deutungswut eines Nachkriegsdeutschen, geboren in den 1960er Jahren, offenbar werden lassen.

Fast sechzig Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges ist dieses Buch ein einmaliges, weil erschütterndes Dokument der Entfremdung und Verrohung eines Menschen durch die Umstände der Kriegshandlungen, die an der Ostfront eine singuläre Dimension annahmen. Die Aufzeichnungen sind sowohl existenzialphilosophischer Exkurs als auch Anklageschrift, die höchsten literarischen Ansprüchen genügt. Denn gerade der Charakter der Unfertigkeit des Manuskripts fesselt den Leser derart an die Reflexionen Reeses, dass man nicht nur den Eindruck gewinnt, Teil des Soldatendaseins und der Kampfhandlungen zu sein, sondern auch Zeuge der Wandlung des Menschen Willy Peter Reese. An einem der vielen Kulminationspunkte hatte er „den Krieg endlich wieder in seiner ganzen Furchtbarkeit erlebt, als eine Apoteose der Vernichtung und des Todes. Das Blut trocknete im Lehm und verschwand unter unseren Schritten. Die Toten wurden verscharrt. Aber nach diesem Erlebnis konnte das Leben nicht weitergehen, durfte kein Mensch mehr Mensch und Gotteskind heißen. Und es ging doch weiter, es mußte getragen und einmal überwunden werden“.



Natürlich räumt Reese unbeabsichtigt auf mit der nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Landser-Romantik und der Mythologisierung des sauberen, kämpfenden deutschen Soldaten in einer Welt der Apokalypse. Denn Reese war ebenso wie Millionen anderer Soldaten ein „Faktor der arbeitsteiligen Mittäterschaft“ (Manfred Messerschmidt). Als junger, sensibler, musisch veranlagter Mensch wird er 1941 zur Wehrmacht einberufen und es beginnt eine unaufhaltsame Metamorphose. „Allein das Schicksal machte Sinn und Sendung des Menschen aus. Wir wuchsen und reiften, wie uns die Notwendigkeit schuf. Das Mühlwerk des Leidens schliff den spröden Kristall, das Feuer des Krieges läuterte Weltbild und Werden, und der Tod führte uns den Weg nach Innen. Gottes Angesicht aber blieb über uns wie unsere Sterne. Wir lebten das Leben, wie es wirklich war.“ Man wird Zeuge der Topographie seiner Seele, ein mehrfach von ihm verwendeter Schlüsselbegriff ist der „heroische Nihilismus“. „Wir waren Soldaten, stumpfsinnige Wesen, die in Gräbern und Bunkern vegetierten, ihre Zeit hoffnungslos vergeudeten, prahlten, fluchten, sorgten, aushielten, gehorchten – entmenschte Karikaturen...Daß wir Soldaten waren, genügte zur Rechtfertigung von Verbrechen und Verkommenheit und genügte als Basis einer Existenz in der Hölle. Unsere Ideale waren das ich, Tabak, Essen, Schlaf und Frankreichs Dirnen.“

Es nimmt nicht Wunder, dass Reese bisweilen in der realen Welt des täglichen Grauens und der Entbehrungen in die Welt der Fantasie flüchtet. Dies sind die vielleicht stärksten, weil lyrischsten Momente in den Aufzeichnungen. Er wird im Niemandsland zu einem „Wanderer zwischen Staub und Sternen in irrsinniger Zeit“. Zunehmend dem Alkohol verfallen verkauft er sein „Menschentum und Gott für ein Stück Brot. Kameraden hatte ich nicht. Jeder sorgte nur für sich, haßte den, der bessere Beute machte, teilte nicht, tauschte nur und versuchte den andern zu übervorteilen“. So wird aus dem empfindsamen Jüngling ein harter, roher Mensch, für den nur der Augenblick, das Überleben des Ichs in einer Welt ohne Sinn Gültigkeit hat. Willy Peter Reese war ein „Abenteurer geworden, ein wandernder Bettler, ein fahrender Vagabund“. Ihn trieb das Kriegsschicksal durch die Welt, „und die ungewissen Fahrten nahmen kein Ende“. „Jahre stürmten einher, der Tod jagte über die Erde, Gott und Sterne starben im Abendland, und auf der Welt war Krieg. Ich war Soldat in Gefahren und Schmerzen, Wanderer, Abenteurer im All. Aber ich liebte das Leben“.

*GSch*

## Osteuropa-Forschung bei Harrassowitz



### **ANSICHTEN** Jahrbuch des Deutschen Polen-Instituts Darmstadt 15 (2004)

2004, 328 Seiten, br  
ISBN 3-447-09369-2  
Einzelpreis:  
€ 19,- (D) / sFr 33,60  
Fortsetzungspreis:  
€ 15,- (D) / sFr 26,70

#### Essay

H. Tewel, Polen, Deutschland und die neue Sachlichkeit

Z. Kalinowski, Ist Polens Wirtschaft EU-tauglich?

H. Schmidtendorf, Polen in den deutschen Medien

G. Scharf, Kowalski trifft Schmidt, Einmalig in der europäischen Fernsehlandschaft

B. Zieliński, Bruno Schulz als Zeichner M. Żbura, Deutsche in Polen

Die Assimilation der Deutschen im polnisch-litauischen Raum im 15. bis 18. Jahrhundert

#### Literatur

H. Waniak, Finsz Silesian

A. Gamiński, Der Bankrottier (autobiographische Bruchstücke)

J. Stefa, Dresden

D. Ojca, Das Sägewerk

E. Redliński, Transformejeszen

J. M. Rymkiewicz, Jemand singt ein Lied von Schubert. Gedichte

#### Chronik • Bibliographie

##### Pressestimmen

„Wie kaum eine andere hat die Jahresschrift ‚Ansichten‘ herausgegeben vom Darmstädter Polen-Institut, hierzulande zum Verständnis polnischer Kultur und politischer Geisteslebens beigetragen.“ (Joseph Croitoru, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Dezember 2002)

### Dieter Bingen, Włodzimierz Borodziej, Stefan Troebst (Hg.) **Vertreibungen europäisch erinnern?**

Historische Erfahrungen –  
Vergangenheitspolitik –  
Zukunftskonzeptionen  
(Veröffentlichungen des Deutschen  
Polen-Instituts Darmstadt, 18)  
2003, 328 Seiten, br  
ISBN 3-447-04839-5  
€ 24,80 (D) / sFr 43,50

### Manfred Wille (Hg.) **Die Vertriebenen in der SBZ/DDR**

Dokumente  
Eingeleitet von Manfred Wille  
unter Mitarbeit von Steffi Kaltenborn  
III. Parteien, Organisationen, Institutionen und die „Umsiedler“ 1945–1953  
(Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 19)  
2003, 471 Seiten, br  
ISBN 3-447-04831-X  
€ 38,- (D) / sFr 66,-

### Wolfgang Geier **Russische Kulturgeschichte in diplomatischen Reise- berichten aus vier Jahr- hunderten**

Sigmund von Herberstein, Adam  
Olearius, Friedrich Christian  
Weber, August von Haxthausen  
(Studien der Forschungsstelle Ostmitteleuropa an der Universität Dortmund, 37)  
2004, K, 208 Seiten, br  
ISBN 3-447-04840-9  
€ 49,- (D) / sFr 84,-

### Landesspracheninstitut Nordrhein-Westfalen (Hg.) **Russisch intensiv Grundstufe**

(Landesspracheninstitut Nordrhein-  
Westfalen, Lehrmaterialien 1,1)  
2., überarbeitete Auflage 2004  
332 Seiten, gb  
ISBN 3-447-04898-0  
€ 42,- (D) / sFr 73,-

### Thomas Bremer (Hg.) **Religion und Nation** Die Situation der Kirchen in der Ukraine

(Schriften zur Geistesgeschichte  
des östlichen Europa, 27)  
2003, 147 Seiten, br  
ISBN 3-447-04843-3  
€ 36,- (D) / sFr 63,-

### Julia Prinz-Aus der Wiesche **Die Russisch-Orthodoxe Kirche im mittelalterlichen Pskov**

(Schriften zur Geistesgeschichte  
des östlichen Europa, 28)  
2004, 277 Seiten, br  
ISBN 3-447-04890-5  
ca. € 68,- (D) / sFr 116,-

### Wolfram von Scheliha **Russland und die orthodoxe Universalkirche in der Patriarchatsperiode 1589–1721**

(Forschungen zur osteuropäischen  
Geschichte, 62)  
2004, Ca. 800 Seiten, gb  
ISBN 3-447-05006-3  
ca. € 148,- (D) / sFr 250,-

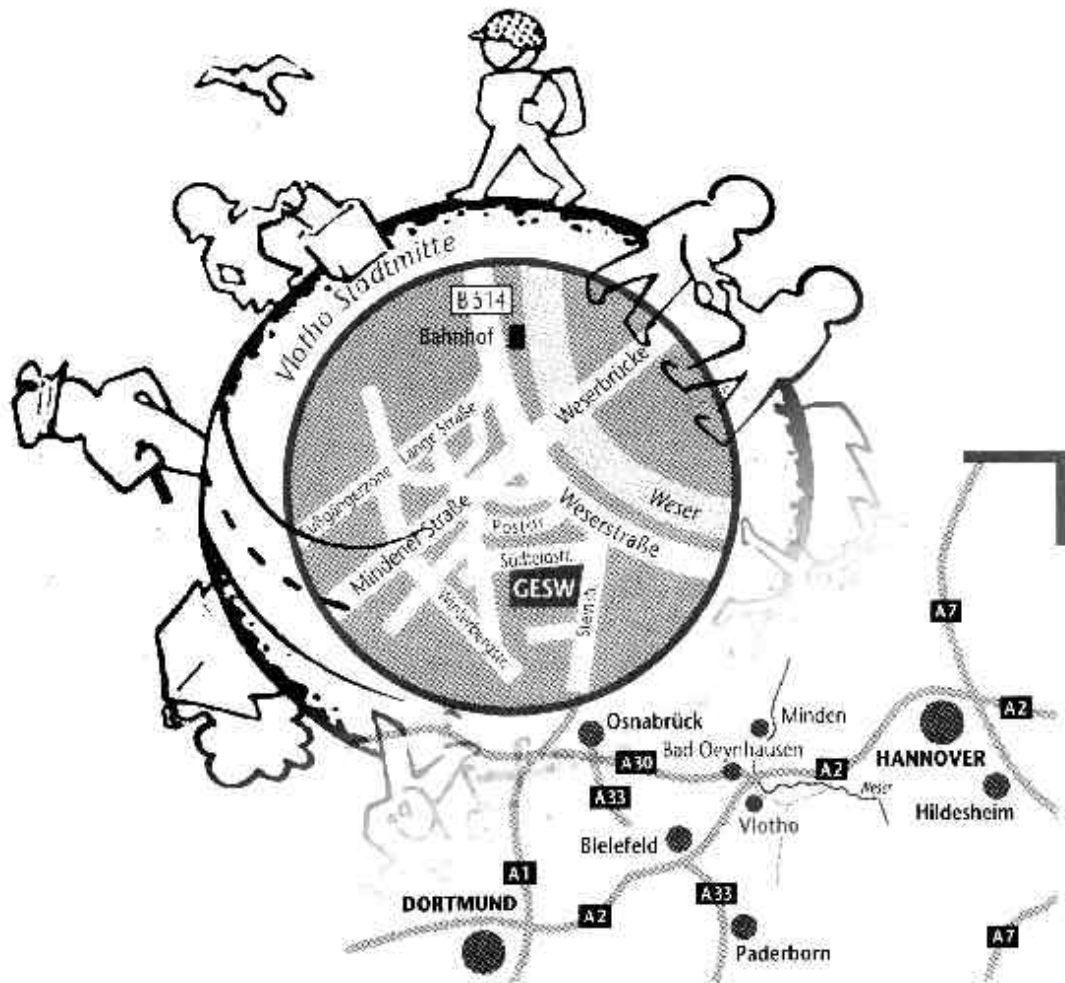
### Klaus Buchenau **Orthodoxie und Katholizismus in Jugoslawien 1945–1991** Ein serbisch-kroatischer Vergleich

(Belkandlogische Veröffentlichungen, 40)  
2004, 484 Seiten, gb  
ISBN 3-447-04847-6  
ca. € 98,- (D) / sFr 166,-

**HARRASSOWITZ VERLAG · WIESBADEN**  
www.harrassowitz.de/verlag · verlag@harrassowitz.de



# GESW – Treffpunkt EUROPA



**Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho**  
**Südfeldstr. 2 – 4**  
**32602 Vlotho**

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

[www.gesw.de](http://www.gesw.de) | [info@gesw.de](mailto:info@gesw.de)